

(Hofmann (SPD))

- (A) So geht das weiter - bis zu einer Gesamtsumme von rund 87 Millionen DM.

(Zuruf des Abg. Wagner (CDU))

- Herr Wagner, vielleicht haben Sie bei Ihren Stadtverordneten in Oberhausen einmal nachgefragt, was sich die Stadt Oberhausen nicht mehr hätte leisten können, wenn es so gekommen wäre.

Vizepräsident Frau Friebe: Her Abg. Hofmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wagner?

Hofmann (SPD): Ich bin gleich mit meinen Ausführungen fertig; dann kann er ans Rednerpult kommen.

Vizepräsident Frau Friebe: Also Sie gestatten die Zwischenfrage nicht?

Hofmann (SPD): Nein. - Ausweislich dieser Zahlen kann man Ihre Anträge im Ausschuß heute nur als eine ungeheuerliche Kampagne gegen die Vielzahl von Gemeinden im Ruhrgebiet werten - und viel schlimmer noch: als eine Kampagne gegen die Menschen, die dort wohnen. Gleichartige Lebensbedingungen für alle Bürger dieses Landes, Chancengleichheit zu schaffen, ist für eine politische Zielvorstellung mehr. Klientelwirtschaft ist nicht nur bei der Bonner Regierung festzustellen, sondern auch bei der Düsseldorfer Opposition. Die Starken stärken und die Schwachen schwächen - das ist, so wie es sich im Augenblick darstellt, ihre Devise.

(B)

Sie gleichen diesen Verlust durch eine Erhöhung der Verbundquoten nicht aus; Sie vergrößern vielmehr noch den Abstand zwischen den finanzstarken und den finanzschwächeren Gemeinden, weil Sie die zusätzlichen Mittel ja gerade ohne die von uns vorgesehenen Ausgleichskriterien verteilen wollen.

Was Sie eigentlich wollen, das müssen Sie noch erklären. Wollen Sie den Betroffenen sagen, das Opfer sei notwendig, damit eine Nivellierung stattfindet? Soll zum Schaden auch noch der Spott kommen? Hören Sie sich doch lieber einmal in den Kreisen Ihrer Partei um, die noch in der Lage sind, eine Situation erst zu analysieren und sich dann dazu zu äußern.

Sie können sicher sein, daß wir den Gleichmut, nein, die Feindseligkeit, mit der Sie den Menschen entgegentreten, die zufälligerweise in Städten und Gemeinden wohnen, die sich zu den finanzschwächeren rechnen müssen, im Lande bekanntmachen werden, damit Sie Ihre verdiente Quittung bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist damit geschlossen. (C)

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU zu § 27 des Gesetzentwurfs abstimmen, der Ihnen mit Drucksache 10/790 - Stichwort: "Landschaftsverband - Straßenbau" - zugegangen ist. Wer für diesen Änderungsantrag der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist der Antrag bei Stimmhaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich lassen nunmehr über die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/720 abstimmen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung angenommen.

Zur Vorbereitung der dritten Lesung ist die Rücküberweisung des Gesetzentwurfes an den Haushalts- und Finanzausschuß erforderlich. Wer dieser Rücküberweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Punkt 2 der Tagesordnung auf: (D)

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986
(Haushaltsgesetz 1986)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/450

Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/500

Zweite Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/650

Dritte Ergänzung der Landesregierung
Drucksache 10/761

Beschlußempfehlungen und Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 10/721 bis 10/735
zweite Lesung

Mit den Drucksachen 10/791 bis 10/817 erhielten Sie insgesamt 27 Änderungsanträge sowie mit Drucksache 10/818 einen Ent-

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) **schließungsantrag.** Dieser Entschließungsantrag wird in die Beratungen einbezogen - die Abstimmung über ihn erfolgt nach Abschluß der dritten Lesung des Haushalts am 13. März 1986.

Eine Zusammenstellung der vorliegenden Änderungsanträge haben Sie erhalten. Ich empfehle Ihnen, diese Zusammenstellung bei den Abstimmungen zur Hand zu nehmen.

Meine Damen und Herren, zunächst noch einmal ein Hinweis auf das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren! Gesamtredzeit und Rednerzahl sind nicht begrenzt. Der erste Redner jeder Fraktion hat eine Redezeit von 30 Minuten, die übrigen Redner eine Redezeit von 15 Minuten. Die Beratung der Einzelpläne erfolgt grundsätzlich in numerischer Reihenfolge, wobei wir heute die Einzelpläne 01 bis 06 und morgen die Einzelpläne 07 bis 14 sowie das Haushaltsgesetz beraten wollen.

Über jeden Einzelplan wird sofort nach seiner Beratung abgestimmt, wobei zunächst die zu dem jeweiligen Einzelplan vorliegenden Änderungsanträge aufgerufen werden. Nach den Abstimmungen über sämtliche Einzelpläne erfolgen die Beratung und die Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986 und damit die GesamtAbstimmung über den Haushaltsplan in zweiter Lesung. Daran schließt sich die Rücküberweisung des Haushaltsplanes.

- (B) Abschließend möchte ich noch einmal darauf hinweisen - wie es der Herr Präsident bereits getan hat -, daß zwischen 12.30 Uhr und 13.30 Uhr keine Abstimmungen stattfinden.

Ich darf jetzt Herrn Abg. Dr. Worms das Wort erteilen.

Dr. Worms (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen Tag, dem Tag der zweiten Lesung, will unsere Fraktion eine Reform der Etatberatungen einleiten. Ich möchte mich deshalb bei den beiden anderen Fraktionen dafür bedanken, daß sie unseren Anregungen im Ältestenrat gefolgt sind.

Meine Damen und Herren, um was geht es? Wir müssen Konsequenzen aus der Tatsache ziehen, daß die Regierung und die sie tragende SPD-Fraktion längst Einigung darüber erzielt haben, welche endgültige Fassung das Zahlenwerk des Haushaltsplans erhalten soll. Die CDU-Fraktion konzentriert sich deshalb heute und morgen auf vier Schwerpunkte. Diese vier Schwerpunkte möchte ich im Zusammenhang erläutern.

Zuvor gestatten Sie mir jedoch bitte ein Wort zu den vorliegenden Beratungsergebnissen der Ausschüsse, allerdings auch zum Ablauf der gerade durchgeführten Beratung zum Gemeindefinanzierungsgesetz!

Meine Damen und Herren, in die abschließende Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses ist unsere Fraktion mit mehr als 100 Anträgen gegangen, für die wir selbstverständlich auch Deckung angeboten haben.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD - Zuruf von der SPD: Das ist falsch! - Weitere Zurufe von der SPD)

Im zwanzigsten Jahr Ihrer Regierung, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, müssen wir erleben, daß nahezu alle Anträge abgelehnt worden sind, und - Herr Kollege Rohde hat das eben schon zutreffend gesagt - wir haben festgestellt, daß eine Auseinandersetzung in der Sache, bei der Sie sich auch als Kontrollinstanz der Regierung verstanden hätten, nicht stattgefunden hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Ihr Verhalten in den zurückliegenden Jahren und auch in diesem Jahr beweist, daß es einfach sinnlos ist, diese Anträge aus den Ausschüssen heute oder morgen in der zweiten Lesung zu wiederholen. Herr Kollege Rohde hat eben noch ein anderes Wort benutzt, das ich gern aufgreifen möchte: Wir würden nicht mehr und nicht weniger erreichen, als daß Ihre Abstimmungsguillotine über unsere Anträge zum zweiten, dritten oder vierten Mal in Tätigkeit gesetzt wird.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Von ein paar - ich sage es einmal so: - kümmerlichen Spielwiesen, die Ihnen die Ministerialbürokratie noch angedient hat, abgesehen, hat es doch überhaupt keine ernsthaften Anträge aus Ihrer Fraktion in Richtung auf eine eigene, originäre Handschrift am Etat 1986 gegeben.

(Lachen bei der SPD)

Meine Freunde und ich vermochten dies nicht festzustellen.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der SPD: So gut war der Entwurf!)

Meine Damen und Herren, das soeben in zweiter Lesung mit Ihrer Mehrheit beschlossene Gemeindefinanzierungsgesetz ist doch unter dem Strich eine Weigerung Ihrer Frak-

(C)

(D)

(Dr. Worms (CDU))

- (A) tion, auf die wirklichen Bedürfnisse unserer Bürger im Lande einzugehen.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Meine Damen und Herren, es geht uns nicht um das Wohlbefinden einiger Kämmerer. Die erneute Sanierung des Landes auf Kosten der Gemeinden ist deshalb ein skandalöses Unrecht, weil die Milliardenkürzung die Bürger und Bürgerinnen unseres Landes unmittelbar trifft.

Herr Kollege Farthmann, Sie sind ja hier als temperamentvoller Debatter bekannt. Sie haben bei allen Auftritten, bei denen ich Sie in den letzten drei, vier Wochen erlebt habe, immer wieder gesagt: Uns ist es ein wirkliches Anliegen, die in unserem Land vorhandene Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Wenn Sie zu diesem Ihrem Wort stehen, dann frage ich Sie: Wäre es nicht ein wirklich konkreter Schritt gewesen, wenn Sie den Anträgen von CDU und F.D.P. im Ausschuß für Kommunalpolitik und im Haushalts- und Finanzausschuß gefolgt wären und den Gemeinden im Gemeindefinanzgleich einen Verbundsatz von 24 % - dabei haben wir den desolaten Zustand Ihres Haushalts schon berücksichtigt - oder, was noch besser gewesen wäre, von 25 % zugestanden hätten? Wir wissen ganz genau, daß diese Beträge unmittelbar in den investiven Teil der Haushaltspläne unserer Städte und Gemeinden hineingeflossen wären.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Genau das, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, wäre unter dem Strich ein erster, realisierbarer, wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in unserem Lande gewesen und hätte den von den Kollegen Stump und Leifert hier sehr dezidiert vorgetragene Antragsstau in unseren Städten und Gemeinden auch abgebaut.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Freunde, wir sagen es Ihnen jetzt immer wieder: Anspruch und Wirklichkeit! Dieselben Leute, die von anderen öffentliche Beschäftigungsprogramme fordern, genau dieselben Leute sind noch nicht einmal bereit, hier im Lande das zu bewegen, was der Landtag hätte bewegen können.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Nun zu den Problemen! Ich kenne das voreilige Fragen nach den Deckungsvorschlägen. Der Finanzminister hat in zwei wichtigen Positionen des Haushalts eine für uns unver-

ständige Zurückhaltung an den Tag gelegt. (C) Noch in der ersten Lesung des Haushalts hatte er gegen die vorliegenden Erkenntnisse der Steuerschätzung vom 11. und 12. November 1985 polemisiert. Diese belief sich - regionalisiert für Nordrhein-Westfalen - auf eine Mehreinnahme - und das ist unstrittig - von 653 Millionen DM.

Wenige Wochen später gab Finanzminister Posser seine Skepsis auf und stellte über Nacht noch einmal 350 Millionen DM Mehreinnahmen ein.

Auch dies, verehrter Herr Finanzminister, ist - gemessen an den wirtschaftlichen Daten - viel zu niedrig. Wenn wir heute in bezug auf die uns bekannten Daten davon ausgehen können, daß ihre Zahl aus einem Wirtschaftswachstum von 3 % resultiert, dann gibt es doch niemanden mehr im Lande - Sie selbst, Herr Kollege Farthmann, und auch Herr Ministerpräsident Rau gehören dazu -, der nicht sagen würde: Jawohl, wir erwarten diese 3 %; aufgrund der Entwicklungen am Ölmarkt können wir davon ausgehen, daß es ein reales Wachstum von mehr als 3 % gibt. Wenn Sie dies aber unterstellen, habe ich die herzliche Bitte - und ich erspare mir hier jetzt jedwede Zahlenspielerlei -, daß Sie dann allerdings auch Wahrheit und Klarheit in Ihrem Haushalt berücksichtigen und das aus einem realen Wachstum auch im Lande Nordrhein-Westfalen eintreffende Mehr an Steuern hier und heute erfassen, damit wir an anderer Stelle damit notwendige Schwerpunkte setzen können. (D)

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Block, der ja völlig untergeht, ist doch die Frage der Zinsentwicklung und der Auswirkung dieser Zinsentwicklung auf das, was wir auf der Ausgabenseite in unserem Haushaltsplan dafür eingesetzt haben bzw. was wir dafür weniger einsetzen müssen.

Der kontinuierliche Rückgang der Zinsen hätte doch eigentlich verdient, daß auch Sie einmal anerkennen, daß in Bonn von Kohl und Stoltenberg eine sehr realistische Finanz- und Wirtschaftspolitik betrieben wird, deren Früchte wir hier und heute im Lande Nordrhein-Westfalen ernten können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der kontinuierliche Rückgang der Zinsen wird im Haushaltsplan des Jahres 1986 in der uns heute bekannten und auch in der durch die Änderungen sich ergebenden Fassung nicht berücksichtigt.

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren, wir können - und wir werden es Ihnen am Ende des Jahres auch beweisen - heute davon ausgehen, daß hier ein weiterer, zur Verfügung stehender Betrag von mindestens 300 Millionen DM realistisch wäre. Dies zum Kapitel Deckung.

Nun zu unseren vier Schwerpunkten! Erstens: Zur Beseitigung der völlig unhaltbaren Mißstände im Personalbereich unserer Schulen fordern wir die Neueinstellung von 1 500 Lehrerinnen und Lehrern.

(Beifall bei der CDU)

Wir lösen - und das sage ich hier auch einmal - gegenüber der Öffentlichkeit ein Versprechen ein, das wir im Landtagswahlkampf 1985 gegeben haben. Ihre im Vergleich dazu gerade lächerliche Ankündigung von 150 Neueinstellungen kann weder die Unterrichtsversorgung an den Schulen verbessern noch den Arbeitsmarkt - Stichwort: Akademikerarbeitslosigkeit - entlasten. Das ist noch nicht einmal Kosmetik.

Die CDU-Fraktion ist hier für Wahrheit und Klarheit. Wir wollen 1 500 befähigten, ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern die Gewißheit geben, einen Dauerarbeitsplatz in den Schulen zu finden. Deshalb lehnen wir jedes unwürdige Hantieren mit befristeten Arbeitsverträgen ab.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Zweitens: Was für die Schule gilt, gilt auch für die Justiz. Die Situation dort kann zum Teil nur noch mit Begriffen wie "Stillstand der Rechtspflege" oder "objektive Rechtsverweigerung" umschrieben werden. Das ist ganz sicher nicht die Schuld der dort Tätigen. Sie sind - und das betone ich - bis an die Grenzen der Zumutbarkeit gefordert und vielfach überlastet. Auch hier gilt es, nicht zuletzt im Interesse unserer rechtsuchenden Bürger, einem unhaltbaren Zustand zu begegnen.

Dies ist das Ziel der Anträge, die wir hier in diesem Einzelplan stellen und zu denen meine Kollegen aus der Fraktion gleich noch deziert eine Begründung geben werden.

Drittens zu dem nach meiner Überzeugung wohl traurigsten Kapitel der Geschichte unseres Landes! Es geht hier um die Änderung des Spielbankengesetzes im Jahre 1981. Schade - Herr Kollege Farthmann, wir sollten in den Fraktionen darüber vielleicht einmal reden -, daß bei einer Rede, wie ich es jetzt schon schätze, drei Viertel Ihrer Fraktion den Saal verlassen hat. Vielleicht können Sie das Ihren Kolleginnen und Kollegen an anderer Stelle einmal sagen.

(C) Durch diese Kürzung im Jahre 1981 hat die Landesregierung der Stiftung Wohlfahrtspflege bereits über 150 Millionen DM für die Alten- und Behindertenarbeit vorenthalten. Meine Damen und Herren, allein 1985 sind es 45,3 Millionen DM.

Unser Antrag, die gesamte Spielbankabgabe in Höhe von 70,3 Millionen DM für die Stiftung vorzusehen, fand - wie nicht anders zu erwarten - erneut keine Mehrheit.

(Dr. Biedenkopf (CDU): Das ist sozial!)

An dieser Stelle, Herr Ministerpräsident, frage ich Sie persönlich: Wie können Sie das mit den von Ihnen gern benutzten Wörtern Anstand und Moral in Einklang bringen?

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Ich frage Sie weiter: Was bedeutet denn noch in diesem Zusammenhang ein Wort von Ihnen? Meine Damen und Herren, ich frage aber auch uns selbst: Was bedeutet denn gegenüber der Stiftung Wohlfahrtspflege noch ein Wort, das der Landtag und die Landesregierung bei der Beratung und der Beschlußfassung dieses Gesetzes dieser Stiftung gegenüber gegeben haben?

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

(D) Meine Damen und Herren, das Spielbankengesetz aus dem Jahre 1974 wäre nie zustande gekommen, wenn wir uns nicht alle in diesem Hohen Hause

(Dr. Biedenkopf (CDU): So ist es!)

darauf verständigt hätten, daß die Spielbankenabgabe in der Hauptsache dem sozialen Zweck dieser Stiftung zufließen sollte. Das, meine Damen und Herren, ist die Wahrheit.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Nur weil es dieses Versprechen, dem eine interfraktionelle Absprache vorausging, gegeben hat, ist im Landtag für dieses Gesetz eine - zugegeben: hauchdünne - Mehrheit zustande gekommen.

Herr Ministerpräsident, Sie waren damals bereits Mitglied der Landesregierung; Sie gehörten schon über viele Jahre diesem Hohen Hause an. Meine Damen und Herren, wir können es nicht verantworten - und sagen das deshalb den Bürgern unseres Landes -, daß wir aus einem Wortbruch heraus heute Gelder eiskalt kassieren, um einen maroden Landeshaushalt damit teilweise zu finanzieren.

(Lebhafte Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Bleiben wir beim Thema Sozialleistungen! Ich frage alle hier: Wie halten wir es eigentlich mit den Investitionen im Krankenhausbereich? Das zuständige Ministerium hat den Bedarf mit mindestens 2,6 Milliarden DM beziffert.

(Nagel (CDU): Der Minister ist gar nicht da!)

Meine Damen und Herren, wir haben uns die Mühe gemacht und mit allen Krankenhausträgern gesprochen.

(Rohe (SPD): Mit uns nicht!)

Wir haben die Krankenhausträger aufgefordert: Sagt uns einmal - nicht was eurer Meinung nach euer Bedarf ist - in Mark und Pfennig, was die fünf Regierungspräsidenten, die ja diesen Bedarf, wenn er angemeldet wird, zu kontrollieren und im Grunde genommen dazu ihr Plazet zu geben haben, euch bereits bewilligt haben. Meine Damen und Herren, wenn Sie diese Summen addieren, erhalten Sie Milliardenbeträge. Unser Computer kann vieles, aber noch nicht Derartiges ausrechnen. Deswegen kann ich Ihnen die Gesamtsumme exakt in Mark und Pfennig im Augenblick noch nicht sagen. Aber vielleicht können wir das zur dritten Lesung nachholen. Die Aussage ist zulässig: Sie können davon ausgehen, daß dieser Bedarf objektiv mindestens das Doppelte der Summe beträgt, die der zuständige Fachminister im Ausschuß genannt hat.

- (B) (Zustimmung bei der CDU)

Wenn dem aber so ist, meine Damen und Herren, meine ich, können Sie hier und heute gegenüber unseren Bürgern, gegenüber den Krankenhausträgern einfach nicht sagen: Mehr als 10 Millionen haben wir nicht für euch.

Meine Damen und Herren, es geht um eine Summe von einigen Milliarden DM, die Ihre Regierungspräsidenten geprüft und genehmigt haben. Damit wir uns wieder im Realen aufhalten - was kann bewirtschaftet werden; welche Mittel können über die Regierungspräsidenten abfließen -, stelle ich den Antrag - und meine Fraktion wird das nachher noch verdeutlichen -, diese 10 Millionen DM um das Zehnfache auf 100 Millionen DM zu erhöhen und diesen Betrag als Zins- und Tilgungsdienst einzusetzen, so daß wir damit eine Investitionssumme von ca. 1 Milliarde DM im Lande Nordrhein-Westfalen freimachen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, durch eine solche Maßnahme hätten wir einen hochwillkommenen

Nebeneffekt, denn Sie alle wissen genauso gut wie wir, daß unsere Bauwirtschaft draußen - und dahinter stehen schon wieder Arbeitsplätze - dringend auf eine solche Investitionssumme im Lande Nordrhein-Westfalen wartet. Tun wir das doch! Folgen Sie bitte diesem Antrag.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Kollege Farthmann, ich möchte Sie persönlich ansprechen. Damit Sie sehen, daß uns dies wirklich ernst ist, sage ich für meine Fraktion - und viele meiner Kolleginnen und Kollegen werden sich jetzt wundern, weil ich das gestern im Fraktionsbericht so nicht angeschnitten habe; aber ich sage es Ihnen -: Wenn Sie diesen beiden Anträgen folgen, wird die CDU-Landtagsfraktion den Einzelplan 07 im übrigen mittragen. So ernst ist uns diese Sache.

(Beifall bei der CDU)

Nun, meine Damen und Herren, fasse ich zusammen. Unsere Erhöhungsanträge zur zweiten Lesung belaufen sich auf exakt 267,9 Millionen DM. Dieser Erhöhung steht eine Deckung von rund 517,6 Millionen DM gegenüber. Ich sage das nur, damit Sie uns abnehmen, daß - wenn Sie unseren Vorschlägen folgen - immerhin noch 250 Millionen DM zum spürbaren Abbau der Nettoneuverschuldung genutzt werden könnten.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich beantrage deshalb namens und im Auftrag der CDU-Landtagsfraktion für diese vier Schwerpunkte namentliche Abstimmung:

(D)

(Beifall bei der CDU)

für den Bereich der Schule, für den Bereich der Justiz, für den Bereich der Wohlfahrtspflege und für den Bereich der Krankenhausinvestitionen.

Wenn wir uns - und damit schließe ich - wirklich an dem orientieren, was in einer Etatsumme, die ja in einer Höhe von 57, 58 Milliarden DM liegt, im Lande Nordrhein-Westfalen beweglich ist, und wenn wir uns auf diese Beträge konzentrieren, dann, glaube ich, meine Damen und Herren - und dies wäre ein erster Schritt, wie ich eingangs gesagt habe, zu einer Reform der Etatberatung, die wir im nächsten Jahr im Einvernehmen mit den anderen Fraktionen auszubauen bereit sind -, daß unsere Etatberatungen das nun langjährig uns persönlich kaum noch interessierende Ritual verlieren würden. Wir würden uns auf das konzentrieren, was wir wirklich zu bewegen vermögen.

(Dr. Worms (CDU))

- (A) Unsere Bürger würden die Konturen der politischen Parteien schärfer messen können.

In dem Sinne bitte ich erneut um die Zustimmung der SPD-Fraktion zu diesen vier Schwerpunkten.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich danke Herrn Abg. Dr. Worms und darf jetzt Herrn Abg. Dr. Farthmann für die Fraktion der SPD das Wort erteilen.

Dr. Farthmann (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat mit dem heutigen Tage eine andere Art der Haushaltsberatung gewünscht und vielleicht auch für die Zukunft eingeleitet. Wir stellen uns gern darauf ein. Ich will deswegen versuchen, auch in grundsätzlicher Art auf die Einwände der beiden Oppositionsparteien zu antworten. Ich muß deshalb das, was Herr Rohde vorhin schon im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzierungsdiskussion gesagt hat, hier noch einmal behandeln dürfen. Ich beginne deshalb damit.

Ihre Ausführungen, Herr Rohde, trugen einen gewissen Anflug von Resignation, weil Sie das Gefühl haben, daß Ihre Anträge, wenn Sie sie hier wiederholten, keine große Wahrscheinlichkeit auf Annahme hätten. Ich könnte es mir nun einfach machen und sagen: Dann müssen Sie das Hohe Haus überzeugen. Aber das will ich gar nicht tun; ich weiß ja, was hier gespielt wird. Wir brauchen uns gar nichts vorzumachen. Nun kann es ja vielleicht noch einen anderen Grund geben, weswegen Sie hier Ihre Anträge nicht erneut stellen, Herr Rohde, und ich muß darauf eingehen, damit die Öffentlichkeit das weiß. Es könnte ja sein, daß Sie Angst vor Ihrer eigenen Courage gekriegt haben, was Ihre Deckungsvorschläge anbetrifft;

(Beifall bei der SPD)

denn Sie haben sich im wesentlichen, wenn man von einigen kleinen Beträgen absieht, Herr Rohde, auf die Reste kapriziert, die nicht abgeflossen sind. Sie haben das hier zwar nicht so ganz präzise wiederholt. Aber damit man das vor dem Hintergrund dessen sieht, was Sie in den Ausschüssen erklärt haben: Sie haben hier nämlich nochmals von den "schwarzen Kassen" und den "Johannes-Türmen" gesprochen. Damit jeder weiß, was darunter zu verstehen ist, muß ich dazu ein paar Sätze sagen.

Unter den "schwarzen Kassen" verstehen Herr Rohde und die F.D.P.-Fraktion offenbar die

nicht abgeflossenen Reste. Er meint, da gäbe es irgendeine dunkle verfügbare Masse. Nur, Herr Rohde, das ist ein fürchterlicher Irrtum. Denn die nicht abgeflossenen Beträge sind doch sozusagen nicht Geld, was wir in der Kasse haben, sondern das müssen wir erst uns noch zusätzlich leihen. Wir haben doch über 7 Milliarden DM geliehen. Wenn bestimmte Beträge nicht in Anspruch genommen worden sind, dann leihen wir uns dafür um so weniger Geld, und das heißt im Klartext: Wenn Sie über dieses Geld in den angeblich schwarzen Kassen verfügen wollen, dann wollen Sie die öffentliche Nettokreditverschuldung für das Jahr 1985 nachträglich erhöhen. Das ist die haushaltspolitische Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das gleiche gilt für die sogenannten Johannes-Türme. Darunter versteht die F.D.P. die nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen. Man kann natürlich durchaus darüber diskutieren, ob man diese gleich verfallen lassen soll, wenn sie nicht ausgeschöpft sind, oder ob man sie aus Zweckmäßigkeitsgründen noch eine gewisse Zeit aufrechterhalten soll. Das möchte die Landesregierung. Übrigens wird das auch in allen anderen Ländern so gemacht.

Nur, ob wir diese Kreditermächtigung aufrechterhalten oder nicht, wir haben dadurch nicht eine Mark mehr verfügbar. Das ist doch der entscheidende Punkt. Deswegen ist es geradezu grotesk, das als Deckung anzubieten!

(Beifall bei der SPD)

Nun aber will ich Herrn Rohde und der F.D.P. gar nicht unterstellen, daß sie allein deswegen jetzt keine Anträge stellen. Vielleicht sind sie tatsächlich ein bißchen enttäuscht darüber, daß die Erfolgsaussichten für eine kleine Partei relativ gering sind. Aber auch da, Herr Rohde, bitte ich Sie, ehrlich zu sein. Machen Sie das denn in Bonn anders? Da haben Sie doch eine lange Erfahrung,

(Beifall bei der SPD)

eine längere Erfahrung als alle anderen Parteien. Sie sind ja immer dabei, dafür sorgen Sie ja, wohin der Wechsel auch führt. Sie wechseln ja eher ihre ganze Wählerschaft aus, als daß Sie auf die Beteiligung an der Regierung verzichten.

(Heiterkeit - Lebhafter Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Aber das ist Ihre Sache. Nur habe ich noch nicht erlebt, daß das, was in den Ausschüssen beraten und verabschiedet worden ist, dann im Parlament verändert worden ist. Herr Rohde, reden wir einmal ein offenes Wort darüber: Jeder weiß doch, wozu das Parlament in erster Linie dient. Es dient nicht in erster Linie dazu, Sachdiskussionen zu führen, um Änderungen zu erreichen. Dafür sind gezielt die Ausschüsse da. Ich will Sie nicht schulmeistern, meine Damen und Herren, aber das können Sie in jedem Lehrbuch über Verfassungsrecht nachlesen: Das Parlament dient dazu, der Öffentlichkeit vorzuführen, welche politische Auffassung die einzelnen Parteien haben, und zwar nicht nur durch Reden, sondern auch durch Taten. Und Taten, das bedeutet, im Parlament Anträge zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß Ihnen ganz offen sagen, meine Damen und Herren von der F.D.P.-Fraktion, ich halte es für dem Parlamentarismus nicht dienlich, wenn Sie dieses als Ritual denunzieren und sich an diesem parlamentarischen Spiel nicht mehr beteiligen. Ich bitte Sie herzlich, sich das zu überlegen; denn wenn Sie als Konsequenz künftig jeweils die Behandlung von Anträgen, die im Ausschuß vorberaten worden sind, hier wiederholen, dann dient das nicht der Substanz der parlamentarischen Beratungen im Landtag von Nordrhein-Westfalen und dient nicht der öffentlichen Information. Zwar sind Sie auf die Öffentlichkeit nicht so angewiesen, weil Sie relativ wenig davon haben. Aber es gibt vielleicht auch andere, die sich Gedanken darüber machen, was die F.D.P. politisch will.

(B)

Und nun zu dem, was Herr Worms gesagt hat! Seit Jahren wird ja die Landesregierung von der CDU wegen der Schuldenentwicklung und wegen der Höhe der Schulden öffentlich kritisiert.

(Schauerte (CDU): Mit Recht!)

Noch im Mai 1982 hat Herr Biedenkopf die Eckdaten des Landeshaushalts 1983 als ein - so wörtlich - beschämendes Zeugnis dafür bezeichnet, wohin die jahrelange sozialdemokratische Umverteilungspolitik führe.

(Beifall bei der CDU)

- Bleiben Sie gleich beim Klatschen, da tun Sie mir einen großen Gefallen! - Im September 1982 hat Herr Schwefer, dem ja seit dem 12. Mai - wie ich sagen muß, leider! - das politische Glück nicht mehr so hold gewesen

ist, unsern Finanzminister als Superschuldenminister bezeichnet, im Jahre 1983 hat uns die CDU eine wahre Schuldenorgie und ein Finanzchaos vorgeworfen, und im Jahre 1984 haben Sie, Herr Worms, die Eckdaten des Haushalts 1985, der jetzt hinter uns liegt, als Finanzkatastrophe beschrieben, und Sie haben von dem größten finanzpolitischen Skandal gesprochen, den das Land erlebt hat.

(C)

(Zurufe von der CDU - Unruhe)

Unbestreitbar ist, daß die Verschuldung des Landes in höchstem Grad zur Besorgnis Anlaß gibt. Wir wollen gar nicht darum herumreden. In den letzten 15 Jahren ist der Schuldenstand auf 73 Milliarden DM angewachsen. In diesem laufenden Jahr 1986 wird die Neuverschuldung 6,9 Milliarden DM erreichen. Allein für Zinszahlungen müssen wir im laufenden Jahr 6,2 Milliarden DM aufwenden. Es tut uns bitter leid um dieses Geld; das ist übrigens mehr als der Gesamtumfang der Landeshaushalte von Bremen und vom Saarland. Unsere Zinslastquote wird in diesem Jahr 10,8 % betragen. In 1980 betrug sie 3,8 %. Sie sehen, meine Damen und Herren, daß wir uns gar keine Illusionen machen und daß wir für offene und aufrichtige Diskussionen sind.

Hinsichtlich der Pro-Kopf-Verschuldung liegt Nordrhein-Westfalen mit 4 365 DM im Flächenländervergleich an drittletzter Stelle vor Schleswig-Holstein und dem Saarland.

(Schauerte (CDU): Das stimmt nicht mehr!)

(D)

Alles das sind bittere Tatsachen, an denen wir auch gar nicht rütteln wollen. Wir lassen es aber nicht mehr zu, meine Damen und Herren, daß die CDU uns einerseits wegen der Schulden kritisiert, andererseits aber in all den vergangenen Jahren nicht einen einzigen Antrag gestellt hat, der die Finanzsituation des Landes entscheidend verbessert hätte.

(Beifall bei der SPD - Elfring (CDU): Das stimmt nicht!)

Wir lassen uns nicht mehr, Herr Elfring, auf den einen Veranstaltungen von Ihnen beschimpfen, weil wir zuviel Schulden machten und nicht mit Geld umgehen könnten,

(Evertz (CDU): So ist es!)

und uns von der gleichen Partei, teilweise von den gleichen Personen auf anderen Veranstaltungen vorhalten, daß wir nicht genug Geld ausgeben.

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Ich weiß doch, was Herr Arentz bei den Jugendorganisationen sagt. Ich habe doch gehört, was Herr Reul bei den Lehrerverbänden gesagt hat. Das ist doch keine redliche Diskussion!

(Beifall bei der SPD)

Seit Jahren stellt die CDU Forderungen, die auf Ausgabensteigerungen hinauslaufen. Ich darf Sie daran erinnern: 1983 haben Sie gefordert, den Landesanteil an der Grunderwerbssteuer den Kreisen und kreisfreien Städten zuzuweisen; jährliche Kosten 240 Millionen DM. Im selben Jahr wollte die CDU den Verbundsatz im allgemeinen Steuerbund von 25,5 % auf 26,5 % anheben; Kosten für das Land 326 Millionen DM.

(Evertz (CDU): Anheben nicht, die Absenkung rückgängig machen!)

1984 beantragte die CDU, ein Landesfamilien-geld einzuführen; Kosten 230 Millionen DM pro Jahr. 1984 verlangt die CDU ferner eine Stiftung "Hilfe für die Familie"; Kosten 75 Millionen DM. Im vergangenen Jahr fordert die Opposition die Kürzung der Zuweisungen an die Gemeinden, die infolge der Steuer-schätzung notwendig geworden waren, nicht schon 1985, sondern erst 1986/87 wirksam werden zu lassen. Das hätte Kosten von 181 Millionen DM nach sich gezogen.

- (B) Meine Damen und Herren, was erleben wir denn bei den diesjährigen Haushaltsberatungen? Da treten Sie doch als erstes wieder nach dem Motto an: Erst einmal einen ausgeben! Das ist doch das, was Ihren Anträgen zugrunde liegt.

(Beifall bei der SPD)

Nun haben Sie, Herr Worms, Ihre Anträge auf vier reduziert. Ich will es deshalb auch bei den vier Anträgen belassen, obwohl soeben einer Ihrer Redner noch einmal ausdrücklich an einen weiteren Antrag, nämlich an den bezüglich des Verbundsatzes, erinnert und gesagt hat, er sähe sich jetzt zwar nicht mehr in der Lage - ich weiß nicht, wie er sich genau ausgedrückt hat -, ihn hier zu stellen, aber im Grunde stehe die CDU nach wie vor zu diesem Antrag. Ich sage das deswegen, weil ich weiß, daß Sie damit bei den Kommunalpolitikern hausieren gehen. Sie bleiben ja nicht bei den vier Anträgen, die Sie hier stellen, wenn Sie sich draußen darstellen.

(Schauerte (CDU): Das muß auch so sein!)

Sie beantragen jetzt, daß der Stiftung Wohlfahrtspflege die gesamten Einnahmen aus der Spielbankabgabe zufließen; das sind nach unserer Rechnung 45 Millionen DM. Für den Krankenhausbau wollen Sie 90 Millionen DM zusätzlich ausgeben. Übrigens muß für die, die den Haushalt nicht so genau kennen, gesagt werden, darin stehen nicht nur 10 Millionen, sondern 450 Millionen DM, auch in diesem Jahr.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- Einverstanden, nur damit wir alle wissen, was wir ausgeben. Die 10 Millionen geben Sie auch nicht nur für ein Jahr aus. Krankenhausbauprogramm ist immer ein mehrjähriger Vorgang.

(Zurufe von der CDU)

Dann wollen Sie im Personalhaushalt einen Einstellungskorridor für Lehrer von jährlich 1500 Stellen, und in der Justiz wollen Sie 100 Richterstellen, wenn ich richtig unterrichtet bin. Übrigens ist es ein bißchen schwierig, die verschiedenen Versionen Ihrer Anträge auseinanderzuhalten. Vielleicht komme ich hin und wieder mit den Beträgen durcheinander; denn Ihre Anträge haben in der letzten Zeit laufend geschwankt. Ihr Herr Schauerte, der sonst immer so fix dabei ist, wenn es darum geht, uns mit großen Worten zu kritisieren, hätte Ihnen etwas eher sagen sollen, Herr Worms - damit Sie damit nicht in die Presse gegangen wären -, daß man, wenn man mit höheren Landeseinnahmen rechnet, die Beträge abziehen muß, die die Gemeinden davon kriegen. Das hat Herr Schauerte nämlich vergessen.

(Schauerte (CDU): Das ist darin enthalten! - Hardt (CDU): Das hat er für 1985 gemacht!)

Inzwischen haben Sie es aber korrigiert. Ihre Summe, die Sie jetzt nennen, geht offensichtlich von dem abgezogenen Betrag aus.

Ich kann deshalb auch nicht ganz genau sagen, wie Sie, Herr Worms, auf den Betrag kommen, den Sie genannt haben. Ich will nur darauf hinweisen, daß wir nach unserer Rechnung allein bei diesen vier Forderungen auf 417 Millionen DM kommen. Aber das kann vielleicht geklärt werden. Daran soll es wahrlich nicht scheitern.

Was mir viel wichtiger ist, meine Damen und Herren, ist folgendes. Ich will überhaupt nicht bestreiten, daß alle diese vier Maßnahmen - auch sogar die vier anderen, die Sie jetzt fallengelassen haben - bei isolierter

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) fachlicher Betrachtung durchaus positiv zu beurteilen sind. Ich sage Ihnen sogar, Herr Worms, mir tut es in der Seele weh, daß wir nicht Polizeibeamte einstellen können, obwohl 10 000 junge Leute es gern werden möchten und obwohl wir unterhalb der Schlüsselzahl liegen, und daß wir nicht mehr Lehrer, Richter und Professoren einstellen können. Aber das ist doch die Folge der Schizophrenie der Bonner Politik, die meint, die öffentlichen Kassen - -

(Beifall bei der SPD - Schallendes Gelächter bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Ihr Pech ist, daß Sie schon losbrüllen, auch wenn Sie den Satz noch gar nicht zu Ende gehört haben.

(Zuruf von der CDU: 20 Jahre!)

Deswegen will ich noch einmal wiederholen. Ich kann keinem jungen Lehrer folgendes klarmachen. Wir sind uns zwar durch alle Parteien hindurch einig, daß es bildungspolitisch im Grunde vernünftig wäre, 1500 Lehrer einzustellen, daß wir dazu aber nicht das nötige Geld haben und gleichzeitig in Bonn Kürzungen unserer Einnahmen, unserer verfügbaren Finanzmasse vornehmen. Das ist doch der Punkt.

(Zustimmung bei der SPD - Schauerte (CDU): Das ist falsch!)

- (B) Der Punkt ist doch nicht, meine Damen und Herren, daß wir kein Geld haben, sondern daß Ihre beiden Parteien in Bonn daran mitwirken, uns Einnahmen zu kürzen, anstatt uns zusätzliche Einnahmen zu verschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Dr. Farthmann (SPD): Na ja, Herr Schauerte. Es ist zwar nicht viel zu erwarten; aber machen Sie nur!)

Schauerte (CDU): Herr Professor Farthmann, Sie haben gerade gesagt, Bonn kürze die Einnahmen des Landes. Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß mittlerweile auch nach der Einschätzung Ihres Finanzministers im Jahre 1986 etwa 2 Milliarden DM mehr Steuereinnahmen zur Verfügung stehen werden als im Jahre 1985?

Dr. Farthmann (SPD): Herr Schauerte, ich hatte nichts anderes erwartet. Natürlich geht es nicht darum, wieviel wir 1985 oder 1975 an

Geld hatten, wenn wir das Weniger vergleichen, sondern was wir haben könnten, wenn die Steuersenkung nicht erfolgt wäre.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU)

- Aber entschuldigen Sie, meine Damen und Herren! Wir müssen doch auch die erhöhten Gehälter bezahlen. Deswegen müssen wir doch auch von den Steuerschätzungen ausgehen, die wir hätten, wenn keine Gesetzesänderung stattfände.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

- Es überrascht mich nicht, daß Herrn Schauerte das nicht einleuchtet. Aber das ist unser Pech; damit müssen wir im Landtag leben.

(Zurufe von der CDU)

Nun ist die Frage: Was bietet denn die CDU als Deckungsvorschläge an? Das hat Herr Worms ja in aller Deutlichkeit wiederholt.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Erstens meinte er, wir müßten den Steuereinnahmensatz um 303 Millionen DM erhöhen, und wir müßten gleichzeitig die Zinsausgaben in diesem - -

(Zuruf des Abg. Dr. Biedenkopf (CDU))

- Wenn Sie sich beruhigt haben, Herr Biedenkopf, möchte ich gern fortfahren.

(Dr. Biedenkopf (CDU): Solchen Unsinn habe ich noch nicht gehört! Ein solcher Hinterbänkler-ton, und das als Fraktionsvorsitzender!)

Zweitens, Herr Worms, bieten Sie eine Verminderung des Zinsausgabenansatzes um 300 Millionen DM an.

Es ist natürlich leicht zu fordern, wir sollten von höheren Steuereinnahmen ausgehen. Das ist ja auch nur - das wissen wir alle - ein Strich mit dem Bleistift. Nur, meine Damen und Herren: Leider waren schon im vorigen Jahr die Steuerschätzungen zu optimistisch. Statt, wie noch im November 1985 vom Arbeitskreis vorausgesagt, 41,5 Milliarden DM gingen leider nur 41,0 Milliarden DM ein. Es blieb ein Loch von einer halben Milliarde. Und wenn wir berücksichtigen, daß die Steuereingänge im Monat Januar, der hinter uns liegt, extrem gering waren, dann ist eine nüchterne Kalkulation und Zurückhaltung bei der Auf-

(C)

(D)

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) stellung des Steuereinnahmeansatzes durchaus geboten. Gegenüber dem Einnahmeergerbnis von 41 Milliarden DM im Jahre 1985 bedeutet der für 1986 errechnete Steueransatz von 43,25 Milliarden DM schon eine Steigerung von 5,4 Milliarden DM: Das entspricht exakt der im Jahreswirtschaftsbericht 1986 von der Bundesregierung erwarteten Wirtschaftsentwicklung.

Ihr Vorschlag, den Einnahmeansatz um 303 Millionen DM zu erhöhen, ist deshalb angesichts der unterdurchschnittlichen Einnahmeergerbnisse von 1985 und angesichts unserer tatsächlichen Steuerlandschaft in Nordrhein-Westfalen - ich nenne nur das Stichwort: weitreichende Verlustvortragsmöglichkeiten - leider völlig unrealistisch.

Im übrigen, meine Damen und Herren, sollten Sie doch bitte nicht übersehen, daß der Finanzminister, wie die dritte Ergänzungsvorlage zeigt, zum haushaltswirtschaftlichen Ausgleich der Tarifrunde 1986 - da haben Sie nämlich den Beweis, daß wir von erhöhten Personalkosten ausgehen müssen - schon jetzt kein anderes Instrument mehr zur Verfügung hatte als den Rückgriff auf eine globale Minderausgabe.

Bitte machen Sie sich doch einmal klar, daß eine Minderausgabe von 229 Millionen DM im Haushalt steht. Angesichts dessen wollen Sie schon über Steuereinnahmen verfügen, die wir noch gar nicht haben. Das können Sie doch nicht mehr als seriöse Finanzpolitik bezeichnen!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir sollten hier nicht über ungelegte Eier gackern. Ich sage Ihnen, Herr Dr. Worms, hier von dieser Stelle aus zu: Wenn wir mehr Steuereinnahmen haben, dann gehen wir gern auf Ihr Angebot ein, und dann können wir durchaus darüber reden, wie wir sinnvollerweise diese zusätzlichen Steuereinnahmen verbrauchen sollten. Aber jetzt schon darüber zu verfügen, kann mit seriöser Finanzpolitik nicht vereinbart werden.

Meine Damen und Herren! Ihr zweiter Deckungsvorschlag, die Minderung des Zinsausgabeansatzes, ist wirklich abwegig. Da wundere ich mich, wie Sie einen solchen Vorschlag überhaupt machen können. Denn wie Sie alle wissen, meine Damen und Herren, arbeitet doch der Finanzminister mit Darlehen. Er muß doch Zinsen in diesem Jahr für Darlehen bezahlen, die in Jahren, die hinter uns liegen, aufgenommen worden sind.

(Ruppert (F.D.P.): Das ist doch schlimm genug!)

Daß es schlimm ist, weiß ich auch. Nur, dann müssen Sie es in Ihre Rechnung einstellen. Darum geht es!

(C)

Das heißt im Klartext: Die Zinsrückgänge, die hoffentlich eintreten, werden frühestens im Jahre 1987 spürbar und wirksam werden, keinen Tag eher, wahrscheinlich sogar viel später. Sie können doch nicht jetzt schon Zinsrückgänge verfrühstücken, die wir erst 1986, 1987, 1988 im Haushalt spüren werden!

(Zustimmung bei der SPD)

Die behauptete Ausweitung des Zinsrückgangs ist ein reines Phantom. Das kann als seriöser Deckungsvorschlag leider nicht betrachtet werden.

Meine Damen und Herren, es liegt mir aber noch an einer letzten, ganz grundsätzlichen Überlegung - auch etwas, das später, wenn die Einnahmen eingehen sollten, wenn die Steuererträge höher liegen sollten, zu entscheiden ist. Selbst wenn man von aller Fragwürdigkeit dieser Deckungsvorschläge von Herrn Worms einmal absieht, selbst wenn man davon ausginge, daß die Berechnungen der CDU zutreffend wären und sich die Erwartungen erfüllten, dann müßte doch die Konsequenz gemäß der bisherigen Logik der CDU-Argumentation darin bestehen, diese gesamte Deckungsmasse, die Sie angeblich sehen, zur Zurückführung der Schulden zu verwenden und nicht zu neuen Ausgaben!

(Beifall bei der SPD)

(D)

Alles andere, meine Damen und Herren, widerspricht doch dem, was Sie dauernd gesagt haben.

Wenn Sie, Herr Worms, 1984 noch selbst gefordert haben, die Hälfte aller steuerlichen Mehreinnahmen zur Schuldentilgung zu verwenden, dann müßte doch dieser kleine zusätzliche Teil erst recht zur Schuldentilgung und zu nichts anderem eingesetzt werden.

(Maedge (SPD): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, statt immer neue Ausgaben zu fordern, hätten Sie sich für eine Verringerung der Nettokreditaufnahme entscheiden müssen.

(Zuruf von der CDU: Haben wir getan!)

Dadurch, daß Sie das nicht getan haben, bestätigen Sie - und ich bin ja froh, daß Sie es tun -, daß den begrenzten öffentlichen Mitteln in unserem Lande wachsende gesellschaftliche Bedürfnisse gegenüberstehen.

(Dr. Farthmann (SPD))

- (A) Und, meine Damen und Herren, Sie sanktionieren damit den bisherigen Kurs der Inanspruchnahme des Kreditmarktes; denn sonst müßten Sie alles tun, diese Inanspruchnahme zu reduzieren.

(Zustimmung bei der SPD)

Im Klartext: Erkennen Sie endlich an, daß der Staat, wenn er mehr Aufgaben erfüllen soll, dazu nicht weniger, sondern mehr Mittel braucht! Da sind wir wieder bei dem entscheidenden Punkt: Eigene Möglichkeiten, sich diese höheren Einnahmen zu verschaffen, stehen dem Land leider nicht zur Verfügung. Deswegen liegt der Schlüssel zur Lösung dieser Schwierigkeiten in Bonn, ob Sie das hören wollen oder nicht. Ausschließlich!

(Zustimmung bei der SPD)

Die Bundesregierung tut das Gegenteil: Durch Steuersenkungen greift sie dem Land in die Tasche, und sie unternimmt nichts, um die eklatante Benachteiligung Nordrhein-Westfalens im bundesstaatlichen Finanzausgleich zu beseitigen.

(Maedge (SPD): So ist es! - Zuruf von der CDU: Typische Desinformationspolitik!)

- (B) Solange Ihre Parteien, meine Damen und Herren von der CDU und von der F.D.P., in Bonn dem Land die Mittel verweigern, die wir dringend benötigen, um die wachsenden Bedürfnisse zu befriedigen und einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, haben CDU und F.D.P. hier in Düsseldorf das Recht verloren, von uns neue Ausgaben im Landeshaushalt zu fordern.

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Ich würde herzlich darum bitten, daß wir zu dieser Form einer redlichen Haushaltsberatung zurückkehren. Entweder können wir unsere dringenden landespolitischen Bedürfnisse in gemeinsamer Erkenntnis aus finanziellen Gründen nicht befriedigen - dann lassen Sie uns gemeinsam dagegen kämpfen, daß unsere Einnahmen vermindert werden, und gemeinsam dafür kämpfen, daß wir mehr Einnahmen zur Verfügung haben -, oder Sie als Opposition sehen unsere Bedürfnisse im Land als befriedigt an: Dann brauchen wir keine neuen Einnahmen, dann verlangen Sie aber auch nicht ständig neue Ausgabensteigerungen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat Herr Abg. Büssow von der Fraktion der SPD. (C)

(Von der Zuschauertribüne aus wird eine größere Anzahl Handzettel in den Plenarsaal geworfen.)

- Meine Damen und Herren, ich muß Sie bitten, das zu unterlassen. Ich muß die Saaldiener bitten, diejenigen, die diese Zettel von dort heruntergeworfen haben, aus dem Saal zu entfernen, ebenfalls das Transparent.

(Die betreffenden Besucher werden vom Ordnungspersonal von der Zuschauertribüne geführt.)

Wie mir die CDU-Fraktion mitteilt, besteht eine Vereinbarung, daß als nächster Redner Herr Dr. Pohl das Wort hat.

Meine Damen und Herren, ich bitte damit einverstanden zu sein, daß wir in der Sitzung fortfahren und sie nicht wegen dieser Zettel unterbrechen, die dort heruntergeworfen worden sind.

(Zustimmung)

Dr. Pohl (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch dieser Landeshaushalt zeigt: Der Ministerpräsident betreibt eine Politik, bei der Anspruch und Wirklichkeit weit auseinanderklaffen. Dabei verstrickt sich der Ministerpräsident in Widersprüchlichkeiten, und er zeigt Führungslosigkeit. Oder, meine Damen und Herren, ist es kein Widerspruch, wenn der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung ankündigt, eine Politik der sozialen Verantwortung und des solidarischen Miteinanders zu betreiben, aber gleichzeitig in zunehmendem Maße den sozialen und kulturellen Frieden in Nordrhein-Westfalen gefährdet? (D)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Hierzu vier Beweise: Obwohl die Regierung Rau in den vergangenen fünf Jahren einen unverantwortlichen Abbau an sozialen Leistungen

(Fortgesetzte Unruhe)

- ich bitte Sie, zuzuhören, meine Damen und Herren! - von 321,8 Millionen DM - in fünf Jahren! - vorgenommen hat, wurden im Haushaltsentwurf 1985 die Mittel für Familien-, Kinder- und Altenerholung nochmals um 50 % gekürzt. Das bedeutete doch im Klartext, meine Damen und Herren: Familierholung, Kindererholung und Altenerholung sollten in unserem Lande zukünftig nicht mehr stattfinden.

- (A) Vizepräsident Dr. Riemer: Einen Augenblick, Herr Abgeordneter! Ich darf bitten, wieder Platz zu nehmen, meine Damen und Herren, bzw. die Gespräche, die geführt werden müssen, draußen zu führen.

Dr. Pohl (CDU): Hat denn der Ministerpräsident damit nicht genau das getan, was er im Bund anprangert, nämlich soziale Leistungen gekürzt? Im Bund will er doch alle sozialen Kürzungen rückgängig machen. Hier im vorgelegten Entwurf hat er genau bei den sozial Schwachen Kürzungen vorgeschlagen, und erst der Landtag mußte das revidieren.

(Frau Robels (CDU): Sehr richtig!
- Zustimmung bei der CDU)

Beweis Nummer 2 - und darauf hat mein Vorsitzender schon hingewiesen -: "Kommunale Selbstverwaltung wird ihre besondere Bedeutung für die Politik der Landesregierung behalten", hieß es in der Regierungserklärung vom 10. Mai. Aber Tatsache ist - und da beißt die Katze keinen Faden ab, Herr Minister Schnoor -: Niemals zuvor sind die Städte und Gemeinden so zur Ader gelassen worden wie von dieser Landesregierung Rau und von diesem Landeshaushalt, meine Damen und Herren!

(Zustimmung des Abg. Dr. Worms (CDU))

- (B) Beweis Nummer 3: Der Ministerpräsident ist auf dem besten Wege, unserem Lande kulturellen Unfrieden zu bescheren. Denn, Sie wissen es doch ganz genau: Überall im Lande versuchen die Sozialdemokraten trotz der Parole des Kultusministers "Ruhe an der Schulfront", ohne ein ausreichendes Bedürfnis und gegen den Willen der Kommunen Gesamtschulen einzurichten. Dabei scheut die Landesregierung nicht davor zurück, den Elternwillen zu manipulieren.

(Zustimmung bei der CDU - Frey (Gelsenkirchen) (SPD): Dummes Zeug!)

Unfrieden schafft die Landesregierung auch dadurch, daß sie die Kollegschule durchdrückt, obwohl ihr gerade noch Kultusminister Maier und die anderen Kultusminister bescheinigt haben, daß das Abitur an einer solchen Schule nicht anerkannt wird. Dies geht zu Lasten der Kinder und schafft Unfrieden im Land.

(Dr. Dammeyer (SPD): Quatsch! Unsinn!)

Fazit aus all diesen Beispielen, die sich noch vermehren ließen: Der Ministerpräsident hat

(C) in seiner Regierungserklärung die "solidarische Gesellschaft" für Nordrhein-Westfalen versprochen. Die Wirklichkeit seiner Politik führt zum Gegenteil.

Ist es eigentlich kein Widerspruch, meine Damen und Herren, wenn der Ministerpräsident immer wieder von Zukunftssicherung redet, aber unter seiner politischen Verantwortung die Schuldenentwicklung im Lande Nordrhein-Westfalen gigantische - ich wiederhole: gigantische - Ausmaß annimmt? Als der Ministerpräsident seinen Vorgänger ablöste, betrug die Schulden des Landes 28 Milliarden DM. Das war 1978. Heute, zum 31.12.1985, betragen die Landesschulden laut Auskunft des Finanzministers 88 Milliarden DM!

Damit hat Ministerpräsident Rau in sieben Regierungsjahren die Landesschulden weit mehr als verdreifacht. Mit dieser Regierungspolitik wird die Zukunft unserer Kinder verfrühstückt, während der Ministerpräsident draußen gleichzeitig immer darüber redet, er werde die Zukunftssicherung herbeiführen, ja, er beschwört dies geradezu.

Nun, Herr Prof. Farthmann, zu Ihnen! Sie haben der Opposition den Vorwurf gemacht, sie habe die ganzen Jahre hindurch zwar immer wieder auf die Finanzkatastrophe hingewiesen und es sei inzwischen schlicht auch eine Finanzkatastrophe - insofern sind wir uns wenigstens einig -, aber diese Opposition habe nie und nimmer einen Antrag gestellt, der den Haushalt sanieren, der den Haushalt sichern solle. (D)

Herr Farthmann, Sie können die Erinnerung vielleicht nicht haben, aber diejenigen, die Ihnen das aufgeschrieben haben, sollten sich einmal der Landtagsbibliothek bedienen.

(Zustimmung bei der CDU - Elfring (CDU): Sehr richtig!)

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 8/530 vom 3. Februar 1976: Vorlegung eines Haushaltssicherungsgesetzes und eines Sparhaushalts! Aus dem Inhalt:

Das Land wird Ende 1976 eine Gesamtschuldenlast von 23 Milliarden DM haben. Deshalb wird die Landesregierung ersucht, dem Landtag den Entwurf eines Haushaltssicherungsgesetzes (I) und den Entwurf eines Sparhaushalts (II) vorzulegen.

Vorschlag zur Einschränkung von Leistungsgesetzen, Vorschlag zum Abbau von Personalvermehrung, Vorschlag zum Abbau von Sachtitelgaben - Gesamtvolumen dieses Kürzungsan-

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) trags aus dem Jahre 1976: 1 Milliarde DM. Das ist die Wirklichkeit, Herr Farthmann; davon sollten Sie Kenntnis nehmen!

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Abg. Schaufuß (SPD))

Wie ist es damals mit unserem Antrag gegangen, den unser verstorbener Freund Heinrich Köppler noch unterschrieben hat? Als wir ihn in der zweiten Lesung vorlegten, haben Sie gesagt, so schnell könnten Sie das gar nicht begreifen; Sie müßten ihn erst einmal studieren. In der dritten Lesung sind Sie dann erst gar nicht mehr auf diesen Antrag zurückgekommen, sondern haben ihn niedergestimmt. Sie haben ihn mit der Abstimmungs-guillotine genauso abgelehnt, wie Sie es heute mit unseren Anträgen tun!

(Zustimmung bei der CDU)

So sieht die Wirklichkeit aus, Herr Farthmann. Wenn Ihnen etwas aufgeschrieben wird, dann lassen Sie sich etwas Richtiges aufschreiben; sonst sollten Sie es lieber selbst erarbeiten.

(Erneute Zustimmung bei der CDU)

- (B) Auch in der Umweltpolitik verstrickt sich der Ministerpräsident in Widersprüche. Während seine Landesregierung über den Bundesrat die Attacke der SPD-Bundestagsfraktion gegen Buschhaus unterstützt, fährt der Ministerpräsident nach Ibbenbüren und preist dort ein gleichgelagertes Kohlekraftwerk als besonders umweltverträglich. Während der Ministerpräsident in unzähligen Redebeiträgen die aktive Umweltpolitik dieser Landesregierung preist, ist er in Fragen der Abfallbeseitigung und Industriemüllentsorgung im Lande untätig. Es besteht noch immer kein Landesabfallbeseitigungskonzept dieser Landesregierung. In den Regierungsbezirken Köln und Münster gibt es keine Möglichkeit den Sondermüllentsorgung. So ist die Wirklichkeit: Aktive Umweltpolitik wird gepriesen, getan wird nichts, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abg. Dr. Heugel (SPD))

Den besten Beweis für die widersprüchliche Politik des Ministerpräsidenten liefert in der Tat sein eigener Landeshaushalt. Seit 1981 verordnet der Herr Ministerpräsident seinen Ressortkollegen, von jeweiligen Einzelausnahmen abgesehen, Einsparungen beim Personal und bei den diesbezüglichen Sachausgaben. Die Landesregierung hat den tapferen Beschluß gefaßt, von 1981 bis 1985 6 % der Stellen abzubauen. Und was hat der Minister-

präsident getan? In der gleichen Zeit, für die er das verordnet hat, nämlich von 1981 bis 1985, hat er selbst kräftig zugelangt und die Staatskanzlei um über 3 % Stellen mehr ange-reichert.

(C)

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Im Landeshaushalt 1984 fing das zur Vorbe-reitung der Landtagswahl an. Im Personal-haushalt des Ministerpräsidenten wurden insgesamt 16 neue Stellen vorgesehen, bei der Besoldungsgruppe A 13 angefangen bis hin zu B 4. Die ganze Operation hat dem Land damals rund 1 Million DM mehr an Besoldungs-aufwand gekostet, nicht zu reden von der Alimentationspflicht für diese neuen Beamtenstellen bis zum Grabe.

Nunmehr, 1986, rechtzeitig zur Vorbereitung der Kanzlerkandidatur unseres Ministerpräsi-denten, wiederholt sich der Vorgang. Diesmal wurden nach dem vorgelegten Regierungsent-wurf zum Einzelplan 02 und nach der Ergän-zungsvorlage insgesamt 25 neue Stellen für die Staatskanzlei beansprucht. Erst nach massivem Druck der CDU-Opposition und nach einer Sondersitzung des Hauptausschusses sowie nach der Vorlage eines von der CDU-Opposition vor zwei Jahren angeregten und jetzt vom Landesrechnungshof unterbreiteten Strukturgutachtens zur Staatskanzlei wurden diese Stellenmehranforderungen um 9 - also auf 16 - reduziert. Damit wiederholt sich der Vorgang aus dem Jahre 1984 fast auf die Zahl genau mit einer Zugangsgröße von 15 bzw. 16 Stellen.

(D)

Auch bei den Sachausgaben werden kräftige Steigerungen vorgenommen. Die Kosten für die Beratung durch Sachverständige und Honorarkräfte erfahren eine Steigerung von 200 %.

(Hört, hört! bei der CDU)

Die Kosten für Gutachten und Forschungsauf-träge zeigen einen Mehrbedarf von 300 %.

Wir von der CDU-Opposition sagen es deut-lich: Angesichts der katastrophalen Haus-haltslage des Landes, angesichts der sonst stattfindenden Kürzungen der Stellenzahlen in den Personalbereichen aller übrigen Landes-verwaltungen läßt sich eine Erhöhung der Stellen in der Staatskanzlei um jetzt 4,4 % ebensowenig rechtfertigen wie Ausgaben-steigerungen von 200 bis 300 % bei Sachaus-gaben, für Sachverständige und Honorarkräf-te.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsi-dent betreibt eine Politik, die nicht glaub-

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) würdig ist. Die Wirklichkeit der politischen Taten widerlegt seine Worte, und mit seinem Tun entlarvt er sich selbst.

Mangelnde Führung zeigt der Ministerpräsident auch im eigenen Hause, also in der Staatskanzlei, sowie in den Bereichen mittelfristige Finanzplanung und Landesplanung. Sein Fehlverhalten im Bereich der Staatskanzlei und der mittelfristigen Finanzplanung ist zunächst einmal Organisationsverschulden.

Das wird in dem von mir bereits erwähnten Sondergutachten der Staatskanzlei, das wir von der CDU bei den Haushaltsberatungen 1984 beantragt hatten, besonders deutlich. Durchgehend beanstandet der Landesrechnungshof, daß die Aufgabenzuweisungen in der Staatskanzlei erhebliche Mängel aufwiesen. Arbeitsplatzanalysen fehlen - Herr Blumenberg -, und Höhergruppierungen beruhen auf fehlerhaften Untersuchungen, wie der Landesrechnungshof nachweist.

Darauf haben wir bei den Haushaltsberatungen in den vergangenen Jahren schon immer hingewiesen, auch 1984. Damals habe ich für die CDU-Opposition hier im Plenum schon sagen dürfen, daß die Staatskanzlei in erster Linie Büro des Ministerpräsidenten zu sein hat - ohne eigene exekutive Befugnisse. Die Staatskanzlei muß den Ministerpräsidenten informieren, das heißt ihm Zugang zu Wissen und Plänen innerhalb der Ministerien verschaffen.

- (B) Ihre Aufgabenstellung leitet sich aus den Kompetenzen des Regierungschefs ab; aber hier liegen auch die Grenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vergleicht man einmal die tatsächlichen Gegebenheiten mit diesen Grundaufgaben, so ist festzustellen, daß die Staatskanzlei seit Jahren in ihrem Zuschnitt ein Konglomerat aus Führungs-, Ressort- und Verwaltungsaufgaben darstellt.

Dabei ist das Hauptübel in erster Linie die aufgeblähte Abteilung II - Planung und Koordination -, die jetzt wiederum weiter um 15 Stellen aufgebläht wird. Hier wird vorrangig uneffiziente und falsche Koordinationsfunktion gehandhabt, meine Damen und Herren!

(Elfring (CDU): So ist das!)

Die Arbeit dieser Abteilung II erschöpft sich in Wirklichkeit nach außen in der Bevormundung der anderen Ressorts in Form eines Superministeriums, und innerhalb der Behörde - Herr Farthmann - beweist sich die

Abteilung II als eine Institution zur Verzögerung und Verschleppung des Geschäftsgangs. Auf meine diesbezüglichen Ausführungen zum Landeshaushalt 1984 - ich mache es jetzt wie ein Anwalt - darf ich Bezug nehmen. Da habe ich nämlich dasselbe schon einmal dem Ministerpräsidenten vorgehalten, und nun hat der Landesrechnungshof es ihm auch noch schriftlich gegeben!

Was aber hat der Ministerpräsident seit 1984 getan? - Nichts. Was tut der Ministerpräsident jetzt? - Er schweigt. Er hat gesagt, er würde meiner Rede zuhören, auch wenn er in seinem Zimmer wäre; ich hoffe, daß er das hört und dann gleich hier redet.

Herr Ministerpräsident, die Staatskanzlei muß personell abgespeckt werden, und das nicht nur von den Wahlhelfern aus 1984 und von den Wahlhelfern jetzt für 1987.

Die Staatskanzlei dürfte nur aus einer Grundsatzabteilung bestehen. Ihr sollte die grundsatzpolitische Planung obliegen. Bezüglich der Ressortplanung sollte die Staatskanzlei vornehme Zurückhaltung üben und ihre Koordinationsfunktion unter voller Respektierung der Selbstkoordination der einzelnen Ressorts vornehmen.

Da sich aus der grundsatzpolitischen Planung in der Regel die Durchführung größerer oder großer Objekte ergibt, sollte wegen der Prioritätensetzung die mittelfristige Finanzplanung dem Ministerpräsidenten übertragen werden, die bislang vom Finanzminister wahrgenommen wird. Auch sollte überlegt werden, inwieweit die Staatskanzlei bei der Festsetzung der Eckdaten für den Haushaltsentwurf beteiligt wird.

Also kann man dem Ministerpräsidenten nur zurufen: Reduzierung der Staatskanzlei von zwei Abteilungen auf eine, aber Anreicherung um die mittelfristige Finanzplanung, um die Möglichkeit einer vorausschauenden Planung zu schaffen! Mit besserer Organisation, meine Damen und Herren, könnte der Ministerpräsident endlich einmal die Effizienz seiner Arbeit steigern und gleichzeitig auch noch Personal einsparen. Deshalb sollte er endlich diese Vorschläge, die ich schon 1984 gemacht habe, wenigstens für das nächste Mal aufgreifen.

Im Bereich der Landesplanung fehlt dem Ministerpräsidenten ebenfalls Führungsaussage und Führungskraft. Darauf hat mein Fraktionsvorsitzender aus Anlaß der Diskussion zum Landesentwicklungsbericht 1984 bereits im einzelnen hingewiesen.

Statt einen Landesentwicklungsbericht vorzulegen, hat der Ministerpräsident einen Lan-

(C)

(D)

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) deszustandsbericht gegeben. Perspektiven fehlen, Antworten auf drückende und drängende Fragen fehlen ebenfalls. Der Ministerpräsident hat damit seinen Gesetzauftrag nach dem Landesplanungsgesetz nicht wahrgenommen, und das müssen wir ihm bei dieser Gelegenheit in Erinnerung rufen.

In der Medienpolitik, Herr Ministerpräsident, ebenfalls Fehlanzeige! Die immer weiter hinausgezögerte, obwohl dringend notwendige Vorlage des Landesmediengesetzes beweist, daß man den Ministerpräsidenten mit Recht einen Zögerer nennt.

Beim Zustandekommen des ebenso dringenden weiteren Rundfunkstaatsvertrages agiert der Ministerpräsident erfolg- und glücklos. Bereits bei der Mediendebatte am 12. Dezember habe ich gefragt, was der Ministerpräsident inzwischen bei seinem Kollegen Börner in Hessen für den Staatsvertrag erreicht hat. Heute wiederhole ich meine Frage. Wie im Dezember werde ich heute wahrscheinlich wieder keine Antwort erhalten.

Deshalb werden wir in der nächsten Woche unseren Antrag, die Landesregierung möge im Hinblick auf den Staatsvertrag tätig werden, aufgreifen und hier im Plenum zur Debatte und Abstimmung stellen, meine Damen und Herren, damit wir den Herrn Ministerpräsidenten endlich einmal zur Jagd tragen, wenn er denn schon nicht selbst jagen will.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Der Ministerpräsident schickt sich an, als Kanzlerkandidat der SPD in den bevorstehenden Bundestagswahlkampf zu ziehen. Angesichts der von mir aufgezeigten Widersprüche zwischen Reden und Handeln in der Sozialpolitik, in der Finanzpolitik, in der Führung und Organisation seines eigenen Hauses, in der Landespolitik, in der Medienpolitik kann ich mit Franz Josef Strauß nur feststellen: Der Franz Josef hat recht; die Kanzlerschuhe sind dem Herrn Rau zu groß, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, lange habe ich überlegt, wie man Sie bei dieser Negativbilanz und angesichts der Kanzlerkandidatur kurz und bündig charakterisieren soll.

Dabei fiel mir das sogenannte Peter-Prinzip ein. Mit diesem Prinzip wird nachgewiesen, daß in fast allen Fällen jedermann solange befördert wird, bis er die Stufe seiner Unfähigkeit erreicht hat. - Herr Ministerpräsident, Sie stehen am Absatz dieser letzten

Stufe. Für mich sind Sie der lebende Beweis dieses Peter-Prinzips. (C)

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Herbert Wehner hat jetzt ein Interview gegeben. Und ich weiß, der ist ja immer ein bißchen scharf und spricht die Sachen an. In dem Interview hat er gesagt: Herr Rau, das ist ein Mann, der in Wirklichkeit nichts von sich gibt.

(Zurufe von der SPD - Unruhe)

Herr Ministerpräsident, dem hat man wirklich nichts mehr hinzuzufügen, - außer Ihrer Aussage, die Kanzlerschaft sei in Ihrer Lebensplanung nicht vorgesehen. - Nun, ich bin gewiß, Ihnen wird geholfen werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren! Die Fraktionen hatten vereinbart, vor Eintritt in die Beratung der Einzelpläne eine Generaldebatte zu führen. Diese Generaldebatte hat stattgefunden. Herr Abg. Dr. Pohl hat bereits zum Einzelplan 02 gesprochen, obgleich die Einzelpläne 01 und 02 noch nicht formell aufgerufen worden sind; ich bitte darum, das zur Kenntnis zu nehmen. Sicher wird die CDU-Fraktion damit einverstanden sein, daß die Darlegungen Herrn Dr. Pohls auf das Kontingent Ihrer Redezeit zu Einzelplan 02 verrechnet werden. (D)

Ich rufe jetzt auf:

Einzelplan 01: Landtag

Hierzu verweise ich auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/721 und eröffne die Beratung in zweiter Lesung.

Wird das Wort zum Einzelplan 01 - Landtag - gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Die Beratung ist damit geschlossen.

Eine Abstimmung kann jetzt noch nicht stattfinden, und zwar aufgrund der von uns getroffenen Vereinbarung, daß bis 13.30 Uhr keine Abstimmungen durchgeführt werden.

Damit rufe ich nun auf:

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzaus-

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) schusses Drucksache 10/722. - Mit den Drucksachen 10/791 bis 10/793 liegen Ihnen drei Änderungsanträge der CDU zu diesem Einzelplan vor.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Das Wort hat Herr Abg. Büssow von der Fraktion der SPD.

Büssow (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 02 ist immer Anlaß für grundsätzliche Erörterungen der Landespolitik und der politischen Zusammenhänge, in denen die Landesregierung arbeiten muß und in denen auch dieser Landtag steht. Selbst wenn wir jetzt gerade den Beginn einer Reform der Haushaltsdebatte miterlebt haben - Herr Kollege Dr. Worms hat vorhin darauf hingewiesen -, werden wir es uns nicht nehmen lassen, allgemeinerpolitische Bemerkungen zum Haushalt 02 zu machen. Herr Kollege Dr. Pohl hat dankenswerterweise hierzu die Stichworte geliefert.

Wir dürfen heute, zehn Monate nach dem 12. Mai 1985, feststellen, daß die Strategie der Union - dies ist ja die erste Haushaltsberatung nach der von der SPD gewonnenen Wahl in Nordrhein-Westfalen -, die nordrhein-westfälische Landesregierung - so möchte ich es einmal nennen - kaputtzureden, am Wähler gescheitert ist. Die Bonner Wendepolitik, die ebenfalls in Nordrhein-Westfalen bei einem Wahlsieg der Union eingeführt werden sollte, lehnten die Bürger unseres Landes mit eindringlicher Mehrheit ab. Zwischen Rhein und Weser hält man nicht viel von Ellbogen-Philosophie einer Zweidrittel-Gesellschaft, die das andere Drittel aus der sozialen Mitte unserer Gesellschaft ausgrenzt.

(Beifall bei der SPD - Elfring (CDU):
Versöhnen statt spalten, Herr Kollege
Büssow!)

Gerade unter erschwerten ökonomischen Rahmenbedingungen werden wir in Nordrhein-Westfalen uns deshalb in dieser Legislaturperiode für eine solidarische Gesellschaft einsetzen und werden alles unternehmen, daß unsere Gesellschaft nicht in Starke und Schwache zerfällt. Gerade weil wir als Land keinen nennenswerten Einfluß auf die Einnahmeseite des Haushaltes haben - darüber ist ja vorhin gesprochen worden -, sind wir insbesondere auf die Leistungen stolz, die wir hier vollbracht haben. Wir lassen nicht zu, daß durch die Agitationsrhetorik der Opposition Nordrhein-Westfalen zum Schrottabladeplatz erklärt wird.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von
der CDU)

(C) Die Destruktionstrategie der Union ist auch an den Menschen von Rhein und Ruhr gescheitert. Auch wenn Sie von der CDU nach dem selbst angerichteten Scherbenhaufen daraus wenig gelernt haben und anschließend Publikumsbeschimpfung betreiben, wie das Herr Abg. Heimes kurz nach der Wahl in seinem hier schon einmal erwähnten Traktat getan und eindrucksvoll demonstriert hat - die Tatsachen sprechen eine andere Sprache!

Erstens: Nordrhein-Westfalen hat das zweithöchste Produktivitätsniveau aller Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland.

Zweitens: Nordrhein-Westfalen hat das dritthöchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner aller Flächenländer.

Drittens: Fast jede dritte Mark wird in Nordrhein-Westfalen erarbeitet; sein Anteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik beträgt 29,7 %.

Viertens: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können sich die dritthöchsten Konsumausgaben leisten.

Fünftens: Nordrhein-Westfalen hat das zweithöchste verfügbare Einkommen.

Sechstens: Ein Drittel des bundesdeutschen Exportes stammt aus Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf des Abg. Dorn (F.D.P.) und von
Abgeordneten der CDU)

(D) - Sie mögen das alles nicht hören, nicht wahr? Ich verstehe das gar nicht! Sie sind doch auch nordrhein-westfälische Abgeordnete!

(Elfring (CDU): Das ist die Neue Armut!
- Dorn (F.D.P.): Damit führen Sie Ihre
Aussage über die Neue Armut selbst ad
absurdum! - Zustimmung bei der
F.D.P.)

- Ich komme gleich darauf zurück. Für das Stichwort bin ich Ihnen sehr dankbar, Herr Dorn. -

Siebtens: Nordrhein-Westfalen ist die Nummer eins für ausländische Investoren.

Achtens: Nordrhein-Westfalen hat nach Feststellung durch die "Creditreform" den zweithöchsten Anteil an Unternehmensgründungen.

Neuntens: Nordrhein-Westfalen verzeichnet überdurchschnittliche Erfolge beim Strukturwandel.

(Büssow (SPD))

(A) Zehntens: Ohne unsere - wohlverstanden im nationalen Interesse übernommenen - Kohlenlasten hätte Nordrhein-Westfalen die zweitniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer in der Bundesrepublik Deutschland.

Elfens: Nordrhein-Westfalen ist der drittgrößte Produzent elektronischer Erzeugnisse.

Last not least - zwölftens: Bei der Arbeitslosigkeit belegt Nordrhein-Westfalen einen Mittelplatz. Wir wünschten uns weniger Arbeitslosigkeit.

Im übrigen haben Sie sicherlich auch die Analyse der Commerzbank gelesen, die am 3. März 1986 in der "Süddeutschen Zeitung" veröffentlicht worden ist. Darin steht, daß Nordrhein-Westfalen wieder Tritt gefaßt hat. Und auch die Konjunkturanalyse der Landeszentralbank kommt zu ähnlichen Aussagen.

(Oh-Rufe von der CDU)

Meine Damen und Herren! Dies ist das Ergebnis einer zukunftsweisenden Politik - trotz restriktiver Haushaltsbedingungen. Wir werden im kommenden Jahr neue Schwerpunkte in der Umweltpolitik setzen, beim Naturschutz, bei der Sicherung des Gewässerschutzes, für die Landschaftspflege, für den Immissionschutz und die Altlast-Sanierung - im übrigen haben Sie sich bei der Altlast-Sanierung einem gemeinsamen Zusammengehen mit dem Land Nordrhein-Westfalen im Bund verweigert - , ferner bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, bei der Fortsetzung der technologischen und forschungspolitischen Offensive sowie bei der Fortsetzung des Wohnungsbaus, um nur einige Ziele zu nennen.

(B)

Im Mittelpunkt der Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau steht die ökologische und ökonomische Erneuerung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen.

Dieser Aufgabe werden wir uns mit großer Sorgfalt widmen. Dabei ist natürlich auch die Opposition aufgefordert, mitzutun. Denn schließlich ist dies nicht allein eine parteipolitische Aufgabe. Sie geht uns alle an. Ob die Oppositionsparteien bei diesen wichtigen Fragen unseres Landes jedoch kooperationsfähig sind, wird sich erst noch erweisen müssen. In der Umweltpolitik müssen wir beispielsweise zur Kenntnis nehmen, daß bei der Lösung der Probleme von Altlastsanierungen die CDU-geführten Bundesländer und auch die CDU-Bundesregierung, die Bonner Koalition also insgesamt nicht an einer Kooperation interessiert ist, sondern auf Konfrontation setzt. Hier nimmt der Bürger Schaden.

Auch durch den Finanzausgleich, die Steuerreform, die Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik der Bonner Regierungsparteien werden einer aktiven Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen Grenzen gesetzt. In der Finanzpolitik verhindern die Bonner Entscheidungen - darauf hat Herr Kollege Farthmann hingewiesen - sogar die Konsolidierung des Haushalts von Nordrhein-Westfalen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, tragen mit Ihren Anträgen dazu sogar noch bei. Die Politik der Oppositionsparteien, die in Bonn zur Zeit die Regierung tragen, ist eine Politik für die wirtschaftlich Starken in dieser Gesellschaft. Sie richtet sich eben nicht an alle, sondern nur noch an jene, die einen sicheren Arbeitsplatz im Wirtschaftsleben haben. Junge Menschen, die von der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, Arbeitslose, die nicht mehr vermittelbar sind, ausländische Arbeitnehmer mit ihren Familien, die jetzt arbeitslos geworden sind, die aber bereits 10 oder 20 Jahre in der Bundesrepublik lebten und arbeiteten und damit zu unser aller Wohlstand beitrugen, werden ausgegrenzt. Diese Politik wird mit Kalkül betrieben und knüpft teilweise an soziale Vorurteilsstrukturen an, statt sie zu überwinden.

(C)

Die Regierungsparteien in Bonn glauben, daß eine Zwei-Drittel-Politik in unserer Gesellschaft für parlamentarische Mehrheiten ausreichend ist. Das ist ein Trugschluß. Das zeigen nicht nur die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, sondern jetzt auch die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Die Bildzeitung, die politisch komplizierte Probleme immer auf einen knappen Satz bringen kann, bringt am 4. März die Überschrift - das sage ich, weil Herr Kollege Pohl den Kanzler in die Debatte eingeführt hat -: "Wahlpleite - Kohl in Gefahr". Noch knapper kann man es gar nicht ausdrücken.

(D)

(Zustimmung bei der SPD)

Übrigens lastet Ministerpräsident Barschel - wer gestern "Panorama" gesehen hat, konnte das hören - 5 Prozent der 6 Prozent, die in Schleswig-Holstein verloren wurden, dem Bonner Konto an. Zum § 116 leiste ich mir gleich noch eine Bemerkung.

Das zeigen also nicht nur die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, sondern das werden auch die nächsten Wahlen zeigen: Ellenbogenpolitik ist in keinem Land Europas längere Zeit durchzuhalten, wie auch das Beispiel Großbritannien anschaulich beweist. Es gibt nämlich in Europa - das verkennen Sie von der Opposition - und damit auch bei uns Deutschen ein

(Büssow (SPD))

- (A) traditionsreiches Vorverständnis von einer Politik, die sich auf den Wert der Solidarität begründet, die Sie verletzen. Wir müssen befürchten, daß Solidarität für Sie keine Handlungsorientierung mehr ist, sondern nur noch eine Rethorikformel. Anders kann man Ihre Politik gegen die Gewerkschaften, zum Beispiel bei der Änderung des § 116 AFG, nicht mehr deuten. Sie begünstigen einseitig die Unternehmen und schwächen die Gewerkschaften. Das sind die Auswirkungen der konservativen Sicht der Dinge, die wir seit September 1982 über uns ergehen lassen müssen.

Welches soziale und seelische Leid sich in unserer Gesellschaft bei vielen Menschen in unserem Land ausgebreitet hat - Herr Dorn, übrigens nicht nur in Nordrhein-Westfalen -, das ist erschütternd. Sozialexperten sprechen heute davon, daß bereits mehr als 5 Millionen Menschen von einer neuen Armut betroffen sind. Wenn ich daran denke, wie viele verzweifelte Eltern in die Sprechstunden von Abgeordneten - von mir, und ich bin ganz sicher: auch von Ihnen - kommen und sie anrufen und fragen, ob sie Ausbildungsstellen vermitteln können, oder wenn Langzeitarbeitslose bereits im Alter von 40 bis 45 Jahren hoffnungslos sind, dann kommt Verbitterung über die Bonner Sprüche auf: vom dauerhaften Aufschwung, der sich eingestellt haben soll, von der harten D-Mark und den Gewinnen der Unternehmen, die sich in zusätzlichen Arbeitsplätzen ausdrücken würden.

- (B) Nie traf ein Satz des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen so exakt diese Situation wie der, mit dem Johannes Rau sagte, ihm könne ein Aufschwung gestohlen bleiben, wenn er nicht mit einem Aufschwung der Beschäftigung und dem Abbau von Arbeitslosigkeit einhergehen würde.

(Beifall bei der SPD)

Die Politik der Zwei-Drittel-Gesellschaft marginalisiert Rentner und Auszubildende, Behinderte und Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Kranke. Und bei der Steuerentlastung werden die Besserverdienenden gegenüber den mittleren und kleinen Einkommensbesitzern überproportional bevorteilt. Diese Politik erinnert fatal an den Satz von Ernst Bloch: "Da es nicht für alle reicht, springen die Armen ein." Für den Fall, daß Sie von Ihrem persönlichen Umfeld her dazu keine Kontakte mehr haben, obwohl wir sie alle haben könnten, empfehle ich Ihnen einmal die Lektüre der Arbeiterwohlfahrt "Der Sozialstaat als Zielscheibe".

(Zuruf von der CDU: Vielen Dank für die Belehrung!)

Wer aber glaubt, es handele sich dabei um eine einseitige Darstellung, die der SPD zuliebe die Lage dramatisiere, dem empfehle ich, auch die Stellungnahme des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche von Westfalen zur gegenwärtigen sozialpolitischen Entwicklung in der Bundesrepublik zur Kenntnis zu nehmen. Darin heißt es unter anderem - ich darf zitieren -:

Im Alten Testament wie im Neuen Testament tritt Gott für die Armen ein und ermahnt die Reichen und die Mächtigen, das Recht der Armen nicht zu beugen.

2. Moses Kapitel 23 Vers 6.

(Allgemeine Heiterkeit)

- Ja, ich habe die Quelle zitiert, damit Sie es auch nachlesen können.

Daß es eine neue Armut in einer Zeit von weltwirtschaftlichen Verwerfungen gibt, das, meine Damen und Herren, wirft Ihnen keiner vor. Aber daß Sie untätig zuschauen, ob das freie Spiel der Kräfte auf diese drängenden Fragen selbst die Antworten produziert, das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen.

(Zustimmung bei der SPD)

Eine Politik, die die entscheidenden Fragen unserer Gesellschaft, die sich eine sozialstaatliche Verfassung gegeben hat, durch "Aussitzen" beantwortet, strahlt nicht mehrheitssichernde Jovialität aus, sondern abschreckende Kühle.

(Zustimmung bei der SPD)

Kurt H. Biedenkopf mahnt in seinem Buch über die neue Sicht der Dinge, das ich jetzt gar nicht rezensieren möchte, uns davor zu hüten, daß unser Land in die Zerrissenheit des sozialistischen Klassenkampfes zurückfällt. Ich zitiere:

Die Überwindung dieses Konkurrenzkampfes, an dem die Weimarer Republik und die Kraft ihrer demokratischen Parteien zerbrochen sind, ist die große Leistung unserer freiheitlichen Nachkriegsgeschichte.

An anderer Stelle führt der Autor zu den Voraussetzungen eines gesellschaftlichen Wandels aus:

Das Konsensniveau ist deshalb ein wichtiger Maßstab für die Entwicklung einer Gesellschaft, für ihre Qualität. Je größer die Gemeinsamkeit an kultureller,

(Büssow (SPD))

- (A) geistiger, gesellschaftlicher und politischer Anschauung und Überzeugung, um so höher ist der kulturelle politische Entwicklungsstand einer Gesellschaft. Umgekehrt nimmt das Maß der Gemeinsamkeit ab, geht auch die Fähigkeit zurück, eine komplexe, dezentrale Gesellschaft als Einheit zu erleben.

So weit Biedenkopf!

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn man diese Texte liest, möchte man Sie fragen: Merken Sie eigentlich gar nicht, daß es gerade Ihre Politik ist - die der Union und der Freien Demokraten in Bonn -, die das Konsensniveau in unserer Gesellschaft auf dramatische Weise absenkt,

(Zustimmung bei der SPD)

daß Sie eine traumwandlerische Fähigkeit entwickeln, unsere Gesellschaft zu polarisieren? Ja, ich wage die These auszusprechen: Wenn Sie in Bonn so weitermachen können, setzen Sie die gesellschaftliche Integration der Bundesrepublik Deutschland aufs Spiel.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zur Personalpolitik der Staatskanzlei wurden bereits einige Anmerkungen von dem Kollegen Dr. Pohl gemacht. Ich kann mich kurzfassen. Die Oppositionsparteien lehnen die Stellenvermehrung in der Staatskanzlei ab. Das ist natürlich ihr gutes Recht. Damit befinden sie sich aber im Dissens zum Sondergutachten des Landesrechnungshofs, das die CDU-Fraktion am 27. Februar 1984 selbst angefordert hat - mit der Bitte, zu prüfen, ob die Personalausstattung dem Personalbedarf aufgrund der Aufgaben unter Berücksichtigung des Grundsatzes von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit entspricht.

- (B) Interessant ist nun, was der Landesrechnungshof in seinem Bericht am 7. Januar 1986 ausgeführt hat. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten.

Der Landesrechnungshof hat aufgrund der Interviews mit den Referenten der Staatskanzlei und aufgrund der sonstigen Prüfungsverhandlungen bis zur Änderung der Geschäftsverteilung in der Staatskanzlei am 1. September 1985 keinen konkreten Grund zu einer sachlich begründeten Annahme, daß allgemein oder an bestimmaren Arbeitsplätzen die Aufgaben mit wesentlich geringerem Personalaufwand erfüllt werden kann.

Und an anderer Stelle:

(C)

Der Landesrechnungshof hält von den 25 neuen Stellen, für die die Staatskanzlei einen unabweisbaren Bedarf annimmt, 5 Stellen im Bereich des inneren Dienstes für unentbehrlich, so daß ein Bedarf von 20 Stellen zu decken wäre.

Meine Damen und Herren, der Landesrechnungshof ergänzt seine Stellungnahme durch Deckungsvorschläge. Wir haben diese Fragen im Hauptausschuß gemeinsam mit der Staatskanzlei und dem Landesrechnungshof mehrfach ausführlich erörtert. Dabei konnte - was meine Fraktion übrigens sehr befriedigt, meine Damen und Herren - eine Annäherung zwischen den Auffassungen der Staatskanzlei und des Landesrechnungshofes realisiert werden. Im übrigen wurde der Satz Lügen gestraft, den der Oppositionsführer heute ausgesprochen hat: daß die Diskussionsbeiträge der Opposition von uns nicht aufgenommen würden. Gerade am Beispiel des Haushalts des Ministerpräsidenten hat die SPD-Fraktion gezeigt, wie sie sehr wohl auf die Argumente auch der Oppositionsparteien eingeht, wenn sie vernünftig und tragbar sind.

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Schauerte und Paus (CDU))

- Ja, aber bitte schön Sie doch auch nicht! Oder etwa doch? Nun lassen Sie doch solche Zwischenrufe; das hilft nicht weiter.

(D)

Ich will gar nicht wegdiskutieren, daß in einzelnen Fragen weiterhin unterschiedliche Auffassungen zwischen der Staatskanzlei und dem Landesrechnungshof geblieben sind. Dennoch muß darauf hingewiesen werden, daß der unabweisbare Aufgabenzuwachs der Staatskanzlei auch zu einer angemessenen Personalausstattung führen muß. Ich weise wie in den Vorjahren noch einmal darauf hin, daß unsere Staatskanzlei im Vergleich zu anderen, vorzugsweise süddeutschen Staatskanzleien nach wie vor nicht üppig ausgestattet ist. Sie selber, meine Damen und Herren von der Opposition, haben ja hier Arbeitsdefizite der Regierung in der Medienpolitik beklagt. Das ist ein uneingeschränkter Sachbereich der Staatskanzlei. Wir wissen, daß von der Landesregierung in Kürze ein umfassendes Landesmediengesetz zu erwarten ist, das wir hier beraten und verabschieden müssen. Auch danach verbleibt weiterhin Arbeitsbedarf. Dies führt also zu einem konkreten Personalmehrbedarf, der nicht befristet gilt.

(Büssow (SPD))

- (A) Der Landesrechnungshof hat deshalb die Einrichtung einer Mediengruppe in der Staatskanzlei für bedarfsgerecht gehalten. Es wird Ihnen aufgefallen sein, daß die Anträge der SPD zum Personalhaushalt der Staatskanzlei sich genau auf dem anerkannten Bedarfslevel des Landesrechnungshofs bewegen. Wie den Beschlußfassungen und den Beschlußempfehlungen des Hauptausschusses vom 21. Februar 1986 zu entnehmen ist, bleiben nunmehr 15 Stellenanforderungen gegenüber der ursprünglichen Einstellung von 27 neuen Planstellen übrig. Wir waren übrigens auch der Auffassung, daß die Forderung der Staatskanzlei angesichts der Gesamthaushaltsslage nicht zu erfüllen wäre.

(Elfring (CDU): Aha!)

Aber darüber, meine Damen und Herren von der Opposition, hätten Sie auch einmal ein Wort verlieren können: daß die SPD-Fraktion mit Hilfe der Landesregierung und mit Hilfe - Gott sei Dank - des Landesrechnungshofes, der wertvolle Beratungshilfe geleistet hat, zu diesem Ergebnis gekommen ist.

Ein weiterer Antrag zum Einzelplan 02 bezieht sich auf die Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildung. Dazu haben wir die Wiederherstellung des Vorjahresansatzes vorgenommen, weil wir eine Kürzung nicht hinnehmen konnten.

- (B) Gestatten Sie mir zum Schluß eine allgemeine Bemerkungen zur Haushaltslage Nordrhein-Westfalens. Wie sich die Schuldenlast in unserem Lande zusammensetzt, vor allem wie sie entstanden ist, ist ja dank der unermüdligen Aufklärungsarbeit von Finanzminister Dr. Diether Posser immer mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen, in der Bundesrepublik, im Bundestag und bei der Bundesregierung deutlich geworden. Das muß man einmal sagen. Man darf auch einmal Dankeschön für die Aufklärungsarbeit sagen.

(Beifall bei der SPD)

Man muß sich vorstellen, daß Nordrhein-Westfalen ohne die Sonderlasten und ohne die Strukturkrise in der Stahlindustrie nach Bayern den zweitbesten Länderhaushalt hätte.

Noch einmal: Auf die Einnahmenseite des Haushaltes haben wir als Land keinen nennenswerten Einfluß. Deshalb muß, wenn das Ziel der weiteren Begrenzung und Absenkung des Nettokreditrahmens weiterhin besteht, nur die Ausgabenseite des Haushaltes beeinflußt werden. Daß uns der Einschnitt in Leistungsgesetze, die drängende Personalpolitik wehtut - ja, das brauchen Sie

uns doch nicht zu sagen. Das können Sie uns wirklich abnehmen. (C)

(Zuruf des Abg. Paus (CDU))

Für die Verteilungskämpfe in den Ländern liegt die Ursache nicht allein bei den Ländern selbst, sondern sie liegt in der unzureichenden Finanzausstattung der Länder, bei der der Bund ein Wort mitzureden hat.

(Schauerte (CDU): Und die Steuermehereinnahmen?)

Die Polemik der CDU gegen die sozialdemokratische Regierungspolitik, die auch Kürzungen bei den Sozialleistungen und beim Personalhaushalt vornehmen mußte, setzt kalt auf die mangelhafte Information der Bürger in unserem Lande. Die CDU klärt nicht auf, sondern verschweigt die tatsächlichen Zusammenhänge von Ursache und Wirkung. Diese Politik hat der Fraktionsvorsitzende der Union, Herr Dr. Worms, zur sogenannten Halbjahresbilanz am 11. November 1985 in seiner Pressekonferenz begonnen.

Die Opposition beklagt in dieser Pressekonferenz einerseits die Verschuldung des Landes. Sie geißelt aber andererseits die vorgenommenen Kürzungen, ohne selbst Alternativen deutlich zu machen. Das ist in der finanzpolitischen Debatte heute herausgearbeitet worden. Man möchte mit Shakespeare sagen: "Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode", was den Haushalt angeht. (D)

(Schauerte (CDU): Ihr Haushalt hat Methode?)

Ihre Kritik an der Finanzlage des Landes ist jedoch deshalb pharisäerhaft, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in den Jahren der größten Haushaltssteigerung, die im wesentlichen durch die Ausweitung der Kreditaufnahme erfolgt ist, nämlich 1977 bis 1989, die Opposition die Haushaltsansätze der Regierung mit eigenen Anträgen und Zusatzanträgen übertraf.

(Lichtsignal am Rednerpult)

- Ich habe verstanden. Das irritiert nämlich immer, wenn hier die Lampe aufleuchtet. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in den Jahren der größten Haushaltssteigerung, die im wesentlichen durch die Ausweitung der Kreditaufnahme erfolgt ist, 1977 bis 1981 die Haushaltsansätze der Regierung von der Opposition noch übertroffen werden, Herr Schauerte, das ist ja für Sie ganz interessant zu wissen. Ihre Vorschläge sprengten nämlich den Ausgabenrahmen 1977 mit 1,07 Milliar-

(Büssow (SPD))

- (A) den DM, 1978 mit 1,2 Milliarden DM, 1979 mit 640 Millionen DM, 1980 mit 26 Millionen DM, 1981 mit 44 Millionen DM. Ich mache noch einen Sprung zum heutigen Tag, wo Sie noch einmal aufgesattelt haben. Man kann sagen, unterstellt, die Union hätte ihre eigenen Anträge immer ernstnehmen können und durchgebracht, dann wäre die Verschuldung, wenn sie akzeptiert worden wäre,

(Abg. Schauerte (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- nein, ich habe noch zwei Minuten und muß dann aufhören -, die Verschuldung Nordrhein-Westfalens bei einer CDU-Mehrheit größer, als sie jetzt in diesem Lande ist. Das muß man doch einmal festhalten.

Nicht anders verhält sich auch die F.D.P., der die Wähler von Nordrhein-Westfalen von 1980 bis 1985 eine Denkpause verordnet haben. Als Koalitionspartner der SPD hat sie in der 8. Legislaturperiode diese Haushalte alle mitgetragen, alle, Herr Dr. Rohde. Sie hatten auch übrigens alle ihre Berechtigung. Davon braucht man sich heute nicht zu distanzieren. Davon wollen Sie jedoch nichts mehr wissen. Aber glauben Sie nicht, daß politische Parteien, auch solche, die mit der Beweglichkeit von Ihnen ausgestattet sind, sich aus der eigenen Verantwortung hier herausmogeln können. Wer, wie die Konservativen, beispielsweise in der Bildungspolitik das Fach Geschichte gegen andere Fächer in der Bildungspolitik ausspielt, muß sich gefallen lassen, an die eigene Geschichte erinnert zu werden. Die Opposition, so lernen es jedenfalls die Schüler in den Schulen unserer Republik, ist doch immer die potentiell andere Regierung im Wartestand. Oppositionsparteien sollen sich durch die Fähigkeit auszeichnen, Alternativen zur Regierungspolitik zu entwickeln. Dazu war die Union in den letzten Jahren nicht in der Lage, und die F.D.P. ist es heute auch nicht.

Meine Damen und Herren, wir werden diesem Haushalt zustimmen und Ihre Änderungsanträge zu Einzelplan 02 ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Schauerte (CDU): Das überrascht uns!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege Büssow, es lag mir fern, Sie zu irritieren. Ich wollte Ihnen nur mit der Zeitanzeige die Möglichkeit geben, sich innerhalb der vereinbarten Redezeit zu halten.

Als nächster hat Herr Abg. Dr. Schaumann von der Fraktion der F.D.P. das Wort.

Dr. Schaumann (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Farthmann, eigentlich wollte ich nicht, aber nach Ihrer Rede muß ich doch leider wollen oder selber wollen, sicher mit dem gleichen Recht auf Allgemeinheit wie Herr Büssow, der neuerdings auch die Bibel gefunden hat, wie ich mit Erstaunen festgestellt habe.

Ihr Haushalt, meine Damen und Herren Sozialdemokraten, ist aus meiner Sicht eine unsoziale Tat, die Sie mit der Formel von der Solidarität rechtfertigen wollen. Herr Farthmann, Sie rechtfertigen diese Sitzung damit, daß Sie sagen, wir müssen der Öffentlichkeit ein Staatsschauspiel aus Informationsgründen vorführen. In der Tat, Sie müssen so argumentieren, weil die Worte Ihres Ministerpräsidenten, er sei offen für Vorschläge der Opposition, nicht eingelöst worden sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Sozialdemokraten sind nach meinem Eindruck und dem meiner Fraktion absolut dicht und starr in diesen Haushaltsberatungen gewesen. Sie beglückwünschen sich ja ständig selbst und wollen das Plenum miteinbeziehen. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich verdeutliche noch einmal. Wir haben Ihnen ein geschlossenes Konzept vorgelegt: 1 Milliarde DM jetzt sparen, die Neuverschuldung bis 1990 auf Null bringen. Dies ist der grobe Rahmen unseres Konzeptes.

Nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, daß die F.D.P. sachliche Kürzungsvorschläge im Umfang von ungefähr 210 Millionen DM gemacht hat. Es hat zu diesen Sachvorschlägen keine ausreichende Beratung in den Ausschüssen stattgefunden.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß die F.D.P. dort Mehrausgaben in Höhe von ungefähr 750 Millionen DM verlangt hat, wo sie es aus struktur- und sachpolitischen Erwägungen für nötig hält. Auch darüber hat sich niemand mit uns von Ihnen, meine Damen und Herren Sozialdemokraten, auseinandergesetzt.

Herr Farthmann, was Sie zu Juliustürmen, zu schwarzen oder roten Kassen gesagt haben, entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie. Das war ja keine Erfindung der Freien Demokraten, sondern es handelt sich hier um den unabhängigen Landesrechnungshof, der beides entschieden kritisiert hat. Es war mir eine tiefe Offenbarung, in welcher Art Sie mit

(C)

(D)

(Dr. Schaumann (F.D.P.))

- (A) dieser Institution und ihren Feststellungen umgehen. Unsere Vorschläge, die wir zu diesen beiden Bereichen gemacht haben, als unseriös zu bezeichnen, heißt den Landesrechnungshof zu desavouieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Farthmann, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß wir angesichts dieses Ihres Vorgehens konsequent sind und alles tun, damit Ihre Guillotine wenigstens hier im Plenum keine Köpfe mehr rollen läßt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine nette Variante zum Schluß, Herr Farthmann: Nachdem Sie den Landeshaushalt so spät eingebracht haben, sorgen wir durch unser Verhalten wenigstens dafür, daß er möglichst schnell verabschiedet wird. Darin sind wir uns ja einig.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung zum Einzelplan 02 ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über die Änderungsanträge Drucksachen 10/791 bis 10/793 ab.

- (B) Ich lasse nun abstimmen über den Änderungsantrag Drucksache 10/791; Antragsteller ist die CDU. Der Antrag betrifft Kapitel 02 010 Titel 422 10, 425 10 und 426 10. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltungen? - Das letztere war die Mehrheit; bei Stimmhaltung der F.D.P. ist der Antrag abgelehnt.

Ich komme zum Änderungsantrag Drucksache 10/792, Antragsteller CDU. Der Antrag betrifft Kapitel 02 010 Titelgruppe 60 Titel 527 60. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Stimmhaltungen? - Mit dem gleichen Ergebnis ist dieser Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 10/793 der CDU. Der Antrag betrifft Kapitel 02 010 Titelgruppe 60 Titel 526 60. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltungen! - Bei Stimmhaltung der F.D.P. mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu der Abstimmung über den Entwurf des Einzel-

plans 02 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 10/722. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltung? - Das erstere war die Mehrheit. Damit ist der Einzelplan 02 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Einzelplan 03 auf.

(Zurufe: 01!)

- Wir wollten diesen eigentlich am Schluß erledigen. Aber wenn Sie es so wünschen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 01: Landtag

Die Beratung war bereits geschlossen. Es geht nur noch um die Abstimmung.

Wer für den Entwurf des Einzelplans 01 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses in Drucksache 10/721 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Enthaltungen? - Der Einzelplan 01 ist in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 03: Innenminister

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/723.

Mit Drucksache 10/794 liegt Ihnen ein Änderungsantrag zu diesem Einzelplan vor.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung. Das Wort hat Herr Abg. Paus von der Fraktion der CDU.

Paus (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 03 ist ein reiner Verwaltungshaushalt. In finanziell guten Jahren kann man von diesem Haushalt kaum politische Schwerpunkte erwarten. Aber selbst bei der jetzigen Haushaltsmisere muß ein solcher Verwaltungshaushalt nach unseren Vorstellungen das Funktionieren der inneren Verwaltung und vor allem das Funktionieren des gesamten Bereiches der inneren Sicherheit gewährleisten. Diesen Minimalansprüchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird der

(C)

(D)

(Paus (CDU))

(A) vorgelegte Haushalt auch nach den kosmetischen Retuschen - -

(Unruhe)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, darf ich um Aufmerksamkeit für den Redner bitten!

Paus (CDU): Diesen Minimalansprüchen wird der vorgelegte Haushalt selbst nach den kosmetischen Retuschen der SPD-Fraktion nicht gerecht. Auch dieser Haushalt verletzt, wie seine Vorgänger seit Beginn der 80er Jahre, sträflich die Belange der Polizei und damit den gesamten Bereich der inneren Sicherheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde es nicht gut, wenn Polizeibeamte in Uniform demonstrieren und dabei den Verkehr teilweise lahmlegen. Aber die Unzufriedenheit und die Frustration der Polizei, die sich darin niederschlagen, sind voll und ganz verständlich und berechtigt.

(Beifall bei der CDU)

Sie werden mir das, soweit Sie bei den Personalversammlungen der örtlichen Polizeibehörden am 13. Februar anwesend waren, voll und ganz bestätigen können.

(B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt reichlich Gründe für diese Unzufriedenheit, für diese Frustration: Fehlende Aufstiegschancen, vor allem bei der Schutzpolizei im Vergleich zu anderen Landesbehörden. In Nordrhein-Westfalen sind entschieden weniger Schutzpolizisten im gehobenen Dienst als in vergleichbaren Bundesländern. Die Zusammenlegung der Stellenpläne von Schutzpolizei und Kriminalpolizei war eigentlich nur Mangelverwaltung. Ein im Vergleich zu den Bundesbehörden, aber auch zu anderen Landesbehörden erheblicher Beförderungsstau enttäuscht die Beamten. Dafür trägt allein die Landesregierung, unter anderem mit Ihrem Phasenbeschluss, die volle Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Wer jahrelang auf Beförderung, für die er alle Voraussetzungen erfüllt hat, nur wegen der Haushaltsmisere des Landes warten muß, der hat nur noch wenig Spaß, sich den Mühen des Wach- und Wechseldienstes zu unterziehen.

(Aigner (SPD): Wie bei den Lehrern!)

Meine Damen und Herren, das gilt vor allem auch für lebensältere Beamte, die befürchten

(C) müssen, daß sie die ihnen eigentlich zustehende Beförderung kurz vor der Pensionierung nicht mehr erreichen werden, weil dieses Land in dieser Finanzmisere steckt.

Es ist auch ein schlimmer Berufseinstieg für junge Beamte, wenn sie nach Abschluß der Ausbildung bei Erfüllung aller Voraussetzungen jahrelang auf die recht bescheidene Beförderung von A 6 nach A 7 verzichten müssen.

(Jaax (SPD): Das gilt auch für Werkzeugmacher!)

Der Innenminister unseres Landes hat die zentrale Aufgabe, vor allem mit Hilfe der Polizei die innere Sicherheit in unserem Lande sicherzustellen. Die Nachfrage nach diesem Produkt innere Sicherheit ist in den zurückliegenden Jahren massiv und kontinuierlich gestiegen. Seit Beginn der 70er Jahre haben wir in vielen Teilbereichen einen Kriminalitätsanstieg um fast 100 % erlebt. Die gegenwärtige Stagnation beim Anstieg der Kriminalität wird von Fachleuten als eine Delle im generellen weiteren Anstieg gesehen. Hinzu kommt, daß bei der Polizei eine Reihe zusätzlicher Aufgaben - Umweltkriminalität, Computerkriminalität, Wirtschaftskriminalität und durch das drastisch angestiegene PKW-Aufkommen - angefallen sind.

(D) Die Antwort der Landesregierung auf all diese zusätzlichen Anforderungen war in den letzten Jahren nicht Stellenausweitung, sondern Stellenabbau bei der Polizei. Das gilt nicht für 1985 - das war ja auch ein Wahljahr, und vor den Wahlen hat man gesagt: Im Jahre 1986 soll es keinen zusätzlichen Personalabbau geben. Daß das nach den Wahlen immer anders aussieht - wen wundert das bei dieser Landesregierung?

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang feststellen: Wenn wir vor der Landtagswahl - erstens - erklärt hätten, es werde tatsächlich einen Personalabbau geben, und wenn wir - zweitens - erklärt hätten, der Finanzminister werde die Finanzsituation des Landes nach den Wahlen mit Mexiko, Brasilien, Polen und was weiß ich womit, vergleichen, dann wäre auf uns die "Versöhnen-statt-spalten-Keule" des Ministerpräsidenten niedergegangen.

Meine Damen und Herren! 1985 hat es bei der Polizei 5 Millionen Überstunden gegeben. Trotzdem verfügt die Landesregierung erneut einen Stellenabbau um diese 0,5 %, und daran ändern auch die Beschlüsse der SPD nichts. Herr Innenminister, die 102 zusätzlichen Stellen für die freigestellten Personalrats-

(Paus (CDU))

- (A) mitglieder ändern an diesem Personalabbau von 0,5 % ebenfalls nichts. Diese Kräfte standen schon seit längerer Zeit nicht mehr zur Verfügung.

Die CDU-Fraktion hält diesen zusätzlichen Personalabbau für nicht vertretbar, zumal durch den 1%igen Abbau bei den Angestellten und bei den Arbeitern erhebliche zusätzliche Aufgaben auf den Polizeivollzugsdienst zukommen, die er einfach übernehmen muß.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bereich der inneren Sicherheit ist eine sicherlich mitentscheidende zentrale Pflichtaufgabe des Staates. Dabei steht der Schutz des Staates für seine Bürger im Vordergrund und nicht, wie der Ministerpräsident das in einem Beitrag zu den Sicherheitsgesetzen gesagt hat, der Schutz des Staates vor den Bürgern. Es geht darum, den Schutz des Bürgers vor Rechtsbrechern und seine Rechte, den Schutz der persönlichen Sicherheit und Freiheit des Bürgers vor der Bedrohung durch eine nach wie vor ansteigende Kriminalität zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund ist es für uns schlicht unverständlich, daß trotz steigender Aufgaben bei der Polizei Personalabbau betrieben wird. Wir halten einen solchen Personalabbau, Herr Innenminister, nur dann für vertretbar, wenn Sie den einzelnen Polizeibeamten vor Ort gefälligst auch mitteilen, welche konkreten Aufgaben vor Ort sie denn bitte künftig vernachlässigen dürfen. Es geht nicht an, den einzelnen Polizeibeamten oder den Polizeiführer vor Ort in diesem Dilemma stehenzulassen - weniger Leute, gleiche oder steigende Aufgaben - und am Ende dann auf ihn die Keule herabschwingen zu lassen, wenn irgend etwas schiefgegangen ist.

Unruhe und Unzufriedenheit gibt es bei der Polizei auch deshalb, weil diese Landesregierung überhaupt kein Konzept für die Polizei unseres Landes hat. Ursprünglich, zu Beginn der 70er Jahre, galt es, ganz rasch das Ziel "ein Polizeibeamter auf 400 Bürger" zu gewährleisten.

(Guttenberger (SPD): Haben wir doch!)

Zunächst ist auch massiv auf dieses Ziel hingearbeitet worden. Es sind jährlich bis zu 2 000, teilweise über 2 000 neue Kräfte eingestellt worden, und es sind neue Ausbildungskapazitäten in erheblichem Umfang geschaffen worden.

Uns scheint, daß dieses Ziel zwischenzeitlich aufgegeben worden ist. Bei der Polizeidichte liegt Nordrhein-Westfalen am unteren Ende

der Skala der Bundesländer. Im Vergleich zu diesen fetten Einstellungsjahren werden 10, maximal 15 % neue Kräfte eingestellt. Im Jahre 1986 soll ein Einstellungstermin sogar tatsächlich vollständig entfallen.

In den Unterkünften der Bereitschaftspolizei herrscht gähnende Leere. Krampfhaft wird versucht, das nach dem Bund-Länder-Abkommen vorzuhaltende Kontingent an Bereitschaftspolizei durch Verfahrenstricks nachzuweisen. Fertig ausgebildete Beamte werden schlicht noch dort behalten, um sie nachzuschulen und damit Ausbilder zu beschäftigen.

Die Landesregierung fordert von der Wirtschaft Einstellung um jeden Preis und verweist dabei auf die demnächst vor uns stehende Lehrlingsknappheit. Jetzt könnte auch die Landesregierung neue Leute einstellen und sich die Leute noch aussuchen; denn schon heute ist für die 90er Jahre ein massiver Personalbedarf bei der Polizei zu erkennen, auch wenn wir nur die jetzige Stärke halten wollen. Dann wird aber nach unserer Beurteilung der Arbeitsmarkt leergefegt sein.

Herr Innenminister, sagen Sie uns, sagen Sie diesem Hohen Hause, wo Ihr Konzept für die Polizei des Jahres 1995 ist! Welche Polizeidichte stellen Sie sich vor? Welcher Personalaufbau, welche Personalstruktur schwebt Ihnen für diese Zeit vor? Die CDU-Fraktion kann ein solches Konzept hier und heute nicht erkennen.

Die Personaleinstellungen werden - das ist für uns deutlich - nicht nach langfristigen Personalplanungen vorgenommen; sie richten sich ausschließlich nach dem Haushaltsspielraum, den von Fall zu Fall der Finanzminister zur Verfügung stellt. Ich kündige hier eine konkrete parlamentarische Initiative der CDU-Fraktion an, in der wir uns mit diesem nach unserer Auffassung fehlenden Personal-konzept und Polizeikonzept der Landesregierung auseinandersetzen werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wegen dieses Befundes, den ich Ihnen vortragen konnte, hat die CDU-Fraktion die personelle Situation bei der Polizei zu einem ihrer zentralen Themen bei der jetzigen Haushaltsberatung gemacht. Da wir sehen und anerkennen, daß im Haushalt des Innenministers keine Luft ist, hat die Fraktion uns 20 Millionen DM für zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Polizei aus allgemeinen Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt.

(Reinhard (SPD): Das ist aber einfach!)

(C)

(D)

(Paus (CDU))

- (A) - Aus unserem Antrag können Sie entnehmen, Herr Kollege Reinhard - das haben wir auch im Innenausschuß besprochen -, wie wir diese Mittel einsetzen wollen. Herr Kollege Reinhard, wir meinen, daß ein Schwerpunkt bei der Polizei gebildet werden muß und daß nicht in einem ausgepowerten Haushalt noch 100 000 Mark von der einen zur anderen Seite geschoben werden können.

(Guttenberger (SPD): Sie müssen aber auch sagen, woher Sie die 20 Millionen DM nehmen wollen!)

- Ich verweise auf das, was Herr Kollege Dr. Worms zu Beginn der Haushaltsberatungen ausgeführt hat.

(Henning (SPD): Aber Herr Paus, das können Sie doch nicht ernst nehmen!)

- Herr Henning, wir nehmen das sehr ernst.

Ich stelle Ihnen unsere Anträge vor. Mit ca. 9 Millionen DM wollen wir 300 neue Planstellen für Anwärter schaffen, um damit ein deutliches Signal gegen Personalabbau zu setzen und Kontinuität in die Einstellungspraxis bei der Polizei zu bringen. Wir wollen den Phasenbeschluß weitgehend aufheben und alle Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Dienst und mindestens 50 % der sich daraus ergebenden Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst ausschöpfen.

- (B) Dazu sind ca. 7,5 Millionen DM erforderlich.

Wir wollen die Stellenpläne von Schutzpolizei und Kriminalpolizei im gehobenen Dienst wieder trennen, da diese Form der Mangelverteilung weder der Schutzpolizei noch der Kriminalpolizei dient.

(Zustimmung bei der CDU)

Durch Umwandlung der jetzt bezahlten Überstunden, die vor allem bei der Kriminalpolizei anfallen, wollen wir 55 neue Stellen eben durch Einsatz dieser bezahlten Überstunden für Kommissare bei Kriminalpolizei und Schutzpolizei ausweisen.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich wollen wir 2 150 neue Planstellen der Gruppe A 7 schaffen und dafür in diesem Jahr - die Berechnungen stammen vom Innenminister - 1,6 Millionen DM zusätzlich einsetzen. Wir wollen das tun, um den Polizeihauptwachmeistern endlich die von ihnen seit langem verdiente Beförderung nach A 7 zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Reinhard, Sie meinen, Sie machten das besser. Davon haben Sie uns im Ausschuß nicht überzeugt. Wir stellen heute hier konkret dieselben Anträge, weil wir alle unsere Petita durch Ihre Anträge nicht erfüllt sehen.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Kollege Reinhard, Sie wollen alle bei der Polizei und in anderen Landesverwaltungsbezirken anfallenden Überstunden in einen Pool einbringen und aus dem Geld, das dabei zusammenkommen soll, eventuell zusätzliche Stellen schaffen.

Nach dem Hinweis Ihres Kollegen Guttenberger im Innenausschuß, wonach die Polizei auch weiterhin auf diese Überstunden angewiesen sei, wird es aus dem Pool für die Polizei wohl nicht sehr viel geben. Ihr Bonbon für die Gewerkschaften der Polizei ist die Ermächtigung, die Sie im Haushaltsgesetz ausbringen wollen. Danach soll der Finanzminister - hören Sie gut zu: der Finanzminister - ermächtigt werden, Stellen von A 6 nach A 7 umzuwandeln. Der von Ihnen eingeschlagene Weg ist zwar besser als nichts - deshalb haben wir uns im Ausschuß bei diesem Antrag der Stimme enthalten -, er ist aber bei gegenwärtiger Betrachtung für uns ein ungedeckter Scheck. Sie ermächtigen ausgerechnet den Finanzminister,

(Zustimmung bei der CDU)

den Finanzminister, der für das Sparen verantwortlich ist, in erheblichem Umfang Beförderungsstellen zu schaffen, ohne ihm auch nur einen Pfennig zusätzlich im Haushalt zur Verfügung zu stellen. Keinen Pfennig zusätzlich im Haushalt!

(Zustimmung bei der CDU)

Das passiert fast am selben Tage, an dem der Finanzminister die Ergänzungsvorlage vorlegt, wonach er 186 Millionen DM mehr braucht und diese durch globale Minderausgaben erwirtschaften will.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Kollege Reinhard, wir haben mit unserem letzten Antrag einen ganz klaren Weg aufgezeigt, wie es gemacht werden muß, wenn man den Leuten helfen will. 2 150 Planstellen von A 6 nach A 7 umzuwandeln kostet 1,6 Millionen DM. Dann können die Leute ab nächster Woche im Haushalt nachlesen: Es gibt diese zusätzlichen Stellen. Dann können sie sich darauf verlassen.

(C)

(D)

(A) Präsident Denzer: Herr Abg. Paus, lassen Sie eine Frage des Herrn Abg. Dorn zu?

Paus (CDU): Nein. Ich habe meine Zeit bis auf 30 Sekunden ausgeschöpft und möchte meine Rede ganz gerne zu Ende führen.

Also: Der Finanzminister soll ermächtigt werden. Wir halten das bei diesen Rahmendaten für einen ungedeckten Scheck.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Erklärung, Herr Kollege Reinhard, die Sie dafür im Innenausschuß gegeben haben, weshalb Sie nicht unseren Weg gegangen sind, nämlich daß der Finanzminister noch irgendwie seine Finger im Spiel halten müsse,

(Reinhard (SPD): Richtig!)

kann nur den Sinn und den Zweck haben, daß der Finanzminister entscheiden kann. Wir machen es doch nicht oder wir machen es nicht in diesem Ausmaß.

(Zustimmung bei der CDU - Nagel (CDU): Sehr gut!)

Sonst gehen Sie unseren Weg, denn dann ist die Sache in Ordnung, dann können die Leute sich darauf verlassen. So bleibe ich dabei: Es ist ein ungedeckter Scheck.

Für mich nicht ganz nachvollziehbar ist, daß Ihnen die GdP diesen ungedeckten Scheck bereits als bare Münze abgekauft hat.

(B)

(Reinhard (SPD): Die haben Vertrauen zu uns!)

- Wir wollen hoffen, daß das nicht enttäuscht wird, Herr Kollege Reinhard.

Ich komme zum Schluß. Wir werden den gesamten Einzelplan '03 ablehnen, wenn Sie nicht durch Annahme unserer Anträge bereit sind, einen ersten Schritt für eine Stärkung der Polizei und damit für mehr innere Sicherheit in unserem Lande zu tun. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion der SPD hat Herr Abg. Reinhard das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

Reinhard (SPD): Herr Präsident! Mene sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt einen Antrag der christdemokratischen Union

vorliegen, der die Personalstruktur bei der Polizei betrifft und der ein Mehr an Ausgaben von 20 Millionen DM vorsieht. Wir haben diesen Antrag auch schon im Innenausschuß entgegennehmen können, und ich muß mich fragen: In den vergangenen Jahren hat die christdemokratische Fraktion ständig dem Personaletat des Innenministers zugestimmt. Sie ist nie auf die Idee gekommen, anzunehmen, daß durch die Haushalte der zurückliegenden Jahre die Personalstruktur der Polizei sich verschlechterte.

(C)

Jetzt auf einmal - in diesem Jahr - kommt die große Erleuchtung. Die CDU will mit einem Segen von 20 Millionen DM über das Land gehen und viele Polizeistellen anheben und zusätzliche schaffen. Auf einmal kommt die Erleuchtung!

Ich frage mich: Woran liegt das eigentlich? Bisher hat die Landesregierung immer den richtigen Personaletat eingebracht.

(Paus (CDU): Das stimmt nicht!)

Er hat Ihre Zustimmung gefunden; Sie haben nie Anträge gestellt. Ich kann mich erinnern - ich bin lange genug im Innenausschuß -, daß Sie einmal Anträge gestellt haben wegen neu anzuschaffender Handschellen, wegen nach Ihrer Auffassung in nicht genügender Zahl vorhandener Autos, aber den Personaletat haben Sie bisher immer akzeptiert.

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Paus zu?

(D)

Paus (CDU): Herr Kollege Reinhard, ist Ihre Erinnerung ein wenig getrübt, oder erinnern Sie sich daran, daß, seitdem wir bei der Polizei über Stellenabbau diskutieren, unsere Fraktion jedes Jahr Resolutionen zum Haushalt eingebracht hat und gerade dieses Thema, nämlich daß man bei der Polizei nicht bei zusätzlichen Aufgaben Personal abbauen kann, thematisiert hat? Wir haben dazu keinen ganz konkreten zahlenmäßigen Antrag gestellt,

(Reinhard (SPD): Gerade das ist es!)

aber geben Sie mir zu, daß das stets unser Thema bei der Polizei war?

(Beifall bei der CDU)

Reinhard (SPD): Sie haben resolutioniert, aber keine konkreten Anträge gestellt. Das haben Sie gerade zugegeben.

Eine zweite Vorbemerkung soll mir gestattet sein. Wir haben ja im Innenausschuß zwei

(Reinhard (SPD))

- (A) Oppositionsfraktionen: die christdemokratische und die freidemokratische. Ich muß sagen, die freidemokratische Fraktion hat sich im Innenausschuß sehr verantwortungsvoll verhalten. Sie hat nämlich unserem Antrag zugestimmt und hat sich bei Ihren Anträgen der Stimme enthalten mit der deutlichen Erklärung - Herr Kollege Dorn wollte sicher gerade durch eine Zwischenfrage Ähnliches zum Ausdruck bringen -, daß das, was die CDU im Personaletat bei der Polizei fordert, nicht zu verantworten ist. So die klare Aussage der F.D.P.-Sprecherin im Innenausschuß! Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

(Paus (CDU): Die F.D.P. hat sich enthalten, Herr Kollege! Das haben Sie falsch in Erinnerung.)

- Und bei unserem Antrag hat die F.D.P. zugestimmt!

Eine dritte Bemerkung vorweg: Herr Kollege Paus, Sie haben die vielen Personalversammlungen bei der Polizei zitiert, die ja im Lande stattgefunden haben und an denen viele Kollegen teilgenommen haben. Ich muß sagen, dort ist es sehr maßvoll zugegangen. Dort sind nicht solche Anträge gefordert worden, wie Sie sie hier stellen, in diesen Größenordnungen. Da sind sehr maßvolle Vorschläge gemacht worden.

- (B) Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Teil der Anregungen der Gewerkschaft der Polizei aufgegriffen. Wir haben sie durch die Mehrheit im Innenausschuß und im Haushalts- und Finanzausschuß realisiert. Ich kann auf die Presseerklärung der Gewerkschaft der Polizei nach der maßgeblichen Fraktionssitzung verweisen, worin ausdrücklich die Entscheidung der SPD-Landtagsfraktion hinsichtlich des Personaletats der Polizei begrüßt wird. Davon können wir ausgehen: Die Gewerkschaft der Polizei heißt gut, was die SPD-Landtagsfraktion beschlossen hat. So ist die Lage, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich einige spezielle Bemerkungen machen, nachdem hier global gefordert wird, 20 Millionen DM zusätzlich in den Personaletat einzustellen, wobei der christdemokratischen Fraktion wohl entgangen zu sein scheint, daß schon erhebliche Verbesserungen im Personaletat der Polizei ihren Niederschlag gefunden haben. Es ist, das ist richtig, eine Stelleinsparung von nur - "nur" sage ich einmal ausdrücklich in Relation zu anderen Einsparungen - 0,5 % vorgesehen. Der Stellenabbau wird aber praktisch wesentlich dadurch verringert, daß im Polizeivollzugs-

dienst 102 Ersatzplanstellen für vom Dienst freigestellte Personalratsmitglieder geschaffen werden.

(C)

(Unruhe)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, darf ich Sie einmal unterbrechen? - Ich bitte die ehrenwerten Mitglieder dieses Hohen Hauses, etwas mehr Ruhe eintreten zu lassen, damit Ihr Kollege Reinhard die Gelegenheit erhält, seine Argumente vorzutragen. - Ich danke Ihnen, Herr Kollege; Sie haben weiterhin das Wort.

Reinhard (SPD): Zweitens: Es werden wiederum 200 Planstellen des mittleren Polizeivollzugsdienstes für den Aufstieg lebensälterer Beamter in Planstellen des gehobenen Dienstes umgewandelt.

Dritte Feststellung: 150 Planstellen des mittleren Kriminaldienstes werden in Planstellen des gehobenen Dienstes für Fachhochschulabsolventen umgewandelt, und 260 Planstellen des gehobenen Polizeivollzugsdienstes werden nachgeschlüsselt, wodurch sich mehr als 400 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten ergeben.

Vierte Feststellung: Durch die Schaffung von insgesamt 384 zusätzlichen Stellen für den gehobenen Dienst ergeben sich auch entsprechende Aufstiegsmöglichkeiten für den mittleren Dienst.

Dies alles sind strukturelle Verbesserungen im Personaletat der Polizei, die anscheinend von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden. Statt dessen stellen Sie hier diesen, wie ich meine, unsachlichen und unverantwortlichen Antrag, den Personaletat um 20 Millionen DM auszuweiten.

(D)

Ein wesentliches Problem war das der Polizeihauptwachmeister, d. h. der Beförderung der Polizeihauptwachmeister zu Polizeimeistern von A 6 nach A 7. Hier war es in der Vergangenheit so, daß die Polizeihauptwachmeister zwei Jahre nach Ablegung der ersten Fachprüfung zum Polizeimeister befördert wurden. Erstmals seit Ende 1985, aber insbesondere im Jahre 1986 ließ der Stellenplan die Beförderung von Polizeihauptwachmeistern mit mehr als zwei Dienstjahren zum Polizeimeister nicht mehr zu. Rund 1 500 Polizeihauptwachmeister hätten die verdiente Beförderung nicht erfahren können, wenn es beim Haushaltsentwurf geblieben wäre.

Auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion hat der Innenausschuß deshalb beschlossen, die

(Reinhard (SPD))

- (A) 2 949 Planstellen für Polizeihauptwachmeister und die 6 481 Planstellen für Polizeimeister zu 9 430 Planstellen der Besoldungsgruppen A 6/A 7 zu bündeln. Die Bündelung für das jeweilige Eingangsamts der Laufbahngruppe und ihr erstes Beförderungsamts war bekanntlich bis 1978 üblich, wurde dann aber vom Bundesgesetzgeber grundsätzlich abgeschafft, jedoch nicht für die Sonderlaufbahnen der Polizei. Dementsprechend verfahren auch andere Bundesländer, wie es hier vorgeschlagen und vom Ausschuss beschlossen ist. Aus der Bündelung ergeben sich 2 945 Beförderungsstellen zum Polizeimeister, also mehr als jetzt im Augenblick und in diesem Jahr gebraucht werden. Damit können alle Polizeihauptwachmeister zwei Jahre nach erfolgreich abgelegter erster Fachprüfung zum Polizeimeister befördert werden. Es kommt also nicht zu dem befürchteten Beförderungsstau gerade bei den Beamten, die einkommensmäßig nicht auf Rosen gebettet sind und zudem den schweren Wach- und Wechseldienst auf sich nehmen müssen.

Die Opposition möchte auf anderem Wege zum Ziele kommen. Sie möchte uns mit ihrem Antrag praktisch unterlaufen. Wir haben aber im Innenausschuss und im Haushalts- und Finanzausschuss deutlich erklärt, weshalb wir aus sauberen, gesetzessystematischen Gründen diesen Weg gewählt haben, der eine Veränderung des Haushaltsgesetzes vorsieht und gesetzlich die Bündelung von A-6- und A-7-Stellen möglich macht.

- (B) Ich meine, das ist ein rechtlich klarer und sauberer Weg.

(Wendzinski (SPD): So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich komme nun noch zu einigen Unterpunkten des Antrags, den Sie vorgelegt haben. Sie beantragen erstens, 7,5 Millionen DM aufzuwenden, um unter Aufhebung des Phasenbeschlusses die volle Nachschlüsselung der Stellen im mittleren Dienst unter Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen zu ermöglichen. Die Stellenobergrenzenverordnung aber, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ist gerade der entscheidende Punkt. Wir haben im Innenausschuss sehr deutlich erklärt, daß die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit dem Finanzminister, wenn der Bund - das liegt ja nicht in unserer Zuständigkeit - die Stellenobergrenzenverordnung ändert, dafür Sorge tragen werde, daß die neue Regelung auch ausgeschöpft wird. Der Bund ist hier gefragt!

(Zustimmung bei der SPD)

Sie müssen an Ihre Verantwortlichen im Bund appellieren, daß die Stellenobergrenzenverordnung geändert wird. Das ist das Entscheidende. (C)

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Reinhard (SPD): Nein, ich zerplücke gerade diesen Punkt, und mein Vortrag paßt so logisch ineinander,

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

daß ich jetzt nicht unterbrochen werden will. Außerdem ist bekannt, was Sie, Herr Kollege Paus, im Innenausschuss gesagt haben. Sie haben vorhin schon ausgeführt, Sie hätten resolutioniert. Dabei bleibt es dann wohl auch.

Ein zweiter Punkt ist dann die Erhöhung um etwa 2,2 Millionen DM. Genau das habe ich vorhin als Kernpunkt der Beschlüsse der SPD-Fraktion dargestellt. Es geht um die Ausweisung von neuen Planstellen nach A 7, die Möglichkeit der Beförderung von A 6 nach A 7. Das ist für Sie nur ein Schaugeschäft.

(Zustimmung des Abg. Aigner (SPD))

Wir haben das konkret in die richtige Form gebracht. Sie ziehen jetzt politisch nach. Mehr ist das nicht. Wir haben die Zeichen der Zeit besser und eher als Sie erkannt.

Ein dritter Punkt beinhaltet eine Erhöhung um rund 9 Millionen DM. Es wird die Einstellung weiterer 300 Polizeianwärter in Planstellen nach A 6 verlangt. Die Notwendigkeit dazu sehen wir im einzelnen gar nicht ein. Ich habe vorhin im Detail erläutert, welche Verbesserungsmöglichkeit der Haushaltsentwurf enthält. Sie haben das im Innenausschuss auch nur global vertreten, ohne konkret zu werden. In der Begründung Ihres Antrags heißt es auch nur sehr pauschal, das sei aus sicherheitspolitischen Gründen notwendig. Wir kennen ja Ihre Argumente, daß die armen Frauen nachts nicht mehr über die Straße gehen könnten. (D)

(Mietz (CDU): Hören Sie doch auf!
- Dr. Lichtenberg (CDU): Stimmt das denn nicht? - Weitere Zurufe von der CDU)

In diese Richtung deutet das hin. Kollege Guttenberger wird gleich dazu einiges mehr sagen.

Dann wollen Sie die Stellenpläne von Schutz- und Kriminalpolizei wieder trennen. Wir haben

(Reinhard (SPD))

- (A) im vergangenen Jahr beschlossen, daß die Stellenpläne bei der Polizei eine Einheit bilden sollen, daß Schutz- und Kriminalpolizei nicht mehr gesondert geführt werden. Wir haben das im vorigen Jahr für vernünftig gehalten und sind der Auffassung, daß eine so grundsätzliche Entscheidung nicht nach einem Jahr schon wieder nach dem Motto "Rein in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln" geändert werden soll. Das wäre nicht sehr überzeugend. Die Zusammenlegung der Stellenpläne ist einmal für die eine Gruppe, einmal für die andere nicht gut. Im Prinzip aber ist es richtig, daß die Stellenpläne der Polizei zusammengeführt werden. Man kann nicht, je nach taktischen Gegebenheiten und besoldungsmäßigen Forderungen und Notwendigkeiten, die Stellenpläne auseinanderreißen, die man erst im vorigen Jahr aus guten Gründen zusammengefaßt hat.

Ich komme zum Schluß. Ich meine, die Vorschläge der SPD-Fraktion sind ausgewogen, den unteren Gruppen im Besoldungsgefüge wird geholfen, und den finanzpolitischen Notwendigkeiten des Etats wird Rechnung getragen. - Ich bitte Sie daher, die Anträge der Opposition abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der CDU hat Herr Abg. Dr. Lichtenberg das Wort.

- (B) (Aigner (SPD): Der Schauspieler kommt! - Weitere Zurufe von der SPD)

Dr. Lichtenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich ganz kurz auf das eingehen, was Kollege Reinhard gesagt hat. Herr Kollege Reinhard, Sie wissen anscheinend nicht, daß die Stellenplanobergrenzenverordnung bei allen Innenministern, auch bei denen der Länder, abgehakt ist. Und nur bei Ihrem Finanzminister, der im Moment gar nicht anwesend ist, hakt es. An den sollten Sie sich wenden.

(Reinhard (SPD): Das ist unerhört! - Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich meine Ausführungen in Anlehnung an das bekannte klassische Zitat unter das Motto "Im übrigen bin ich der Meinung, daß die Situation unserer Polizei verbessert werden muß" stellen. Und damit dies den Damen und Herren auf der Regierungsbank und auf der linken Seite dieses Hohen Hauses visuell präsent bleibt,

(Der Redner legt eine alte Polizeimütze auf das Rednerpult.)

erlaube ich mir, Herr Präsident, im Interesse der Sache ausnahmsweise - - (C)

Präsident Denzer: Nein, Herr Abgeordneter! Gags werden hier nicht gestattet. Nehmen Sie die Polizeimütze bitte dort wieder herunter. Gags können Sie außerhalb des Plenums veranstalten, hier nicht.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Wir sind hier nicht im Kasperletheater! - Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Abgeordneter, Sie haben wieder das Wort.

Dr. Lichtenberg (CDU): Wenn Sie das wünschen, Herr Präsident, werde ich mich selbstverständlich danach richten.

Ich hätte mir gewünscht, diese alte Polizistenmütze hier ausnahmsweise plazieren zu dürfen. Damit mögen auch symbolisch jene Schwierigkeiten unterstrichen werden, welche oft die treffend als Freunde und Helfer der Bürger apostrophierte Polizei mit den Regierenden unseres Landes hat.

Meine Damen und Herren, nicht, daß wir uns hier mißverstehen: Keinesfalls handelt es sich in diesem Zusammenhang, Herr Reinhard, nur um materielle Probleme, so wichtig diese auch sein mögen. Nein, hierbei geht es ebenfalls um den geistigen Überbau, um die Rahmenbedingungen, Herr Innenminister, der täglichen Arbeit unserer Polizei, ja, es geht schlechthin um die innere Sicherheit. (D)

Darum lohnt es sich, so meine ich, darüber ein paar umfangreichere Betrachtungen anzustellen, was aus der Sicht meiner Fraktion gerade hier im Lande Nordrhein-Westfalen innere Sicherheit bedeutet und wie sie nach unserer Auffassung neu geprägt werden sollte, weil die amtierende Landesregierung das kaum noch tut, meine Damen und Herren!

Sicherlich wird die Landesregierung dem Postulat zustimmen, daß der freiheitliche und soziale Rechtsstaat seine Bürger und seine verfassungsmäßige Ordnung gegen alle Angriffe zu schützen hat, den Rechtsfrieden wahrt und für Gerechtigkeit sorgt. Daraus wird aber deutlich, daß innere Sicherheit nicht allein eine Frage der Macht und des Einsatzes staatlicher Vollzugsmittel ist. Die Frage nach der Wirksamkeit der Arbeit der Polizei, die wir uns so oft stellen, verkürzt diesen Sachverhalt. Die Frage nach der inneren Sicherheit ist also nicht nur funktionalistisch zu betrachten, sondern sie hat zweifellos auch moralische Aspekte, ja, sie hat geistige und politische Dimensionen, und von

(Dr. Lichtenberg (CDU))

- (A) daher ist innere Sicherheit die gemeinsame Aufgabe aller Bürger, die dafür jeden Tag neu gewonnen werden müssen.

Ob die Landesregierung aber alle Anstrengungen unternommen hat, um die Bürger immer wieder aufs neue vom Wert der inneren Sicherheit zu überzeugen, erscheint mir aus einer Reihe von Gründen mehr als fraglich.

Die Sicherheitsorgane, meine Damen und Herren, also auch die Polizei, repräsentieren dabei im freiheitlichen Rechtsstaat den Verteidigungswillen der Gemeinschaft gegen Rechtsbruch ganz generell. Jeder Versuch, den Einsatz rechtsstaatlicher Mittel gegen Rechtsbrecher zu diskriminieren, ist ein Eingriff in die von der Mehrheit der Bürger bejahte staatliche Ordnung. Konsequenterweise ist der Staat unter Tolerierung persönlicher Überzeugungen und des Gewissens des Bürgers verpflichtet, einen solchen Rechtsvollzug gegenüber allen zu praktizieren, wenn sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung bedrohen.

Wenn man aber einer solchen Schlußfolgerung zustimmt - was ich auch bei der SPD-Fraktion dieses hohen Hauses unterstelle -: Wie ist dann die Haltung der Landesregierung zu dieser Frage in vielen Fällen eigentlich noch verständlich? So haben wir, meine Damen und Herren, mehrfach gefragt, was denn mit denjenigen Staatsdienern ist, die gemäß Beamtengesetz verpflichtet sind, im Dienst und außerhalb des Dienstes für die verfassungsmäßige Ordnung unseres Landes einzutreten, und denen nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtes ein Verbleiben im öffentlichen Dienst nicht möglich sein kann, weil sie Parteien zugehören und dort aktiv sind, die mit der Auffassung unseres Grundgesetzes nicht nur nicht übereinstimmen, sondern seinen Zielen sogar entgegenwirken. Weder der Innenminister - der ansonsten eifrig bemüht ist, sich auf Rechtsprechung zu berufen, wenn sie in seinen ideologischen Kram paßt - noch ein anderes Ressort der Landesregierung haben zu irgendeinem Zeitpunkt irgendetwas veranlaßt, um jene erhebliche Zahl von Angehörigen verfassungsfeindlicher Organisationen und Parteien aus dem öffentlichen Dienst unseres Landes zu entfernen. Wie Hohn, meine Damen und Herren, klingt es vielmehr, wenn der Innenminister dann auch noch anmerkt, die Grundsätze der Verfassungsrechtsprechung seien allen Ressorts der Landesregierung bekannt und müßten von diesen in eigener Verantwortung umgesetzt werden.

Aber nicht nur Hohn und mangelnder Respekt vor unserem höchsten Gericht werden durch

derartige Aussagen des Herrn Schnoor offensichtlich, sondern auch die geringe Wertschätzung, die der Innenminister anscheinend gegenüber den Führungsqualitäten seines Ministerpräsidenten hegt, der doch eigentlich ressortübergreifende Maßnahmen zu bestimmen hätte.

An dieser Stelle muß deshalb auch die Frage erlaubt sein: Was ist das für ein Ministerpräsident? Was ist das, meine Damen und Herren, für ein Ministerpräsident, und was hat er sich eigentlich dabei gedacht, als er im Herbst vorigen Jahres an der Veranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle "Sportler für den Frieden" teilnahm, die erkanntenmaßen eines der Foren darstellte, auf denen die DKP mit Erfolg ihre Anbiederungs- und Unterwanderungspolitik praktizierte, wie eine Zeitung schrieb? Aber Herr Rau, meine Damen und Herren, nahm nicht nur teil, nein, schlimmer: er übernahm sogar die Schirmherrschaft, um andererseits dann wiederum zu erklären, er identifiziere sich nicht mit allen politischen Zielen dieser Initiative. Für diese Widersprüchlichkeiten wurde er verständlicherweise von den Anwesenden dort ausgepöfeln.

Meine Damen und Herren, das ist wahrer SPD-Slalom! Das ist SPD-Slalom - opportunistisch und unzuverlässig! Es bleibt festzuhalten: Derartige Verhaltensweisen stellen keine glaubwürdige Verteidigung des Rechtsstaates dar, wie man sie eigentlich von einer bundesdeutschen Landesregierung erwarten muß.

Meine Damen und Herren, eine Bedrohung für das Gemeinwesen geht aber nicht nur von Verfassungsfeinden aus, sondern auch von denjenigen, die alles, aber auch alles aus vermeintlicher höherer Einsicht in Frage stellen und dabei entschlossen sind, sich selbst über Recht und Ordnung hinwegzusetzen und Rechtsbrüche zu verharmlosen. Das sind die Fälle, in denen Menschen meinen, sie könnten nötigen und sich dabei auf höhere politische Einsicht berufen. Wer aber andere nötigt, meine Damen und Herren, setzt sie einem Zwang aus, und niemand in einem rechtsstaatlichen Gemeinwesen hat das Recht, einen anderen mit Gewalt zu einer Verhaltensweise zu zwingen.

Den Sozialdemokraten in diesem Lande und ihrem Innenminister werfe ich in diesem Zusammenhang vor, sich nicht mit der gebotenen Klarheit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und ihre unverzichtbaren Werte eingesetzt zu haben. Das gilt insbesondere für die deutliche Erklärung, daß Rechtsbrüche kein Mittel zur Herstellung

(C)

(D)

(Dr. Lichtenberg (CDU))

(A) einer vermeintlichen höheren Gerechtigkeit sein dürfen und sein können. Jeder Rechtsbruch, meine Damen und Herren, verletzt zunächst einmal die Regel, die die Gemeinschaft sich gegeben hat, um ihren inneren Frieden zu wahren.

Jede Gewalttat, natürlich auch die Nötigung, sei der Täter politisch motiviert oder nicht, ist in einem rechtlich organisierten Gemeinwesen verboten. Dies hat die sozialdemokratische Innenpolitik unsers Landes in der Vergangenheit nach meiner Auffassung keinesfalls unzweideutig klargemacht. Ja, dieser Innenminister, meine Damen und Herren, geriert sich bei der Ausbildung junger Polizisten sogar mit einer imaginären Wertevermittlung, wonach die Polizei bei Rechtsbrüchen gleichsam nach der inneren Motivation des Täters zu forschen habe.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion lehnt es mit Entschiedenheit ab, daß ein solches Umfunktionieren unserer Polizisten vom Gesetzesvollzieher zum "Sozialingenieur" durchgeführt wird.

(Zustimmung bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

So wird hierdurch doch die erforderliche absolute Bindung des Beamten an Recht und Gesetz untergraben.

(B) Ich meine, daß wir auch denen, die beispielsweise bei Demonstrationen politisch motiviert Recht brechen, deutlich sagen müssen, daß das politische Motiv den Täter nicht edelt. Deswegen meine ich, die sozialdemokratische Landesregierung muß sich mit diesen Grundwerten viel mehr als bisher auseinandersetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Staat hat dafür zu sorgen, daß die Menschen in Frieden und gerechter Ordnung leben können, ihre Ziele frei wählen und ihr Verhalten selbst bestimmen können. Der Sinn der inneren Sicherheit ist die Garantie menschenwürdiger Lebensbedingungen. Stimmt man dieser These zu - was ich für die Mitglieder dieses Hauses unterstelle -, dann muß dieser Konsens Auftrag und Gegenstand staatlichen Handelns sein. Hieraus ist aber wiederum zu folgern, daß niemand sich scheuen darf, immer wieder zu sagen, daß unser Staat, daß unser Land Nordrhein-Westfalen mit seinen verfaßten Organen - und auch mit seiner Polizei! - Garant dieser inneren Ordnung ist, die erst den inneren Frieden möglich macht.

Meine Damen und Herren, langfristig verspricht nur der höherwertige Gedanke Erfolg,

wenn man sich dieser geistigen Staatsbegründung widmet. (C)

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Aber genau das ist es, worüber wir von der Landesregierung und speziell vom Innenminister, der ja ebenfalls als Verfassungsminister gilt, bisher so wenig - bzw. gar nichts! - gehört haben.

Ansonsten allerdings hören wir von diesem Innenminister eine ganze Menge. Wir hören vom Ausverkauf von Freiheit und von Liberalität des Staates, wir hören von der angeblichen Unfähigkeit dieser Bundesregierung und von der Überlegung, daß Herr Schnoor keine Lesegeräte für den maschinenlesbaren Personalausweis beschaffen will - was übrigens ein glatter Rechtsverstoß ist.

(Widerspruch bei der SPD - Zurufe von der SPD: Was? Denken Sie an Zimmermann!)

Die fast pausenlose Ankündigung, bei allen in Bonn verabschiedeten Sicherheitsgesetzen wolle die Landesregierung das Verfassungsgericht anrufen,

(Zuruf des Abg. Henning (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe)

- ich betrachte das, mit Verlaub gesagt, als den Gipfel sozialistischer Dialektik, daß der Innenminister die Sicherheit zum Wahlkampfthema machen will. (D)

(Lachen und Widerspruch bei der SPD)

Und damit ist die Katze aus dem Sack! Dieser Innenminister, meine Damen und Herren, denkt anscheinend gar nicht mehr daran, daß es eigentlich seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit wäre, politisch für die Bürger unseres Landes zu arbeiten, was unter anderem auch durch Einsatz für eine zufriedene und schlagkräftige Polizei zum Ausdruck käme.

(Zurufe von der SPD - Gegenrufe von CDU und F.D.P.)

Nein, dieser Innenminister betrachtet sich wohl primär als Paladin seines Herrn und Meisters Kanzlerkandidaten und als "partei-politische Rundumschlag-Keule der SPD in Richtung Bonn". Sachliche Auseinandersetzungen sind leider nicht mehr gefragt.

(Zurufe - Unruhe)

Lamentieren über Beschlüsse im Eilverfahren und über möglichen Mißbrauch kann man als

(Dr. Lichtenberg (CDU))

- (A) das entlarven, was es realiter nach zehnjähriger Diskussion sicher ist. Wenn man sich hier einmal um den maschinenlesbaren Ausweis bemüht, dann stellt man fest: Die von Herrn Schnoor geäußerte Kritik ist - davon bin ich fest überzeugt - pure Heuchelei.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß.

(Lebhafter ironischer Beifall und Zurufe bei der SPD - Heiterkeit)

Der Chef dieser Landesregierung überschlägt sich fast in der Öffentlichkeit mit Aufrufen zum politischen Anstand. Ich finde aber, ist es eigentlich ein Indiz für politischen Anstand, wenn man so verfährt, wie das Herr Schnoor getan hat? -

Ich schließe mit einem Zitat aus der Presse, das da lautet:

Wer so handelt, ist zynisch. Der Zynismus besteht darin, daß dem Bürger die Mündigkeit abgesprochen wird und daß er durch Beeinflussung zur Wählermasse degadiert wird. Das ist Stimmenfang in seichten Gewässern.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Gut abgelesen! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- (B) Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat nun Herr Abg. Guttenberger das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Guttenberger (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf Herrn Dr. Lichtenberg kann man ja immer setzen: Man hört keine Rede von Herrn Dr. Lichtenberg, in der nicht ein paar Beleidigungen gegenüber unserem Herrn Innenminister vorkommen. Es würde einem ja glatt etwas fehlen - -

(Zuruf des Abg. Elfring (CDU))

Das deckt doch nur - auch für die Fraktion der CDU - etwas Wesentliches zu: Wer nicht weiß, worüber er redet, muß andere beleidigen, um das zu kaschieren.

(Zustimmung bei der SPD - Elfring (CDU): Halten Sie das denn für höflich?!)

In meiner Ausbildung habe ich einen für mich wichtigen Satz gelernt, von dem ich glaube,

daß er hierhin paßt: Auch breitgetretener Quark bleibt Käse. (C)

(Zustimmung und Heiterkeit bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Sie, Herr Dr. Lichtenberg, mißbrauchen Politik zum Schaugeschäft. Sie hätten die Mütze vielleicht doch besser aufgesetzt, damit klar wird, wie eingengt Ihre Perspektiven zum Thema der inneren Sicherheit in diesem Lande sind.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD - Gegenrufe von der CDU)

Denn sonst hätte Ihnen ja auffallen müssen, daß der eigentliche Garant innerer Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen das gesetzestreue Verhalten der Bürger unseres Landes ist,

(Zustimmung bei der SPD)

die Sie mit Ihren Argumenten - mit dem, was Sie dem Innenminister unterstellen - diffamieren, diskriminieren und die Sie im Grunde damit auch entmündigen.

Mit dieser Bevölkerung, die sich seit vierzig Jahren nach Kriege als demokratisch gefestigt, und zwar - das möchte ich dazusagen - über die Grenzen aller Parteien hinweg bewiesen hat, gehen Sie nicht richtig um; nein, Sie ziehen die Leute mit ihren Vertretern in den Schmutz. (D)

(Lebhafte Zustimmung bei der SPD)

Sie haben es nicht verstanden, Herr Dr. Lichtenberg - und ich gehe davon aus, daß nur Teile Ihrer Fraktion bei solchen Punkten hinter Ihnen stehen -, klarzumachen, daß wir gerade hier in Nordrhein-Westfalen aufgrund der bei uns herrschenden Bedingungen einen liberalen, das bedeutet: auch die Rechte des Individuums achtenden Innenminister brauchen.

Ich sage von dieser Stelle aus für viele Bürger in unserem Lande: Mit Dr. Schnoor haben wir einen Innenminister, der Anerkennung weit über die Grenzen der SPD, weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalens gefunden hat, weil er sozialdemokratische, liberale Innenpolitik auch im Bereich der inneren Sicherheit fährt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Wir leben in einem Rechtsstaat. Das heißt: Sie haben sich hier des Mittels bedient, an Stelle

(Guttenberger (SPD))

- (A) eines wenigstens kleinen Beweises eine starke Behauptung zu setzen. Wo gibt es denn die von Ihnen hier doch frei erfundenen Beamten, die mit Wissen und Wollen des Innenministers gegen die Verfassung oder ihre Inhalte vorgehen? Das ist doch frei erfunden! Und Sie nehmen den Leuten auch das Recht, im Rahmen eines Rechtsstreits letztlich ihre Positionen so oder so prüfen zu lassen. Sie haben überhaupt außer acht gelassen, daß zu diesem Rechtsstaat neben Parlament und Regierung auch die Gerichtsbarkeit gehört, wo jeder sein Recht suchen kann.

Niemand, meine Damen und Herren - dies muß man mit Entschiedenheit zurückweisen -, billigt, wenn er in der Regierung ist oder in der SPD-Fraktion oder in der F.D.P.-Fraktion oder - wie ich meine - auch in der CDU-Fraktion, Rechtsbrüche, die nicht geahndet werden. Es ist aber eine schlimme Unterstellung und ein Ungeist in der Stimmung eines solchen Beitrages, wenn dies hier immer ohne nur den Anschein eines Beweises behauptet wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Einengung beider CDU-Redner auf die Polizei macht ja deutlich, daß im Grunde in der Sache hier nicht viel drinsteckt. Sehen wir uns einmal an, wofür der Innenminister alles zuständig ist: Da ist das Landesamt für Besoldung und Versorgung - Äußerung von der CDU-Fraktion: Null -, da ist der Verfassungsschutz - Äußerung von der CDU-Fraktion, obwohl Teil des Einzelplans 03: Null.

(B)

(Zurufe von der CDU)

- Sie können sich ruhig zu einem Zwischenwort melden, Herr Paus. - Dies läßt sich unendlich fortsetzen. Aber weil man ja glaubt, mit dem Thema Polizei und der berühmten Oma, die sich mehr oder weniger nicht über die Straße traut, hier Politik - auch wenn es nur Schaumschlägerei ist -

(Na, na! bei der CDU)

machen zu können, wird diese Verengung vorgenommen. Haben Sie, meine Damen und Herren, schon einmal beachtet, daß der größte Teil krimineller Handlungen eben nicht in der Dunkelheit auf der Straße stattfindet? Stichworte nur: Wirtschaftskriminalität findet am helllichten Tage statt, Computerkriminalität findet am helllichten Tage statt. All dies wenden Sie aber nicht ein, weil es nicht so gut als Bild zu transportieren ist, weil es Ihnen im Grunde gar nicht darum geht, hier die Dinge vorwärts zu bringen, sondern auf

uns hereinzuhauen, weil Ihnen nichts Besseres einfällt.

(C)

(Zustimmung bei der SPD)

Den Polizisten dieses Landes möchte ich von dieser Stelle aus etwas sagen. Wenn jemand mit dem schlichten Satz: "Seht zu, wo ihr die 20 Millionen herkriegt!" Beförderungschancen verspricht, kann das nie jemand sein, der im Falle einer eigenen Regierungsübernahme solche Beförderungen tatsächlich realisiert. Wenn wir die Stellenbündelung mit Hilfe des Finanzministers, der übrigens hier ist, realisieren wollen, dann doch deshalb, weil neben der objektiven Voraussetzung, nämlich dem Vorhandensein einer Planstelle, auch noch die subjektiven Voraussetzungen da sein müssen, nämlich die zweijährige - auch von Ihnen akzeptierte - Wartefrist. Das heißt: Mit Rücksicht auf die finanzielle Lage wird jeder, der die persönlichen Voraussetzungen erfüllt, von A 6 nach A 7 befördert. Wenn diese Stelle gebraucht wird, wird sie eingebracht und damit die Beförderungsvoraussetzung geschaffen. Alles andere ist ein völlig falscher Weg. Hier einfach 20 Millionen DM auf Jux und Dollerei hin zu binden,

(Lachen bei der CDU)

ist jedenfalls aus meiner Sicht ausgesprochen dummes Zeug.

Keine Rede, in der Herr Dr. Lichtenberg im Rundumschlag nicht gleichzeitig auch den Ministerpräsidenten "absegnet"! Was haben Sie eigentlich gegen Frieden in unserer Gesellschaft?

(D)

(Zurufe von der CDU)

Was haben Sie gegen Frieden?

(Elfring (CDU): Nichts!)

- Eben! Und Sie ziehen sich dann daran hoch, daß nicht nur wir selbst, sondern auch andere auf andere Art und Weise sich für den Frieden einsetzen und sich dann im Rahmen ihrer politischen linken oder rechten oder sonst einer Ecke in Bereichen tummeln, die wir inhaltlich nicht teilen können. Sie scheinen das nicht zu ertragen. Diese Demokratie ist eine pluristisch angelegte Demokratie. Das heißt mit einem oft zitierten Satz - ich möchte ihn auch an dieser Stelle wieder bringen -: Die Freiheit des anderen beginnt dort, wo meine Freiheit endet. Aber ich muß diese Freiheit zulassen, sich auch mit Mitteln des Sports für den Frieden einzusetzen. Wir als Sozialdemokraten und damit auch unser Landesvorsitzender werden uns auch auf diese

(Guttenberger (SPD))

- (A) Art und Weise in dieser Bevölkerung verständlich machen, wenn es darum geht zu sagen, daß wir uns 40 Jahre nach dem Krieg in den besonderen Bedingungen dieses Landes für den Frieden einsetzen. Jeder, der versucht, daran herumzupolemisieren, ist im Grunde nicht überzeugend, wenn er selber für sich in Anspruch nimmt, für den Frieden zu sein.

(Elfring (CDU): Nicht alle, die "Frieden" sagen, meinen auch Frieden!)

Zum Thema Polizei ist gesagt worden - und da bin ich auch noch von Herrn Paus zitiert worden -, daß dieser Pool ja vermutlich für die Polizei nichts bringt. Der Gedankengang ist zwar formal vielleicht richtig, aber er endet mit der falschen Schlußfolgerung. Gerade weil bei der Polizei vermutlich auch noch weiterhin Überstunden anfallen, müssen wir den Pool haben, um der Polizei in Form von Zuweisung der Anwärterstellen - Stichwort: Zukunftspolitik auch innerhalb der Polizei - etwas zukommen zu lassen. Denn wir brauchen ja den ausgebildeten Polizisten, der die Überstunden macht. Also müssen wir bei den Anwärtern etwas tun, und dies ist nur über den Pool möglich. Dies haben Sie leider nicht erfaßt und damit hier auch nicht weitergeben können.

Die Polizei hat neue Aufgaben; aber es sind auch Aufgaben verlorengegangen. Viele der Dinge, die wir hier diskutieren, sind heute bereits Aufgabe der Staatsanwälte. Damit muß auch die Polizei - wie andere Bereiche des öffentlichen Dienstes auch - mit dem vorhandenen Personal auskommen.

(B)

Ich meine, daß das Thema "Innere Sicherheit" einen so hohen Stellenwert hat, daß man es dem Herrn Dr. Lichtenberg nicht allein überlassen kann. Ich darf von dieser Stelle aus noch einmal versichern: Wir werden auch als sozialdemokratische Mehrheitsfraktion in diesem Hause diesen liberalen Innenminister mit seiner Politik und der Sicherung des inneren Friedens und damit auch der inneren Sicherheit weiter stützen. Wir werden dem Einzelplan 03 zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung hat Herr Innenminister Dr. Schnoor das Wort.

Dr. Schnoor, Innenminister: Meine Damen und Herren! Ich werde auf die Rede von Herrn Lichtenberg nicht eingehen. Ich möchte nur einige Bemerkungen zum Haushalt machen.

Es gibt in der Tat bei der Polizei Probleme. Das ist einerseits der Beförderungsstau; eine Frage, die wir übrigens auch sehr deutlich angeschnitten haben, als es um die Verbesserungen für die Bundeswehr ging. Das ist andererseits die Erschwerniszulagenverordnung. Es ist unerträglich, daß für Dienst zu ungünstigen Zeiten Polizeibeamte 75 Pfennig bzw. 1,25 DM bekommen. Damit kein Irrtum entsteht: Das ist nicht die Überstundenvergütung, sondern das ist Erschwerniszulage.

(C)

(Schmidt (SPD): Den Eindruck mußte man bei den Demonstrationen haben!)

Diese Probleme lassen sich vom Landtag nicht lösen. Der Landtag hat, meine Damen und Herren, im Rahmen des ihm Möglichen alles getan, damit die Situation der Polizei verbessert wird. Für mich war das Hauptproblem, daß die jungen Polizeihauptwachmeister, die ein Nettoeinkommen von rund 1 600 DM haben und sich eine Wohnung suchen müssen, nicht wie bisher zwei Jahre nach der ersten Fachprüfung befördert werden konnten. Dies wird jetzt ermöglicht. Für die 2 150 zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten bin ich ausgesprochen dankbar, meine Damen und Herren, und diesen Dank möchte ich im Namen der Polizei Ihnen aussprechen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage das nicht nach einer Seite, sondern insgesamt.

(D)

Es gibt darüber hinaus eine Reihe von Verbesserungen im Landeshausalt - der Kollege Reinhard hat auf sie hingewiesen -, die in dieser schweren Zeit für das Land nicht selbstverständlich sind. Ich bin auch dankbar dafür, daß das ermöglicht wird. Ich glaube, die Polizei ist damit im Rahmen des Möglichen vom Landtag gut behandelt worden.

Jetzt gibt es noch die Notwendigkeit, die Erschwerniszulagenverordnung zu ändern. Dazu liegt beim Bund seit langem ein gemeinsamer Antrag vom Finanzminister und vom Innenminister vor. Es ist also nicht so, daß der Finanzminister anderer Meinung ist. Nur der Bund, meine Damen und Herren, tut sich sehr schwer. Er mag objektive Gründe bei Bahn, Post oder Bundeswehr haben. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber wenn Sie, Herr Kollege Worms, und Sie, Herr Kollege Rohde, Ihre Möglichkeiten - gegenüber dem Bundesinnenminister weit weniger als gegenüber dem Bundesfinanzminister - nutzen würden, würden dies Ihnen die Polizeibeamten und der ganze Landtag danken.

(Minister Dr. Schnoor)

- (A) Ein weiteres Problem ist die Stellenobergrenzenverordnung. Wir wollen eine Verbesserung. Ich habe mit den anderen Kollegen der A-Länder einen Antrag in der Innenministerkonferenz gestellt, den meine Kollegen aufgegriffen haben. Der Finanzminister ist bereit, wenn die Dinge beschlossen werden, das Erforderliche zu tun. Sorgen Sie durch Ihre Kontakte mit dafür, daß die Stellenobergrenzenverordnung verbessert wird.
- Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Abg. Paus (CDU) meldete sich während der Ausführungen zu einer Zwischenfrage.)

Präsident Denzer: Herr Minister, lassen Sie noch eine Frage des Herrn Abg. Paus zu?
- Bitte sehr, Herr Abgeordneter!

Paus (CDU): Herr Innenminister, können Sie diesem Hohen Hause bestätigen, daß der Stellenobergrenzenverordnung Bundesinnenminister, Bundesfinanzminister wie sämtliche Landesinnenminister zugestimmt haben und daß es zur Zeit daran hakt, daß in der Länderfinanzministerkonferenz die Voraussetzungen dafür noch nicht geschaffen sind?

Dr. Schnoor, Innenminister: Mir ist nicht bekannt, daß der Bundesfinanzminister zugestimmt hat. Das ist für mich völlig neu. Bisher hatte der Bundesfinanzminister dazu immer nein gesagt. Aber ich würde mich freuen, wenn die Information, die Sie haben, zutreffen sollte.

(B)

Ich weiß aber, daß es bei der Mehrzahl der, wie wir sagen, B-Länder Schwierigkeiten bei den Finanzministern gibt. Bei uns ist das nicht der Fall. Ich spreche nicht für den Finanzminister, aber ich weiß aus internen Gesprächen, daß es an uns nicht scheitern würde, wenn sich die Finanzministerkonferenz insgesamt bewegen würde.

Bitte üben Sie Ihren Einfluß aus - im Interesse der Polizei. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister.

Da weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließe ich die Beratung und lasse abstimmen.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Ihnen in Drucksache 10/794 vorliegt. Er betrifft Kapitel 03 110 Titel 422 10. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich

um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke. Enthaltungen? - Danke schön. Bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion ist dieser Antrag abgelehnt. (C)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entwurf des Einzelplans 03 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/723. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Der Entwurf ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Ich rufe jetzt auf:

Einzelplan 04: Justizminister

Hierzu liegen Ihnen, meine Damen und Herren, mit Drucksache 10/724 die Beschlußempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses vor. Mit der Drucksache 10/795 liegt Ihnen ein Änderungsantrag der CDU zu diesem Einzelplan vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abg. Dr. Klose das Wort.

Dr. Klose (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat bei der Lesung des Landshaushalts 1986 die Rechtspflege zu einem Schwerpunkt erklärt und mit ihren Anträgen eine Initiative ausgelöst, von der sie erwartet, daß die Landesregierung den Ernst der Lage der Rechtspflege erkennt und der Landtag die gebotenen Konsequenzen zieht. (D)

Die CDU-Fraktion beantragt, 100 Stellen für Richter und Staatsanwälte, davon 9 für Finanzrichter, mit dem dafür erforderlichen Unterbau zu schaffen, um der bevorstehenden, teilweise bereits eingetretenen Funktionsunfähigkeit der Gerichte und damit einem verfassungswidrigen Zustand entgegenzuwirken.

Diese von uns beantragte Stellenvermehrung, die zur Entlastung der Gerichte erfolgen soll, ist die erste Rate eines auf drei Jahre angelegten Programms.

Meine Damen und Herren, wie ist die Lage der Rechtspflege zu beschreiben? Seit 15 Jahren werden die Gerichte aller Rechtszweige von einer Prozeßwelle überrollt. Der Deutsche Richterbund, der Präsident des Bundesgerichtshofes, Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts und nicht zuletzt der Präsident des Oberlandesgerichts in Düsseldorf, Herr Wiesen, haben wiederholt auf die kritische Situation hingewiesen. Der

(Dr. Klose (CDU))

- (A) Oberlandesgerichtspräsident von Düsseldorf hat erklärt, daß in diesem Jahre 1 100 Richterstellen fehlen. Es hat keinen Zweck mehr, die Augen vor dieser Entwicklung länger zu verschließen. Diese Entwicklung ist nicht neu. Der Journalist Hanno Kühner hat in der "Zeit" vom April 1980 auf die Frage, warum Gerichte seit zehn Jahren von einer Prozeßflut überrollt werden, geantwortet: "Der Rechtsstaat erstickt."

Die CDU-Fraktion dieses Hauses hat wiederholt zur Lage der Rechtspflege Anfragen gestellt. Ich verweise auf unsere Große Anfragen aus dem Jahre 1976 sowie aus dem Jahre 1982. Die Landesregierung, vertreten durch den Justizminister, hat die Situation zwar immer als ernst beschrieben, sie aber doch letzten Endes verharmlost und die Lage nicht als so dramatisch dargestellt, wie sie sich im Zuge der Entwicklung ergeben hat. Sie haben, Herr Justizminister Dr. Krumsiek, zu Beginn dieser Wahlperiode vor dem Justizausschuß wie vor der Presse eine nüchterne Eröffnungsbilanz vorgelegt; das haben wir ausdrücklich anerkannt. Aber trotz steigenden Geschäftsanfalls - und das gilt für jeden Zweig der Rechtspflege - wurde die Zahl der Richterstellen verkürzt. Auch der Einzelplan 04 wurde ganz oder teilweise dem Stellenabbau unterworfen. Das, meine Damen und Herren, ist angesichts objektiv steigender Belastung der Gerichte eine glatte Absurdität.

(Zustimmung bei der CDU)

- (B) Wir fragen uns: Was ist als Konsequenzen aus den Antworten der Regierung auf unsere Großen Anfragen geworden? Was ist aus dem verdienstvoll eingeleiteten Symposium geworden, das Ihr Vorgänger, Herr Dr. Haak, veranstaltet hat? Über Anregungen ist man nicht hinausgekommen. Ich frage natürlich auch, ob alle Initiativen, die der Bundesgesetzgeber hätte ergreifen und durchsetzen müssen, wirklich erfolgt sind.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

- Es hat gar keinen Sinn, "hört, hört" zu rufen. Der Umstand, das Bußgeldverfahren zu vereinfachen und das Ordnungswidrigkeitengesetz zu novellieren, ist bereits 1980 unter der damaligen sozialliberalen Koalition angekündigt worden. Es ist ebensowenig verwirklicht worden, wie die Gesetzesvorlage, die 1983 eingereicht worden ist. Man kann sich keinen schizophreneren Zustand vorstellen, als daß derjenige, der eine Ordnungswidrigkeit begeht, mit allen Zügen der Rechtspflege, mit zwei Instanzen, sein Recht bekommt, während derjenige, der sein Recht als normaler Staatsbürger vor dem ordentlichen

Gericht sucht oder wer als Straftäter verdächtigt wird, unter Umständen viele Jahre warten muß, bis sein Verfahren überhaupt stattfindet. Entlastung wurde angekündigt; es ist wenig daraus geworden. (C)

Sie haben, Herr Dr. Krumsiek, im August 1985 gesagt, daß die Auslastung der Gerichte bis zur Zumutbarkeitsgrenze eingetreten sei. Inzwischen ist die Belastung fortgeschritten. Also ist die Zumutbarkeitsgrenze überschritten. Geändert hat sich in der Rechtspolitik der Landesregierung nichts.

Die Erwartungen, die in eine grundlegende Vereinfachung auf den Gebieten der Gerichtsverfassung, des Verfahrens- und des Kostenrechts gesetzt worden sind, haben sich nicht erfüllt. Es bleibt auch sehr zweifelhaft, ob die noch angekündigten Änderungen des Verfahrensrechts wirklich eine durchgreifende Besserung bringen werden.

Meine Damen und Herren, es ist Aufgabe der Strafrechtspolitik, Straftaten zu verhindern, wenn es nicht gelingt, sie aufzuklären und den Täter zur Verantwortung zu ziehen. Der Täter muß lernen, sein Leben ohne Straftaten führen zu können und zu wollen. Schließlich muß das Opfer entschädigt und versöhnt werden. Hier sind auf allen Gebieten Defizite nach wie vor erkennbar. Ordnungsgemäße Strafverfahren sind in diesem Lande nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet, und das ist sehr zurückhaltend ausgedrückt, wenn man weiß, daß das Strafverfahren Dr. Rüger in Köln sich über viele Jahre hinzieht. Wir blicken nach Düsseldorf auf das Verfahren Rheinmetall, bei dem es jetzt nach mehr als sechsjährigen Ermittlungen zur Hauptverhandlung gekommen ist. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Zustand, der für eine geordnete Strafrechtspflege nicht mehr erträglich ist. (D)

(Zustimmung bei der CDU)

Es nimmt die Zahl der Fälle zu, bei denen Strafverfahren gegen Geldbußen eingestellt werden, selbst bei Wirtschaftsstraftaten. Personen, die jahrelang die Krankenkassen durch falsche Abrechnungen betrogen haben, werden nicht mehr verurteilt. Andere Verdächtige stimmen dem Vorschlag des Staatsanwalts zu, das Verfahren gegen Zahlung einer hohen Geldbuße einzustellen, weil sie Angst davor haben, in der Presse erwähnt und damit vor die Vorverurteilung der Öffentlichkeit gestellt zu werden. Bei beiden Personenkreisen tritt ein Zerfall an Rechtsgesinnung ein, an Mißtrauen gegenüber der Rechtspflege in unserem Staat, der einfach nicht mehr hingenommen werden kann.

(Zustimmung bei der CDU)

(Dr. Klose (CDU))

- (A) Untersuchungsgefangene, die schwerer Straftaten verdächtigt sind, werden auf freien Fuß gesetzt, weil die Strafverfahren nicht in der von der Strafprozeßordnung gebotenen Frist durchgeführt werden können. Am deutlichsten - und das muß gesagt werden, so bitter und so traurig der Fall ist -, war der Mordfall Astrid Gliesch, wo ein Straftäter im Februar 1984 durch das Amtsgericht Wuppertal wegen dringenden Verdachts, eine Neunzehnjährige erdrosselt zu haben, in Untersuchungshaft genommen wurde. Er verbüßte dann eine sechsmonatige Freiheitsstrafe, und anschließend wurde die Untersuchungshaft weiter vollzogen, bis sie nach einem Haftprüfungstermin durch das Oberlandesgericht Düsseldorf schließlich am 14. März 1985 ausgesetzt wurde. Diese Entscheidung begründete das Oberlandesgericht damit, die Staatsanwaltschaft Wuppertal habe das Verfahren nicht mit der angemessenen Beschleunigung abschließend bearbeitet.

Eine Überlastung der staatsanwaltschaftlichen Dezernenten stelle keinen wichtigen Grund dar, der eine längere Untersuchungshaft als sechs Monate rechtfertige. - Das ist Ihre eigene Auskunft, Herr Minister, auf eine Kleine Anfrage. Der Mann, der in Freiheit gesetzt wurde, hat einige Tage später eine 24jährige Frau ermordet.

- (B) Meine Damen und Herren, wenn das nun nicht Aufrüttelung genug ist, hier für Änderungen in der Belastung der Rechtspflege unseres Landes zu sorgen, dann weiß ich nicht, was noch passieren soll.

(Beifall bei der CDU)

Nun mag man sagen, das sei kein Einzelfall, aber es gibt auch andere Fälle, bei denen man froh sein konnte, daß man rechtzeitig bis zur Hauptverhandlung die in Freiheit gesetzten verdächtigen Untersuchungsgefangenen wieder festsetzen konnte, um überhaupt den Strafprozeß durchzuführen; ich erwähne ein weiteres Beispiel aus dem Jahre 1983 in Mönchengladbach.

Ihre Rundverfügung, Herr Minister, vom 2. Dezember 1985, in der praktisch der Ladendiebstahl bis zu einem Wert von 100 DM außer Strafe, außer Verfolgung gesetzt werden soll, ist ein Dokument der Hilflosigkeit und der Ratlosigkeit. Man versucht hier, eine völlig überlastete Staatsanwaltschaft arbeitsfähig zu erhalten.

Ich unterstelle dem Justizminister hier nicht, was andere tun, daß dies eine Folge einer neuen Rechtsauffassung ist, die die Eigentums kriminalität als den Ausfluß einer über-

holten Rechtspolitik der kapitalistischen Klassengesellschaft darstellt. Das unterstelle ich hier nicht. Aber die Tatsache, daß die Eigentums- und Betrugskriminalität außer Strafverfolgung gesetzt werden soll und jeder in jedem Landgerichtsbezirk zunächst einmal einen Ladendiebstahl begehen kann, bis er, wenn er beim zweiten Mal auffällt, auch verfolgt wird, kann doch nur dazu führen, die Rechtsgesinnung in unserer Bevölkerung, die in weiten Bereichen, und zwar ohne Unterschied des Einkommens, weit abgesunken ist, noch weiter zu unterminieren. Ich fordere Sie hier auf, Herr Justizminister, diese Rundverfügung schleunigst wieder aufzuheben.

(Beifall bei der CDU)

Die vielen Eingaben und Schreiben, auch von kleinen Unternehmern und Handwerksmeistern, aber auch von Angestellten und Arbeitern, an den Petitionsausschuß zeigen, daß die Verfahren vor den Gerichten zu lange dauern. Ein Handwerksmeister, der jahrelang hinter einer von ihm erhobenen Forderung herlaufen und prozessieren muß, verliert unter Umständen die Möglichkeit, sein Unternehmen weiterzuführen, weil er Pleite macht. Er wird letzten Endes den Staat, der ihm das Recht, das ihm zusteht, nicht gibt, dafür verantwortlich machen, jedenfalls politisch-moralisch. Der Vertrauensverlust, den viele staatliche Institutionen erlitten haben, ist inzwischen weit genug fortgeschritten.

(D) Besonders dramatisch ist die Entwicklung bei den Finanzgerichten. Die Zahl der Eingänge ist ständig gestiegen, die Zahl der Erledigungen ist auch gestiegen. Nur, meine Damen und Herren, wenn, wie uns der Deutsche Richterbund erklärt hat, inzwischen im dritten Quartal 1985 die durchschnittliche Dauer der durch Urteil entschiedenen Klageverfahren 39,1 Monate, also mehr als drei Jahre beträgt, dann ist das Rechtverweigerung. Hier steht der Bürger dem Anspruch der Finanzverwaltung, also der Verwaltung, der Administration des Staates, schutzlos gegenüber. Er hat Anspruch auch auf eine gerichtliche Nachprüfbarkeit und Nachprüfung der Bescheide, die die Finanzverwaltung erlassen hat.

Ich möchte mich einem anderen Gebiet zuwenden. Wir haben 20 Bewährungshelferstellen beantragt. Hier in diesem Hause weiß jeder, daß auf dem Gebiet der Wiedereingliederung, der Resozialisierung der Bewährungshelfer die Brücke, das Kernstück aller dieser Bemühungen darstellt. Wenn heute die Belastung der Bewährungshelfer auf mehr als 70 zu Betreuender angestiegen ist, dann kann nicht

(Dr. Klöse (CDU))

- (A) mehr von einer wirksamen Betreuung die Rede sein. In dem Maße, wie der Bundesgesetzgeber die Möglichkeiten der Strafaussetzung zur Bewährung erweitert hat, muß dann die Justizverwaltung der Bundesländer, müssen die Justizminister nachfolgen und dafür sorgen, daß die neugeschaffenen Gesetze eben nicht nur auf dem Papier stehen und damit Alibifunktion bekommen, sondern auch tatsächlich durchgeführt werden.

Wir fordern Sie auf, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Wir haben 240 Anwärterstellen für Rechtspflege erbeten.

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß dann über den Bedarf hinaus ausgebildet wird. Was ich im Justizausschuß gesagt habe, möchte ich hier wiederholen, besonders gerichtet an die Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion: Man kann nicht mit der doppelten Moral diskutieren und von der Wirtschaft verlangen, daß sie über den Bedarf hinaus ausbildet, wenn man nicht vom Staat genau dasselbe verlangt,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

auch auf das Risiko hin, daß nicht jeder am Abschluß seiner Ausbildung übernommen wird.

- (B) Einige wenige Bemerkungen zum Strafvollzug! Die Damen und Herren, die der Kommission angehören - dazu gehören Frau Kollegin Morawietz und Frau Kollegin Robels - haben mir berichtet, daß die Situation des Strafvollzugs in weiten Bereichen trostlos ist, daß der reformerische Aufbruch der sechziger und siebziger Jahre, von dem damals fast legendären Justizminister Dr. Neuberger hier im Lande eingeleitet, steckengeblieben ist und wir hier zur Zeit nicht nur auf der Stelle treten, sondern zurückgehen. Das betrifft den Abbau an Bildungs- und Sportangeboten, an freien Initiativen, die mangels Personal nicht mehr tätig werden dürfen.

Meine Damen und Herren, Sie kennen die Situation, die dazu führt, daß sogar das Risiko des Streiks der Bediensteten in der einen oder anderen Anstalt angekündigt wurde und schließlich gedroht hat. Ein Blick in die Anstaltszeitungen, mitgestaltet von den Gefangenen in den Anstalten, gibt ein sehr deutliches Bild von der Wirklichkeit.

Meine Damen und Herren! Wir haben die Anregung gegeben, einen Teil der Überstunden umzuwandeln. Die sozialdemokratische Fraktion hat dies auch übernommen. Wir

bedanken uns, Herr Minister, daß Sie Ihre Hilfe dazu angeboten und dies auch umgesetzt haben; aber das wird nicht ausreichen, wenn der Strafvollzug den Auftrag des Gesetzgebers künftig erfüllen und tatsächlich die Menschen auf die Freiheit vorbereiten will, in der sie leben sollen, ohne Straftaten zu begehen. Ein personeller Ausbau ist notwendig. (C)

Die Aufgaben der Justiz sind gewachsen und werden weiter wachsen. Der Bundesgesetzgeber schafft neue Aufgaben. Sie, Herr Justizminister, haben sich vor einigen Tagen zur Wirtschafts- und insbesondere Computerkriminalität öffentlich geäußert. Der Bundestag hat die entsprechenden strafgesetzlichen Vorschriften gerade verabschiedet. Es wird neue Aufgaben geben; aber diese Aufgaben müssen ausgeführt werden, und dazu bedarf es der Ergänzung um das erforderliche Personal.

Hier ist dann das zu vollziehen, was ich bereits gesagt habe: Wir haben dafür zu sorgen, daß diese Gesetze nicht nur eine Alibifunktion haben, sondern Realität werden. Es vergeht kaum ein Tag, an dem insbesondere Sozialdemokraten, aber auch die Grünen ihre Sorge über angeblich illiberale, rechtsstaatswidrige Gesetzgebungsvorhaben äußern. Es ist sehr merkwürdig, daß dabei übersehen wird, daß die stärkste Gefährdung des Rechtsstaates von innen ausgeht, nämlich dadurch, daß dem Bürger der Rechtsstaat verweigert wird. (D)

Wenn die Funktionsfähigkeit des Rechts zerstört oder auch nur ernsthaft beeinträchtigt wird - Herr Präsident, ich komme zum Schluß -, bricht eine der tragenden Säulen des Rechtsstaates zusammen. Der Bürger wird zur Selbsthilfe greifen; es wird den Rückfall in Zeiten geben, die historisch vor der Rechtsstaatlichkeit liegen. Es wird die Anarchie sein, die als Folge kommen wird, und der Ruf nach der starken Staatsautorität und der Rückfall in totalitäres Denken werden wieder eintreten.

Ich meine, an dieser Stelle müßte deutlich ausgesprochen werden, Herr Minister: Sie tragen die Verantwortung für dieses Ressort; aber Sie nicht allein sind verantwortlich für die Entwicklung, die eingesetzt hat, und für die Behebung der Folgen, sondern das ist die gesamte Landesregierung, und das ist der gesamte Landtag. Die Erhaltung des Rechtsstaates ist keine fachspezifische Frage, sondern eine den gesamten Staat berührende Angelegenheit, und damit liegt auch die finanzielle Verantwortung nicht allein im Justizressort, sondern bei allen, die in diesem

(Dr. Klose (CDU))

- (A) Kabinettsitzungen, einschließlich des Ministerpräsidenten. Es ist das Gebot gegeben, verfassungsgemäße Haushaltswirtschaft zu betreiben; aber daneben besteht der Verfassungsauftrag, dem Bürger das zustehende Recht zu gewähren.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren: Der frühere Präsident des Bundesgerichtshofs, Gerd Pfeiffer, hat 1981 auf die Frage "Ist Deutschlands Gerichtsbarkeit jetzt schon reif für das Bekenntnis, funktionsunfähig zu sein?" gesagt: "Noch nicht ganz; doch die Zeit kommt, wenn nichts geschieht." Der Zustand ist eingetreten. Die Folgerungen sind zu ziehen, und deshalb appelliere ich an Sie, den Anträgen der CDU-Fraktion zu folgen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Denzer: Bei dem Herrn Vizepräsidenten war ich bei der Redezeit etwas großzügiger. - Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion der SPD erteile ich Frau Abg. Morawietz das Wort.

- (B) Frau Morawietz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Justizpolitik steht im allgemeinen nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und schon gar nicht das Thema Strafvollzug, mit dem man kaum hier jemanden vom Stuhl reißen kann, es sei denn, man nennt einzelne spektakuläre Fälle, oder man bauscht unverhältnismäßig auf. Beides habe ich nicht vor. Ich hoffe trotzdem, in diesem Hause wenigstens ein paar aufmerksame Zuhörer zu finden, wenn ich hier in der Sache einiges erkläre.

Ich möchte behaupten, daß sich die humane Substanz einer Gesellschaft auch daran messen lassen muß, wie mit jenen umgegangen wird, die gegen die Spielregeln der Gesellschaft verstoßen haben und deshalb bestraft werden.

(Klütsch (SPD): Sehr gut!)

Die für Straffällige härteste Sanktion, die unsere Gesellschaft kennt, ist die Freiheitsstrafe. Wenn sie überhaupt einen Sinn haben soll, muß die Zielsetzung des Strafvollzugsgesetzes konsequent verfolgt werden; dort heißt es:

Der Gefangene soll im Vollzug der Freiheitsstrafe fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

(C) Nur darauf kommt es an, nicht auf Rachegefühle, die vielleicht befriedigt werden.

Sie werden sich vielleicht fragen, warum ich gerade dies im Zusammenhang mit dem Justizhaushalt 1986 erwähne. Nun, wir sind in großer Sorge über das, was von Bediensteten und Personalräten in den Justizvollzugsanstalten unseres Landes, von Gewerkschaften und Verbänden und nicht zuletzt von Mitgliedern der Gefängnisbeiräte an uns herangetragen wurde. Es sind Klagen über die angespannte Personalsituation und die Belastungen durch Überstunden gekommen, über die Begrenzung von Besuchszeiten bei den Gefangenen, die Einschränkung von Freizeitveranstaltungen und die Reduzierung der ehrenamtlichen Betreuungsarbeit.

Wir nehmen diese Kritik sehr ernst. Wir wissen, daß die Ziele des von uns gewollten Behandlungsvollzuges, daß soziale Wiedereingliederung und die Vermeidung von Rückfällen ohne das Engagement der Bediensteten in den Anstalten und ohne ausreichende Angebote bei der Betreuung der Gefangenen nicht erreicht werden können.

Wenn aus finanziellen Gründen zur Zeit die auch von uns gewünschte Stellenausweitung nicht möglich ist, sind wir der Landesregierung für die Entscheidung dankbar, die Justiz gegenüber anderen Ressorts nur mit 0,5 Prozent zum Stellenabbau heranzuziehen und für den Justizhaushalt eine überdurchschnittliche Zuwachsrate von 3,4 Prozent vorzusehen.

(D) Dabei muß bedacht werden, daß in der Zeit von 1981 bis 1986 im Strafvollzug einem Abbau von 185 Stellen insgesamt 751 neue Stellen gegenüberstehen. Nordrhein-Westfalen liegt, was die personelle Ausstattung der Justizvollzugsanstalten angeht, mit Niedersachsen an der Spitze aller Flächenstaaten. Es schneidet noch besser ab bei einer gesonderten Betrachtung des allgemeinen Vollzugsdienstes. Wir haben eine Bediensteten-Gefangenen-Relation von 1 : 2,97. Baden-Württemberg und Bayern, um nur zwei Beispiele zu nennen, bleiben demgegenüber mit 1 : 3,93 bzw. 1 : 3,81 weit zurück.

Dennoch mußten in Nordrhein-Westfalen aufgrund der vermehrten Aufgaben im Strafvollzug allein 1984 mehr als 1,3 Millionen vergütete oder durch Freizeit abgegoltene Überstunden geleistet werden. Die SPD-Fraktion empfiehlt der Landesregierung, im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für den Landesdienst durch die Umwandlung von Überstunden noch in diesem Jahr bis zu 148 neue Stellen für den Strafvollzug zu schaffen. Wir haben gute Hoffnung, daß dies bald geschieht.

(Frau Morawietz (SPD))

- (A) Darüber hinaus sollen auf Initiative meiner Fraktion in diesem Jahr die Beförderungsmöglichkeiten für Bedienstete des einfachen und mittleren Dienstes im Strafvollzug und bei den Gerichten verbessert werden. Damit stärken wir die Einkommenssituation der Beamten in den unteren Besoldungsgruppen. Wir sind allen Fraktionen dankbar, die das mittragen.

Verbesserung und Entlastung des Strafvollzugs - darin sehen wir zentrale Aufgaben der Justizpolitik. Hier greifen aber weitgehend Bundeskompetenzen ein, beispielsweise hinsichtlich der Reform des Jugendstrafvollzuges und der Untersuchungshaft. Wir hoffen, daß hier bald Fortschritte erzielt werden.

Beim Ausbau des offenen Strafvollzugs gemäß der Zielsetzung des Strafvollzugsgesetzes kann Nordrhein-Westfalen Beispielhaftes vorweisen. In Kürze werden in unserem Lande rund 4 200 offene Haftplätze zur Verfügung stehen. Das heißt, gut ein Viertel aller Inhaftierten kann dann im offenen Vollzug untergebracht werden, und Nordrhein-Westfalen verfügt damit über 44 Prozent aller offenen Haftplätze in der Bundesrepublik.

Das ist deshalb so wichtig, weil unter anderem das Ergebnis der vierten Rückfalluntersuchung der Arbeitsgruppe kriminologischer Dienst des Justizministeriums deutlich macht, wie günstig sich offener Vollzug und Heimatnähe auswirken können. Nur 23 Prozent der vom Anfang ihrer Strafverbüßung an im offenen Vollzug untergebrachten Gefangenen wurden rückfällig. Möglichkeiten der Integration in die Arbeitswelt bestehen schon während des Strafvollzugs, und Entfremdung wird verhindert. Die Integration in den Lebenskreis bleibt erhalten und muß nicht neu aufgebaut werden.

Künftig werden wir verstärkt auch über Alternativstrafen nachzudenken haben, etwa für jugendliche Straftäter und für Mütter mit kleinen Kindern.

Zur Entlastung des Strafvollzuges leistet die Bewährungshilfe einen hervorragenden Beitrag. Ich möchte mich hier bei allen Bewährungshelfern des Landes sehr herzlich bedanken. Sie haben mehr geleistet, als eigentlich von ihnen verlangt werden konnte.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen um die besondere Belastungssituation in diesem Bereich. Die Richtzahl von 45 Probanden pro Bewährungshelfer kann auch nicht annähernd eingehalten werden. Deshalb begrüßen wir, daß 1986 durch Um-

schichtungen Bewährungs- und Gerichtshilfe netto um 16 Stellen verstärkt werden. Das mag vielleicht nur als Tropfen auf den heißen Stein angesehen werden; aber die schwierige Finanzsituation des Landes läßt uns im Augenblick das bescheidene Ziel anstreben, die Probandenzahl auf unter 70 pro Bewährungshelfer zu senken.

Eine ganz wichtige Entscheidung der SPD-Fraktion in diesem Zusammenhang ist es, die seit 1980 bestehenden vier Modellberatungsstellen für Haftentlassene in Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen und Hagen auch 1986 zu fördern, und zwar mit 1 Million DM. Das laufende Jahr soll genutzt werden, um die Ergebnisse des Modellversuchs auszuwerten und Möglichkeiten auszuloten, diese wertvolle Arbeit für Inhaftierte, Haftentlassene und ihre Familien in Nordrhein-Westfalen auf längere Sicht finanziell abzusichern. Dabei muß auch an eine Beteiligung der Kommunen gedacht werden; das möchten wir hier nicht verschweigen.

Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen seit Jahren einen steigenden Geschäftsanfall bewältigen. Die Justizpolitik hat in der Tat Vorkehrungen zu treffen, damit unser Rechtsgewährungssystem nicht aus dem Gleichgewicht gerät. Enorme Einsatzbereitschaft aller Bediensteten muß hier ebenfalls einmal öffentlich bedankt werden.

Nach unserer Überzeugung kann Stellenausweitung allein nicht das Allheilmittel sein. Es muß auch an die Mitverantwortung des Bundesgesetzgebers erinnert werden. In Gesprächen, die auch wir mit dem Richterbund geführt haben, ist uns bestätigt worden, daß die Entscheidung der Bonner Koalitionsparteien gegen die Einführung der sogenannten Halterhaftung auf großes Unverständnis in der Richterschaft gestoßen ist. Hier wären nämlich Möglichkeiten gegeben, Gerichte wirkungsvoll von Geschäftsanfall zu entlasten.

Aber auch im Ausbau der außergerichtlichen Streitschlichtung sehen wir auf längere Sicht die Möglichkeit, Gerichte zu entlasten. Das setzt allerdings die größere Akzeptanz von Schlichtung in der Öffentlichkeit voraus. Hier werden wir alle, jeder einzelne von uns, noch eine Menge Aufklärungsarbeit leisten und Bewußtseinsveränderung bewirken müssen.

Schließlich kann auch durch Modernisierung der Justiz, durch Straffung und Vereinfachung von Arbeitsabläufen und Arbeitsweisen dazu beigetragen werden, vorhandene Kapazitäten besser zu nutzen, um damit die Leistungsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften zu erhöhen.

(C)

(D)

(Frau Morawietz (SPD))

- (A) Die Anträge der CDU-Fraktion, zusätzliche Stellen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften einzurichten, müssen wir einfach deshalb ablehnen, weil eine solide Deckung nicht aufgezeigt werden konnte. Das Gleiche gilt für den Antrag auf Einrichtung zusätzlicher Stellen für Rechtspflegeranwälter. Selbst der oppositionellen F.D.P. ging das finanziell zu weit; sie enthielt sich im Rechtsausschuß der Stimme.

Hierzu muß erwähnt werden, daß gerade der Justizbereich immer in vorbildlicher Weise zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes beigetragen hat. Das möchte ich an dieser Stelle auch einmal anerkennend bemerken.

(Beifall bei der SPD)

Für den von der F.D.P.-Fraktion im Rechtsausschuß eingebrachten Antrag, die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Justizministeriums um 50 000 DM zu kürzen, konnten wir kein Verständnis aufbringen.

Trotz intensiver Nachfrage konnte der F.D.P.-Vertreter keinen konkreten Vorschlag machen, keine einzige Informationsbroschüre nennen, die nach seiner Ansicht überflüssig war und künftig nicht mehr zu erscheinen bräuchte. Wir meinen, daß gerade der Justizminister außerordentlich gute und wichtige Informationsbroschüren herausgibt, auf die wir jedenfalls im Interesse der Bürgerinnen und Bürger nicht verzichten wollen und, wie ich meine, auch nicht verzichten können.

(B)

Lassen Sie mich abschließend sagen, daß die SPD-Fraktion dem Justizhaushalt 1986 zustimmt. Den Anträgen der CDU-Fraktion kann sie aus den genannten finanziellen Gründen nicht folgen. Wir meinen, daß dieser Haushalt trotz der bestehenden Konsolidierungszwänge den Erfordernissen einer modernen Justizpolitik in Nordrhein-Westfalen Rechnung trägt.

(Dr. Linssen (CDU): Das glauben Sie nun wirklich selbst nicht!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. - Für die Fraktion der CDU hat Herr Abg. Paus das Wort.

(Nagel (CDU): Jetzt geht's zur Sache!)

Paus (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur ganz kurz auf einiges von dem, was gesagt

worden ist, eingehen. Ich muß Kollegen Dr. Klose voll und ganz recht geben: Auch ich bin sehr enttäuscht darüber, daß wir in dem Justizhaushalt dieses Jahres überhaupt keine erkennbare Perspektive finden.

(C)

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Minister Krumsiek, als Sie in der ersten Sitzung des Rechtsausschusses sehr nüchtern, sehr drastisch eine Bestandsaufnahme dessen, was in der Justiz, was im Strafvollzug vorgefunden wird, auf den Tisch gelegt haben, als Sie deutlich gemacht haben, wie die Belastung der Gerichte aussieht, daß Richter in der ordentlichen Gerichtsbarkeit um 50 % über das normale Pensum hinaus belastet sind, daß bei den Finanzgerichten die Verfahren drei Jahre dauern, haben wir gedacht, Sie würden mit diesem Haushalt eine Perspektive für die Justiz vorlegen. Ich muß sagen: totale Fehlanzeige. Statt dessen geht die alte Leier weiter: erneut Personalabbau, überhaupt keine erkennbare Perspektive.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir muten seit vielen Jahren den Richtern, den Staatsanwälten bei den verschiedenen Gerichtszweigen zu, daß sie die teilweise sehr massive Überbelastung hinnehmen. Wir erwarten das schlicht von ihnen. Und diese Mehrbelastung wird zum großen Teil auch in den Gerichten und Staatsanwaltschaften geleistet. Aber die Mitarbeiter der Justiz sind nicht gewillt, diese Belastungen auf Dauer zu tragen, ohne irgendwo am Horizont erkennen zu können, daß sich die Situation langfristig - ich wage gar nicht zu sagen: mittelfristig - ändern wird. Es ist das Problem, daß hier totale Fehlanzeige herrscht.

(D)

Sie vertrösten stets auf Entlastungsinitiativen; das ist auch in den vergangenen Jahren so gewesen. Dann gibt es den Vorschlag, in der Strafprozeßordnung, im Ordnungswidrigkeitenrecht - oder was weiß ich wo - eine oder mehrere Vorschriften zu ändern. In Teilbereichen sollen Entlastungsmaßnahmen kommen. Die werden dann auf Workshops - oder was weiß ich wo - verkauft. Wenn es dann aber an die Realisierung geht, passiert so gut wie überhaupt nichts. Es wird argumentiert, das alles ginge nur mit dem Bund, das alles sei so schwierig.

Dann gibt es Versuche zur Änderung der Schiedsmannsordnung, die, wie ich sagen muß, äußerst hilflos waren. Die wesentliche Änderung ist: Es gibt jetzt nicht nur Schiedsmänner, sondern auch Schiedsfrauen. Gleichzeitig wurde eine drastische Entlastung der Gerichte versprochen. Frau Kollegin

(Paus (CDU))

- (A) Donnepp sprach von etwa 100 Richterstellen, die einzusparen seien. Heute bei Nachfrage: totale Fehlanzeige.

Noch einmal: Sie können von den Angehörigen der Justiz nicht erwarten, daß sie auf Jahre hin Mehrbelastungen ertragen und zusehen, wie sich die Akten auf ihren Schreibtischen immer weiter anhäufen, ohne daß Sie diesen Leuten eine Perspektive bieten.

Meine Damen und Herren, es geht doch nicht an, einmal ein wenig in der StPO, bei den Schiedsleuten - oder was weiß ich, wo das im einzelnen sein soll - zu ändern, sondern es geht darum, sich in diesem zentralen Bereich der Frage zu stellen: Was sollen, was können, was dürfen die Gerichte zukünftig entscheiden? Welche Aufgaben sollen die Gerichte nicht mehr übernehmen? Oder in welchen Bereichen sollen die Gerichte nicht mehr in diesem Ausmaß tätig sein?

Wir haben hier den Ellwein-Bericht diskutiert. Die Ellwein-Kommission hat eine Reihe von Vorschlägen zur Deregulierung, zur Entstaatlichung, zu wirklicher Entlastung zunächst der Verwaltung, dann aber auch der Gerichte - ich spreche jetzt von den Verwaltungsgerichten - vorgelegt. Die Folge davon war ein Rechtsbereinigungsgesetz, mit dem Gesetze, die ohnehin nicht mehr angewandt worden sind und in irgendwelchen Registern verstaubt waren, mit großem öffentlichen Aufwand beerdigt worden sind. Das hat aber für die Entlastung der Gerichte effektiv nichts gebracht.

(B)

Deshalb noch einmal, meine Damen und Herren, Herr Justizminister: Dieser Justizhaushalt ist enttäuschend. Wehe uns, wenn die Richter in Nordrhein-Westfalen zum Dienst nach Vorschrift übergehen und nur noch das erledigen, was sie nach dem Pensenschlüssel oder nach der in anderen Bundesländern vergleichbaren Belastung - dabei geht es auch um die Sozialgerichtsbarkeit - erledigen müssen. Dann kommt es nicht nur zu Rechtsverweigerung durch lange Fristen, sondern die Folge wird der totale Zusammenbruch der Rechtspflege sein.

Frau Kollegin Morawietz, Sie haben zum Strafvollzug gesprochen. Dieser war in den zurückliegenden Jahren eigentlich der zentrale Ansatzpunkt der Diskussion über den Justizhaushalt. Auch die CDU-Fraktion hat da immer einen Schwerpunkt gesetzt. Wir haben das in diesem Jahr bewußt einmal nicht getan, um so auf die Probleme in der Justiz unseres Landes nachhaltig hinzuweisen.

Sie kritisieren immer unsere Deckungsvorschläge. Wir haben aus dem allgemeinen

Haushalt eine Summe für Maßnahmen in der Justiz zur Verfügung gestellt bekommen. Dafür bin ich der Fraktion dankbar. Die Einzelpläne 03 und 04 sind reine Verwaltungshaushalte, in denen man nicht durch das Hin- und Herschieben von 100 000 DM in dem Einzelplan selbst die Probleme lösen kann. Wir verlangen auch nicht, daß Sie das schaffen. Sie sollten diesen Bereichen mehr Gewicht beimessen und ihnen aus dem allgemeinen Finanzhaushalt mehr Geld zur Verfügung stellen.

(C)

Frau Kollegin Morawietz, Sie haben die Probleme im Strafvollzug aufgelistet. Bis auf die Tatsache, daß unter dem Strich vielleicht 6 Bewährungshelfer mehr kommen, haben wir dabei auch keine Perspektiven sehen können; im Strafvollzug selbst wird sich nichts ändern.

Es bleibt bei der von uns seit vielen Jahren vertretenen Auffassung: Der Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen ist eine etwas humanisiertere Form des Verwahrvollzuges.

Lassen Sie mich noch auf die Modellversuche für die Haftentlassenen kommen. Wir haben bei Einführung dieser Modellversuche gewarnt und gesagt, wir sollten einen oder maximal zwei Versuche starten, sie laufen lassen, und wenn sie eine Zeit lang gelaufen sind, sie auswerten und dann prüfen: Was kann man davon umsetzen? Sie mußten aber gleich voll einsteigen, und es mußten gleich vier Versuche sein. Es konnten nicht weniger sein; denn Sie wollten keinen der Antragsteller zurückweisen, und jetzt stehen Sie vor dem Dilemma: Die Modellzeit ist ausgelaufen, der Justizminister wollte in diesem Jahr schon die Zuschüsse kürzen und aus dem Haushalt herausnehmen; aber Sie haben noch ein Jahr zusätzliche Bewährungsfrist bekommen - oder Gnadenfrist oder Galgenfrist. Was aber nach diesem Jahr geschehen soll und wo das hin führen soll, Herr Kollege Klütsch, das sagen Sie uns vielleicht einmal, wenn Sie gleich an der Reihe sind.

(D)

Ich fasse zusammen: Die CDU-Fraktion lehnt den Einzelplan 04 ab. Wir verlangen - und das machen wir mit der namentlichen Abstimmung klar - eine deutliche Schwerpunktsetzung, nicht nur verbal, sondern auch mit Haushaltsmitteln, zugunsten der Rechtspflege in diesem Land. Wenn Sie dem nicht zustimmen können, lehnen wir den Haushalt 04 ab.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter! - Für die Fraktion der SPD spricht Herr Abg. Klütsch. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege.

(A) Klütsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Schiff der Justiz gleitet gewöhnlich übers Jahr ganz sanft durch die Wogen. Nur wenn die Frühjahrsstürme kommen und zwischen Skylla und Charybdis einige Wellen zu durchfahren sind, halten es verschiedene Kollegen der CDU-Fraktion so wie damals Odysseus. Sie lassen sich wechselseitig an den Mast binden und hören dem Sirenen gesang der Verbandsvertreter von Skylla und Charybdis zu und lassen sich damit in Gesang einstimmen.

(Evertz (CDU): Meinen Sie die Einflußnahme auf den Lambsdorff-Prozeß?)

Eine derartige Odyssee erlebe ich auch heute bei der Suche nach Perspektiven, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion.

(Elfring (CDU): Die Sirenen haben gesungen, nicht die Skylla oder Charybdis!)

- Die Sirenen haben gesungen, in der Tat, und Sie haben sich heute wieder dem Gesang angeschlossen. - Wer nur über den Haushalt Politik zu machen sucht, sucht vergeblich, weil er nur einen Teil der Perspektive erkennen kann, nämlich nur jenen Teil der Perspektive, der sich haushaltsrechtlich umsetzt.

(B) Aber ich habe wirklich die große Bitte - ich erlebe das fast jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen der Rechtspolitiker -: Da wird ein Horror-Szenario dargestellt vom Zusammenbruch der Funktionsfähigkeit der Justiz, vom Stillstand der Rechtspflege und von allen anderen chaotischen Dingen, von denen man nur träumt, wenn man Alpträume hat. Das ist sicherlich nicht die Perspektive, und Sie sollten sich von einer derartigen Sicht der Dinge eigentlich etwas trennen. Es hat sonst den Anschein, als ob Sie sich in die Gefahr begeben, just jener Miesmacherei und Angstmacherei wieder das Wort zu reden, für die Sie im Mai 1985 die Quittung bekommen haben.

Das Wasser steigt - das gilt es hier festzustellen -; aber es steigt nur jenem bis zum Hals, der seinen Kopf nicht aus der Flut von Zahlen und Interessen heraushalten kann.

Da mit dem Begriff Stillstand zu arbeiten, erscheint mir geradezu pervers. Da arbeiten Hunderte von Staatsanwälten an einer dreiviertel Million von Ermittlungsverfahren, da sind Tausende von Richtern mit Hunderttausenden von Neueingängen beschäftigt, da kämpfen die Rechtspfleger mit den wie in keiner Zeit zuvor eingegangenen Konkursver-

fahren und Zwangsversteigerungsverfahren, und während diese Leute mit den Akten zu kämpfen haben, da reden Sie davon, das sei Stillstand? Ich habe Arbeit immer als das Gegenteil von Stillstand verstanden. In der Tat habe ich nur festzustellen: Diese Justiz in unserem Lande funktioniert, und sie funktioniert trotz Belastungen. (C)

(Paus (CDU): Seien wir dankbar, daß sie es tut.)

Wer ein wenig rechtshistorisch durch die Zeiten geht, stellt fest, daß sich die Belastungszahlen eigentlich seit 1982 nicht wesentlich geändert haben. Er stellt fest, daß auch keine spürbare Verzögerung in zivilgerichtlichen Verfahren zu verzeichnen ist. Wer dann sogar den Ministerpräsidenten mit einer öffentlichen Erklärung als seinen Zeugen ruft, der erfährt: "Wir liegen heute, was die Zahl der Richterstellen betrifft, an der Spitze der Flächenländer in der Bundesrepublik. 1963 lagen wir an letzter Stelle." Das sagte er 1984. 1985 ist die Justiz von einer Stellenreduzierung ausgenommen worden, und 1986 vermag ich im Haushalt nicht zu erkennen, wo der Justizminister oder wir im Bereich der Richterschaft eine entsprechende Stellenreduzierung ausgewiesen hätten.

Es gibt ja Leute, die führen das, was wir hier diskutieren, sogar rechtshistorisch ad absurdum. 1985 hat uns in der Zeitschrift für Rechtspolitik ein Professor über Verfahrenslut und Verfahrensebbe berichtet, daß im Jahre 1981 insgesamt 5,4 Millionen erstinstanzliche Verfahren anhängig waren, und 1981 gab es 10 095 Richter. 1985 hatten wir 1,79 Millionen Verfahren und dafür 12 407 Richter. In der Tat lohnt gelegentlich der Blick über den Brillenrand, um festzustellen, wo es langgeht. (D)

Dann, meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion, wird ja nun wahrhaftig behauptet, es sei ein Verfassungsbruch, wenn die Funktionsfähigkeit der Justiz in Frage gestellt wird. In der Tat würde ich dem zustimmen. Ich sage nur: Der Zustand ist noch nicht eingetreten. Ich stelle mich aber einmal auf den Standpunkt, daß das richtig sei, was Sie annehmen. Ihr Vorschlag, das über Kredite zu finanzieren, ist doch der Austausch eines Verfassungsbruchs durch den anderen, nämlich die Kreditquote der Verfassung zu überschreiten. Das kann doch in der Tat nicht Gegenstand einer seriösen Erörterung sein.

Ich hätte es verstanden, wenn Sie gesagt hätten: Bei der Justiz muß darüber nachgedacht werden, wie wir Tarifverbesserungen

(Klütsch (SPD))

- (A) auf die Richter und Rechtspfleger anwenden. Die 38,5-Stundenwoche läßt sich bei Richtern und Rechtspflegern nicht ohne weiteres umsetzen, weil sie ihr Pensum zu erfüllen haben, unabhängig davon, in welcher Zeit sie es tun können. Da hätte ich Ihre Nachdenklichkeit erwartet. Ich hätte das Argument erwartet, ein Anwärterstopp hinterlasse Lücken, so daß nachher Generationen in der Justiz fehlen. Ich hätte auch verstanden, wenn Sie das Argument benutzt hätten: Die Justiz als dritte Gewalt kann nicht von der Exekutive in die Mangel genommen werden, und die Exekutive kann nicht mit ihren Haushaltsansätzen darüber entscheiden, was die Justiz leistet und leisten kann.

Aber statt dessen reden Sie von Anarchie, von Chaos, von Stillstand der Rechtspflege. Wer sich bereits im Begriff so sehr verirrt, muß wohl auch Lücken in der Argumentation haben. Wir können nicht daran vorbei, daß auf alle anstehenden Probleme wie Normdichte, Verfahrensfülle, Belastungszuwachs nur eine einzige Lösung denkbar ist - und das ist Ihre Perspektive -: Personalstellenvermehrung.

Wir können nicht daran vorbei, daß eine unbegrenzte Personalvermehrung kein gangbarer Weg zur Lösung dieses Problems sein kann. Die Vision nämlich einer Gesellschaft, in der Myriaden von Rechtsanwältinnen Brigaden von Staatsanwälten und Richtern gegenüberstehen, ist nicht eben verlockend.

- (B) Wenn etwas stillsteht in dieser Phase, meine Damen und Herren, dann ist es vielleicht die Wahrnehmungsfähigkeit für Dinge, die im Umfeld geschehen.

Ich bin so erstaunt, daß die CDU-Fraktion sich in diesem Lande just jene Argumentation zu eigen macht, die die Bundesregierung für ihre eigenen gesetzlichen Vorschläge verwirft. Die Bundesregierung zum Beispiel hat bei ihrem Entwurf eines Strafverfahrenänderungsgesetzes ausdrücklich gesagt - nun hören Sie doch bitte zu, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion -:

(Elfring (CDU): Das tun wir doch schon die ganze Zeit!)

Durch Personalvermehrung kann die von der Praxis geforderte Einsparung nicht erreicht und in Zukunft eine sachgemäße Bewältigung der Strafverfahren gewährleistet werden ...

- unter der Zielsetzung des Gesetzentwurfs.

In ihrem Gesetzentwurf zur Änderung der Zivilprozeßordnung und anderer Gesetze kommt die Bundesregierung zu dem Ergebnis:

Eine spürbare personelle Verstärkung der Gerichte kommt angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte nicht in Betracht.

Was Sie tun, ist das glatte Gegenteil dessen, was offiziell von Bonn verkündet wird.

(Dr. Klose (CDU): Wir sind keine Befehlsempfänger!)

Nun sagen Sie mir ja, da wäre Perspektive. Nun sagen Sie mir ja, da wäre eine Linie der Rechtspolitik, die solche Widersprüche ausweist! Wer mit einem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz die Entlassung befördert, darf sich nicht wundern, daß die Arbeitsgerichte belastet werden. - Wer in der Auslegung der Neutralitätsanordnung und des § 116 AFG die Gerichte beschäftigt, weil 500 000 Arbeitnehmer als mittelbar Streikbetroffene oder Aussperrungsbetroffene ihre Kurzarbeitergelder suchen, der darf sich nicht wundern, daß die Sozialgerichte belastet sind. - Wer den Tatbestand des Landfriedensbruches - § 125 StGB - erweitert, der darf sich nicht wundern, daß dann, wenn mehr Leute kriminell gemacht werden sollen, die Gerichte mehr beschäftigt werden. - Wer sich durch die Sicherheitsgesetze in der Tat in Sicherheit wiegt, der muß sehr schnell erkennen, daß Recht nur dann gutes Recht ist, wenn es für den Bürger auch schnell durchsetzbar und erreichbar ist. Jedenfalls ist dies nicht damit zu bewirken, daß Gesetze Unsicherheit statt Sicherheit produzieren.

Wenn Justizminister Engelhard bei den Entlastungsgesetzen für die Justiz genauso schnell wäre wie sein Kollege Zimmermann bei den Sicherheitsgesetzen, dann wären wir in allen Verfahren schon viel, viel besser dran.

(Zustimmung der Frau Abg. Morawietz (SPD))

Was wir zu beklagen haben, ist in der Tat der Stillstand der Gesetzgebung. Wer Gesetze macht, setzt Aufgaben. Und im Gegensatz zu dem alten Spruch: "Wer die Musik bestellt, der muß sie auch bezahlen." kann Bonn es sich leisten, Gesetze zu machen, bei denen zu den Kosten erklärt werden kann: "Kosten: keine" oder "Keine wesentlichen Kosten bei Ländern und Gemeinden". Denn das, was in dem Gesetzentwurf oben als Aufgabe zugeschrieben wird, hat unten das Land im Vollzug zu bezahlen; das ist die Ausgangsposition, vor der wir stehen.

(Klüttsch (SPD))

- (A) Wer also tatsächlich Entlastungen der Justiz sucht, muß dies in erster Linie durch Beschneidung des Aufgabenzuwachses zu erreichen suchen, er muß dies tun, indem er Gesetze verhindert, die die Gerichte mehr beschäftigen, als daß sie sie entlasten.

Ich denke, das ist in der Vergangenheit zu wenig berücksichtigt worden, etwa bei der Regelung des § 48 des Strafgesetzbuches über den Rückfall. Ich denke auch, die Bundesregierung hat es unterlassen, den Vorschlägen der Länder nachzugehen, bei der Halterhaftung sicherzustellen, daß die Ermittlungen von Staatsanwaltschaft, Polizei und Justiz in den Ländern nicht unnütz betrieben werden. Auch dadurch werden Kosten produziert, die unnötig sind.

Ich will ganz deutlich sagen, daß mich dieses Verfahren insofern irritiert, als ich gerne wüßte, daß in den künftigen Gesetzesvorschlägen der Bundesregierung unter "Kosten" nicht erscheint "keine", sondern die Kosten von Ländern und Gemeinden ausgeworfen werden, damit der Bundesgesetzgeber in der Tat weiß, wieviel uns der Vollzug dieses Gesetzes kostet und wie es entsprechend finanziert werden soll. Der Rechtsstaat, der für den Vollzug des Rechts keine Mittel bereitstellt, droht nämlich ein Unrechtsstaat zu werden.

- (B) Meine Damen und Herren, die SPD hat in dieser Situation ihre Ansätze dargelegt. Die Ressource "Recht" ist nicht beliebig vermehrbar; sie ist aber auch nicht beliebig belastbar. Wir haben mit den Überstundenvorschlägen - Umwandlung in Personalstellen -, wir haben mit Beförderungsmöglichkeiten durch Nachschlüsselung bei Eingangssämtern im einfachen und mittleren Dienst, wir haben mit Arbeitsablaufuntersuchungen im Bereich der Gerichte wie des Vollzugs deutlich gemacht, wo wir entsprechende Ressourcen aufbauen wollen - und aufbauen können. Wenn im Jahre 1986 alle Anwärter übernommen werden, dann widerlegt das, Herr Kollege Paus, auch Ihr vorhin vorgetragenes Argument, daß in der Justiz in der Tat nicht ausreichend ausgebildet würde.

Wenn von den 20 Bewährungshelfern, die Sie in Ihrem Papier fordern, 16 Sozialarbeiter bereits in dem Vorschlag der Landesregierung für den Haushalt 1986 enthalten sind, dann macht das ebenfalls deutlich, daß wir eigentlich auf der gleichen Linie arbeiten.

Wer der steigenden Fülle von Verfahren allerdings nur Herr werden will durch Personalvermehrung, kann uns nicht an seiner Seite finden. Wer den Problemen begegnen

will, die sich heute stellen, muß das System der Rechtsgewährung entlastend ausgestalten. Die Wege dazu sind tatsächlich Entkriminalisierung und Entpönalisierung; da habe ich überhaupt kein Verständnis für den Appell des Herrn Kollegen Dr. Klose, wenn er dem Justizminister anrät, seine Rundverfügung vom Dezember 1985 wieder zurückzunehmen. Herr Kollege, wenn hiermit erreicht wird, daß mit den rechtsstaatlichen Instrumenten des § 153 und 153 a StPO Verfahren zu einem Zeitpunkt eingestellt werden, zu dem das Gericht noch nicht mit dem Fall befaßt ist, weil die kriminelle Energie bei Ladendiebstählen und anderen Bagatelldelikten in der Tat zu unterscheiden ist von jener kriminellen Energie in den Verfahren, die Sie aufgezeigt haben, dann, meine ich, entspricht das einer Politik der Entkriminalisierung und Entpönalisierung. Wenn der Ersttäter mit Vermögenswerten von unter 100 DM nach dem Kontakt mit dem Staatsanwalt keine Strafe zu gewärtigen hat, dann wird ihm dies ausreichend Lehre sein. Ich denke, wir müssen diese Verfahren unterscheiden von den Verfahren der Umwelt- und Wirtschaftskriminalität, der organisierten Bandenkriminalität und von anderen Verfahren, in denen die kriminelle Energie ein Mehrfaches ausmacht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die personelle Ressource, mit der wir Strafverfolgung betreiben, knapper wird, dann gilt es, alle Mittel auf diese Ziele zu konzentrieren. Diese Politik verfehlt der Justizminister, und bei dieser Politik hat er die Unterstützung der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Mehr Haftvermeidung und weniger Haftvollzug, insbesondere durch ambulante Maßnahmen der Straffälligenhilfe! Herr Kollege Paus, auch Ihnen ein Wort zu dem, was sein soll! 1986 ist in der Tat eine Übergangsfinanzierung für die vier Modellberatungsstellen vorgesehen. Wir wollen den Abschlußbericht des Justizministers zu den Arbeitsergebnissen des fünfjährigen Modellversuchs abwarten, um danach zu entscheiden, ob und in welcher Weise ab 1987 die Straffälligenhilfe etatisiert weitergeführt wird. Wir werden durch außergerichtliche Streitschlichtung, wir werden durch Mündlichkeit, Dezentralisierung und Arbeiten in kleineren Einheiten eine derartige Rechtspolitik mit Perspektive versehen. Das ist der rechtspolitische Weg der SPD-Fraktion. Und da kann Herr Kollege Dr. Worms - ich sehe ihn im Augenblick nicht - doch nicht eingangs der Haushaltsberatungen erklären, die SPD-Fraktion ginge mit ihrer absoluten Mehrheit und einer Guillotine durch die Abstimmung.

(Zuruf von der CDU: So ist es aber!)

(C)

(D)

(Klütsch (SPD))

- (A) Dies ist erklärte Politik, und für diese erklärte Politik haben wir die Mehrheit dieses Hauses. Und die Mehrheit dieses Hauses wird ausreichen, um diese Rechtspolitik durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung hat der Herr Justizminister das Wort.

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben im Rechtsausschuß des Landtags immer eine sehr sachliche Diskussion über Justizfragen, und ich bedanke mich ausdrücklich dafür, daß wir das heute auch hier im Plenum erleben. Ich glaube, daß das der Justiz durchaus gut bekommt.

Im Justizressort sind 33 000 Bedienstete. 70 % unseres Haushalts sind Personalkosten. Der Haushalt der Justiz steigt überproportional. Damit wird deutlich, daß die Landesregierung die Probleme der Justiz sehr wohl sieht. Ich stehe dem Geschäftsanfall, der gar nicht zu leugnen ist und der sehr groß ist, außerordentlich kritisch gegenüber. Ich räume auch ein, daß wir an die Grenzen der Belastbarkeit gekommen sind. Aber ich wehre mich dagegen, daß hier der Beginn eines verfassungswidrigen Zustandes festzustellen wäre, und ich wehre mich dagegen, daß hiermit die Vorstufe der Anarchie erreicht werde. Natürlich würde ich gern die von Ihnen beantragten Stellen nehmen, wenn sie bezahlbar wären. Wer würde nicht 100 Richterstellen zusätzlich nehmen? Aber ich will jetzt nicht die Diskussion von heute morgen wiederholen. Die Deckungsvorschläge, die Sie gemacht haben, sind doch nicht solide gewesen. Mein CDU-Kämmerer hätte mir als Oberstadtdirektor gesagt, daß man so keine Haushaltspolitik betreiben kann, indem man die Einnahmen heraufsetzt, um anschließend auch die Ausgaben hochzusetzen.

(Zuruf von der CDU)

Im übrigen darf ich Ihnen sagen: Wir haben eine Kürzung von 0,5 % zu erbringen,

(Dr. Pohl (CDU): Das stimmt doch einfach nicht! - Weitere Zurufe von der CDU)

und diese 0,5%-Kürzung macht durch Umschichtungen landesweit eine Richterstelle und eine Staatsanwaltstelle aus. Je nachdem, vor wem man spricht: Das bringt mir bei den Gewerkschaften nicht nur Zustimmung ein. Denn die sagen: Ihr habt in den unteren Diensten

zugunsten der Richter und Staatsanwälte gekürzt! (C)

Präsident Denzer: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte zu?

(Minister Dr. Krumsiek: Bitte sehr!)

- Herr Abg. Schauerte, Sie haben das Wort.

Schauerte (CDU): Herr Justizminister, Sie haben auf Ihren früheren CDU-Kämmerer Bezug genommen.

(Minister Dr. Krumsiek: Der konnte was!)

Was halten Sie dann davon, wenn der Finanzminister im Rahmen der Haushaltsberatungen die Einnahmen um 470 Millionen DM erhöht, um weitere Ausgabewünsche seinerseits decken zu können? Ist das dann in Ordnung?

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Schauerte, der Finanzminister hat das ja nicht so gemacht, wie Sie es darstellen. Denn Sie haben doch die Steuereinnahmen einfach höher geschätzt, und zwar in einer Weise - -

(Schauerte (CDU): Er auch!)

- Ja, aber nach Abstimmung im Arbeitskreis Steuerschätzung, und darüber gehen Sie hinaus.

(Widerspruch bei der CDU) (D)

Nun lassen Sie mich meinen Gedanken fortsetzen! Ich beklage die Fälle, Herr Dr. Klose, die Sie gerade aus dem Bereich der Strafrechtspflege vorgetragen haben. Aber Sie wissen wie ich, daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten Vorsorge treffen, damit sich so etwas nicht wiederholt. Einzelfälle werden Sie nicht ausschließen, selbst wenn Sie die Zahl der Richter verdoppeln, und ich wiederhole, daß wir die größte Richterdichte in Europa haben.

Ich darf Ihnen sagen, daß ich für die Beförderungsmöglichkeiten sehr dankbar bin, die wir im Bereich A 5/A 6 und im Bereich des einfachen Dienstes geschaffen haben. Wir haben nämlich bei der Justiz noch Bedienstete, die schlechter bezahlt werden als Polizeibeamte und die mit 2 200 DM monatlich nach Hause gehen müssen. Es war unser Anliegen, diesen zu helfen.

(Zustimmung bei der SPD)

(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) Ich bin sehr froh, daß wir eine Regelung beim Überstundenabbau finden. Diese hohe Überstundenzahl ist überhaupt nicht zu bestreiten. Ich glaube, daß wir einen Rest-Überstundenbetrag von rund 50 000 pro Jahr haben müssen. Aber das, was darüber hinausgeht, sollten wir in Stellen umsetzen.

Herr Dr. Klose, hinsichtlich meiner Rundverfügung vom Dezember vorigen Jahres müssen Sie mich mißverstanden haben. Sie haben diese Rundverfügung als ein Dokument der Hilflosigkeit bezeichnet. Ich betone und wiederhole nochmals: Es handelt sich hier ausschließlich um Ersttäter, die nicht verfolgt werden sollen. Diesen vagabundierenden Dieb, der da von Warenhaus zu Warenhaus in 19 Landgerichtsbezirken herumvagabundiert, den kann es doch nur in strafrechtlichen Seminaren an Universitäten geben, sonst aber nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Im übrigen darf ich Ihnen sagen, daß es diese Verfügung - auch mit dem Betrag von 100 DM - in Baden-Württemberg seit 1977 gegeben hat. Das ist also keine Erfindung, die wir hier haben, sondern das gibt es auch in anderen Ländern.

- (B) Hier ist gesagt worden, es bestehe die Gefahr, daß die Rechtsstaatlichkeit ersticke. Lassen Sie uns in diesem Bereich aber auch einen Blick auf Bonn werfen! Sie wissen, daß die Rechtspolitik in Bonn gemacht wird und daß die Gesetze in Bonn gemacht werden. Und was hat Bonn uns beschert? Eine Änderung des Ehescheidungs-Folgenrechtes, das landesweit nicht nur Hunderte, sondern Tausende von Verfahren auslösen wird, was dann natürlich einen Personalbedarf zur Folge hat.

Lassen Sie mich ein Wort zur Prozeßkostenhilfe sagen! Wir haben 1980/81 einmal mit einer Prozeßkostenhilfe von 50 Millionen DM angefangen. Im Haushalt 1986 sind etwa 133 Millionen DM etatisiert, und alle Bemühungen, die die Länderjustizminister übereinstimmend unternehmen, nicht um den Leuten die Prozeßmöglichkeiten zu nehmen, sondern um diese Höhe einzuschränken, scheitern am Bundesjustizminister. Nehmen Sie einmal unsere Vorschläge zur Verfahrenvereinfachung, auch die Änderungen des Ordnungswidrigkeitengesetzes! Da waren die Länderjustizminister übereinstimmend der Auffassung, die Halterhaftung beim ruhenden Verkehr einzuführen.

Und was ist herausgekommen? Eine Rechtsgrundlage für eine Kralle! Wenn man so eine

Rechtspolitik betreibt, dann muß man sich nicht wundern, daß der Personalmehrbedarf in einer Größenordnung entsteht, die nicht zu befriedigen ist. (C)

Deswegen zum Schluß: Machen Sie hier nicht immer die Landesregierung zur Klagemauer bei Dingen, bei denen wir möglicherweise gemeinsam im Bundestag etwas erreichen können. Aber so wie Kommunalparlamente oder Landtage gelegentlich von Lehrern bestimmt werden, wird dieser Bundestag von Juristen und von Rechtsanwälten bestimmt. Deswegen haben wir da noch ein weiteres Feld, mit unserer Überzeugungskraft tätig zu werden, für unsere Ideen zu werben und möglicherweise etwas gemeinsam durchzusetzen, damit der Personalmehrbedarf nicht in der von Ihnen hier heute beschriebenen Größenordnung befriedigt werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zu dem Änderungsantrag Drucksache 10/795 hat die CDU-Fraktion gemäß § 54 unserer Geschäftsordnung namentliche Abstimmung beantragt. Nach Absatz 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben beim Namensaufruf mit ja oder nein zu antworten oder zu erklären, daß sie sich der Stimme enthalten. (D)

Ich bitte Sie sehr um Ruhe, damit Ihre Antworten auch hier verstanden werden. Ich darf jetzt Herrn Meuffels bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, ich darf zunächst fragen, ob alle ihre Stimme abgegeben haben. - Herr Dr. Riemer war außerhalb des Saales und ist jetzt anwesend.

(Dr. Riemer (F.D.P.): Enthaltung!)

- Enthaltung bei Herrn Dr. Riemer bitte.
- Herr Abg. Heidtmann!

(Heidtmann (SPD): Nein! - Maedge (SPD): Stüber!)

- Herr Abg. Stüber wurde in der Liste als "entschuldigt" vorgetragen, aber er ist anwesend und stimmt mit Nein. -

Ich frage noch einmal, ob alle Stimmen abgegeben sind. - Das ist der Fall. Dann

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer auszuzählen.

(Die Stimmen werden ausgezählt. - Abstimmungsliste siehe Anlage)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekanntgeben.

Es haben gestimmt: mit Ja 82 Abgeordnete, mit Nein 117 Abgeordnete, 12 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Wer dem Entwurf des Einzelplans 04 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/724 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke! Wer ist dagegen? - Danke! Wer enthält sich der Stimme? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05: Kultusminister

Auch hierzu verweise ich auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/725. Mit den Drucksachen 10/796 bis 10/799 liegen Ihnen vier Änderungsanträge zu diesem Einzelplan vor. Ich möchte gern die Beratung eröffnen und frage, ob es dazu Wortmeldungen gibt. - Es wird Herr Abg. Reul für die Fraktion der CDU gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

(B)

Reul (CDU): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat im Ausschuß beantragt, 1 500 Lehrerstellen neu einzurichten. Sie von der SPD-Fraktion haben diesen Antrag guillotiniert. Der Unterricht, unsere Kinder, unsere Schulen bedeuten Ihnen überhaupt nichts!

(Beifall bei der CDU)

Stelleneinsparungen gehen Ihnen über alles.

"Neun von zehn Stellen im Landeshaushalt, die eingespart werden, kommen aus der Lehrerschaft. Es scheint mir unredlich, weiterhin von einer einprozentigen Einsparung von Stellen im Landeshaushalt zu sprechen, wenn dies im Lehrerbereich das Vierfache ausmacht und eine einprozentige Einsparung bei den Lehrern rechnerisch sogar einen Einstellungsbedarf von rund 2 000 Lehrern ergäbe."

Meine Damen und Herren, ich vermisse Ihren Beifall von der SPD-Fraktion. Dieser Satz stammt von Ihrem Fraktionsvorsitzenden Herrn Farthmann. Der hat das gefordert, was wir heute hier auch fordern. Darin kann man ihm doch nur zustimmen. Warum applaudieren Sie eigentlich an dieser Stelle nicht, wenn Sie diese Aussage unterstützen können?

(C)

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

So klar diese Erkenntnisse Ihres Fraktionsvorsitzenden sind - meine Damen und Herren, ich weiß, es ist äußerst unangenehm, dieses Thema -

(Zuruf von der SPD: Überhaupt nicht!)

so beschämend sind aber die Motive, die diesem Brief zugrunde liegen. Ich möchte gern aus dem Brief des Herrn Farthmann zitieren: "Mit den Bildungspolitikern bin ich einig, daß wir hierüber in Kürze ein gemeinsames Gespräch im kleinen Kreise führen sollen, um alle Möglichkeiten der Lehrerbefähigung auszuloten und um zugleich die Risiken der ohnehin unvermeidbaren Nichteinstellung eines größten Teils der Junglehrer abzuwägen, damit wir von den Reaktionen der Gewerkschaften, der Eltern und der Betroffenen nicht überrascht werden."

Was heißt das denn, meine Damen und Herren? Das heißt, dem Herrn Farthmann geht es nicht primär um die Sache, sondern es geht ihm nur um die Risiken für seine Partei und seine Fraktion bei dieser Angelegenheit. Das ist keine Sachpolitik, sondern das ist bloßes Schielen nach parteipolitischen Mehrheiten und Wahlkampfaktik.

(D)

Diejenigen, die wirklich mehr Lehrer fordern, weil sie gebraucht werden, lieber Herr Farthmann - vielleicht können Sie auch einmal zuhören -

(Henning (SPD): Herr Lehrer!)

können Sie in Zukunft getrost weiter als "Witzbolde" bezeichnen. Mit diesem Wort auf der Pressekonferenz wollten Sie mich treffen. Sie haben aber im Grunde alle diejenigen getroffen, die für die Erteilung des vollen Unterrichts endlich die Voraussetzungen schaffen wollten. Sie haben damit auch die Bildungspolitik Ihrer eigenen Fraktion voll getroffen - damit das klar ist -, nachdem die Bildungspolitik der SPD-Fraktion ins Abseits gestellt worden waren und nachdem der Herr Farthmann selbst vom Finanzminister zurückgepfiffen worden war.

(Reul (CDU))

- (A) Es hat zahlreiche Gespräche mit Lehrerinitiativen, mit Elterninitiativen, mit Schülerinitiativen gegeben. Überall dort hat die SPD die Forderung nach Mehreinstellung und Neueinstellung von Lehrern unterstützt. Die Ergebnisse sehen wir heute, meine Damen und Herren: Absolut keine Bereitschaft, den Worten auch Taten folgen zu lassen.

Nun weiß ich ja, meine Damen und Herren von der SPD, was Sie gleich sagen werden. Sie werden die 600 neuen Lehrerstellen vorbringen, die dank Ihrer hervorragenden Entscheidungskraft hier eingerichtet werden.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Aber im Vergleich zu dem, was Herr Frey vor einigen Wochen formuliert hat - das ging auch durch die Zeitungen -, ist es nun äußerst wenig, wenn man sich allein einmal die Zahl anschaut. Damals wurden ja noch 1 800 angekündigt. Davon ist ja nicht mehr viel übriggeblieben. Die Geschichte ist ein ganzes Stück kürzer geworden.

Wichtiger ist mir allerdings, meine Damen und Herren, daß Sie mit dieser Ankündigung von 600 Stellen die Öffentlichkeit in die Irre führen wollen. Denn 450 dieser Stellen sind bereits besetzt; die werden zum 31.07.1986 erst freigeündigt. Damit das auch klar ist: Diese 450 Stellen werden zum 31.07. dieses Jahres freigeündigt. Dann dürfen sich um alle diese 600 Stellen die 4 000 Lehrer bewerben, die zur Zeit mit befristeten Verträgen beschäftigt sind. Das heißt, Sie besetzen damit nicht neue Stellen, sondern Sie setzen Stelleninhaber lediglich um. Das muß man hier einmal klar und deutlich sagen. Eine solch geniale Idee - Umsetzungen als Einstellungen zu erklären -, kann eigentlich nur dem Gehirn eines Finanzministers entspringen. Es ist ja nun wider alle Vernunft in der Bildungspolitik, so etwas den Leuten verkaufen zu wollen.

(Schauerte (CDU): Hexerei!)

Nun kann man sagen, daß Sie das in Ihrer Fraktion selbst auszumachen haben, ob der Finanzminister durch versteckte Rücktrittsdrohungen die Oberhand behält oder nicht. Aber, meine Damen und Herren, was ist das eigentlich für eine Politik, die da betrieben wird, bei der das sachlich Notwendige immer wieder der Wahlkampfstrategie geopfert werden muß? Wir haben volles Verständnis dafür, daß Sie Angst haben, der Finanzminister könnte durch seinen Rücktritt die selbstverschuldete Finanzmisere dieses Landes offenlegen und könnte die mangelnde Regierungsfähigkeit Ihres Kanzlerkandidaten zur Schau stellen.

Für uns als Opposition ist es unfäßbar, daß bei all diesem Gerangel innerhalb der SPD einer im Abseits steht, der eigentlich der Spielführer sein müßte, nämlich der Kultusminister. Wo ist der eigentlich bei dieser Debatte?

(Minister Schwier: Hier!)

- Ja, körperliche Anwesenheit und Durchsetzung von Meinungen sind eben zweierlei! Das ist hier wieder einmal dokumentiert worden.

(Zurufe und Widerspruch von der SPD)

Wir wissen ja, daß dieser Minister, wenn er nicht gerade in Simbabwe, Moskau, Ungarn oder in der DDR zu Besuch ist, alle Hände voll mit der Durchsetzung der Gesamtschule vor Ort und mit dem Kampf um die Anerkennung der Kollegschulabschlüsse zu tun hat. Lassen Sie sich einmal erzählen, was diesbezüglich im Kultusministerium los ist.

Der Herr Kultusminister kann einem eigentlich auch leid tun angesichts der vielen Versäumnisse und Probleme in seinem Hause.

(Dr. Dammeyer (SPD): Keine Krokodilstränen!)

Langsam dämmert es ja wohl auch Ihnen. Überzeugende Politik ist mehr als gute Pressearbeit. Herr Dammeyer hat das schon lange erkannt, er hat das in den Zeitungen auch deutlich formuliert. Wir sind uns an der Stelle einig. Nur sollte man das auch einmal in politisches Handeln umsetzen.

Denn, meine Damen und Herren, überzeugende Bildungspolitik findet in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht mehr statt. Über Schule reden, Herr Schwier, ist das eine. Das können Sie, das ist gar keine Frage. Permanent mit Presseerklärungen. Aber positive Entscheidungen für die Schule zu treffen, nämlich vollen Unterricht zu erteilen, dafür zu sorgen, daß unsere Schüler Unterricht bekommen, so wie er Ihnen qua Vorschriften vorgegeben ist, dafür genügende Lehrer einzustellen, damit wir endlich in der Unterrichtsverteilung mit anderen Bundesländern gleichziehen können, meine Damen und Herren, dafür fehlt Ihnen die politische Kraft.

(Henning (SPD): Müllabfuhr!)

Besonders spannend wird es dann, wenn man sich anschaut, daß die Kultusministerkonferenz einschließlich des Herrn Schwier diesen Einstellungskorridor fordert und einige Wochen später die Ministerpräsidentenkon-

(C)

(D)

(Reul (CDU))

- (A) ferenz - dazu gehört ja auch der Herr Rau - genau das Gegenteil beschließt. Also, Sie sehen, Herr Schwier: Sie haben auch hier schon bei Ihrer obersten Stabsführung überhaupt keine Rückendeckung mehr für Ihre Vorstellungen, in der Fraktion auch nicht mehr; das heißt: nordrhein-westfälische SPD-Politik hat dazu beigetragen, daß Bildungspolitik nicht mehr stattfindet.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir fordern, meine Damen und Herren, mehr Lehrer, und ich möchte auch sagen, warum: weil die Schule mehr Lehrer braucht, braucht zur Beseitigung - -

(Lachen bei der SPD)

- Sehen Sie, da lachen schon wieder Leute der SPD-Fraktion. Die haben immer noch nicht verstanden, was in den Schulen passiert.

Wir brauchen nämlich Lehrer zur Beseitigung des noch bestehenden Unterrichtsausfalls in bestimmten Fächern, wir brauchen sie zur Abdeckung fachspezifischen Ersatzbedarfs. Bei diesen kw-Stellen werden Sie sich noch wundern, welche Probleme wir in den Schulen bekommen werden. Wir brauchen diese neuen Lehrer zur ständigen fachlichen und pädagogischen Erneuerung in der Schule, und wir brauchen sie auch, damit die Lehrerausbildung überhaupt noch einen Sinn behält. Wir brauchen sie auch - meine Damen und Herren, wenn ich einmal an heute morgen erinnern darf, an die Vorkommnisse hier -, damit der Staat durch Erhaltung einer Zukunftsperspektive für junge Lehrer überhaupt noch glaubwürdig bleibt; dafür brauchen wir auch neue Lehrer.

(B)

Meine Damen und Herren, nicht einmal bei der Sonderschule für Lernbehinderte waren Sie von der SPD bereit, unserem Antrag auf Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation zu folgen, obwohl Sie genau wissen, daß es dringend notwendig ist, und Sie das mit Ihren Experten bei Diskussionen auch ständig bestätigt haben. Ihre Bildungspolitiker haben das voll eingesehen; aber das paßt ja mit den Versäumnissen der Landesregierung bei der Beschäftigung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst zusammen. Die Sozialdemokratische Partei versagt ausgerechnet da, wo ihr soziales Gewissen am stärksten schlagen müßte.

(Beifall bei der CDU)

Was kann man eigentlich auch, meine Damen und Herren, von einer Regierungspartei

erwarten, die zwar beim Beschäftigungsförderungsgesetz des Bundes die Möglichkeit von befristeten Verträgen ständig kritisiert, aber mit befristeten Arbeitsverträgen im Lehrerbereich ein Zweiklassenarbeitsrecht schafft?

(C)

(Zustimmung bei der CDU)

Wissen Sie, was mich am meisten erschreckt? Das ist, daß Sie das Problem überhaupt nicht mehr zur Kenntnis nehmen. Es ist ja ganz erschreckend, wie in dieser Frage miteinander umgegangen wird. Und wenn ich ehrlich bin und diesen Tag heute habe Revue passieren lassen, dann kann ich nur sagen: Es erschreckt mich allerdings eines noch mehr: was ich heute in der Zeitung gelesen habe. Es hat mich nämlich noch mehr erschreckt, daß der Vorgänger dieses Kultusministers, Herr Girgensohn, das allgemeine Wahlrecht in Südafrika ablehnt und statt dessen ein nach ethnischen Gruppen getrenntes Wahlrecht für richtig hält.

Meine Damen und Herren, das erschreckt mich, und da würde ich sehr gern hören, was Herr Schwier oder Herr Farthmann zu ihrem Vorgänger bzw. Fraktionskollegen Girgensohn meinen. Das ist allerdings etwas, was mich über die Haushaltsdebatten hinaus heute doch sehr nachdenklich gemacht hat und wozu ich sehr gern auch einmal eine Aussage hier im Parlament hören würde.

(Zuruf von der SPD: Dann fragen Sie doch!)

(D)

- Das habe ich ja jetzt getan; die Antwort kann ja gleich gegeben werden.

Wir bleiben bei unserem Antrag, im Lehrerbereich 1 500 Lehrer jährlich neu einzustellen. Und damit uns niemand hier entweichen kann, meine Damen und Herren, und der Bürger draußen im Lande ganz genau weiß, wer das sachlich Notwendige in diesem Hause verhindert hat, werden wir bei diesem Antrag auch eine namentliche Abstimmung herbeiführen, damit das ganz klar ist.

Wenn Ihre Antwort auf das Notwendige der Hinweis auf fehlende Finanzen ist, dann können doch gerade Sie von der SPD-Fraktion sich der Verantwortung dafür überhaupt nicht entziehen. Wer hat denn hier 20 Jahre lang Haushaltspolitik gemacht? Die CDU? Sie haben doch hier 20 Jahre lang das zu verantworten. Deshalb haben Sie es auch zu verantworten, wenn in der Schule in diesem Lande nichts mehr geht. Sie als SPD haben damit zu verantworten, wenn die Zukunftschancen der jungen Generation in unserem Lande verspielt worden sind, und Sie haben zu verantworten,

(Reul (CDU))

- (A) daß unter SPD-Regierungsverantwortung die Bildungspolitik zum Stiefkind der Landespolitik geworden ist.

Jeder, der sich damit beschäftigt, weiß, daß wir eine qualifizierte Ausbildung unserer Kinder benötigen und daß im Mittelpunkt aller Schulpolitik der Schüler stehen muß. Das haben wir als CDU ständig gefordert. Für uns als CDU ist die Qualität des Unterrichts wichtiger als neue Schulform-Diskussionen oder Experimente.

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich für eine Priorität entschieden: für Priorität der Schule im Lande Nordrhein-Westfalen. Wir haben uns damit gegen die Flickschusterei der SPD-Politik entschieden. Wir brauchen nämlich keine Flickschusterei in der Schule, sondern wir brauchen langfristige Konzeptionen für die Unterrichtsversorgung. Und darum geht es in den Anträgen der CDU-Landtagsfraktion, die Ihnen heute vorgelegt worden sind.

Wenn Sie auf Tagungen gehen, wenn Sie in Diskussionen hineinkommen, wenn Sie auch solche Stapel von Unterschriftenlisten von Eltern und Schülern bekommen, dann habe ich, meine Damen und Herren, große Probleme, nachzuvollziehen, wieso Sie überhaupt nicht sensibel sind, dieses Problem aufzugreifen und einer Lösung zuzuführen. Ihre Bildungspolitiker waren ja bereit, aber sind dann von den Finanzpolitikern zurückgepfiffen worden.

- (B) Meine Damen und Herren, das zeigt, wo bei Ihnen die Wertigkeit liegt: Die Wertigkeit liegt nicht auf Schule im Lande Nordrhein-Westfalen.

Noch ein Satz zur Schüler-Lehrer-Relation: Diese Schüler-Lehrer-Relation ist unzureichend. Das ist bekannt. Wir haben heute bereits faktisch eine Schüler-Lehrer-Relation, die wesentlich besser ist, und die CDU-Fraktion hat deshalb - Herr Schwier, schön zuhören! - die kostenneutrale Festschreibung dieser faktischen Schüler-Lehrer-Relation vorgeschlagen. Wir wollen nämlich nicht, daß nach der kw-Diskussion, wenn die kw-Stellen alle abgebaut sind, diese Schüler-Lehrer-Relation wieder schlechter wird. Wir wollen zumindest den Status von heute halten, bzw. wir wollen darüber hinaus fachspezifischen Unterrichtsausfall beseitigen. Sie gehen noch weiter: Sie wollen nicht nur die neuen Einstellungen nicht, sondern Sie wollen auch noch die Situation verschlechtern.

Mittelfristig brauchen wir - meine Damen und Herren, das hat unser Antrag im Oktober schon gesagt - eine neue Unterrichtsbedarfs-

berechnung, um vollen Unterricht für die Kinder zu gewährleisten. Mit einer Politik von der Hand in den Mund kann man eben keine Bildungspolitik machen. Und Verwaltung des Mangels ersetzt kein Konzept, meine Damen und Herren! Wir müssen die demographische Entwicklung berücksichtigen, eine neue Bedarfsberechnung in diesem Lande machen und uns unter Umständen auch von dieser Schüler-Lehrer-Relationsberechnung lösen. Herr Schwier hat vor nicht allzu langer Zeit, als er Präsident der KMK wurde, gesagt: "Wenn wir diesen Lehrern trotz höchster Anstrengung und Leistung keine Perspektive bieten, dann ist die Schule am Ende." Diesen Worten von Herrn Schwier ist nichts mehr hinzuzufügen. Die Schule in Nordrhein-Westfalen ist am Ende, und die Verantwortung dafür trägt die Sozialdemokratie dieses Landes.

(Zustimmung bei der CDU)

Deshalb fordere ich die SPD-Fraktion auf - aber das kann man fast aufgeben -, zumindest die Bildungspolitiker der SPD-Fraktion, ihre fachliche Kenntnis, ihr Wissen hier zum Tragen zu bringen, eine gemeinsame Bildungsfraktion zu bilden und eine Entscheidung zu treffen, die für die Schule richtig ist, und nicht wider besseres Wissen und Gewissen eine Entscheidung zu treffen, die schulpolitisch, pädagogisch unverantwortlich und falsch ist. Das Angebot der CDU-Fraktion zur Gemeinsamkeit in dieser Frage besteht. Sie brauchen es eigentlich nur noch anzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Herr Trinius für die Fraktion der SPD.

Trinius (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Reul, Sie tun uns allen unrecht und den Behinderten keinen Gefallen, wenn Sie sich so über Fragen der Behinderten auslassen, wie Sie das eben getan haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie nützen damit niemandem. Ich sage das, was ich jetzt sage, ohne jeden Vorwurf, aber vielleicht stimmt es Sie zum Nachdenken: Es gibt - wir sind in der Stellenplankommission gerade der Frage der Behinderten ausdrücklich nachgegangen - auch Informationen darüber, wie denn die Mindestquote der Beschäftigung von Behinderten in den einzelnen Bundesländern erfüllt wird. Nordrhein-Westfalen hat folgende Werte: für 1982 6,1 % - das ist also mehr als die ge-

(C)

(D)

(Trinius (SPD))

- (A) forderten 6 % -, 1983 5,9 % und 1984 5,57 %. Damit liegen wir unter der geforderten Quote. Das hat uns alle gemeinsam zu beschäftigen, und das wird es auch tun.

(Schauerte (CDU): Und 1985)

- Herr Schauerte, 1984! Die Werte müssen schon vergleichbar sein. - Man kann dies mit den Werten aus anderen Bundesländern vergleichen. Ich sage dies ohne Vorwurf, aber vielleicht veranlaßt es Sie, darüber nachzudenken: Baden-Württemberg hat eine Quote von 3,9 %,

(Hört, hört! bei der SPD)

Hessen eine Quote von 4,08 %, Bayern eine Quote von 4,17 %. Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Rheinland-Pfalz bilden die Spitzengruppe unter den Flächenländern, aber auch Rheinland-Pfalz kommt dabei nicht über 5,88 % hinaus.

Dies ist Anlaß, in allen Parlamenten darüber nachzudenken, und sollte nicht ein Punkt sein, der hier so nebenher ausgespielt wird. Ich finde das jedenfalls nicht gut.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Trinius (SPD): Ja, bitte.)

- (B) Schauerte (CDU): Herr Kollege, warum muß man hier zwischen Flächenländern und Stadtstaaten unterscheiden? Auch in den Stadtstaaten muß es Polizeibeamte und Lehrer geben. Und warum erwähnen Sie nicht, daß beim Bund die geforderte Quote ebenfalls erreicht ist?

Trinius (SPD): Herr Kollege, bei den Stadtstaaten kann ich nur folgendes sagen: Sie haben es etwas einfacher, weil dort die gesamte übliche Kommunalverwaltung mit in die Rechnung eingeht. Wir haben es schwieriger, weil bei uns z. B. der Innenminister mit der Polizei nur sehr bedingt Behinderte beschäftigen kann. Ich nenne den Innenminister aber gerade deswegen: Er hat in den nachgeordneten Dienststellen fast 5 % und im Innenministerium selbst 9 %. Der Finanzminister hat 10 %. Sie müssen immer danach sehen, wo sich das eigentlich abspielt. Bei den Schulen - damit komme ich auf dieses Kapitel - ist der Anteil außerordentlich gering. Das hängt auch mit der Altersstruktur der Lehrer zusammen.

Ich möchte mich auf ein paar Punkte konzentrieren, die soeben vom Kollegen von der CDU vorgetragen worden sind.

Zunächst zur Ausgangslage 1985/86, dem jetzt laufenden Schuljahr: Wir haben in Nordrhein-Westfalen, und das dürfen Sie nicht verschweigen, im vorigen Schuljahr über 1 000 Neueinstellungen in unbefristete Verträge vorgenommen, davon allein 450 direkt in Beamtenverhältnisse. (C)

Weil noch immer viele, die studieren, sich nicht am Bedarf orientieren, haben wir noch eine zusätzliche Maßnahme ergriffen, nämlich Angebote geschaffen, daß zur Lehrbefähigung in einem allgemeinbildenden Fach eine Zusatzausbildung in einer beruflichen Fachrichtung während der Lehrtätigkeit möglich sein soll. Es ist eine ganz interessante Sache, daß, obwohl überall nachgewiesen wird, daß wir bestimmte berufliche Fachrichtungen an den Schulen brauchen, diese beruflichen Fachrichtungen nicht ausreichend studiert werden; und der Bedarf an den Schulen, auch solcher Bedarf, ist natürlich vorrangig. Davon redet kaum jemand.

Wir haben darüber hinaus 3 200 Neueinstellungen vorgenommen, befristet auf drei Jahre.

(Reul (CDU): Die Verträge sind ein Skandal; fragen Sie einmal Herrn Farthmann!)

Dazu lassen Sie mich folgendes sagen: Die Absicht ist gewesen - das war der Hintergrund -, hier eine Beschäftigungsmöglichkeit für drei Jahre zu eröffnen, weil wir davon ausgingen, daß nach Nachweis einer beruflichen Tätigkeit ein Umsteigen eher möglich ist. Das war der Sinn solcher Verträge. Richtig ist, daß wir nun mehr und mehr erfahren, daß uns die arbeitsrechtliche Schwierigkeit, die dabei besteht, von den Berufsverbänden insgesamt zunehmend zum Vorwurf gemacht wird. Darauf gehen wir ein, und deswegen haben wir beschlossen: Es wird künftig keine neuen befristeten Verträge mehr geben. Aber, wer das beklagt, muß auch sagen: Wir haben im letzten Jahr in einer Größenordnung von über 4 200 Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, davon über 1 000 unbefristet. (D)

(Reul (CDU): Rauschmißverträge!
- Frau Busch (CDU): Und dann ist Schluß!)

Dabei muß man an die gesetzlichen Hintergründe erinnern: zum einen § 78 b und zum anderen § 85 a des Landesbeamtengesetzes. § 78 b besagt, daß Beamte das Recht haben, einen Antrag zu stellen, ihre Arbeitszeit verringern zu lassen. Aus den so gewonnenen Anteilen haben wir beschäftigungswirksame Maßnahmen ergriffen.

(Trinius (SPD))

- (A) Aber diese Anträge laufen zu 80 % nur über ein Jahr. In der Hoffnung darauf, daß sie von denen, die sie gestellt haben, verlängert werden, haben wir Dreijahresverträge abgeschlossen. Ich sage dazu: Neue befristete Verträge wird es künftig nicht mehr geben.

Es kommt eine andere wichtige Sache hinzu. § 85 a LBG gibt Bediensteten das Recht, in eine Beurlaubung einzutreten oder eine Teilzeitbeschäftigung aufzunehmen, damit sie sich Genesenden, Kindern oder Pflegefällen widmen können.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reul?

(Trinius (SPD): Ja, ich will gern die notwendigen Aufklärungen geben.)

- Bitte, Herr Abg. Reul!

Reul (CDU): Herr Kollege, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie im Gegensatz zu Bildungspolitikern Ihrer Fraktion diese skandalösen Verträge mit Rauschmiß-Klausel, die im letzten Jahr beschlossen worden sind, für eine besondere Errungenschaft der Sozialdemokratie halten?

Trinius (SPD): Nein! Ich habe gesagt, daß wir in einer schwierigen Situation auf dieses in der Tat zweifelhafte Instrument zurückgegriffen haben.

- (B) (Reul (CDU): Nur "zweifelhaft"?)

Und ich habe erklärt, daß es neue befristete Verträge im Schulbereich nicht mehr geben wird. Das habe ich eindeutig erklärt, und das entspricht auch der Beschlußlage meiner Fraktion.

Bei § 85 a LBG - das müssen Sie bedenken - geschieht folgendes: Bisher hat sich der Anteil derer, die einen Antrag auf Beurlaubung wegen Mutterschaft stellten, die Waage mit dem Anteil derer gehalten, die in den Dienst zurückgekehrt sind. Wenn nun Anträge nach § 85 a LBG in Anträge nach § 78 b LBG umgewandelt werden, bedeutet das, daß wir hier schon aus dem Gleichgewicht geraten können. Das muß man sehen. Dieses Haushaltsrisiko liegt in einer solchen Umwandlung von Verträgen - die Größenordnung mag bei 2 000 liegen - und hat sicherlich dazu beigetragen, daß wir in dieser hohen Größenordnung zusätzliche Anstellungsverhältnisse schaffen konnten.

Zur Beschlußlage unserer Fraktion! Erstens: Es wird keine neuen befristeten Verträge

mehr geben. In allen Gesprächen, die ich geführt habe - und ich führe Gespräche mit vielen - ist dies rundum anerkannt worden.

(Dr. Pohl (CDU): Daß es keine mehr gibt?)

Das ist auch eine gute Sache.

Zweitens: Für 308 freie Stellen waren bisher keine Mittel veranschlagt. Der Haushaltsentwurf ist davon ausgegangen, daß an Sonderschulen, Gesamtschulen und Kollegs diese 308 Stellen ausschließlich durch Versetzungen besetzt werden könnten. So sah die Lage nach dem eingebrachten Entwurf aus. Die Beschlußlage unserer Fraktion lautet, daß in einer Größenordnung von 150 hier neue unbefristete Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wenn man diese Beschäftigungsmöglichkeiten auf Zwei-Drittel-Basis stellt, ergibt sich eine Größenordnung von 225. Nur die Hälfte dieser Stellen soll durch Versetzungen ausgefüllt werden.

Wir haben ferner beschlossen, daß bis zu der Größenordnung von 300 Stellen, die nach § 78 b LBG frei werden, künftig unbefristete Verträge möglich sein sollen. Aber ich muß hinzufügen: Dies setzt voraus, daß all die Anteile, die wir brauchen, erst einmal für die 3 200 erwirtschaftet werden.

(Reul (CDU): Die mehr frei werden?)

Lassen Sie mich zu Ihrem Antrag noch einige Fragen stellen. Sie verlangen zusätzlich 1 500 Planstellen; das macht ungefähr 100 Millionen DM in einem Jahr. Sie verlangen die Aufhebung sämtlicher Vermerke "künftig wegfallend".

(Abg. Reul (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich muß zum Ende kommen. - Das ist eine Größenordnung von 16 300, bedeutet aber gleichzeitig die Wiedereinrichtung dieser Stellen. Sie vergessen dabei, daß 2 000 dieser Stellen im Laufe dieses Jahres frei werden. Wenn Sie alle kw-Vermerke streichen, könnten Sie 3 500 Einstellungen vornehmen. Das Ganze kostet dann aber nicht mehr 100 Millionen, sondern 230 Millionen DM.

(Reul (CDU): Das ist unfair, wie Sie das rechnen! Das ist falsch!)

- Das ist aber genau das Ergebnis.

(Dautzenberg (CDU): Sagen Sie doch mal den tatsächlichen Abgang der Stellen!)

(C)

(D)

(Trinius (SPD))

- (A) Und dies geschieht Jahr für Jahr. Sie verlangen die 1 500 Stellen ja zusätzlich und heben sämtliche Vermerke "künftig wegfal-
lend" auf. Dann müssen Sie sich schon fragen, was Sie denn mit den so freiwerdenden Stellen machen wollen. Natürlich wollen Sie sie besetzen; denn sonst müßten Sie ja die kw-Vermerke beibehalten. Das tun Sie aber nicht. Deshalb müssen Sie es sich gefallen lassen, daß das nachgerechnet wird. Das ergibt eine Jahresrechnung von 230 Millionen DM.

Hinzu kommt, daß Sie diese Korridortür Jahr für Jahr öffnen wollen. Das stockt das Ganze Jahr für Jahr um 100 Millionen DM zusätzlich auf

(Widerspruch bei der CDU)

- aber gewiß! -, und wenn Sie alle kw-Vermerke gestrichen haben, dann entsprechend in einer Größenordnung von jährlich 2 000 zusätzlich.

Ich bitte Sie, das, was Sie hier vorschlagen, einmal an der Forderung Ihres Kollegen aus dem Ausschuß für Kommunalpolitik, der heute morgen gesagt hat, Sie forderten die Vorlage eines Entschuldungsprogramms der Landesregierung, zu messen. Fragen Sie sich einmal, ob dies in der Tat ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sein soll. Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen.

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reul?

(Trinius (SPD): Eigentlich nicht, ich wollte zum Schluß kommen.)

- Ja oder nein?

(Dr. Worms (CDU): Denken Sie an "Wort und Widerwort"!)

Lassen Sie die Zwischenfrage zu?

(Trinius (SPD): Also bitte!)

- Herr Abg. Reul, bitte schön!

Reul (CDU): Werden, wenn mehr als 300 Stellen frei werden, wie Sie soeben vorgerechnet haben, die restlichen dann zusätzlich freiwerdenden Stellen vom Finanzminister zur Sanierung des allgemeinen Haushalts in die Tasche gesteckt? Geben Sie mir recht, daß die Rechnung, die Sie über unseren Antrag zur Streichung der kw-Stellen vollzogen haben, mit den gleichzeitig beantragten 1 500 Lehrerstellen gesehen werden muß, die

nämlich in der Umkehrung bedeuten, daß die andere Hälfte der freiwerdenden Stellen eingespart werden soll? Dann nämlich ist Ihre Rechnung absolut falsch. (C)

Trinius (SPD): Sie haben die notwendigen Zusammenhänge zu vielen weiteren Stellen gar nicht hergestellt. Wenn Sie zum Beispiel alle kw-Vermerke streichen, müssen Sie gleichzeitig eine ganze Reihe von Passagen im Haushaltsgesetz ändern. Ich habe den Eindruck, Sie nehmen diesen Antrag gar nicht so ernst. Sonst müßten Sie eine Fülle von Anträgen zur Änderung des Haushaltsgesetzes stellen.

(Zuruf des Abg. Reul (CDU))

Das ist der eine Punkt.

Zweitens lassen Sie mich dazu nur sagen: Wenn Sie in dieser Weise weitere Aufgaben des Staates erkennen, dann muß ich Sie bitten, auch auf die Bonner Steuerpolitik einzuwirken; denn zusätzliche Aufgaben - das war vorhin bei der Justiz so, das war bei der Polizei so, und das ist hier bei den Schulen so - kosten Geld.

(Zuruf des Abg. Reul (CDU))

Wenn Sie zusätzliche Aufgaben in dieser Größenordnung erkennen, dann müssen Sie auch dafür sorgen, daß der Staat zusätzliche regelmäßige, stetige Einnahmen bekommt. Das paßt nicht zu Ihrer Bonner Steuerpolitik, die einen ganz anderen Weg geht. Das paßt auch nicht zu der Forderung von Stoltenberg, der kürzlich im "Rheinischen Merkur" erklärt hat: Wir brauchen einen Rückzug des Staates; wir brauchen weniger Staat! Sie fordern - darüber kann man ernsthaft sprechen - wirklich mehr an staatlichen Aufgaben. Warum auch nicht? (D)

Im übrigen sind Ihre Anträge die besten Argumente für die Klage, die wir in Karlsruhe zu führen haben. Uns wundert bis heute, weshalb die CDU dem berechtigten Begehren der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in Karlsruhe noch nicht politisch zur Seite getreten ist. Uns wundert es immer noch, warum die CDU nicht in der Lage ist, ihren Bonner Kollegen bei der Beratung des Länderfinanzausgleiches und bei der Beratung über Bundesergänzungszuweisungen die besonderen Probleme des Landes Nordrhein-Westfalen deutlich zu machen.

(Zustimmung bei der SPD)

(Trinius (SPD))

- (A) Sie belasten den Landeshaushalt mit Ihren Anträgen, für die mancher viel Verständnis hat.

(Reul (CDU): Das ist zu wenig, handeln!)

Aber Sie tun nichts dafür, auch nur die berechtigten alten Forderungen des Landes Nordrhein-Westfalen politisch bei ihren Freunden zu vertreten. Das ist keine gute Politik.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Ich darf jetzt Frau Abg. Philipp für die CDU-Fraktion das Wort erteilen.

- (B) Frau Philipp (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über den tosenden Beifall der SPD-Fraktion nach dieser Rede will ich natürlich nichts sagen. Vielleicht zeigt schon deutlich, welche Bedeutung die SPD-Fraktion der Bildungspolitik überhaupt einräumt, daß sie einen Haushalts- bzw. Finanzexperten sprechen läßt, der zur Situation in der Schule nicht nur nichts gesagt hat, sondern wahrscheinlich auch nichts sagen kann. Das muß ich jedenfalls annehmen, da er sich zunächst über die Behindertenmindestquote ausgelassen hat, dann über Paragraphen informiert hat und über Möglichkeiten, die die Landesregierung sich ausgedacht hat, nun die dritte Sorte Lehrer zu schaffen. Wir haben also jetzt den normalen beamteten Lehrer, den befristeten Zweidrittellehrer, und jetzt kriegen wir demnächst die dritte Sorte, das ist die "unbefristete Zweidrittellehrersorte".

Frau Präsidentin, mit bemerkenswerter Offenheit hat der Kultusminister am 8. August 1985 gegenüber der Presse erklärt - ich darf zitieren -:

Für mich ist jeder Fehler immer noch die Quelle einer Erfahrung gewesen, die dann den Erfolg programmiert.

Weiter hat er erklärt:

Auch in Zukunft wird die Lebensqualität eines Kultusministers weitgehend von Schulproblemen geprägt sein.

Meine Damen und Herren, wenn das stimmt, daß für den Kultusminister jeder Fehler immer noch die Quelle einer Erfahrung gewesen ist, die dann Erfolg programmiert, dann müssen wir doch eigentlich eine ungeheuer erfolgreiche Politik im Bereich des Kultusministeriums zu erwarten haben.

(Zustimmung bei der CDU)

- (C) Aber wie sieht denn eigentlich die Realität aus? Zitat aus derselben Pressemitteilung - wörtlich -:

Ich werde mich in diesem Zusammenhang

- gemeint ist die Sorge um die Probleme der Jugend -

auch weiterhin dafür einsetzen, mit unkonventionellen Maßnahmen Einstellungs-möglichkeiten für Lehrer offenzuhalten.

Ich frage Sie heute: Wo sind denn diese unkonventionellen Maßnahmen? Wer nun glaubt, daß sich der Kultusminister diese Meinung aus der Tatsache des ungeheuren Unterrichtsausfalls an den Schulen gebildet habe, der täuscht sich, denn in derselben Presseinformation führt er u. a. dann folgendes aus:

Jede Stunde, die an einer Schule aus den unterschiedlichsten Gründen ausfällt und auch ausfallen muß, wenn jemand krank ist, wird zu einem landesweiten Problem des Unterrichtsausfalls aufgebauscht.

Ich frage Sie: Sind eigentlich 12 000 Wochenstunden aufgebauscht?

(Zustimmung bei der CDU)

- (D) Meine Damen und Herren, die Kette der Zitate unseres Kultusministers ließe sich natürlich beliebig fortsetzen, auch die Fragen, die sich daraus ergeben, ohne daß wir darauf eine entsprechende Antwort erhalten und ohne daß diese Landesregierung überhaupt Lösungen anstrebt.

Nun erklärt ja unser Ministerpräsident landauf, landab - ich persönlich habe das schon dreimal gehört -, wie er Zugang zu den Problemen der Landwirtschaft gefunden hat. Wahrscheinlich ist es Ihnen ähnlich ergangen: Er führt nämlich aus - ich persönlich habe es, wie gesagt, dreimal gehört -, seitdem er Vater eines kleinen Jungen sei, wisse er, wie wichtig ein "Bäuerchen" sei. Nun können wir natürlich daraus die berechtigte Hoffnung ableiten, daß wir in ein paar Jahren die Unterstützung des Ministerpräsidenten bei der Schulpolitik haben werden, wenn er nämlich über seinen dann schulpflichtigen Sohn den Zugang zur Schulpolitik gefunden haben wird und dann weiß, wie es in den Schulen aussieht. Nur diese Jahre wollen wir eben nicht warten, sondern wir wollen heute und jetzt etwas für die Schüler, für die Lehrer und für die Kinder tun und nicht erst dann, wenn der Ministerpräsident einen schulpflichtigen

(Frau Philipp (CDU))

- (A) Sohn hat und dann ähnlich wie bei der Landwirtschaft die Probleme kennengelernt hat.

(Zustimmung bei der CDU - Nagel (CDU): Dafür hat er zu spät angefangen.)

Aus diesem Grunde haben wir auch in diesem Jahr wiederholt - und auch schon, bevor er Vater war - diese Anträge gestellt, weiter Lehrer einzustellen.

Nun habe ich schon darauf hingewiesen, daß der Ministerpräsident sehr lernfähig ist, wie er selbst ausgeführt hat, und wir denken, daß wir uns also ein wenig an der Regierungserklärung orientieren dürften. Dort finden sich nämlich Sätze, die zeigen, daß der Ministerpräsident die Probleme sehr wohl kennt. Allerdings fehlen Lösungen, und die von uns beantragten und die sich anbietenden werden nicht aufgegriffen.

Ich will ein Beispiel bringen. Wir finden in der Regierungserklärung zum Beispiel den Satz:

Nicht weniger wichtig als Geld ist die Frage, wie wir mit unseren Kindern umgehen.

Diesen Satz kann man natürlich unterstreichen. Aber wie wird denn mit unseren Kindern überhaupt umgegangen? Wie wird denn in den Kindergärten mit unseren Kindern umgegangen? 117 Millionen Antragstau haben wir. Wie wird denn in den Schulen mit unseren Kindern umgegangen? Unterrichtsausfall, das sind die Realitäten, die aber natürlich weder in der Regierungserklärung noch etwa in der Auslegung des Haushalts aufgegriffen oder einer Lösung zugeführt werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Nächstes Zitat:

Wir möchten bei uns in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus einen Geist verbreiten, der Leistungsbereitschaft, Leistungsfähigkeit und Solidarität zusammenbringt.

Herr Ministerpräsident - nun ist er nicht da! -, gilt das eigentlich nicht in besonderem Maße für den Bereich der Schule? Wo bleibt denn zum Beispiel die Solidarität, wenn es darum geht, im Lernbehindertenbereich wirkliche Verbesserungen für die Benachteiligten durchzusetzen - wo bleibt da die Solidarität?!

(Beifall bei der CDU)

Und wie ernst ist es eigentlich dem Ministerpräsidenten mit seinen Darlegungen in der Regierungserklärung, wenn er folgendes ausspricht:

Ich weiß sehr wohl, daß wir besondere Verantwortung tragen für jene, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Ich weiß aber auch, wir tragen Verantwortung für jene, die Beschäftigung im öffentlichen Dienst suchen.

Wie ernst ist es eigentlich dieser Landesregierung und diesem Ministerpräsidenten mit dieser Aussage, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Die zitierten Aussagen liegen noch nicht ein Jahr zurück. - Nun könnte man natürlich sagen: Problem erkannt! - Insofern stimmen wir überein. Aber die CDU bietet heute ja mit ihrem Antrag eine Lösung an. Nun hätte tatsächlich die SPD-Fraktion die Möglichkeit, nicht nur den Mund zu spitzen, sondern auch zu pfeifen. Ich würde doch glauben, vor allem nachdem der Herr Fraktionsvorsitzende der SPD für nur 100 Lehrer weniger eingetreten ist, über diese Stellenzahl hätten wir mit uns reden lassen. 1 400 Lehrer hat Herr Frey noch am 13. Februar vor ca. hundert arbeitslosen Lehrern als mögliche Einstellungsquote angedeutet. Dabei befand ich mich in einer ganz seltsamen Situation, meine Damen und Herren. Denn ich habe zum ersten Mal einem SPD-Mitglied Stimmen gewünscht - nämlich die Stimmen aus der eigenen Fraktion und aus dem eigenen Arbeitskreis! Und nun hat er sie nicht gekriegt!

(Zustimmung bei der CDU - Frey (SPD): Wenn das man stimmt!)

Selbst unser Herr Ministerpräsident scheint zu denen zu gehören, die die Notwendigkeit dieser Einstellungen nicht einsehen, obwohl er im Juni ebenfalls folgendes ausgeführt hat - ich zitiere -:

Arbeitslosigkeit gefährdet die materielle Existenz vieler. Sie gefährdet die soziale Existenz der Betroffenen und ihrer Familien; sie nimmt vielen ihr Selbstwertgefühl.

Herr Ministerpräsident, das gilt aber nicht nur für Arbeitslose, für die Sie ja immer die Bonner Koalition verantwortlich machen, das gilt auch für arbeitslose Lehrer, für die die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sich tatkräftig einsetzen könnte.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

(C)

(D)

(Frau Philipp (CDU))

- (A) Meine Damen und Herren, das Problem nur zu erkennen, reicht nicht aus; es muß eben auch gelöst werden. Dabei wäre der Antrag unserer Fraktion wirklich hilfreich. Erklärungen haben wir in vielen Bereichen. Daß dies so ist, hat auch Herr Dr. Dammeyer noch im September bestätigt; er hat erklärt - Zitat -, daß die SPD in den letzten Jahren immer wieder erklärt habe, daß mehr Lehrer gebraucht würden, als gegenwärtig beschäftigt würden, und bei dieser Aussage bleibe.

(Dr. Dammeyer (SPD): So ist es ja auch!)

Jetzt können Sie ja aus dem Stadium des Erklärens herauskommen, indem Sie unserem Antrag zustimmen - und darum bitten wir Sie!

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat nun Herr Abg. Dr. Dammeyer von der Fraktion der SPD.

(Nagel (CDU): Darf der heute überhaupt reden? - Weiterer Zuruf von der CDU: Der kann sich auch nicht durchsetzen.)

- (B) Dr. Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abweichend von der Vorlage der Landesregierung für diesen Haushalt, werden die vor drei Jahren erwirtschafteten Arbeitsplätze, die aus § 78 b LBG gewonnen worden sind, in diesem Jahr in Dauerverträge umgewandelt. In den Schulformen, bei denen keine kw-Vermerke vorhanden sind, werden die entsprechenden Lücken nicht nur durch Versetzungen - was zahlenmäßig aus dem Berg der kw-Stellen unzweifelhaft möglich ist -, sondern auch durch Einstellungen geschlossen. Auf diese Weise werden 675 Lehrer im Lande Nordrhein-Westfalen eingestellt - über die Entscheidung hinaus, die schon mit der Vorlage des Haushalts vorgesehen war.

(Schauerte CDU): Roßtäuscherei!)

Meine Damen und Herren, hier wurde der Eindruck erweckt, als ob für den Bildungsbereich so gut wie nichts getan würde.

(Zurufe von der CDU: Ja, richtig! - Zustimmung bei der CDU)

Ich darf noch einmal daran erinnern - - ach, ausgerechnet der Herr Schauerte ruft da, ausgerechnet der Herr Schauerte, der sonst immer sagt, daß man gefälligst Einsparungen

vorsehen soll. Das finde ich aber wirklich toll! (C)

(Reul (CDU): Ja, hätten Sie doch auch solche Finanzpolitiker! - Weitere Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD - Unruhe)

- Da kommen auf einmal die Biedermänner heraus, die sich vorher schon als Feuerwehrleute gezeigt haben!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das war aber unqualifiziert! - Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, in diesem Landeshaushalt von 65 Milliarden DM ist der größte Etat derjenige des Kultusministers. Dieser Etat wird fast vollständig für Lehrergehälter aufgewandt.

(Nagel (CDU): Ja, einschließlich Zinsen! - Reul (CDU): Nun, ärgert Sie das denn? - Weitere Zurufe)

Das macht über 12 Milliarden DM, und das ist beileibe keine Kleinigkeit!

Frau Philipp hat eben - ein bißchen süffisant, meine ich - darauf rekurriert - ich wiederhole es - was ich hier schon gesagt habe: Die Schüler-Lehrerstellen-Relation ist kein Maßstab für einen realen Lehrerberuf und ist es nie gewesen. In den Zeiten, in denen wir die Schüler-Lehrerstellen-Relation verbessert haben, haben wir sie in völliger Übereinstimmung untereinander jeweils in dem Maße verbessert, wie ausgebildete Lehrer vorhanden waren. Die vorhandenen ausgebildeten Lehrer haben wir in Prozentpunkte umgerechnet und auf diese Weise die jeweilige Schüler-Lehrerstellen-Relation verbessert. (D)

Mittlerweile haben wir über die Schüler-Lehrerstellen-Relation von 1980 hinaus - was ja wohl ein Ausdruck für pädagogische Qualität ist - eine große Zahl von Lehrern mehr in unseren Schulen, die ganz selbstverständlich Unterricht erteilen. Die pädagogische Qualität unserer Schulen ist also erkennbar deutlich besser, als sie im Jahre 1980 war, als sie nach der Schüler-Lehrerstellen-Relation sein könnte, sein müßte, sein würde - welchen Konjunktiv auch immer man dafür nehmen mag.

Nun gibt es keinen Zweifel: Wir haben - auch unter Berücksichtigung der diversen unterschiedlichen Gesichtspunkte - mehr Lehrer nötig, als wir in unseren Schulen gegenwärtig beschäftigen. Daran beißt die Maus keinen Faden ab. - Dieses sagte auch unser Frak-

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) tionsvorsitzender Friedhelm Farthmann heute morgen. Daran gibt es gar keinen Zweifel. Das haben wir nicht nur hier wiederholt gesagt - ich bei früherer Gelegenheit, wie Frau Philipp freundlicherweise eben zitierte, Herr Farthmann heute morgen schon, um das heute gleichfalls richtig einzuläuten, bei vielen anderen Gelegenheiten genauso. Und darüber haben wir auch im Zuge dieser Haushaltsberatung in kleinen Kreisen und im großen Kreis beraten.

Meine Damen und Herren, zu diesem Satz gehört freilich auch die Bemerkung, daß man nicht nur Lehrer nötig hat, sondern daß Lehrer auch bezahlt werden müssen. Alle Gehälter im öffentlichen Dienst müssen erst anderswo verdient werden - alle im öffentlichen Dienst gezahlten Gehälter! -

(Zurufe von der CDU)

und erst als Steuereinnahmen in die Staatskasse kommen, ehe sie als Gehälter ausgegeben werden, es sei denn, man spreche einer massiven Erhöhung der Verschuldung das Wort. Das will offenbar Herr Schauerte, und deshalb möchte er fragen, Herr Präsident.

(Abg. Schauerte (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Riemer: Lassen Sie die Zwischenfrage zu?

(Dr. Dammeyer (SPD): Ja.)

(B)

- Bitte!

Schauerte (CDU): Herr Kollege Dr. Dammeyer, würden Sie diese Aussage, daß alle Stellen im öffentlichen Dienst zunächst verdient werden müssen, auch für die Stellenvermehrungen beim Ministerpräsidenten akzeptieren?

(Beifall bei der CDU)

Dr. Dammeyer (SPD): Herr Schauerte, ich weiß überhaupt nicht, warum Sie darauf zu sprechen kommen. Ich habe gesagt: Alle im öffentlichen Dienst gezahlten Gehälter müssen erst anderswo verdient werden, damit der Staat über die entsprechenden Steuereinnahmen verfügt, um das ausgeben zu können, es sei denn, man erhöhe die Verschuldung.

(Zurufe von der CDU)

Ich weiß nicht, ob Sie das wollen. Ich habe das auch schon früher gesagt. Ich weiß nicht, ob Sie da nicht hingehört haben. Aber

gesagt habe ich das - auch hier an diesem Pult - wiederholt.

(Zurufe von der CDU: Erst seit einem Jahr! - Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben genau über diesen Punkt in der Fraktion beraten, und wir haben den Weg verworfen, daß darüber eine weitere Verschuldung in Kauf genommen werden könnte. Immerhin sehen die Anträge der CDU in der Drucksache 10/797 in diesem Jahr 31,2 Millionen DM vor und ab dem nächsten Jahr jährlich 90 Millionen DM, die dazukommen sollen. Das ist, mit Verlaub, alles keine Kleinigkeit.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Reul zu?

(Dr. Dammeyer (SPD): Ja, aber gern!)

Reul (CDU): Herr Dr. Dammeyer, Sie haben auf der Landestagung des VBE damals formuliert, daß es in Ihrer Fraktion um die Entscheidung geht, ob das Geschäft einer Haushaltssanierung auf dem Rücken der Schüler ausgetragen werde oder ob die SPD-Fraktion neue Akzente in der Lehrerbedarfspolitik und bei der Unterrichtsversorgung setzen werde. Darf ich Sie fragen, ob es richtig ist, wenn ich annehme, daß diese Entscheidung dann in die Richtung gegangen ist, die Landesfinanzen auf dem Rücken der Schüler zu sanieren?

Dr. Dammeyer (SPD): Herr Reul, über diese und viele andere Fragen haben wir in der Fraktion und in den Arbeitskreisen sehr ausführlich beraten, und wir haben bei diesen Gelegenheiten auch gegeneinander abzuwägen gehabt, wie die Hergabe von mehr Geld für diesen und für andere Politiksektoren sich mit der Absicht verträgt, eine Stabilisierung unseres Haushalts zustande zu bringen oder jedenfalls eine weitere Destabilisierung zu vermeiden. In diesem Punkt haben wir Entscheidungen getroffen, und an diese Entscheidungen halten wir uns. Die massiven Ausgabesteigerungen, die von Ihrer Seite dafür vorgesehen sind, tragen wir, was diesen Teil angeht, nicht mit.

Nun haben Sie noch den weiteren Antrag eingebracht, die kw-Vermerke wegfallen zu lassen. Im einschlägigen Ausschuß erzählten Sie uns dann auch noch, das koste nichts. Diese Bemerkung, das koste nichts, hat den Wahrheitsgehalt der Emser Depesche, nämlich keinen. Würde man das machen, würde das schon in diesem Jahr eine Beförderungswelle bewirken. Das ist gewissermaßen ein Programm zum Feiern eines Landesbeförderungsta-

(C)

(D)

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) ges im Lehrerbereich. Ich kann das nicht billigen. Ich kann überhaupt nicht einsehen, daß durch die Vermehrung der Planstellen gleichzeitig auch - entsprechend den Stellenplanobergrenzen-Bedingungen - weitere Beförderungsstellen eingeführt werden. Das ist nicht nur: "Das kostet nichts"; das kostet eine ganze Menge, und für alle folgenden Jahre ist mit diesem simplen Satz eine Automatik beabsichtigt, die zu unkalkulierbaren Einstellungen führt. Und auch dieses kostet Geld. Ich sage ausdrücklich: Wir brauchen mehr Lehrer. Aber selbstverständlich muß man sich dann auch über die Ausgaben, die dafür zu vertreten sind, klar sein. Das sind Sie offenbar nicht.

Nun will ich freilich auch hinzufügen, daß wir keineswegs damit zufrieden sein können, daß es über die Schüler-Lehrerstellen-Relation hinaus, die wir seit 1980 konstant gehalten haben, einen so großen kw-Berg gibt. Wir wollen, daß ein großer Teil, ein harter Kern - wie er sein wird, muß noch beraten, festgelegt, ausgehandelt werden -, in förmliche Planstellen umgewandelt wird, ob in der Schüler-Lehrerstellen-Relation oder in der Ausweisung besonderer Relationen.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, gestatten Sie - -

(Dr. Dammeyer (SPD): Darf ich den Satz zu Ende führen, Herr Präsident? Dann sofort!)

- (B) - Ja, natürlich.

Dr. Dammeyer (SPD): Über diesen Punkt werden wir uns bei der jährlich anstehenden Rechtsverordnung zu § 5 des Schulfinanzgesetzes noch einmal zu unterhalten haben. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, uns für diese Operation brauchbare Materialien zu liefern. Wir erwarten die einschlägige Vorlage und sind dann selbstverständlich gern bereit, über die Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, auch mit allen anderen zu reden, wie sich das gehört.

So, bitte schön!

Reul (CDU): Herr Dr. Dammeyer, Sie wissen aus den Ausschußberatungen, daß gerade bei den Beförderungsstellen der Lehrerbereich in der Vergangenheit im Vergleich zu allen anderen Bereichen des Haushalts überproportional gespart hat. Dann finde ich die Aussage, die Sie gerade gemacht haben, doch äußerst problematisch.

(Zurufe von der SPD: Fragen!)

(C) Ich frage deshalb - - Entschuldigung, ich hätte sonst den Dreh nicht mehr bekommen. Ich hatte mich schon lange gemeldet.

Ich möchte deshalb fragen, ob Sie auf der Grundlage dieses Wissens jetzt wirklich noch ehrlich und überzeugt sagen können, daß die Entscheidung richtig ist, auf Kosten der Schüler im Lehrerbereich auch künftig noch zu sparen, oder ob es nicht richtiger wäre, hier jetzt nicht nur zu reden, sondern auch einen Akzent zu setzen und unserem Antrag zuzustimmen.

Dr. Dammeyer (SPD): Es ist unzweifelhaft wahr, daß im Unterschied zu allen anderen Bereichen der Landesverwaltung im Lehrerbereich die Beförderungsstellen zusammengestrichen worden sind, fast 1900 allein bei den A 15-Stellen und eine ähnliche Zahl bei den A 14-Stellen. Die entsprechende Zahl für die ganze übrige Landesverwaltung liegt bei weit unter 1000. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß der Schulbereich etwa die Hälfte der Landesbediensteten zählt, ist dies eine deutliche Unproportionalität. Es ist wahr, daß in diesem Bereich erhebliche Sparleistungen erbracht worden sind. Freilich ist ebenso wahr, daß in diesem Bereich auch ständig weitere Ausgaben angefallen sind, weil wir auch ständig weitere Lehrer eingestellt haben, Jahr für Jahr, bis zu diesem Jahr, und jetzt tun wir es ja auch.

(D) Meine Damen und Herren, Sie haben aber auch Anspruch auf Antwort auf eine Bemerkung, die Herr Kollege Reul hier gemacht hat: man solle da doch endlich zu einer Bildungsfraktion kommen. Das finde ich eine sehr schöne Formel.

(Zuruf von der SPD: Glatteis!)

Ich könnte dazu auch gern ja sagen, wenn es denn auch eine Finanzfraktion gäbe.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wer Ausgaben fordert, muß sich auch um das Aufbringen der entsprechenden Gelder kümmern. Ich mache nicht die Arbeitsteilung mit, daß diejenigen, die aus fachspezifischen Einsichten höhere Ausgaben fordern, dieses gemeinsam tun und andererseits andere Leute im Lande herumspringen und von einem verantwortungslosen Anwachsen der Verschuldung schwadronieren können.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn es denn tatsächlich einen Pakt gäbe, der auf eine gemeinsame geordnete Entwick-

(Dr. Dammeyer (SPD))

- (A) lung der öffentlichen Aufwendungen und darauf abzielt, das mit den entsprechenden Ausgaben zu verbinden, meine Damen und Herren, würde dem niemand widersprechen können. Sie haben etwas Entsprechendes heute morgen von Friedhelm Farthmann gehört. Ich will keinen Zweifel daran lassen, daß man das tun könnte.

Freilich, in der CDU sind offenbar beide Fraktionen, die Sie uns vorhalten, vorhanden, und zwar mit durchaus entgegengesetzten Positionen, die einen, die mehr Ausgaben fordern, und die anderen, die die Ausgaben zurückdrängen wollen. Offensichtlich dürfen bei Ihnen beide beides sagen. Das aber ist, mit Verlaub, unseriös - unseriös von Anfang bis Ende.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Riemer: Herr Abgeordneter, Frau Philipp hat den Wunsch, eine Zwischenfrage an Sie zu stellen.

(Dr. Dammeyer (SPD): Bitte sehr, auch das noch!)

Frau Philipp (CDU): Ich habe etwas für Arbeitsteilung übrig, aber wir haben sie in diesem Fall nicht notwendig. Herr Dr. Dammeyer, uns ist im Ausschuß gesagt worden: 3 000 Lehrer scheiden jedes Jahr aus. Wenn unserem Antrag gefolgt wird und 1 500 Lehrer eingestellt werden: Was geschieht dann mit den Einsparungen der ausgeschiedenen 1 500 Lehrer? Das läßt sich ja in Mark und Pfennigen rechnen!

(B)

Dr. Dammeyer (SPD): Ich weiß gar nicht, wieso das Einsparungen bringen soll. Jeder ausscheidende Lehrer erhält doch seine Pension. Oder wollen Sie die streichen? Bis zum Jahre 1845 gab es eine Lösung, die Ihnen offenbar vorschwebt: daß jeweils dann, wenn ein Schulleiter ausschied, der neue dessen Bezüge zu zahlen hatte und von seinem Gehalt abgezogen bekam. Ich glaube nicht, daß man zu solchen Verhältnissen zurückkehren könnte.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Philipp (CDU): Das meinen Sie doch nicht ernst!)

Was aber eine sogenannte Bildungsfraktion angeht, denke ich, muß man auch auf die inhaltlichen Aspekte zu sprechen kommen. Das will ich wenigstens in den verbleibenden drei Minuten tun.

Meine Damen und Herren, es geht natürlich auch nicht, so zu tun, als könnte man bei

den Ausgaben gemeinsame Sache machen, aber sich bei den inhaltlichen Fragen der Bildungspolitik fröhlich weiterzubeharcken. Wo, meine Damen und Herren, geben Sie endlich Ihre Einwände gegen integrierte Schulsysteme auf? (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Wo geben Sie den Widerstand gegen die Errichtung von Gesamtschulen auf, wenn ein ausreichender Elternwille vorhanden ist? Wo, meine Damen und Herren, ist Ihre Bereitschaft, die Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung ernst zu nehmen und das System, das wir entwickelt haben, nun auch weiterzuentwickeln?

(Zustimmung bei der SPD)

Wo, meine Damen und Herren, ist Ihre Verantwortung für nordrhein-westfälische Schüler, die hier Examen machen und in anderen Bundesländern unter Ihrer Komplizenschaft mit der Nichtzulassung zum Studium bedroht werden?

(Zustimmung bei der SPD - Reul (CDU): Das ist ja ungeheuerlich!)

- Herr Reul, Ihnen persönlich glaube ich gern, daß Sie mit dafür eintreten, daß nordrhein-westfälische Schüler nicht anderswo kujoniert werden.

(Reul (CDU): Wer hat denn da geschlampt?) (D)

Aber das Eintreten der CDU dafür fehlt mir. Das, meine Damen und Herren, gehört mit dazu. Dies sind auch inhaltliche Positionen.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Sie können nicht pausenlos mit einzelnen Lehrerverbänden gemeinsame Erklärungen gegen die Kollegschaften und gegen deren Anerkennung abgeben und dann so tun, als wären Sie mit uns ein Herz und eine Seele. Meine Damen und Herren, deshalb müssen erst einmal inhaltliche Übereinstimmungen reklamiert werden, ehe man zur Übereinstimmung kommt.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb bleibt uns aus inhaltlichen Gründen gar nichts anderes übrig, als so zu verfahren, wie wir in der Fraktion beschlossen haben, nämlich Ihre Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat Frau Matthäus von der Fraktion der CDU.

(Wortmeldung des Abg. Reul (CDU))

- Vielleicht erledigen sich die Zwischenfragen, die geschäftsordnungsmäßig nicht mehr untergebracht werden können.

(Dr. Worms (CDU): Eine Erklärung zur Sache!)

- Ja, gut, eine Erklärung zur Sache.

Reul (CDU): Ich bedaure es außerordentlich, daß Begriffe wie "Komplizenschaft" in diesem Zusammenhang fallen.

(Zustimmung bei der CDU)

Verantwortlich für die Diskussion um die Kollegscheule ist die Schlamperei im Kultusministerium - und nichts anderes.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich bin davon ausgegangen, daß es sich um eine Erklärung handelt, die die Person selbst betraf. Aber ich glaube, daß wir das alle trotzdem ertragen können.

Frau Matthäus von der Fraktion der CDU!

(B) Frau Matthäus (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Worte zum Thema Weiterbildung sagen. - "Nordrhein-Westfalen hat das beste Weiterbildungsgesetz im ganzen Bundesgebiet!"

(Beifall bei der SPD)

Das mag sehr wohl sein. Die Frage ist nur: Was hat die Landesregierung aus diesem Weiterbildungsgesetz gemacht?

(Zustimmung des Abg. Elfring (CDU))

Die Mittel für die Landesverbände betragen im Jahre 1980 für den Verband der Volkshochschulen noch 400 000 DM und für die beiden Verbände für die katholische und evangelische Weiterbildung je 125 000 DM. Der Zuschuß für den Verband der Volkshochschule wurde auf 240 000 DM gekürzt - und je 50 000 DM für die Landesarbeitsgemeinschaften der katholischen und evangelischen Erwachsenenbildung.

Die Aufgaben allerdings sind nicht weniger geworden. Unsere Ansprüche an die Landesverbände sind gestiegen. Wir erwarten, daß Weiterbildner auf neue Technologie vorbereitet

werden. Wir erwarten, daß Programme für Arbeitnehmerweiterbildung vorbereitet und koordiniert werden. Wir erwarten, daß arbeitslose Lehrer, die in der Weiterbildung beschäftigt werden, auf ihre Arbeit mit Erwachsenen vorbereitet werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir erwarten, daß der Unterricht in der Weiterbildung stets auf aktuellem Stand ist.

Mit welchen Mitteln sollen Landesinstitute solche Dinge erreichen? Die Landesorganisation für andere Weiterbildung erhält einen jährlichen Zuschuß von 30 000 DM. Mit diesem Zuschuß kann man nicht einmal eine Bürokräft bezahlen.

Die meisten Einrichtungen in diesem Verband sind seit 1983 gegründet worden. Alle Einrichtungen aber, die seit 1983 anerkannt sind, erhalten keinerlei finanzielle Zuwendungen. Das heißt, die Landesregierung anerkennt, aber die Anerkennung hat überhaupt keinen Sinn für die Einrichtung.

Solche nicht geförderten Einrichtungen können natürlich auch keinen Beitrag zu irgendeinem Landesverband leisten. Aber gerade bei neu gegründeten Weiterbildungseinrichtungen ist die Arbeit eines Landesverbandes besonders wichtig, zumal die meisten dieser Einrichtungen mit nur einer Kraft arbeiten.

(D) Für Weiterbildungseinrichtungen, die vor 1980 gegründet wurden, gibt es eine Stellengarantie für hauptamtliche pädagogische Mitarbeiter. Zwar war schon vor elf Jahren, als das Gesetz verabschiedet wurde, klar, daß der Ansatz von 50 000 DM für einen hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter in den Volkshochschulen und von 30 000 DM für einen solchen bei anderen Trägern zu kurz gegriffen war. Es hat bis heute keine Anhebung dieses Betrages gegeben. Die Träger von Weiterbildung hoffen trotzdem von Jahr zu Jahr, daß die Stellengarantie und die Personalkostenpauschale wenigstens gehalten werden, auch wenn jeder Träger eine enorme Summe für alle fest angestellten Kräfte drauflegen muß.

Die Förderung der Weiterbildung ist um ca. 60 % zurückgegangen. Im Durchschnitt des Landes können wir davon ausgehen, daß die Mittel wieder gedrittelt werden. Das heißt, Land, Kommune und eigene Einnahme machen je ein Drittel aus. Damit sind wir im Grunde wieder zu den Zuschußbeiträgen von vor 1975 zurückgekommen. Damals allerdings handelte es sich um Pauschalbeträge mit weniger Bürokratie, weniger Aufwand. Daß sich dabei

(Frau Matthäus (CDU))

- (A) manche Kommunen und manche Träger anderer Weiterbildung fragen, warum sie sich dann so weitgehende Bevormundungen des Landes gefallen lassen sollen, ist sicherlich nur allzu verständlich.

Die Kürzungen haben bewirkt, daß der Unterricht in Weiterbildungseinrichtungen weitgehend verschult ist, daß die Bereiche der kreativen und personenbezogenen Bildung viel zu kurz kommen, und das heißt, daß es kaum noch Vor- und Nachbereitung von Kulturveranstaltungen gibt, ganz abgesehen davon, daß kulturelle Veranstaltungen selbst kaum noch angedacht werden können. Wissen Sie nicht, daß für viele, die langfristig arbeitslos sind, die auch wissen, daß sie auf lange Zeit keine Arbeit finden werden, das Selbstwertgefühl durch Erfolgserlebnisse im Bereich der Kreativität ganz erheblich gesteigert werden könnte?

Alle Weiterbildungseinrichtungen geben sehr viel mehr Kurse, förderungsfähige Unterrichtsstunden und Teilnehmertage, als tatsächlich vom Land gefördert werden, vielleicht auch gefördert werden können. Trotzdem fließen Mittel in Höhe von 2 bis 2,3 Millionen DM in den Haushalt zurück. Trotzdem werden Mittel für andere Träger im Jahre 1986 um rund 3 Millionen DM gekürzt, weil sie angeblich nicht abfließen, nicht gebraucht werden.

- (B) Die Pauschalen für Unterrichtsstunden und Teilnehmertage sind gekürzt worden. Das hat zur Folge, daß die Dozenten, das heißt das lehrende Personal an den Weiterbildungseinrichtungen, seit elf Jahren keine Tarifierhöhungen erhalten haben. Früher wurde der Unterricht weitgehend von solchen Bürgern erteilt, die irgendwo anders ihre feste Anstellung hatten und diesen Unterricht in ihrer Freizeit gegeben haben. Dann war die Finanzierung über die Mittel, die auch heute zur Verfügung stehen, durchaus machbar.

Aber das war einmal. Heute wird keine Nebentätigkeitsgenehmigung mehr erteilt. Das sieht bei dem einen oder anderen Regierungspräsidenten etwas anders aus. Aber im Grunde wird heute keine Nebentätigkeitsgenehmigung mehr erteilt. Und das haben wir so gewollt. Wir haben alle Weiterbildungseinrichtungen aufgefordert, Arbeitslose zu beschäftigen. Es gibt Einrichtungen, die mit 80 % Arbeitslosen arbeiten. Ich wiederhole das hier so deutlich, um darauf hinzuweisen, was es heißt, wenn die Vergütungssätze seit 1975 nicht erhöht, teilweise sogar nach 1981 gekürzt worden sind. Was eigentlich würden wir alle sagen, wenn ähnliches in der Industrie oder in der Verwaltung geschähe? Können Sie sich die

Demonstrationen vorstellen, die das auslösen würde? Können Sie sich vielleicht auch vorstellen, wieviele von uns an solchen Demonstrationen teilnehmen? (C)

Aber das soziale Mißverhalten, das wir alle, wenn auch zum Teil mit schlechtem Gewissen, dulden, wird noch viel größer, wenn wir bedenken, daß diese Arbeitslosen von ihren Arbeitgebern nur genau mit der Stundenzahl beschäftigt werden, die es ermöglicht, keine Versicherung, keinerlei soziale Absicherung zu bezahlen. Ich wage nicht, mir vorzustellen, wie wir alle reagierten, wenn Mittelstand oder Industrie es wagten, solche Verträge anzubieten.

Die CDU hat, um diese soziale Ungerechtigkeit abzubauen, den Antrag gestellt, 300 halbe Stellen zu schaffen, die vom Land und den Trägern je zur Hälfte, das heißt je mit rund 15 000 DM, zu tragen wären. Damit wären Arbeitslose für 18 Monate versichert, müßten nicht vor jeder Krankheit zittern, weil schon der Ausfall einer Stunde sie ihren Job kosten kann.

Ich halte es für sehr schlimm, daß im Kabinett über solche oder ähnliche Lösungen der Probleme nicht nachgedacht wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Wo bleibt das soziale Gewissen der Landesregierung?

Sie, Herr Minister Schwier, haben anlässlich der Stendener Weiterbildungskonferenz ein volles Ja zur gesellschaftlichen Notwendigkeit lebenslangen Lernens gesagt. Sie haben dann wörtlich ausgeführt: "Aufgrund der Bedeutung der Weiterbildung kann und will sich das Land auf keinen Fall aus der Ordnung und Förderung der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen herausziehen." Wir meinen, daß dazu ein größeres Engagement als bisher gehört. Wir fordern, daß es nicht nur bei einer Reglementierung und Verwaltung durch das Land bleibt. Zu einem Engagement gehört auch eine wirkliche Förderung, ein Kennen und Aufgreifen der Probleme, Hilfe für die, die sich allein nicht helfen können. (D)

Sonst müssen Sie den Mut haben, zu der Pauschalfinanzierung von vor 1975 zurückzukommen, denn das Arbeiten ist den Trägern von Weiterbildung durch das Weiterbildungsgesetz nicht leichter geworden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen mitzuteilen, daß die

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) Fraktionen vereinbart haben, daß heute keine Abstimmungen mehr stattfinden, daß die Abstimmungen morgen stattfinden, aber die Beratung der Einzelpläne 05 und 06 wird heute noch durchgeführt.

Das Wort hat Herr Abg. Frey von der Fraktion der SPD.

(Hardt (CDU): Jetzt gehen alle nach Hause!)

Frey (SPD): Wenn Sie jetzt alle nach Hause gehen, bin ich böse!

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Opposition kann selbstverständlich eine Menge fordern; das ist auch ihr gutes Recht. Aber eines ist, glaube ich, sehr deutlich geworden, daß gerade der Haushalt 05 in einem besonderen Spannungsverhältnis zwischen bildungspolitisch Wünschbarem - in Teilbereichen sogar Notwendigem - und finanzpolitisch Machbarem steht. Dennoch ist es der SPD-Fraktion gelungen, Schwerpunkte zu setzen, die sich vom Entwurf der Landesregierung abheben. Ich will noch einmal ganz kurz wiederholen, was gerade zu dem schwierigen Bereich, dem gesamten Einstellungssektor, zu sagen ist. Statt der vorgesehenen Einstellungsquote Null - es war nicht von neuen Stellen die Rede, sondern überhaupt von Einstellungsquoten - werden für 1986 mindestens 675 Einstellungsmöglichkeiten geschaffen.

- (B) (Zuruf des Abg. Reul (CDU))

- Herr Reul, ich komme gleich noch auf Sie zurück.

Dabei handelt es sich um 150 neue Stellen, die bei Zweidrittelbesetzung zu 225 Einstellungsmöglichkeiten führen, und um 450 Zweidrittelstellen, die aus 300 zurückkommenden Stellen nach § 78 b LBG gebildet werden.

Entscheidend wichtig ist dabei die Entfristungsregelung, die hier sehr deutlich hervorgehoben wurde. Die Befristungsregelung ist zu Recht angegriffen worden, und wir haben daraus die Konsequenzen gezogen, daß wir entfristen wollen und entfristen müssen. Diese Aktion wird nicht nur in diesem Jahr durchgeführt werden. Sie wird in 1987 bei weiteren 500 Stellen fortgesetzt werden. Sie wird auch 1988 fortgesetzt werden, um möglichst vielen jetzigen Stelleninhabern mit befristeten Verträgen eine Dauerbeschäftigung zu bieten.

(Zuruf des Abg. Reul (CDU))

- (C) - Ich rede jetzt von der Entfristung, zu dem anderen Punkt komme ich noch.

Im Vordergrund steht dabei die Beseitigung des Lehrerberarfs in Mangelfächern. An erster Stelle steht der Bedarf der Schule. Auch darüber sind wir uns in der Argumentation einig.

Auch die kw-Stellenproblematik werden wir aufgreifen, allerdings nicht so, wie Sie das machen. Bei Ihnen ist das ein bißchen "Klein-Fritzchen-Politik". Da wird alles aufgegriffen, was irgendwo gut ankommt. Nur den tatsächlichen Zusammenhängen wird keine Rechnung getragen. Wir werden uns sehr ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen, um in einem verantwortbaren Maße den kw-Berg pädagogisch sinnvoll zu nutzen. Dennoch bleibt festzustellen - das sage ich Ihnen auch ganz deutlich, ich habe damit überhaupt keine Probleme -: Ein Durchbruch in der Frage des Einstellungskorridors ist nicht gelungen. Ich mache kein Hehl daraus, daß mir diese Entscheidung in der Seele weh tut. Aus gesamtfinanzpolitischer Verantwortung heraus hat sich meine Fraktion jedenfalls für dieses Haushaltsjahr nicht für einen Korridor entscheiden können; aber nicht aus der Tatsache heraus - das betone ich dabei ganz deutlich -, daß man gesagt hätte, dies sei bildungspolitisch nicht notwendig, sondern weil dies finanzpolitisch zur Zeit nicht machbar ist.

(Zuruf des Abg. Reul (CDU))

(D)

Ich bin mir auch sehr bewußt, Herr Reul, daß die Opposition dies zum Anlaß nimmt - Sie haben es auch schon gemacht -, in hämischer Manier über uns herzuziehen. Das ist Ihr gutes Recht. Ob dies okay ist, ist eine andere Frage.

Sie versuchen, uns hier vorzuführen - nichts anderes steht hinter Ihrem Antrag, und das haben Sie mit Ihrem Antrag auf namentliche Abstimmung sehr deutlich gemacht -, in dem Glauben, daß Sie damit draußen Punkte sammeln können.

(Reul (CDU): Wir sagen draußen nichts anderes als hier!)

- Herr Reul, ich finde, Sie sind ein sehr netter Herr. Aber Sie sollten sich Ihre Reden nicht immer von Herrn Hoffmann schreiben lassen. Machen Sie Ihre Reden einmal selbst, dann kommt Ihre durchaus positive Mentalität auch zum Ausdruck.

(Zuruf des Abg. Reul (CDU))

(Frey (SPD))

- (A) Ihre Rede, meine Damen und Herren, sollte unsere Politik geißeln. Aber es war nichts anderes als ein ganz ordinäres "Geißeln", was Sie praktiziert haben.

Wenn Sie glauben, mit dieser Politik Punkte sammeln zu können, dann ist das ein Irrglaube. Herr Reul, Frau Philipp, wir haben viele Veranstaltungen mit Referendaren und mit arbeitslosen Lehrern zusammen gemacht. Sie haben, glaube ich, eine politische Sensibilität wie eine Kuh beim Erdbeerpflücken. Haben Sie nicht gespürt, daß die Betroffenen Ihnen Ihre Politik nicht abgenommen haben? Haben Sie das eigentlich überhaupt nicht gespürt? Sie nehmen Ihnen nicht ab, daß Sie ernsthaft an diesem Problem arbeiten; denn die Leute sind dank unserer Bildungspolitik nicht mehr so dumm, wie Sie es gern hätten. Die merken sehr wohl, ob man vordergründige Effekthascherei betreibt oder ob man eine ernsthafte Politik macht, um die Probleme wirklich lösen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen auch: Dies ist deshalb eine vordergründige Effekthascherei, weil Sie unser Land in seinem Bemühen gegenüber dem Bund, die finanziellen Rahmenbedingungen zu verbessern, ganz erbärmlich im Stich lassen.

(Lachen der Frau Abg. Busch (CDU))

- (B) - Frau Busch, Sie können ja lachen; es wäre mir lieber, wenn Sie auch einmal einen politischen Beitrag brächten.

Ja, mehr noch: Ihre erklärte Politik ist die Politik der Senkung der Staatsquote, und Ihre hier dargestellte forcierte Ausgabenpolitik stimmt mit Ihrem Staats- und Gesellschaftsverständnis überhaupt nicht überein. Wer Mehrausgaben fordert, aber gleichzeitig zuläßt, daß Bonn die Staatskassen plündert, der richtet sich hier selbst.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

(Frey (SPD): Ich weiß ja nicht, vom wem die kommt. - Lachen bei der CDU)

- Frau Philipp hat sich gemeldet.

(Frey (SPD): Ja, Frau Philipp gern!)

Frau Philipp (CDU): Ich weiß nicht, wie ich das werten soll; aber ich freue mich natürlich trotzdem, daß ich darf.

(Frey (SPD): Wir haben immer gesagt: Sie stellen die richtigen Fragen!)

(C) Ich kann mir nur vorstellen, daß Herr Frey so aufgeregt ist, weil ihm die Situation sehr unangenehm ist. Das kann ich auch verstehen.

Ich frage, ob ich trotz der mir von Ihnen abgesprochenen Sensibilität wenigstens über ein Gedächtnis verfüge, das richtig ist. Ist es richtig, Herr Frey, daß Sie sich am 13. Februar vor den eben von Ihnen angesprochenen ca. 100 Lehrern heftig dafür eingesetzt haben, mindestens die 1 400 Lehrer in Ihrer Fraktion durchzusetzen, und Sie darum gebeten wurden - wir konnten ja bereits auf den eingebrachten Antrag verweisen -, in jedem Fall jeden einzelnen Landtagsabgeordneten, inklusive der in den Arbeitskreisen, doch dementsprechend zu motivieren? Ist diese meine Erinnerung richtig?

Frey (SPD): Ihre Erinnerung ist insofern richtig, als ich dies gesagt habe; allerdings müssen Sie den Zusatz bringen, daß ich immer darauf hingewiesen habe: Wir werden diese Anträge als Bildungspolitiker in der Gesamtfraktion stellen; wie die Gesamtfraktion insgesamt abstimmt, ist eine zweite Frage.

(Aha-Rufe bei der CDU)

(D) Das müssen Sie auch zugeben. Ich persönlich bin der Auffassung, daß diese Position glaubwürdiger ist als eine gespielte Naßforschheit, die in der Tat nichts damit zu tun hat, wie man die Probleme wirklich lösen kann. Dies ist auch von den Betroffenen so aufgenommen worden. Die fanden es auch nicht gut, daß andere dann "abgerauscht" sind, als es erst wirklich spannend wurde; aber das nur ganz nebenbei!

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Abgeordneter, Herr Kollege Reul möchte auch noch eine Zwischenfrage stellen.

(Frey (SPD): Ich weiß nicht, wieviel Zeit ich noch habe. Ja, gut, okay!)

Reul (CDU): Tausend Dank! - Wenn Sie sagen, daß Sie in der Sache unser Anliegen voll unterstützen, warum beschimpfen Sie uns eigentlich hier wie ein Rohrspatz und stimmen nicht statt dessen unserem Antrag zu?

(Beifall bei der CDU)

Frey (SPD): Ich spreche hier als Bildungspolitiker, und in dieser Frage haben wir keinen Dissens. Der Unterschied ist nur der, daß ich nicht nur als "Salamischeibe Bildungspolitiker" umherlaufe, sondern als

(Frey (SPD))

- (A) Mitglied der SPD-Fraktion auch eine Gesamtverantwortung für das ganze Land habe.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Vorschläge sind unseriöse Vorschläge zur Deckung dieser Mehrkosten. Das haben wir immer betont. Wir haben sehr deutlich gesagt, daß dies bildungspolitisch notwendig ist, aber die finanziellen Rahmenbedingungen für unser Land müßten sich entscheidend ändern, um das durchsetzen zu können. Und da sind Sie gefordert; denn Sie haben das Sagen in Bonn, nicht wir.

(Abg. Nagel (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ich möchte jetzt gern fortfahren, Herr Nagel!

(Nagel (CDU): Ach nein!)

- Ja, gut; aller guten Dinge sind drei. Bitte sehr!

Vizepräsident Dr. Riemer: Also, Herr Nagel, Sie haben die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zu stellen.

- (B) Nagel (CDU): Ich habe ja selten solche Schwierigkeiten, das zu verstehen. Deshalb frage ich Sie, weil Sie von der Unseriosität sprachen, Herr Kollege Frey: 1 500 Stellen, die die CDU-Fraktion beantragt - habe ich das so richtig verstanden? -, das ist alles unseriös, und da wird auf Bonn und alles geschimpft; demgegenüber sollen die 1 400 Stellen, die Sie, die Bildungspolitiker in der SPD-Fraktion und Herr Farthmann, gefordert haben, seriös sein. Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Frey (SPD): Diese Forderung ist nicht unseriös, sondern Ihr Deckungsvorschlag ist unseriös. Wir haben sehr deutlich gesagt: Jedenfalls für die Hälfte davon haben wir keinen Deckungsvorschlag, und es bestand die Alternative, dann eben die Kreditemächtigung zu erhöhen. Und die Mehrheit hat aus der Gesamtverantwortung heraus gesagt: Das können wir nicht, obwohl wir es gern möchten.

Das ist doch eine vernünftige politische Diskussion und Position. Die können Sie doch nicht so darstellen, als wenn das nicht verständlich wäre, Herr Nagel! Wir kennen uns schon länger: Sie verstehen es sehr gut; aber Sie haben natürlich auch ein paar rhetorische Qualitäten, um darüber hinwegzutäuschen.

Jedenfalls haben wir die politische Verantwortung für dieses Land, und diese Verantwortung verstehen wir nicht nur so, daß wir eine Summe von isoliert nebeneinanderstehenden Einzelplänen haben, sondern daß wir die Gesamtverantwortung für die Entwicklung dieses Landes haben. Dies ist Ihnen offensichtlich ein Fremdwort.

Wir haben weitere Schwerpunkte gesetzt; ich will nur zwei Punkte nebenbei noch erwähnen: einmal das Unterhaltsbeihilfegesetz; da sind 3,6 Millionen DM eingesetzt worden. Ich will der Gesetzesberatung nicht vorgreifen; ich will nur deutlich machen, daß wir auch hier die Voraussetzung schaffen, um Jugendlichen eine bessere Möglichkeit der Ausbildung zu geben.

Wir schaffen in konkreter Konsequenz unserer gesamten Debatte über neue Technologien, neue Medien in der Schule jetzt die Technologieberatungsstelle am Landesinstitut für Schule und Weiterbildung. Dies ist sicherlich nur ein kleiner Punkt, aber erwähnenswert.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch etwas zur Weiterbildung sagen. Wir haben in diesem Haushalt das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz neu ausgestattet, und zwar als neuen Titel mit 900 000 DM. Wir haben damit die Voraussetzung geschaffen, um die Entwicklung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes weiterhin zu fördern und den Angriffen und der Verfassungsklage auch die letzte Grundlage zu entziehen. Neben der Weiterbildungsinfrastruktur, die wir jährlich mit 200 Millionen DM zur Verfügung stellen, gibt es nun eine zusätzliche Förderung für Veranstaltungen im Rahmen der Arbeitnehmerweiterbildung. Da können Sie ganz beruhigt sein, meine Damen und Herren von der CDU: Die Vergabe dieser Mittel wird nicht im Windhundverfahren ablaufen, sondern sehr wohl proportioniert. Wir werden uns das vorher ansehen und es so gestalten, daß dies jedem zugute kommt. Es bleibt im Grunde nur ein Appell an die Arbeitgeber, endlich ihren Kampf gegen das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz einzustellen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich muß fragen: Was sind das für Unternehmen, die auf ihren eigenen Kongressen - -

(Elfring (CDU): Das haben wir aber erst nächsten Mittwoch auf der Tagesordnung!)

- Das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz gehört hier zur Haushaltsberatung, weil es hier etatisiert ist. Sie müssen einmal in den Haushalt schauen.

(C)

(D)

(Frey (SPD))

- (A) Also ich frage hier: Was sind das für Unternehmer, die auf ihren eigenen Kongressen das Jahrzehnt der Weiterbildung proklamieren, die herausragende Bedeutung integrierter, d.h. sowohl politischer als auch beruflicher Weiterbildung betonen und gleichzeitig ein Gesetz, das genau dies will, in unverschämter Weise boykottieren? Ich glaube, durch unsere Maßnahme ist diesen Angriffen auch der letzte Boden entzogen.

Eine letzte Bemerkung zu Frau Matthäus. Ich möchte hier einmal sagen, daß ich Frau Matthäus außerordentlich schätze.

(Elfring (CDU): Aha!)

Ich finde also ihr Anliegen sehr sinnvoll und sehr vernünftig. Ich kenne auch die gesamte Situation, die sich mit den Kolleginnen und Kollegen bei den Volkshochschulen verbindet. Nur da trifft dieselbe Frage zu wie auch bei allem anderen: die Frage der Finanzierung. Wir sollten vielleicht gemeinsam überlegen, ob nicht andere Modelle konstruiert werden könnten, um hier helfen zu können.

Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, die finanziellen Rahmenbedingungen für unser Land zu verbessern. Vielleicht hilft die CDU endlich einmal mit. Dann können wir auch all das bildungspolitisch machen,

(Reul (CDU): Was die in 20 Jahren versäumt haben. Das ist eine Leistung!)

- (B) was wir hier diskutiert haben.

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat der Herr Kultusminister.

(Nagel (CDU): Der ist ja auch noch da!)

Schwier, Kultusminister: - Der war immer da, Herr Kollege Nagel.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Anfang eine parlamentarische Erfahrung hier wiedergeben. In einer Oppositionsfraktion, in der ich auch einmal, wenn auch nicht im Landtag, gesessen habe,

(Reul (CDU): Das kommt aber wieder!)

ist es sehr viel leichter, eine Forderung auf Mehrausgabe durchzusetzen als in einer Regierungsfraktion. Dafür fällt man dann allerdings mit der Forderung der Oppositionsfraktion meistens im Parlament durch. Deswegen ist auch die Opposition eher bereit zu sagen: Kommt ja nicht drauf an! - Das ist nun einmal so.

Darüber aber, daß jeder Bildungspolitiker - ich glaube sogar, jede Kollegin und jeder Kollege hier im Saal - gerne im Interesse der Schule, im Interesse der Kinder, aber auch im Interesse der jungen Arbeitslosen mehr Lehrerstellen in den Haushalt bringen würde, brauchen wir nicht zu streiten. Es geht hier schlicht um die Frage, wie man das denn bezahlen kann. Es helfen da auch keine Haushaltstricks. Eine Lehrerstelle kostet pro Jahr im Schnitt 60 000 DM, d.h. 10 Stellen kosten 600 000 DM und 100 Stellen 6 Millionen DM. So können Sie weiterrechnen. Ihre 1 500 Stellen - darüber streiten wir gar nicht - kosten jedes Jahr 90 Millionen DM.

(Bensmann (CDU): Das kann man sogar in der Gesamtschule rechnen!)

So ist es; anders geht es nicht. Aber was sollen denn dann solche Sätze wie: In der Schule geht nichts mehr, die Schule in Nordrhein-Westfalen ist am Ende! Lieber Herr Reul, wenn das der Fall wäre, könnten Sie mit den 1 500 Stellen auch nichts aus dem Wasser oder aus dem Feuer holen. Sie tun doch so, als wenn die 140 000 Stellen im Haushalt und alles, was wir darüber hinaus beschäftigt haben, sozusagen für die Katz wäre, und jetzt müßten diese 1 500 alles retten.

Also lassen Sie uns das Ganze sehr viel nüchterner und sachlicher behandeln. Das verdienen übrigen auch diejenigen, die auf eine Beschäftigungschance in der Schule warten und die aus zwei Gründen eine schlechte Chance haben. Der eine Grund ist: Die Schülerzahlen gehen nach wie vor noch zurück, was zur Folge hat, daß sich automatisch das Zahlenverhältnis zwischen Schülern und Lehrern Jahr für Jahr verbessert.

(Dautzenberg (CDU): Der fächerspezifische Bedarf!)

Zweitens: Die Staatseinnahmen steigen nicht so, als daß wir uns etwas leisten könnten. Der Kultushaushalt nimmt ja auch nicht etwa ab, obwohl er zu wesentlichen Teilen - fast ausschließlich sogar - aus Personalkosten besteht, sondern er steigt, und zwar überproportional. Die Erklärung dafür ist auch ganz einfach. Die im Dienst befindlichen Lehrer haben noch Alterssteigerungen, und wir leisten uns in diesem Jahr eine allgemeine Gehaltserhöhung von 3,5 %.

(Dautzenberg (CDU): Wollen Sie die nicht?)

Ich will Ihnen sagen, was ich mit diesen 3,5 % sehr viel lieber täte: Jedem Lehrer eine

(C)

(D)

(Kultusminister Schwier)

- (A) Stunde weniger Unterricht! Dann hätte er ein Äquivalent dafür, und für das Geld - das sind fast 400 Millionen - würde ich junge Lehrer einstellen. Das wäre kostenneutral!

(Beifall bei der SPD)

Dazu stehen die nordrhein-westfälische Landesregierung, die nordrhein-westfälische SPD-Fraktion und inzwischen sogar, nach vielen Mühen - Sie können das nachlesen in der Empfehlung der Bund-Länder-Kommission, als einen Weg, einen Einstellungskorridor zu schaffen - auch die CDU/CSU-regierten Länder.

Aber ich habe bisher - außer aus dem Wissenschaftsausschuß - vom Bundestag, in dem ja bekanntlich Sie die Mehrheit haben, noch nicht ein Signal vernommen, daß es überhaupt einen Sinn hätte, ein Gesetzgebungsverfahren in diesem Sinne in Gang zu bringen. Eine solche Umverteilung von Arbeit und Einkommen, die nicht auf Schule beschränkt bleiben soll

(Frau Matthäus (CDU): Das ist es!)

- Moment! Da machen wir doch sofort mit! -, kann allerdings auch nicht ohne Ansehen des Einkommens stattfinden. Ich kann den Briefträger nicht gleich behandeln mit dem nach A 12 oder A 13 besoldeten Lehrer. Dieses Signal aus der CDU-Fraktion, das fehlt noch. Ich höre immer unter vier Augen: Ja, das ist der einzig richtige Weg, das ist der einzig solide. Das ist auch der, den wir vertreten können. Nur mehr kommt da nicht.

(B)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Reul?

(Minister Schwier: Aber gern!)

Reul (CDU): Gehört dieser Vorschlag in die Kategorie derjenigen Vorschläge, die Sie schon vor einigen Jahren gemacht haben, z.B. bei der Teilzeitbeschäftigung, wo Sie darauf hingewiesen haben, daß diese Einsparung, diese Rücksichtnahme der Lehrerinnen und Lehrer dazu führen werde, daß mehr neue Lehrer und Lehrerinnen eine Stelle bekommen würden? Damals ist dieses Versprechen ausgesprochen worden. Es ist nicht erfüllt worden. Kann ich davon ausgehen, daß diese Konzeption, die Sie bei dem neuen Modell haben, wieder so enden wird, daß das Geld benutzt wird, um den Haushalt zu sanieren, und nicht, um neue Stellen zu fördern?

Schwier, Kultusminister: Herr Reul, nun lassen Sie doch solche Sprüche, als wenn das

Geld benutzt worden wäre, den Haushalt zu sanieren, und gleichzeitig halten Sie uns vor, der Haushalt sei alles andere als saniert, sondern in einem schrecklichen Zustand! Sie müssen doch wenigstens eines von beiden als richtig und können nicht beides gleichzeitig als falsch darstellen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Minister, Frau Matthäus möchte Sie noch etwas fragen.

(Minister Schwier: Bitte schön!)

Frau Matthäus (CDU): Herr Minister, sind Sie mit mir einer Meinung, daß es falsch wäre, die arbeitslosen Lehrer als Gruppe für sich zu sehen, und daß es richtig ist, darüber nachzudenken, ob man Arbeit und Lohn nicht anders verteilen müßte? Dabei würde ich auch niedrige Lohngruppen ausnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich finde es falsch, die Gruppe der arbeitslosen Lehrer getrennt zu sehen.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD)

Schwier, Kultusminister: Ich finde das auch falsch. Ich habe damals diesen Vorschlag, von meinem Vorgänger übernommen, für Lehrer gemacht, weil ich nichts davon halte, daß der zuständige Minister das Fell anderer verteilt, anstatt herzugehen und zu sagen: Ich mache einen Vorschlag, wie das von meinem Fell umverteilt und umgeschnitten werden kann.

(D)

(Dautzenberg (CDU): Ist das denn in der Regierung unbestritten?)

Die Resonanz aller Lehrerverbände ist Ihnen hoffentlich noch im Ohr. Aber man kann ja dazulernen. Ich habe auch aus Fehlern gelernt; ich wurde ja vorhin mit dem allgemeinen pädagogischen Grundsatz zitiert, daß man aus Fehlern lernen kann. Deswegen weiß ich: Ich werde diesen Vorschlag beharrlich weiter verfolgen und nach Bundesgenossen suchen - solange, bis ich so viele habe, daß man ihn umsetzen kann.

(Beifall bei der SPD)

Da warte ich auf Ihre Mithilfe.

Immerhin sind ja auch noch ein paar erfreuliche Sachen gesagt worden. Herr Reul hat festgestellt, daß die Schüler-Lehrer-Relation nicht die Wirklichkeit der Schule beschreibt, sondern daß die Schule besser versorgt ist, als es die Schüler-Lehrer-Relation ausweist.

(Dautzenberg (CDU): Aber fächerspezifisch?)

(Minister Schwier)

- (A) Das ist so, und das wird - für die jungen Leute muß ich sagen: leider - in den kommenden Jahren noch zunehmen, weil der Schüler-rückgang so schnell stattfindet.

Wenn Sie von 12 000 Stunden Ausfall pro Woche sprachen, Frau Philipp, bitte ich zu bedenken, daß wir in Nordrhein-Westfalen mehr als 7 000 Schulen haben - nicht Klassen oder Lehrer, sondern Schulen! Also wenn: pro Schule!

(Frau Philipp (CDU): Aber so kann man das doch nicht umrechnen!)

- Entschuldigen Sie! Na gut, dann rechnen wir nicht um; aber dann sollten wir das Rechnen lassen. Und dann sollten Sie doch nicht mit dem einfachen Satz kommen: Die CDU bietet Lösungen an; wir brauchten ja nur zuzustimmen. Meine Damen und Herren, es gibt so vieles im Landeshaushalt, was man noch schöner machen könnte. Da haben wir natürlich eine Priorität gesetzt. Sie bestand darin und besteht weiterhin darin, jungen Menschen, die mit der Schule fertig sind, anschließend eine Ausbildung zu verschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür bringen wir Jahr für Jahr erhebliche Mittel auf. Wir wissen auch, daß das nicht die Lösung des Arbeitslosenproblems ist; denn im Anschluß daran sind wir nicht auch noch in der Lage, ihnen eine Beschäftigung zu verschaffen. Aber wir sagen: Ausbildung muß zunächst einmal sein, sonst ist die Chance auf Beschäftigung gleich Null. Das machen wir auch bei Lehrern, obwohl auch da die Beschäftigungschance sehr niedrig ist.

(B)

Solange wir an den sogenannten althergebrachten Grundsätzen vom Berufsbeamtentum und was weiß ich alles nichts zu ändern bereit sind, solange wir den Besitzstand als den höchsten Wert unseres Grundgesetzes ansehen - er kommt im Grundgesetz übrigens gar nicht vor - und dafür die soziale Demokratie ein bißchen in den Hintergrund schieben - meine Damen und Herren, hier kommen wir um eine Entscheidung nicht herum, die auch solchen wehtut, denen es recht gut geht!

Zur Frage der Weiterbildung im Haushalt, Frau Matthäus, finde ich das alles ausgesprochen sympathisch, was Sie gesagt haben, und es bewegt uns alle in gleicher Weise.

(Nagel (CDU): Na, dann ist es ja in Ordnung.)

- Nein, es ist nicht in Ordnung, Herr Kollege Nagel. Aber der Satz, daß Nordrhein-

Westfalen allein für Weiterbildung soviel Geld aus der Landeskasse aufbringt wie alle übrigen Bundesländer zusammen, ist trotzdem noch wahr. Sie werden es kaum glauben: Gelegentlich wird uns das sogar vorgehalten, wenn wir auf eine gerechtere Verteilung der Mittel zwischen Bund und Ländern vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Es hat also auch das seine zwei Seiten.

(C)

Mein Appell ist nur, aus der Notlage junger Leute nicht auf billige Weise sich Vorteile für irgendwelche Wahlen verschaffen zu wollen, meine Damen und Herren. Das funktioniert nämlich gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Das Wort hat Frau Matthäus von der Fraktion der CDU.

Frau Matthäus (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wollen jetzt eigentlich zu dem Bereich der Kultur kommen; ich hoffe, daß das auch in Ihrem Sinne ist.

(Wendzinski (SPD): Akzeptiert!)

Schönen Dank. - Obwohl ich auch da meine, es ist nicht alles erfreulich, was wir heute sagen können: Der Haushalt des Jahres 1986 sieht besser aus als die Haushalte der Vorjahre.

(Wendzinski (SPD): Herzlichen Dank!)

Das stimmt. Es ist seit 1985 die Anhebung der Zuschüsse im Bereich der Theater und Orchester erfolgt; wir wollen zurückkommen auf die Höhe der Zuschüsse aus dem Jahre 1981. Lassen Sie mich anmerken: Wir haben bisher noch nicht darüber geredet, was mit den seit 1981 erfolgten Tarifierhöhungen passieren wird. Tragen die Kommunen sie alleine?

(D)

Im Jahre 1986 ist zum erstenmal, und zwar aus dem Kabinett heraus, der Betrag für Bibliotheken erhöht worden. Es ist ein Zuschuß, den wir ausgesprochen freudig begrüßen, der allerdings alle die Bibliotheken nicht berücksichtigt, die überprüft worden sind und kommunale Aufgaben übernommen haben. Das heißt, es gibt eine Reihe von Bibliotheken, die in bezug auf Buchbestand, Personal, Öffnungszeiten überprüft worden sind, aber seit 1980 keinen Zuschuß mehr bekommen.

Der Haushalt sieht also besser aus; es kommt nur darauf an, aus welchem Blickwinkel man ihn sieht. Wenn wir ihn mit den Vorjahren vergleichen, ist er erfreulich. Wenn wir ihn

(Frau Matthäus (CDU))

- (A) prozentual mit dem Gesamthaushalt vergleichen, wenn wir ihn an den Mitteln messen, die die Kommunen für die Kultur ausgeben, wenn wir ihn mit den Kulturhaushalten anderer Länder vergleichen, dann bleibt der Kulturhaushalt nach meiner Meinung nach wie vor unbefriedigend. Ich weiß, daß sich der Haushalt nicht beliebig erweitern läßt; das gilt sicherlich auch hier. Aber wenn wir davon ausgehen, daß Freizeit einen immer breiteren Raum einnimmt, muß auch in einem Landeshaushalt darüber nachgedacht werden, daß andere Prioritäten nötig sind.

Es hilft den Kommunen sehr wenig, wenn es seit Jahren Versprechungen gibt. Das macht auf Dauer mißtrauisch, weil man sich einfach nicht mehr vorstellen kann, daß aus den Versprechungen irgendwann auch Tatsachen werden.

Es ist natürlich schwer, manchmal gar nicht möglich, einen Haushalt erst im Ausschuß oder gar erst im Plenum zu verändern. Eigentlich erwarten wir solche anderen Prioritäten schon, wenn der Haushalt aus dem Kabinett kommt.

(Zustimmung bei der CDU)

Trotzdem hat der Ausschuß in den letzten Jahren einige Male Änderungen erreicht. Darum meinen wir nicht resignieren zu sollen; wir sollten vielmehr erneut Versuche wagen.

- (B) Ich wiederhole nicht unseren Antrag, nicht kommunale Träger von öffentlichen Büchereien mit dem bescheidenen Betrag von 5 000 DM auszustatten, obwohl es dringend erforderlich wäre und die absolute Einstellung jeglicher Hilfe für diese Bibliotheken seit 1981 teilweise zu einem ganz erheblichen Kahlschlag geführt hat.

Aber ich wiederhole unseren Antrag, 1,7 Millionen DM den Gemeinden zur Förderung der Laienkultur zuzuweisen. Wenn Ihnen das Wort "Laienkultur" nicht gefällt, kann man auch "freie Kulturarbeit" oder auch "alternative Kultur" sagen; ich habe damit keine Schwierigkeiten. Gemeint ist für meine Begriffe das gleiche. Die Mittel sollen anteilig nach Einwohnerzahl auf die Gemeinden verteilt werden.

Den Kommunen fällt schon der Erhalt der bestehenden Theater, Orchester, Bibliotheken, Museen, Musikschulen ungeheuer schwer. Wir sind froh - wir haben es in jedem Jahr wieder betont -, daß unsere Landschaft so reich an Kultur ist. Wir sind den Kommunen, die eine ungeheure Leistung in diesem Bereich erbringen, dankbar.

(C) Trotzdem meinen wir, daß auch in dem anderen Bereich erheblich mehr geleistet werden muß. Es finden sich einfach immer mehr Gruppen zusammen, die auch kreativ tätig sind. Chöre, Laienorchester sind in weiten Bereichen unseres Landes seit 100 Jahren, seit 200 Jahren Träger von Kultur. Wenn wir einmal vergleichen, was die Kommunen und was das Land für Chorleiter tun und was sie für Übungsleiter im Sport tun, dann zeigt sich da schon eine große Diskrepanz. Wir wollen den Übungsleitern im Sport nichts wegnehmen, aber wir sind manchmal sehr neidisch, daß man die gleiche Arbeit bei den Chorleitern nicht sieht und nicht anerkennt.

(Zustimmung bei der CDU)

Darüber tröstet auch die Musikakademie Heek einfach nicht hinweg.

Wir wissen, daß in zunehmend mehr Gemeinden die Filmarbeit einen hohen Stellenwert hat. Die SPD hat in diesem Bereich Anträge gestellt. Herzlichen Dank dafür!

Aber wir wollten, daß jede Kommune etwas tut, daß die Kommune eigene Schwerpunkte neu setzt oder Schwerpunkte bestätigt, daß die Kommune die Möglichkeit hat, mit dem vom Land zur Verfügung gestellten Mitteln etwa den zehnfachen Betrag freizusetzen, um damit wirklich kreative Kultur im Lande überhaupt erst zu ermöglichen.

(D) Es gibt einen weiteren Grund, weshalb wir diesen Antrag für außerordentlich wichtig halten. Dabei geht es um die Ausgleichsstockgemeinden. Ich verweise darauf, daß wir schon einmal einen Antrag gestellt haben, Ausgleichsstockgemeinden für Kultur Mittel zur Verfügung zu stellen. Im Gemeindefinanzierungsgesetz heißt es zur Finanzierung der Ausgleichsstockgemeinden ausdrücklich:

Die Zustimmung ist zu versagen, wenn im Haushalt Ausgaben enthalten sind, die nach § 62 der Gemeindeordnung nicht zwingend erforderlich sind.

Das heißt, daß eine Reihe von Gemeinden ihrer Aufgabe nicht gerecht werden kann, daß ein Kulturangebot nicht gemacht werden kann, daß es Gemeinden gibt, deren Einwohner, weil die Kommunen arm sind, an weiten Bereichen des täglichen Lebens nicht teilhaben können. Wir dachten, daß mit den von uns geforderten Pauschalzuweisungen auch diesen Gemeinden wenigstens ein wenig Mut gemacht werden könnte.

Darum bitte ich Sie: Nehmen Sie sich nicht erst für das kommende Jahr vor, Träger

(Frau Matthäus (CDU))

- (A) freier Kulturarbeit zu fördern, Projekte alternativer Kultur zu fördern, Filminitiativen oder Laienchöre stärker als bisher zu fördern, stimmen Sie hier und heute unserem Antrag zu, und machen Sie damit Kulturarbeit in allen Gemeinden überhaupt erst möglich.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Abg. Dr. Gerritz; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Gerritz (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es geschieht etwas im Bereich Kultur. Kollegen, Oberbürgermeister darunter, bitten uns in ihre Stadt, um mit ihnen gemeinsam darüber nachzudenken, wie man das kulturelle Leben dort verbessern, verstärken, in einigen Bereichen entwickeln kann, und manch einer glaubte sich sogar dafür entschuldigen zu müssen, daß ihm dieser Politikbereich bislang fern gelegen hat. Institute, politische Gremien, Kulturdezernenten suchen zu belegen, daß es, analog zum sozialdemokratischen Programm "Arbeit und Umwelt," eines anderen mit dem Namen "Arbeit und Kultur" bedürfe. Jugendämter, Sozialämter bedienen sich kultureller Aktivitäten, um ihrem Auftrag gerechter zu werden als bisher. Sparkassen landauf, landab gründen Kulturstiftungen von oft beträchtlichem Zuschnitt, und Kunstausstellungen in solchen Bankgebäuden sind heute eher die Regel als die Ausnahme.

(B)

Daß jedoch, meine Damen und Herren, die Deutsche Bank in großen Zeitungsanzeigen - ich habe diese Zeitung einmal mitgebracht; diese Anzeige (er zeigt eine Zeitung) ist in mehreren Zeitungen erschienen - mit der "Lebendigen Kultur" wirbt, überrascht nun doch, besonders dann, wenn neben den Theatern, den Museen, den Symphonieorchestern, den Hoch- und Volkshochschulen sogar die alternative Kultur erwähnt wird, wenn auch verbrämt.

So ist es nicht von ungefähr - Frau Matthäus wies darauf hin -, daß der Kulturetat - nur der Kulturetat - im Jahre 1986 eine Steigerung erfährt. Immerhin, 8 % sind nicht von schlechten Eltern. Dazu will ich einige Anmerkungen machen. Ich beziehe in meine Ausführungen auch den Haushalt des Herrn Minister Zöpel mit ein, soweit er in die Kompetenz des Kulturausschusses fällt.

Erstens: Die Wiederherstellung des Aachener Doms wird eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre sein. An dieser Aufgabe wird sich und muß sich das Land beteiligen. Das

haben alle in diesem Haus vertretenen Fraktionen sichtbar dokumentiert, indem sie dem Aachener Dom sozusagen eine eigene Haushaltsposition eingeräumt haben.

(C)

Zweitens: Daß der Altenberger Dom und der Dom zu Minden - neben anderen - zu den landeseigenen Denkmälern gehören, mag den, der die Geschichte unseres Landes nicht kennt, überraschen. Aus diesem Tatbestand jedoch erwächst die Verpflichtung, mit diesen großen Denkmälern, die sich im Landesbesitz befinden, vorbildlich zu verfahren. Deshalb hat die SPD den Wunsch geäußert, daß bei Beibehaltung des kultusministeriellen Besitzstandes, der für den Denkmalschutz verantwortliche Minister sich dieser Denkmäler annimmt und damit jene finanzielle Grenze von 800 000 DM überschreitet, bis zu der der Kultusminister in einem Jahr verfügen darf.

Drittens: Daß das Gebiet zwischen Zülpich und Mönchengladbach, in dem Braunkohle abgebaut wird, zu den zentralen historischen Provinzen des Abendlandes nördlich der Alpen gehört, ist in diesem Hause - davon gehe ich aus - jedermann bewußt. Leider wird dieses Bewußtsein - zur Zeit noch - weder vom RWE noch von seiner Tochter Rhein Braun geteilt. Es ist für das historische Bewußtsein in unserem Lande schwer erträglich, daß im dortigen Abbaugelände 80 % der archäologischen Fundplätze ununtersucht bleiben, vom Rest die meisten nur oberflächlich untersucht und nur drei bis vier pro Jahr einer intensiven archäologischen Untersuchung unterzogen werden. Mindestens ebenso unerträglich ist der Tatbestand, daß wegen fehlender finanzieller Mittel archäologische Publikationen aus diesem Bereich seit einem Jahrzehnt völlig ausbleiben. Es gäbe, meine Damen und Herren, einen Aufstand in Nordrhein-Westfalen, wenn, weil die Mittel fehlen, 80 % unseres Archivgutes Müllverbrennungsanlagen zugeführt würden. Was sich in der Erde dieses Raumes befindet, ist aber das einzig existente Archivgut etwa bis ins 7. Jahrhundert hinein.

(D)

Bislang haben der Kulturausschuß des Landes, der für die Bodendenkmäler zuständige Landesminister Dr. Zöpel und der Vorsitzende der Landschaftsverbandsversammlung Rheinland vergeblich an RWE und Rheinbraun appelliert, mit Hilfe einer Stiftung die historische Ökologie in diesem Raum zu verbessern. Nachdem nun der Nordrhein-westfälische Städtetag dieses Thema zu einem vordringlichen erklärt hat, wird ein vierter Vorstoß von dieser Seite und mit unserer Unterstützung erfolgen.

Viertens: Frau Matthäus, ich komme zu Ihrem Antrag. Die CDU hat in diesen Haushaltsbera-

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) tungen beantragt, den Gemeinden 1,7 Millionen DM zur Unterstützung der Laienkultur zukommen zu lassen. Sie haben versucht, hier darzustellen, was Sie unter Laienkultur verstehen. Das sind - sage und schreibe - 10 Pfennige pro Kopf des in Nordrhein-Westfalen lebenden Bürgers.

Mehrere Gründe haben uns Sozialdemokraten bewogen, diesen Antrag abzulehnen.

1.: In den Beratungen hat uns eine Deckung nicht vorgelegen.

2.: Für Pro-Kopf-Beträge, meine Damen und Herren, ist, wie ich meine, ausschließlich das Gemeindefinanzierungsgesetz verantwortlich. Übernehmen wir den von der CDU vorgeschlagenen Finanzierungsmodus, jedem Bürger

10 Pfennige zu einem bestimmten Zwecke zukommen zu lassen, könnte sich das Land aus einer eigenständigen, selbstbewußten Kulturpolitik entlassen, und der Finanzminister könnte dann auch zugleich die Aufgaben des Kultusministers wahrnehmen.

(Dr. Rödding (CDU): Das tut er doch!)

3.: Das Land hat da in Aktion zu treten, wo die Grenzen der einzelnen Kommunen gesprengt werden. Ich erinnere an die auch von Frau Matthäus genannte im Bau befindliche Landesmusikakademie, die Aufgaben des gesamten Landes wahrzunehmen hat und die besonders im Bereich der Laienmusik wichtige Impulse geben muß. Eine solche Landesmusikakademie kann von einer Region weder gebaut noch unterhalten werden, geschweige denn von einer Kommune.

(B)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Matthäus?

(Dr. Gerritz (SPD): Gern!)

Frau Matthäus, bitte!

Frau Matthäus (CDU): Herr Dr. Gerritz, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß das Land auch da eine Verpflichtung hat - ich nannte eben die Ausgleichsstockgemeinden -, wo den Gemeinden selbst überhaupt keine Möglichkeit gegeben ist, im Bereich der Kultur etwas zu tun? Müssen diese Bürger wirklich völlig auf jede Teilhabe an Kultur verzichten, die wir mit den 10 Pfennigen pro Kopf - woher sie bezahlt werden, wäre mir dabei nicht das wesentliche - in etwa erreichen könnten?

Dr. Gerritz (SPD): Ich habe mich mit Ihrem Antrag, sehr geschätzte Frau Matthäus,

auseinandergesetzt. Dieser Antrag beinhaltet, daß 10 Pfennige auf Gerechte und Ungerechte - das heißt: auf Bedürftige und Unbedürftige - in diesem Lande herabregnen sollen. (C)

Ich will aber auch eine Bemerkung zu den Ausgleichsstockgemeinden und ihren kulturpolitischen Möglichkeiten machen! Ich kenne diese Diskussion; wir haben sie häufig miteinander geführt. Sie haben ganz wesentliche Diskussionsbeiträge geleistet. Das hat uns, den SPD-Arbeitskreis, veranlaßt, dem Innenminister einen Brief zu schreiben mit der Bitte, darüber nachzudenken, in welcher Form, in welcher Größenordnung den Ausgleichsstockgemeinden kulturelle Aufgaben zugestanden werden müssen - kulturelle Aufgaben, die gesetzlich nicht fixiert sind. Ich hoffe, daß wir eine - auch in Ihrem Sinne - befriedigende Antwort bekommen.

Ich sage noch einmal, daß wir aus prinzipiellen Überlegungen, aus unserem Verständnis von dem, was landeseigene Kulturpolitik ist, diesen Antrag ablehnen müssen.

Frau Matthäus, ich las gestern die "Süddeutsche Zeitung"; darin steht ein großer Artikel über die Kulturpolitik im Südstaat. Ich empfehle Ihnen, diesen Artikel zu lesen und einmal darüber nachzudenken, vielleicht sogar auch bei Ihren Kollegen der CDU nachzufragen, ob dort Ihr Antrag auch nur ernstgenommen würde - ich meine: in Stuttgart.

Fünftens: Meine Damen und Herren, daß Ministerpräsident Johannes Rau in seiner Regierungserklärung dem Film in Nordrhein-Westfalen einigen Raum gegeben hat, hat uns gefreut. Denn, in der Tat, die künstlerische Fimförderung, so erfolgreich sie seit 1980 in unserem Lande agiert, reicht nicht aus. Es tut not, die wirtschaftliche Kehrseite der filmischen Medaille zu einem zweiten Mittelpunkt unserer Bemühungen zu machen. (D)

Wir gehen davon aus, daß es 1987 nicht bei einem Leertitel im Haushalt des Wirtschaftsministeriums bleiben wird, sondern daß im Laufe der nächsten Monate dem Parlament - dem Kulturausschuß - ein Konzept der Filmwirtschaft vorgelegt wird, das die bestehenden Ressourcen berücksichtigt, in gleicher Weise aber auch das föderale Prinzip unseres Landes.

Nordrhein-Westfalen bietet für die Entwicklung einer florierenden Filmwirtschaft eine Reihe von Voraussetzungen. Ich nenne drei: Der größte Filmproduzent der Bundesrepublik, der WDR, ist in diesem Lande angesiedelt. Nordrhein-Westfalen ist das bevöl-

(Dr. Gerritz (SPD))

- (A) kerungsstärkste Bundesland und von daher der stärkste Abnehmermarkt. Produzenten und Regisseure weisen immer wieder auf die heterogene und deshalb für Filmemacher so interessante Struktur unseres Landes hin. Nordrhein-Westfalen bietet nicht nur den idealen Aktionsraum für Schimanskis.

Neben der künstlerischen - das sei betont - und der wirtschaftlichen Filmförderung ist es notwendig, über die Ausbildung von Filmemachern nachzudenken. Wir haben daher die Wissenschaftsministerin gebeten, ja beauftragt, uns bis zum Frühjahr eine Bestandsaufnahme dessen, was an den verschiedensten Instituten, auch an den staatlichen - etwa an den Hochschulen - in dieser Hinsicht sich vollzieht, vorzulegen. Eine Filmwirtschaft läßt sich nämlich nur dann aufbauen bzw. weiterentwickeln, wenn genügend qualifiziert ausgebildete Menschen vorhanden sind, die den Film machen können.

Meine Damen und Herren, die Frage der Neuen Medien ist immer auch eine ideologische. Über diesem ideologischen Aspekt die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die in diesen Neuen Medien stecken, allerdings zu vernachlässigen, ist gefährlich. Zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten gehört auch die der Schaffung neuer, qualifizierter Arbeitsplätze in diesem Bereich.

- (B) Sechstens: Es gibt in diesem Hause zwei Männer, die sich, wie es schien, erfolgreich bemühten, die Sammlung Buchheim nach Nordrhein-Westfalen zu bringen - sprich: nach Duisburg. Einer dieser Männer war der Ministerpräsident Johannes Rau. Die Stadt Duisburg hat alle Bedingungen erfüllt, hat sie mehr als erfüllt - ich weiß, wovon ich spreche -, die an die Stiftung dieser großartigen Expressionisten-Sammlung geknüpft waren.

(Zuruf der Frau Abg. Robels (CDU))

Mich schmerzt sehr, daß Herr Buchheim seine Sammlung aus Duisburg zurückzieht. Mich stört, daß ich Herrn Buchheims Argumente nicht verstehe.

(Frau Robels (CDU): Die haben keine Verträge gemacht!)

- Ich hatte nicht gewußt, daß die Duisburger keine sehr konkreten Verträge gemacht haben. Aber ich war tatsächlich auch davon ausgegangen, daß Absprachen unter erwachsenen Männern, die so konkrete Formen annehmen,

(Frau Robels (CDU): Ach, ach!)

die unter so vielen hochkarätigen Zeugen stattgefunden haben, ausreichen. Ich sage, daß ich dies bedaure. Um so mehr ist zu begrüßen, wie honorig ein Duisburger Industrieller auf Buchheims Verhalten reagierte:

(Zustimmung der Frau Abg. Matthäus (CDU))

Er schenkte dem fast fertigen Museum zur besseren Ausstaffierung seiner Räume 2 Millionen DM.

Nordrhein-Westfalen wird - das ist in Duisburg dokumentiert worden und in der ganzen letzten Legislaturperiode - seine, wie ich meine, erfolgreiche Museumspolitik fortsetzen. Im Zentrum steht in den kommenden Jahren der Aus- und Weiterbau des Von-der-Heydt-Museums in Wuppertal. Diese Schatzkammer findet nicht so bald ihresgleichen in unserer Republik. Freilich meine ich, die Wuppertaler müßten einen großen Kraftakt vollziehen, um diesen Schatz zu heben - im Interesse der Bevölkerung unseres ganzen Landes.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Wenn Banker glauben, mit Großanzeigen über unsere lebendige Kultur Staat machen und den eigenen Profit fördern zu können, dann lassen Sie uns diesen Ball aufnehmen. Es ist ihr legitimes Recht, Profit zu machen; ich sage das ohne Kritik. Lassen Sie uns also diesen Ball mit dem Ziel aufnehmen, Kultur als Wirtschaftsfaktor präsent zu machen.

(Zustimmung des Abg. Maedge (SPD))

Solche Präsenz stört dann auch den nicht mehr, der sonst mit ihr - der Kultur - wenig am Hut hat.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frau Friebe: Wenn ich das richtig sehe, sprechen die beiden nächsten Abgeordneten zum Bereich "Sport". - Ich darf jetzt Herrn Abg. Kuckart bitten - nein, Herr Abg. Böcker hat das Wort. Bitte sehr!

Böcker (SPD): Danke schön! - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will noch einige kurze Anmerkungen zum Bereich der Kultur machen. Es erfreut uns sicher gemeinsam, alle Fraktionen dieses Hauses - Frau Matthäus hat zu Beginn ihrer Rede bereits darauf hingewiesen -, daß der Kulturhaushalt eine erfreuliche Steigerung im Gesamtetat zu verzeichnen hat. Mein Kollege Dr. Gerritz hat eben in eindrucksvoller

(Böcker (SPD))

- (A) Weise, wie ich meine, darauf hingewiesen, wie die kulturellen Aktivitäten in unserem Lande wachsen und wie die Kulturlandschaft in Nordrhein-Westfalen blüht.

In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, daß 1983 die CDU-Fraktion einen Antrag zur kulturellen Ausgewogenheit in diesem Lande eingebracht hatte. Ich darf auch noch einmal an die damalige Diskussion erinnern: welch düsteres Bild eigentlich von diesem Land als Kulturland gezeichnet wurde. Da war von Kulturbrachen die Rede, von Versteppung und Verödung, ja von der Angst, Theater und Museen in diesem Land müßten sterben oder geschlossen werden.

Es ist erfreulich festzustellen, daß die Realität von 1986 völlig anders aussieht. Wir sind stolz auf das, was die Kultur leistet, und wir sind stolz auf das kulturpolitische Klima in diesem Land, in dem Kultur gedeihen und sich entwickeln kann. Ich denke, daß dieser Kultusminister, der, als er sein Amt antrat, gesagt hat, daß er einen Schwerpunkt, einen sehr wichtigen Schwerpunkt seiner Arbeit in der Kulturarbeit sehe, dem gefolgt ist, und ich meine, daß wir gemeinsam die ersten Früchte dieser Arbeit nun in die Scheuer einfahren können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Ich denke auch, daß natürlich die Städte und Gemeinden unseres Landes einen erheblichen Beitrag zu dieser gemeinsamen Kulturarbeit geleistet haben und daß wir versuchen müssen, weitere Felder der Kulturarbeit zu erschließen und sie in der Zukunft mit den nötigen Finanzmitteln auszustatten. Wir begrüßen es deshalb außerordentlich, daß der Kultusminister die Absicht geäußert hat, sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit einzusetzen. Hierbei geht es um Fragen des Steuerrechts, um dadurch Kulturarbeit durch Stiftungen und Mäzenatentum zu aktivieren.

(Frau Robels (CDU): Der Ministerpräsident durch Kasperletheater!)

- Na, das ist doch wohl eine unqualifizierte Äußerung.

(Frau Robels (CDU): Das hat er gesagt!)

- Na, gut: Wenn Sie qualifiziertes Puppentheater dazuzählen: Ich will das gern in den Bereich der Kultur mit einvernehmen.

Ich denke, das enthebt uns natürlich nicht der Forderung, uns als Landespolitiker in den

nächsten Jahren verstärkt für die kulturellen Angebote im Land einzusetzen, und dies können wir nur gemeinsam mit den Kommunen tun. Wenn heute solche besonderen Schlüsselwörter in der Gesellschaft Eingang gefunden haben wie High-Tech oder Technologietransfer, um nur zwei bedeutende zu nennen, so glaube ich, daß Kultur in diesem Bereich nicht an Bedeutung verliert, sondern lebensnotwendiger ist denn je. (C)

Welchen Stellenwert die Kultur im Bereich des Landeshaushalts, der Landtagsfraktionen, aber auch natürlich der Landesregierung bekommen hat, wird ja an dieser Steigerung - Herr Dr. Gerritz hat darauf hingewiesen - von rund 8 Prozent deutlich. Die Landesregierung hat - dankenswerterweise, meine ich, Frau Matthäus - diesmal im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen - Sie sprachen vom Kabinett - einige Prioritäten von vornherein erkannt und von daher gleich im Vorfeld Defizite abzubauen versucht. Darüber haben wir uns sehr gefreut.

Wir freuen uns auch darüber, daß Bibliotheken mit 1 Million DM zusätzlich und Theater und Orchester mit zusätzlich 1,5 Millionen DM gefördert werden können. Dies sind Leistungen, die aus dem gemeinsamen Antrag von SPD und CDU des Vorjahres resultieren. Ich glaube, daß gerade das Kulturangebot dieser beiden Sparten, die ich genannt habe, für die Bürger besonders wichtig ist. Denn hier wirkt Kultur sehr stark in die Fläche hinein und hat eine große Ausstrahlung. (D)

Lassen Sie mich mit wenigen Sätzen noch einige Bemerkungen zur Landeskulturpolitik machen! Sie wissen, daß wir seit Jahren, seitdem wir diesen Kulturausschuß haben, den Versuch unternehmen, dem Land und damit einer landeseigenen Kulturpolitik Profil zu geben. Ich denke, daß wir da ein Stück vorangekommen sind. Als Beleg dafür möchte ich anführen, daß wir in wenigen Tagen ein Glanzstück und einen Höhepunkt dieser Kulturpolitik einweihen können, nämlich das neue Museum hier in Düsseldorf, unsere Landesgalerie. Ich meine: 8,2 Millionen DM allein in diesem Haushalt 1986 machen deutlich, welchen Stellenwert dieses Landesmuseum für uns hat. Darüber sind wir sehr froh, und ich bin davon überzeugt, daß dieses Museum eine Ausstrahlung weit über die Grenzen unseres Landes und über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus haben wird. Und ich meine, es ist wichtig festzuhalten, daß nordrhein-westfälische Kulturpolitik gut daran tut, auch solche Höhepunkte zu haben, die solche Ausstrahlungen bewirken können.

(Böcker (SPD))

- (A) In diesem Zusammenhang begrüßt es die SPD-Fraktion außerordentlich, daß der Kulturaustausch mit der DDR in Gang kommt. Wir sind froh darüber, daß in Kürze das Kulturabkommen zwischen dem Bund und der DDR unterzeichnet wird. Der Herr Kultusminister ist ja kürzlich mit dem Düsseldorfer Schauspielhaus in der DDR gewesen. Wir würden uns vorstellen, daß dieser Austausch in Zukunft auch weiter auf die unteren Ebenen heruntergezogen werden könnte, und ich könnte mir vorstellen, daß eines Tages auch eine Gastspielreise eines unserer Landestheater in der DDR möglich sein sollte. Ich hoffe, daß der Kultusminister mit uns gemeinsam in diesem Sinne an diesen Möglichkeiten arbeiten wird.

Ich will noch kurz einige Bemerkungen machen, die mir wichtig erscheinen. Stichwort: Kultursekretariate - Drehscheibe für Kultur. Die Entwicklung hat sich sehr positiv gestaltet. Ich darf daran erinnern, daß Gütersloh bereits eine Warteliste hat. Wir wollen das Sekretariat Gütersloh im Haushalt 1986 mit zusätzlichen 100 000 DM fördern, so daß es das erfüllen kann, was seine Aufgabe ist, nämlich die Kulturarbeit im ländlichen Raum und in den kreisangehörigen Städten zu aktivieren.

Ein kleiner, aber nicht minder wichtiger Posten ist, daß wir jetzt im Lande Nordrhein-Westfalen über drei Literaturbüros verfügen. Wir haben das erste Mal - und das ist doch wichtig - eine eigene Haushaltsposition mit 225 000 DM. Ich denke, daß diese Literaturbüros eine enorme Bedeutung für die Literaturszene in Nordrhein-Westfalen haben. So geben wir auch gern einen Zuschuß für das Westdeutsche Autorentreffen, um mit diesem Geld auch Druckkostenzuschüsse für Erstpublikationen zu ermöglichen.

Lassen Sie mich diese bunte Palette der Kulturaktivitäten und dessen, was wir fördern, mit einer kleinen Replik auf die Einschätzung der Archive schließen. Herr Dr. Gerritz wies darauf hin: Wie schrecklich wäre es, wenn man das Archivgut, das in zunehmendem Maße anfällt, nicht mehr lagern könnte und vernichten müßte.

Ich bin sehr stolz und sehr glücklich darüber, daß wir eine Haushaltsposition für die Erweiterung unseres Staatsarchivs in Detmold geschaffen haben. Es sollen dafür Planungskosten eingesetzt werden. Ich denke, Archive haben eine wichtige Funktion im Kulturbereich. Wir haben einen ersten wichtigen Schritt getan.

Ich denke, wir können uns mit unserer Arbeit sehen lassen. Wir sind sehr froh, daß die

Fraktionen dieses Hauses insgesamt der Kulturarbeit und den Finanzierungsmöglichkeiten zugestimmt haben. (C)

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Jetzt ist der Sport an der Reihe, und ich darf zunächst Herrn Abg. Herder von der Fraktion der SPD das Wort erteilen. Bitte sehr!

Herder (SPD): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man so spät spricht und im Grunde keiner mehr zuhören will - -

(Zuruf von der CDU: Doch!)

- Na gut, aber wenn ich mir das so ansehe - -

(Nagel (CDU): Die anderen sind in der Kirche!)

- Das sollte keine Kritik sein, aber es ist bei einigen eine gewisse Ermüdungserscheinung zu erkennen.

Ich muß auf einen österreichischen Schlagertitel zurückgreifen, der so schön "Es lebe der Sport, er macht hart" heißt. Ich glaube, daß man hier sicherlich hart sein muß, wenn man das alles durchstehen soll.

Der Ministerpräsident empfiehlt uns ja immer: Tut Gutes und redet darüber. (D)

(Elfring (CDU): Jetzt wissen wir es!)

Da wir glauben, an einigen Stellen Gutes zu tun, wollen wir zu dieser späten Stunde zum Sport noch etwas sagen.

(Grätz (SPD): An vielen Stellen!)

- Na gut.

Im Leben der Menschen unseres Landes spielt der Sport eine ganz besondere Rolle. Dies sieht man nicht nur an den Wochenenden, wenn Hunderttausende in die Stadien strömen; dies sieht man sicherlich auch an den 4 Millionen Sportlern in unseren Vereinen und an den vielen Sporttreibenden, die nicht in Vereinen sind. Sport ist also ein Stück aktive Freizeitgestaltung.

Mit der Erhöhung des Gesundheitsbewußtseins wird auch der Sport weiter an Bedeutung gewinnen. Ihm kommt daneben ein besonderer pädagogischer und gesellschaftlicher Wert bei der Gesundheitsvorsorge, bei der Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen

(Herder (SPD))

- (A) und bei der Erholung zu. In einer Gesellschaft, in der die Freizeit einen immer größer werdenden Stellenwert besitzt, ist es Aufgabe der Sportpolitik des Landes, alle Möglichkeiten für eine aktive und sportliche Betätigung für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen zu sichern und diese Möglichkeit weiterzuentwickeln.

Die Sportförderung ist somit eine öffentliche Aufgabe. Sie geschieht vermittelt von Schulen, Hochschulen, mittels der Kommunen, und sie geschieht vor allem und im besonderen durch die Sportvereine.

Der Grundsatz "Sport für alle" spiegelt sich im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung wider. Die Mittel für den Sport verteilen sich dabei im wesentlichen auf zwei Bereiche, nämlich auf die Gelder für den Sportstättenbau und die allgemeine Förderung der Vereine und Verbände. Hinzu kommen - das sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben - die erheblichen Mittel aus den Sportwettenerlösen. So konnte der Landessportbund allein 1984 daraus über 43 Millionen DM für seine Arbeit einsetzen.

- (B) Die SPD-Fraktion hat sich die Beratungen um den Sporthaushalt nicht leicht gemacht. Auch in unseren Reihen waren die Erwartungen zunächst höher geschraubt. Aber auch wir Sportvertreter haben sehen müssen, daß nicht alles Wünschenswerte machbar und vor allem finanzierbar ist. Immerhin - und ich sage dies nicht resignierend - ist es uns gelungen, in den Beratungen den Haushaltsansatz um 13 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen und um 1,1 Millionen DM Barmittel zu erhöhen. Das ist aus unserer Sicht ein erheblicher Betrag. Ein Blick auf die einzelnen Haushaltstitel zeigt, wo nach unserer Auffassung die Schwerpunkte liegen.

Die Zuweisungen an die Gemeinden für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten wurden um 1 Million DM auf insgesamt 19 Millionen DM aufgestockt. Im Hinblick auf das zu erwartende große Auftragsvolumen sind wir darüber hinaus der Auffassung gewesen, die Verpflichtungsermächtigungen um 100 % auf jetzt 20 Millionen DM zu erhöhen; ein, wie ich meine, bemerkenswertes Ergebnis in dieser Haushaltssituation. Es zeigt doch, daß wir gerade den Gemeinden die Aufgabe der Sportförderung finanziell erleichtern. Im übrigen sind die Effekte für die Baukonjunktur nicht zu unterschätzen. Die SPD-Fraktion verfolgt mit einer solchen Politik ein Stück Verstetigung und Planungssicherheit im Sportstättenbau.

Auch der Sportstättenbau durch Vereine wurde durch die Erhöhung der Verpflichtungs-

ermächtigungen auf 7 Millionen DM gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz besser ausgestattet. Die Zuschüsse für überregional bedeutsame Sportstätten belaufen sich weiterhin auf 2 Millionen DM jährlich; aber 1 Million DM für Verpflichtungsermächtigungen ist hinzugekommen.

(C)

Im Sportausschuß des Landtages hat die CDU unseren Einzelanträgen zum Bereich des Baus, der Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten zugestimmt. Allerdings versagte sie bei der Endabstimmung über die Beratung des Sportausschusses den Ergebnissen ihre Zustimmung; ein, wie ich meine, etwas inkonsequentes Verhalten. Aber es gehört ja zum Ritual einer Opposition, daß sie sich so verhält.

Die Förderung des Sports findet neben der Förderung des Sportstättenbaus auch in den allgemeinen Fördermitteln für die Vereine und Verbände ihren Ausdruck.

Ich möchte hierbei zwei Stichworte herausgreifen. Zum einen haben wir erstmalig dem Landessportbund Nordrhein-Westfalen 250 000 DM zur gezielten Talentsuche zur Verfügung gestellt. Wir erhoffen uns davon eine Verstärkung und zahlenmäßige Vergrößerung des Nachwuchses.

Das zweite sind die Zuschüsse zur Förderung der Übungsarbeit in den Sportvereinen. Dieses Thema wird oft und heiß diskutiert. Der Landeshaushalt sieht für Übungsleiter der Vereine insgesamt 19 Millionen DM vor. Wir konnten bei dieser Haushaltssituation diesen Ansatz leider nicht erhöhen, obgleich die CDU es beantragt hatte. Mit den Sportvereinen sind wir allerdings gemeinsam der Auffassung, daß mit einem Anwachsen der Mitgliederzahlen in den Sportvereinen die Übungsleiterzuschüsse in Zukunft entsprechend angehoben werden müssen.

(D)

In diesem Zusammenhang gilt mein besonderes Lob der Arbeit der vielen Trainer und Übungsleiter in den Sportvereinen. Ich weiß, daß deren Engagement und Einsatz für die Sache des Sports durch Finanzmittel allein nicht abgegolten werden kann. Das ehrenamtliche Element in den Vereinen wird auch in Zukunft die entscheidende Hauptstütze der Sportförderung bleiben.

Die Deutsche Sporthochschule in Köln leistet für den Bereich des Sports, die Ausbildung von Sportlehrern, die Sportwissenschaft und die Forschung Hervorragendes. Sie ist damit in der Bundesrepublik, aber auch über die Grenzen Deutschlands hinaus beispielgebend. Die SPD-Fraktion sieht in diesem Zusammen-

(Herder (SPD))

- (A) hang die dringende Notwendigkeit für die Errichtung einer zentralen Bibliothek der Deutschen Sporthochschule. Auf Antrag der SPD-Fraktion sind dann im Haus des Wissenschaftsministeriums 100 000 DM Planungsmittel für 1986 zur Verfügung gestellt. Die Raumnot und die mangelnde Möglichkeit, das hervorragende wissenschaftliche Material der Bibliothek adäquat zu nutzen und allen zugänglich zu machen, rechtfertigen nach Ansicht der SPD einen baldigen Neubau einer zentralen Bibliothek. Mit der Bereitstellung der Planungsmittel ist ein erster Schritt in diese Richtung vollzogen.

Nordrhein-Westfalen ist für die sportlichen Großveranstaltungen hervorragend geeignet. In Nordrhein-Westfalen sind die baulichen und die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Ausrichtung von nationalen, aber auch internationalen Sportbegegnungen und Wettkämpfen ideal. Die SPD appelliert an die Sportverbände, mehr Meisterschaften, sportliche Großveranstaltungen und internationale Begegnungen in Nordrhein-Westfalen zu veranstalten. In diesem Haushalt sind erhebliche Mittel für die Förderung solcher Veranstaltungen eingesetzt. Wir fordern die Sportverbände auf: Kommen Sie in verstärktem Maße in unser Land. Die hohen Besucherzahlen bei sportlichen Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen und die Sportbegeisterung der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande werden ein passender Rahmen sein.

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben sicherlich viel für den Sport erreicht. Auf diesem Wege werden wir weitergehen und versuchen, neue Probleme zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Vielen Dank! - Jetzt spricht für die Fraktion der CDU Herr Abg. Kuckart. Ich erteile ihm das Wort.

Kuckart (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was die grundsätzlichen Ausführungen von Herrn Herder angeht, kann ich ihnen nur voll zustimmen. Wir haben die erfreuliche Tatsache, daß im Sportausschuß in den verbalen Ausführungen in der Einstellung zum Sport Übereinstimmung und weitgehender Konsens besteht. Ich würde auch begrüßen, wenn das in der Zukunft so bliebe.

Ich kann auch dem Ministerpräsidenten dieses Landes zustimmen, wenn er anlässlich des 40jährigen Jubiläums des Sport-Informationsdienstes in Düsseldorf erklärt: "Wir müssen die soziale Offensive im Sport verstärken." Und ein zweiter Satz: "Sport gewinnt zunehmend soziale Funktionen." Beides kann ich nur voll und ganz unterstreichen.

(C) Die Frage, die sich daraus ergibt, ist: Was sagt der Landessportplan dazu, den dieser Ministerpräsident uns vorlegt?

Meine Damen und Herren, in der Kommunalpolitik habe ich gelernt, der Haushalt ist die in Zahlen gegossene Politik der Regierung. Hier kann man feststellen, daß zwischen Anspruch und Wirklichkeit große Lücken klaffen. Der Landessportplan verkümmert in der Tat immer mehr. Der Sport, Herr Herder, besitzt verbal zwar Priorität bei der SPD. Aber in der Tat gibt es diese Priorität in Ihrer Fraktion nicht mehr.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Dr. Gerritz hat beim Haushaltsplan der Kultur erklärt, daß 8 % im Kulturhaushalt mehr veranschlagt worden sind. Im Landessportplan wird immer weniger veranschlagt. Der Landessportplan nimmt also überproportional ab. Deshalb, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, droht die soziale Offensive im Sport, die wir gemeinsam tragen, zu scheitern. Wenn sie überhaupt noch überlebt in diesen Jahren, dann überlebt sie aufgrund der ehrenamtlichen Mitarbeiter in den Sportvereinen, die trotz der Schwierigkeiten bereit sind, diese soziale Offensive weiter zu tragen. Das Land Nordrhein-Westfalen läßt die Sportvereine, mit denen es partnerschaftlich diese Offensive betreiben will, immer mehr im Stich. Ich will es auch begründen.

(D) Die Vergütung der Übungsleiter betrug 1980 22 Millionen DM. Wir hatten 1980 im Landessportbund 3,3 Millionen Mitglieder. Wir hatten 1980 45 000 Übungsleiter. Die Vergütung für Übungsleiter beträgt 1985 19 Millionen DM, 3 Millionen DM weniger. Wir haben aber im Landessportbund 4 Millionen Mitglieder, also 700 000 Mitglieder mehr, und wir haben 55 000 Übungsleiter, das heißt 10 000 Übungsleiter mehr. Hieran wird erkennbar, daß das Land Nordrhein-Westfalen nicht angemessen die Übungsleitervergütung angehoben hat. Wir waren uns einig darüber, mindestens 30 % sollte das Land übernehmen. Wir liegen heute unter 20 %. Hier liegt das Problem der sozialen Offensive, daß sich das Land Nordrhein-Westfalen, diese Regierung, immer mehr auf Raten aus dieser sozialen Offensive zurückzieht und damit aus seiner Verantwortung für diese soziale Offensive.

Wir haben eine Erhöhung beantragt, nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in all den Jahren. Wir haben sie beantragt und dazu auch Deckungsvorschläge gemacht. Sagen Sie nicht, die seien unsolide gewesen. Die Deckungsvorschläge waren solide. Ich habe

(Kuckart (CDU))

(A) auch den Eindruck - lassen Sie mich das sagen -, daß die Kollegen der SPD und auch der F.D.P. im Sportausschuß der gleichen Meinung sind, daß sie es im Grundsatz viel lieber sähen, wenn in diesem Bereich mehr getan würde. Aber sie haben sich in ihren Fraktionen nicht durchsetzen können. Wir haben ja nicht nur die Erhöhung der Übungsleitervergütung beantragt. Wir haben im Landtag - und ich bin der SPD- und der F.D.P.-Fraktion dankbar, daß sie mitziehen - einen Antrag zur Vereinsbesteuerung eingebracht.

(Rohe (SPD): Was hat denn der Bundestag beschlossen?)

- Herr Rohe, die Vereine sind ja gezwungen, durch eigene Einnahmen die ausbleibenden Einnahmen des Landes zu ersetzen, um die von uns so hochgelobte soziale Offensive fortzuführen. Das ist das Problem, und wir hoffen, daß wir dabei behilflich sein können.

Lassen Sie mich noch ein drittes sagen. Ich habe zwar zwischen den Zeilen gehört, daß die SPD-Fraktion durchaus bereit sein wird, die Vereinbarungen "Spiel 77", "Glückspirale" usw. zu verlängern. Aber ich habe den Eindruck, Herr Kultusminister, daß Sie nicht bereit sind, das ohne Wenn und Aber zu tun, und das würde ich außerordentlich bedauern. Sie können nicht den Wert der freien Ausübung des Sportes betonen, den Sport aber durch Finanzmittel dann zwingen, bei einer gewissen Aufgabe in eine gewisse Richtung zu gehen. Ich habe die herzliche Bitte an Sie im Interesse der Partnerschaft, die ja zwischen Landessportbund und Land besteht, daß diese Vereinbarung ohne Wenn und Aber verlängert wird. Ich bin davon überzeugt, daß der Landessportbund bereit sein wird, mit uns gemeinsam, mit Regierung und Parlament, vor allen Dingen mit dem Sportausschuß, eine vernünftige Richtung und Linie in der Zukunft weiter zu vertreten.

(B)

Dann ist gesagt worden, Sport ist zum sozialen Handeln geworden. Die Sportjugend hat ja etwas getan. Sie hat Sport mit jugendlichen Arbeitslosen, Sport mit jugendlichen Aussiedlern, Sport in Heimen veranlaßt. Sie will das auch weiterführen. Bloß bekommt sie nicht das Geld dafür. Sie braucht neben dem persönlichen Einsatz auch Geld, um diese Maßnahmen durchzuführen. Hier ist nichts mehr geschehen.

Wenn uns also die Randgruppen der Gesellschaft so wichtig sind - sie sollten uns wichtig sein; darin sind wir mit Ihnen einig -, dann muß man auch bereit sein, dafür etwas zu tun. Hier hätte man mit

geringfügigen Mitteln in der Tat eine Menge erreichen können. Ich bedaure also, daß die Mittel der Sportjugend für diese wichtigen Maßnahmen im Bereich der Randgruppen nicht erhöht worden sind, obwohl man sie beantragt hat und ursprünglich auch die Bereitschaft, sie zu bewilligen, vorhanden war.

(C)

Lassen Sie mich ein Weiteres sagen. Ein trauriges Kapitel ist der Sportstättenbau. Das hat der Herr Staatssekretär im Sportausschuß auch selbst erklärt. Die Mittel für den Sportstättenbau sind seit 1980/81 um zwei Drittel heruntergegangen. Wir haben nur noch ein Drittel der ursprünglichen Mittel, noch knapp 70 Millionen DM. Durch Ihre Anträge und durch die Verpflichtungsermächtigung sind sie jetzt etwas erhöht worden. Das ist also ein noch wesentlich größeres Problem.

Wenn die soziale Offensive weitergehen soll - wir sind davon überzeugt, daß sie notwendig ist, nicht nur wegen der Freizeit, sondern auch wegen der Gesundheit, aus jugendpflegerischen Gründen -, dann müssen auch die Sportstätten da sein. Es bedeutet den Tod der sozialen Offensive, wenn wir nicht mehr in der Lage sind, in ausreichendem Maße Sportstätten anzubieten.

Deshalb, Herr Minister, meine Damen und Herren von der SPD, müssen wir hier etwas tun; denn im Bereich der Sportstätten ist der Bedarf vorhanden. Wir haben andere Bereiche in unserem Lande, wo der Bedarf nicht vorhanden ist, wo er erst geweckt werden müßte. In meinem Wahlkreis mußten zum Beispiel Beamte des Kultusministeriums bei der Kreisverwaltung erst vorstellig werden, um den Bedarf für eine Gesamtschule zu wecken. Bei uns ist keiner auf diesen Gedanken gekommen.

(D)

(Minister Schwier: Soziale Offensive!)

- Ich will es nur sagen. Der Bedarf an Sportstätten ist vorhanden. Wir sind aber nicht in der Lage, diesen Bedarf zu decken. Ich kann das nur bedauern.

Lassen Sie mich dazu nur zwei Punkte anführen. Wir regen darüber hinaus an, uns im Sportausschuß Gedanken darüber zu machen, wie wir die Hallenbäder freizeitgerechter ausgestalten. Wir denken an ein Sonderprogramm zum Anreiz der Kommunen; diese erzielen ja hohe Defizite dort. Wir haben den "Treffpunkt Bad" sehr erfolgreich durchgeführt. Mit entsprechenden Mitteln könnten die Hallenbäder freizeitgerechter ausgestattet werden. Dann erzielen sie einen höheren Besuch, und die Kommunen hätten ein geringeres Defizit. Es wäre, glaube ich, wert, dort anzusetzen und dafür in Zukunft auch Mittel bereitzustellen.

(Kuckart (CDU))

- (A) Lassen Sie mich eine weitere Anregung geben. Wenn wir in den kommenden Jahren schon nicht in der Lage sind, genügend Sportstätten und Sporthallen zur Verfügung zu stellen - es gibt doch Sportarten, die nicht unbedingt in einer Sporthalle durchgeführt werden müssen. Für Gymnastik, Jazzgymnastik oder Tischtennis brauchen Sie - nur als Beispiel - nicht unbedingt eine Sporthalle. Wäre es nicht möglich, in öffentlichen Gebäuden Räume zur Verfügung zu stellen, um dort derartige Sportarten durchzuführen? Dies ist nicht mein Vorschlag gewesen.

Es hat einmal jemand gesagt, man sollte überlegen, ob die Aulen, die in allen Schulen die meiste Zeit des Jahres leerstehen, nicht durch geringfügige Mittel in Mehrzweckräume umgestaltet werden können, um dort Gymnastik, Tanz, Tischtennis usw. durchzuführen. Auch darüber sollten wir sprechen, wenn wir die soziale Offensive im Sport vorantreiben wollen.

Herr Herder, ich bin sehr erfreut darüber, daß die 100 000 DM für die Bibliothek der Deutschen Sporthochschule zur Verfügung stehen. Wir haben einmal gesagt, wir könnten Sie nur moralisch unterstützen. Unsere Moral hätte auch für eine Million ausgereicht. Wir sind aber froh darüber, daß zumindest 100 000 DM eingesetzt worden sind, so daß wir damit die Notwendigkeit dieser Bibliothek anerkannt haben. Ich hoffe, es wird in den kommenden Jahren möglich sein, die Mittel zum Bau der Bibliothek zur Verfügung zu stellen.

(B)

Wir haben in einigen Monaten das Hearing "Sport und Gesundheit". Ich habe in alten Protokollen nachgesehen, daß alle Fraktionen des Landtages dieses Hearing schon 1979 vorgesehen hatten. Es hat bloß nicht stattgefunden. Es findet jetzt statt. Ich begrüße das.

Nur, meine Damen und Herren von der SPD, wenn wir über Sport und Gesundheit sprechen, ist es nahezu schizophren, daß Sie 1983 die Mittel für Gesundheitsvorsorge gestrichen haben und daß Sie jetzt nicht in der Lage sind, die notwendigen Mittel für die sportmedizinische Untersuchung der D-Kader zur Verfügung zu stellen. Das müßte doch möglich sein. Wenn wir schon über Sport und Gesundheit sprechen, müßten zumindest in den Bereichen,

(Zuruf des Abg. Rohe (SPD))

die wir bisher schon bedient haben, die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, um auch dort etwas für die Gesundheit der Sportler zu tun.

(C) Lassen Sie mich abschließend einen Punkt nicht vergessen: das Deutsche Sportmuseum. Ich kenne nicht den neuesten Stand der Entwicklung. Ich habe aber den Eindruck: Wenn wir noch länger zögern und wenn wir als Land Nordrhein-Westfalen nicht bereit sind, hierfür einzuspringen, dann wandert das Deutsche Sportmuseum nach Berlin oder nach München ab. Denn beide Städte bewerben sich darum. Es muß also unser Interesse sein, daß dieses Deutsche Sportmuseum nach Köln kommt;

(Zustimmung der Abg. Frau Robels (CDU))

denn dort sind bereits Voraussetzungen dafür geschaffen worden. Ich habe gehört, es läge bisher am Land Nordrhein-Westfalen. Ich bitte also dringend darum, im Interesse unseres Landes dafür zu sorgen, daß auch das Land Nordrhein-Westfalen die Voraussetzungen dafür schafft, daß das Sportmuseum nach Köln kommt.

Ein letztes Wort noch. Herr Rohe, die CDU-Fraktion ist Ihnen dankbar dafür, daß wir im kommenden Jahr über die Situation im Behindertensport sprechen werden. Wir tun uns, glaube ich, im Bereich des Behindertensports alle schwer, weil wir davon so ganz unmitelbar einfach nicht betroffen sind. Ich meine aber, daß wir über den Behindertensport diskutieren sollten. Wir sollten vor allem über eines diskutieren. Der Behindertensport läuft Gefahr, vom Vereinssport zur Profession zu werden mit der Folge, daß man die Behinderten aus den Vereinen herausnimmt und sie irgendwelchen Kliniken oder anderen Maßnahmen angliedert. Diese Gefahr ist sehr groß. Wenn Sie das Protokoll über das Hearing im Deutschen Bundestag darüber nachlesen, werden Sie diese Gefahr erkennen.

(D)

Wir sollten also alles daran setzen - auch aus Kostengründen -, daß, soweit wie nur eben möglich, die Behinderten-Sportvereine diese Aufgabe übernehmen. Ich hoffe, daß wir bei Ihnen dafür die Unterstützung finden.

Wenn die CDU-Fraktion dem Landessportplan nicht zustimmt, meine Damen und Herren, dann nicht nur mangels Masse, sondern auch mangels Perspektive.

(Beifall bei der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 05 liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung. Die Abstimmung findet, wie besprochen, morgen statt.

(Frau Vizepräsident Friebe)

(A) Ich rufe jetzt auf:

Einzelplan 06: Minister für Wissenschaft und Forschung

Auch hier verweise ich auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/726.

Mit Drucksache 10/800 liegt Ihnen ein Änderungsantrag zu diesem Einzelplan vor.

Ich eröffne die Beratung in zweiter Lesung und darf jetzt Herrn Abg. Dr. Rödding von der Fraktion der CDU das Wort erteilen.

Dr. Rödding (CDU): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es spät geworden ist und die meisten nach Hause wollen, wenn auch ich lieber mit Herrn Kniola Skat spielen würde, dann ist die Wissenschaftspolitik an der Reihe. Wir haben natürlich die ungeheure Befriedigung, daß wir das Protokoll vervollständigen und am Ende alles lesen können; aber ich würde doch eigentlich bitten, daß die geheime Regie, die hinter diesem Unternehmen waltet, vielleicht einmal dafür sorgt, daß in einem Jahr - vielleicht im nächsten - über die Wissenschaftspolitik zu einer anderen Stunde verhandelt wird.

(Allgemeine Zustimmung)

Nun, meine Damen und Herren: Der Haushaltsplan liegt uns vor, und im Haushaltsplan erscheint die ganze Politik im Spiegel der Zahlen. Darum steht auch das Ganze zur Debatte und nicht nur die Finanzierung.

(B)

Über Einzelheiten können wir uns natürlich immer wieder leicht verständigen. Natürlich kann man darüber reden, ob von rund 50 000 Stellen im Wissenschaftshaushalt die eine oder andere oder 10 oder 20 oder 50 oder 100 irgendwie an andere Stellen verschoben werden sollen. Und es ist auch möglich, an einer Stelle eine Summe zu streichen und an einer anderen Stelle eine hinzuzufügen.

Solche geringfügigen Veränderungen mag die Regierungspartei im wesentlichen mit der Regierung zusammen verantworten. Selbstverständlich werden wir im Einzelfall auch zustimmen, wenn uns die Sache einigermaßen einleuchtet, so wie es uns eingeleuchtet hat, daß die Bezüge der Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen angehoben werden müssen. Ich finde es sogar beschämend, daß es erst eines Drucks von außen bedurfte, um uns - vor allem die Regierung - darauf hinzuweisen.

(Zustimmung bei der CDU)

Einleuchtend war es auch, daß wir der Studentenschaft Mittel gestrichen haben, die ja ohnehin hohe Einnahmen aus Zwangsbeiträgen hat, Beiträge, aus denen kulturelle Arbeit bezahlt werden soll - alles einleuchtende kleine Sachen.

(C)

Wenn wir in solchen Fällen zugestimmt haben, meine Damen und Herren, dann bedeutet das allerdings nicht, daß wir das ganze System der Wissenschaftsfinanzierung in Nordrhein-Westfalen mit abdecken und dafür in Anspruch genommen werden könnten; denn hier melden wir entschiedenen Widerspruch an. Ich kann das auf eine sehr einfache Formel bringen: Dieser Haushalt ist nicht sparsam genug und löst mit seinen hohen Summen dennoch nicht die entscheidenden Probleme, die vor uns stehen.

Lassen Sie mich zunächst ein Wort zur Sparsamkeit sagen! Es gibt doch eine allgemeine Weisheit, der sich allerdings die Regierenden und die Bürokraten im allgemeinen verschließen. Die Weisheit heißt: Die Menschen sind doch dann am tugendhaftesten, wenn ihre Tugend in ihrem eigenen Interesse liegt. Und so sind die Menschen auch dann am sparsamsten - und übrigens auch am fleißigsten und am schöpferischsten -, wenn die Sparsamkeit in ihrem eigenen Interesse liegt. Man kann ja über die Schlechtigkeit der Welt klagen und sagen, daß das doch eigentlich gar nicht so sein dürfe, wie es nun einmal ist, nämlich daß die meisten Menschen interessegebunden handeln; nur: Das hilft uns nichts.

(D)

Wer Realpolitik machen will, stellt das in Rechnung. Und wer den Haushalt sanieren will, der muß ja wohl Realpolitik machen, und das heißt: Er muß die Beteiligten dahin bringen, daß sie aus eigenem Interesse sparen, nicht weil es zentral verordnet ist. Das bedeutet also in unserem Falle, meine Damen und Herren: Wenn ein Professor, ein Rektor, ein Kanzler, ein Senat, ja, wenn eine ganze Hochschule weiß, wofür sie sparen soll und daß ihr das ersparte Geld nicht wieder weggenommen wird, sondern daß sie es für zwingend notwendige Investitionen verwenden darf, dann wird wirklich gespart!

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn man aber weiß, daß das Ersparte in einen großen Topf fließt, den man nicht kennt und der anonym ist, dann wird eben nicht gespart. Und ich sage Ihnen voraus, meine Damen und Herren, daß das Geld im laufenden Haushaltsjahr noch früher ausgegeben sein wird als in diesem, weil ja alle damit rechnen, daß die berühmte Haushalts-

(Dr. Rödding (CDU))

- (A) sperre zwei bis drei Wochen früher als im vorigen Jahr verfügt werden wird.

Das heißt also im Klartext: Die Hochschulen müssen ihre eingesparten Haushaltsmittel behalten können, für dringend benötigte Investitionen sparen können, für die wir dann möglicherweise nur reduzierte Mittel - oder vielleicht sogar überhaupt keine - im Landeshaushalt zur Verfügung stellen müssen. Um das zu ermöglichen, bedarf es für unsere Hochschulen einer besonderen Klausel in der Landeshaushaltsordnung.

Das gilt auch für das zweite: Das Finanzsystem der Hochschulen muß so geändert werden, daß sie ihre Einnahmen selbst behalten können.

(Zustimmung bei der CDU)

Ja, sie müssen geradezu gedrängt werden, sie müssen in Stand gesetzt werden, Einnahmen zu erzielen; sie müssen die Einnahmen suchen: in der Weiterbildung, in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, durch Vermietung von Räumen und Einrichtungen; man könnte hier noch vieles nennen.

Es wird nicht in jeder Fakultät alles gleich sein; aber mit Phantasie gäbe es doch eine Reihe von guten Möglichkeiten. Aber die Hochschulen werden sich nur dann um die Einnahmen bemühen, wenn sie am Ende ihr Geld auch behalten können, wenn sie es nicht abgeben müssen. Wenn sie es nicht für Investitionen im eigenen Bereich ausgeben können, dann werden sie sich eben um Einnahmen nicht bemühen.

(B)

Dazu müssen viele Haushaltstitel miteinander deckungsfähig gemacht werden. Das würde nicht nur der Selbstverwaltung der Hochschulen viel mehr entsprechen und ihr dienen; nein, meine Damen und Herren, dann würden in den Hochschulen die Prioritäten selbst gesetzt. Ganz gewiß würde das im Zusammenhang mit all den anderen Maßnahmen auch der Sparsamkeit dienen.

Meine Damen und Herren! Dagegen wird gelegentlich eingewandt, daß wir uns als Parlament der Gestaltungsfähigkeit des Haushalts begäben, wenn wir solche Prinzipien einführen würden. Aber ich frage: Was ist das denn für eine Gestaltung von Wissenschaftspolitik, wenn wir hier eine BAT-III-Stelle streichen und dort eine C-2-Stelle oder C-3-Stelle hinzufügen, möglicherweise weil gerade ein örtlicher Abgeordneter von seiner Hochschule den entsprechenden Druck bekommen hat! Oder ist das vielleicht Gestaltung von Wissenschaftspolitik, wenn wir

Stellen für das Aachener Klinikum bewilligen, die ohnehin errichtet werden müssen, weil das Ganze sonst nicht funktionieren würde? (C)

Nein, meine Damen und Herren! Wissenschaftspolitik ist etwas anderes. Da geht es nämlich darum, vor diesem Hause zu verantworten und zu vertreten, für welche Fakultäten, für welche Studiengänge, für welche Forschungsschwerpunkte wir die hohen Summen ausgeben wollen. Und es geht darum, was das Land für seine Hochschulen und für seine Forschungsstätten insgesamt auszugeben bereit ist.

Diese Fragen, die eigentlich politischen Fragen, werden ja gar nicht mehr gestellt. Es lohnt sich auch gar nicht, sie zu stellen, weil ja in diesem Lande durch eine jahrelange unsolide Haushaltspolitik alles festgelegt ist und wir für wahre Gestaltung überhaupt keinen Spielraum mehr haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist ja unsere Misere. Wir werden erst dann wieder aus ihr herauskommen, wenn wir entscheidende Veränderungen in unserer Hochschulfinanzierung vornehmen, wenn wir in den Hochschulen das Interesse wecken, zum eigenen Vorteil zu sparen. Daß das nicht einfach ist, ist allen klar. Ich hoffe nur, daß das neue Hochschulrahmengesetz dazu beiträgt, Gremien zu schaffen, die auch in der Lage sind, entsprechende Entscheidungen an den Hochschulen zu fällen.

Nun zum zweiten: Weil der Haushalt nicht sparsam ist, ja weil die Landesregierung seit Jahren unsolide war, darum können höchst wichtige Aufgaben, die heute vor uns stehen, nicht gelöst werden - Aufgaben, die wir gerade im Bereich der Wissenschaftspolitik haben. Ich nenne an erster Stelle die Probleme des wissenschaftlichen Nachwuchses. Doch dazu haben wir einen Antrag gestellt, und darüber wird gleich noch kurz zu reden sein durch Herrn Kollegen Dr. Fischer. (D)

Ich will hier nur soviel sagen: Ganze Wissenschaftszweige, vor allem Geisteswissenschaften, werden ausbluten, Forschungslinien werden unterbrochen, wenn nicht junge Wissenschaftler in den Hochschulen bleiben können. Schade nur, daß Sie, meine Damen und Herren von der SPD, an dieser Stelle nicht mit uns zusammen eine hohe Priorität gesetzt haben! Leider gibt der Haushalt zu dieser Problematik keine einzige Antwort.

Er tut das auch nicht zu einer anderen Sache, in der wir Jahr für Jahr an Boden verlieren, nämlich bei der Anschaffung von Großgeräten. 1986 müßte nach Auskunft des

(Dr. Rödding (CDU))

- (A) Wissenschaftsrates in Nordrhein-Westfalen eigentlich doppelt soviel investiert werden, damit wir auf diesem Gebiete nicht hoffnungslos veralten. Obwohl in den Haushaltsplanberatungen - das erkenne ich ausdrücklich an - die Mittel noch einmal aufgestockt werden konnten, wird der Nachholbedarf immer größer.

Hinzu kommt, daß wir neue Forschungsgebiete erschließen müssen, für die neue Großgeräte erforderlich sind. Ich denke an die Vorhaben in Dortmund und an anderen Stellen. Investieren wir hier nichts, geraten wir in der Forschung immer mehr in Rückstand. Hier müßte doch der Haushaltsplan ein Konzept erkennen lassen, wie dieses Problem zumindest mittelfristig gelöst werden kann, damit wir nicht eines Tages bezüglich der Großgeräte hoffnungslos veralten und ins Hintertreffen kommen.

Leider stagnieren auch die Mittel für die Bibliotheken. Dabei soll zwar anerkannt werden, daß im Gefolge unserer Großen Anfrage in der letzten Legislaturperiode einiges geschehen ist; doch das Problem ist damit nicht gelöst. In vielen Fällen leiden die Bibliotheken auch darunter, daß wichtige Periodika nicht fortgesetzt werden können. Auch hierzu brauchen wir ein Konzept, das für das ganze Land tragfähig wäre. Wir vermissen es leider.

- (B) Darüber hinaus sind die frei verfügbaren Forschungsmittel wieder heruntergefahren worden. Damit geht wieder ein Stück des Spielraums verloren, den die Hochschulen haben müssen. Soll denn die Hochschulforschung, frage ich die Landesregierung, mehr und mehr zu außeruniversitären Forschungseinrichtungen abwandern?

Im übrigen - das darf ich an dieser Stelle sagen - muß ich es bedauern, daß der Finanzminister nicht imstande ist, eine allgemeine Übersicht über die Forschungsmittel vorzulegen,

(Zustimmung bei der CDU)

die insgesamt in unserem Lande ausgegeben werden, obwohl das Parlament beschlossen hat, daß dies geschehen soll.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Dann das vielleicht Wichtigste, meine Damen und Herren! Es geht um die Unsicherheit, die unsere Hochschulen befallen hat, weil sie nicht wissen, wie sie sich in Zukunft weiterentwickeln sollen. Dabei erinnere ich zunächst an das Gerücht, daß der Finanz-

minister 1 500 Stellen in den nächsten Jahren im Hochschulbereich einsparen wolle. Natürlich wurde das dementiert. Es wurde ja auch den Stellenkürzungen unseres Haushalts, die wir jetzt im Haushalt haben, zunächst widersprochen. Der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Kniola, hat ja nach außen erklärt, ich glaube, es war in der nordrhein-westfälische Rektorenkonferenz - ich weiß, er steht hinter mir; man soll den Feind allerdings nie im Rücken haben -, man werde diesen Stellenkürzungen in der Fraktion widersprechen und sie nicht mitmachen; man werde dafür sorgen, daß die Kürzungen wieder rückgängig gemacht würden, weil sie fachlichen Gesichtspunkten nicht standhielten. So ist mir jedenfalls berichtet worden. Und auch bei den Ausschußberatungen hat die Ministerin gesagt, daß sie weitere Kürzungen im Stellenbereich in den nächsten Jahren nicht verantworten könne. Aber weder hat sich die Ministerin beim Regierungsentwurf noch der wissenschaftspolitische Sprecher in seiner Fraktion gegenüber dem übermächtigen Finanzminister durchsetzen können. Das ging ja teilweise so weit, daß die Beamten des Finanzministers im Wissenschaftsausschuß das entscheidende Wort führten und die des Wissenschaftsministeriums nur noch staunend zuhörten, bis ich mir das schließlich verboten habe.

Meine Damen und Herren, hier wird offensichtlich ein tiefgreifender und grundlegender Konflikt in der SPD-Fraktion offenbar. Darum können wir auch die Stellenstreichungen dieses Jahres nicht als eine vergleichsweise geringe Maßnahme von marginaler Bedeutung ansehen: nur 0,5 % des Gesamtbestandes. Vielmehr handelt es sich nach unserer Auffassung um den Anfang eines umfassenden Reduktionsprozesses, den der Finanzminister nach den Erfahrungen der letzten Zeit vom Minister für Wissenschaft und Forschung erzwingen wird. Nach allen Erfahrungen der Vergangenheit wird das darüber hinaus noch nach dem Zufallsprinzip gemacht. Der Finanzminister liegt gewissermaßen auf der Lauer, um aufzupassen, wo eine Stelle frei wird, die er einkassieren kann.

Meine Damen und Herren, einem solchen Verfahren liegt kein Konzept zugrunde, obwohl die Hochschulgesetze dafür umfangreiche Planungsinstrumentarien vorgesehen haben. Es ist merkwürdig, daß die Partei, die am liebsten alles zentral planen würde, daran keinen Geschmack findet und davon keinen Gebrauch macht.

(Zuruf des Abg. Kniola (SPD))

Aber ich denke, das wird an anderer Stelle noch zu untersuchen sein, nämlich, wenn die

(C)

(D)

(Dr. Rödding (CDU))

- (A) Landesregierung auf unsere Große Anfrage geantwortet hat. - Hier aber gilt: Die gesamte Entwicklung der Wissenschaftspolitik in den letzten Jahren ist eine einzige Niederlage des Wissenschaftsministers gegenüber dem Finanzminister.

(Frau Robels (CDU): Sehr richtig!
- Zustimmung bei der CDU)

Dabei führt der inhaltliche Widerstand des Wissenschaftsministers, den wir ja anerkennen wollen, dahin, daß nach Zufall und nicht nach Konzept gehandelt wird. Das heißt, es wird nicht nach Kriterien und Maßstäben regiert, sondern das zusammengekratzt, was sich am Wege findet.

Daß sich der Finanzminister immer wieder durchzusetzen vermag - das gilt übrigens gegenüber dem Kultusminister in gleichem Maße -, zeigt, daß die Bildungspolitik in der SPD den Stellenwert verloren hat, den sie einst besaß.

(Kniola (SPD): Das stimmt doch nicht!)

Wenn sich die Landesregierung in den letzten 10 Jahren unter der gleichen Regierung entscheidend verändert hat, dann ist das hier der Fall.

Meine Damen und Herren, daß es hohe Priorität hat, den Landeshaushalt zu sanieren und den katastrophalen Schuldenstand zu verringern, um neue Gestaltungsspielräume zu gewinnen, wissen wir auch.

(B)

(Trinius (SPD): Ach!)

Nur müssen dazu die Kräfte mobilisiert werden, die heute in den Hochschulen schlummern. Das Interesse am Sparen muß geweckt werden. Und wenn gekürzt werden muß, dann muß das nach einem Konzept geschehen,

(Kniola (SPD): Richtig!)

das die Hochschulen möglichst selbst innerhalb eines Rahmens, der ihnen gesetzt werden muß, erarbeiten könnten und sollten.

(Kniola (SPD): Falsch! Wir sind gefordert! - Frau Robels (CDU): Nein!)

Dieser Rahmen muß für alle Beteiligten verläßlich sein.

So entspricht auch dieser Haushaltsplan nicht den Erfordernissen einer zukunftsweisenden Wissenschaftspolitik. Er verkennt die Chancen des Sparens. Meist regiert der Zufall.

(Zustimmung bei der CDU)

Das können wir nicht akzeptieren. Wir fordern Sie auf, Frau Ministerin Brunn, sich bei der Vorbereitung der nächsten Haushaltspläne nicht wieder durch den Finanzminister unterbuttern zu lassen, sondern sich durchzusetzen.

(C)

(Dr. Posdorf (CDU): Seien Sie mutig!)

Vielleicht schaffen Sie als Frau das, was Ihre Herren Vorgänger nicht geschafft haben.

(Frau Robels (CDU): Das wäre toll!)

Entscheiden Sie sich für ein realistisches Konzept mit klaren Prioritäten, vor allem aber definieren Sie einen eindeutigen Rahmen, der den finanziellen Spielräumen der Hochschulen Rechnung trägt. Dann versuchen Sie innerhalb dieses Rahmens alle gutwilligen Kräfte zu mobilisieren, die sich in den Hochschulen finden. Vor allem aber: Kämpfen Sie selbst um Ihren Spielraum in der Regierung.

(Zustimmung bei der CDU)

Sollten Sie nämlich da siegen, Frau Ministerin, dann haben Sie uns sogar auf Ihrer Seite.

(Beifall bei der CDU - Oh-Rufe bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Danke schön! - Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Abg. Retz; ich erteile ihm das Wort.

(D)

(Maedge (SPD): Ein guter Mann!)

Retz (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Rödding, bei allen guten Kommentierungen, schönen Formulierungen und guten Ratschlägen bleiben die konkreten Vorschläge dazu, wie das, was Sie in einem schönen Rahmen dargestellt haben, zu bewerkstelligen sein soll, außen vor.

(Zustimmung bei der SPD - Maedge (SPD): Wie immer! - Kniola (SPD): Völlig richtig! Die Faulheit obsiegt! - Dr. Rödding (CDU): Lassen Sie uns einmal an die Regierung, dann werden wir es schon zeigen! - Maedge (SPD): Um Gottes willen! - Kniola (SPD): Schreck, laß nach!)

Ich komme auf die Anträge, die zu Einzelplan 06 gestellt wurden, noch zurück.

Lassen Sie mich den Wissenschaftshaushalt zunächst im Gesamtrahmen darstellen. Der Einzelplan 06 des Ministers für Wissenschaft und Forschung umfaßt ein Gesamtvolumen von

(Retz (SPD))

- (A) über 5,5 Milliarden DM und weist damit nach der Auslagerung der Landeszentrale für politische Bildung erneut eine geringe Ausgabensteigerung auf.

Von der SPD-Fraktion wurden im Rahmen der Haushaltsberatungen im Ausschuß 23 Änderungsanträge eingebracht und zum überwiegenden Teil auch mit den Stimmen der Opposition beschlossen; das war sehr erfreulich.

(Dr. Rödding (CDU): Kleinkram!
- Kniola (SPD): Das soll Kleinkram sein?)

Unser Ziel war es auch, mit dem Einzelplan 06 einen Beitrag zur Konsolidierung des Gesamthaushalts zu leisten. Daher sind unsere Anträge zum überwiegenden Teil kostenneutral und haben lediglich eine Verschiebung der einzelnen Haushaltsansätze zur Folge.

(Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

Auch wenn die Wunschliste für den Mittelbedarf unserer Wissenschaftler an den Hochschulen unendlich scheinen, so stellt der Haushalt doch einen Finanzrahmen dar, mit dem die Hochschulen in unserem Lande bei sparsamer Haushaltsführung - das will ich auch eingestehen - den vielfältigen Aufgaben in Wissenschaft und Lehre gerecht werden können.

(Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

- (B) So wünschenswert einige zusätzliche Anmeldungen sind, bleibt letztlich der finanzpolitische Zwang, aus dem Möglichen die wichtigen Schwerpunkte zu fördern und an den Hochschulen entsprechend zu plazieren. Ich glaube, dies ist mit dem Gesamtansatz des Haushalts, aber auch mit den Änderungsanträgen der SPD zum Einzelplan 06 gelungen.

Lassen Sie mich trotz des leeren Hauses doch noch einige wichtige Punkte erwähnen. Es ist uns gelungen, für die Anschaffung von Großgeräten eine Aufstockung des Gesamtansatzes um 10,5 Millionen DM zu erreichen,

(Dr. Posdorf (CDU): Die Hälfte! Die andere kommt vom Bund!)

der 1985 bereits um 15 Millionen DM aufgestockt wurde und mittlerweile den stolzen Betrag von 48 Millionen DM umfaßt. Damit wird an den Hochschulen und Fachhochschulen unter anderem eine weitere Ausstattung mit Datenverarbeitungsgeräten möglich sein. Diese Ansatzserhöhung ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, der sich in den fol-

- genden Jahren verstärkt fortsetzen muß, um die Ausstattung unserer Hochschulen mit modernen Großgeräten auch zukünftig sicherzustellen. (C)

Im Aachener Klinikum, das Sie soeben auch angesprochen haben, werden bei steigender Auslastung im Bereich der Chirurgie, der Inneren Medizin sowie der Kinder- und Jugendpsychiatrie weitere 5 Professuren eingerichtet; damit kann der Strukturplan schneller verwirklicht werden, als ursprünglich vorgesehen war.

(Frau Robels (CDU): Das war aber auch Zeit!)

Auch an diesem Beispiel wird, wie ich glaube, deutlich, daß das Aachener Klinikum mit einem hervorragenden Ruf den Erwartungen in vollem Umfang gerecht geworden ist

(Zustimmung bei der SPD)

und daß die Gesamtinvestition trotz aller Unkenrufe und trotz aller Kritik gut angelegt ist.

Erfreulich sind ebenfalls die gemeinsamen Anstrengungen mit dem Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, an der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn eine neue Lehr- und Forschungsgruppe für umweltverträgliche Landwirtschaft einzurichten.

(Zustimmung bei der SPD - Kniola (SPD): Das ist beispielhaft!) (D)

Nachdem das landwirtschaftliche Gut vom Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft bereits zur Verfügung gestellt wurde, können durch Umwidmung von 15 Stellen die personellen Voraussetzungen für einen landwirtschaftlichen Lehr- und Versuchsbetrieb geschaffen werden.

Mit der konsequenten Umsetzung der Konzentrationsmaßnahmen können 1986 weitere 77 Stellen zur Förderung der Spitzenforschung und der Spitzentechnologie sowie zur Vervollständigung neuer Hochschulbereiche durchgeführt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

Damit gelingt es, zum Beispiel im Bereich der Informatik, der Biotechnologie, aber auch der Theaterwissenschaften eine zusätzliche Förderung zu erreichen. In den letzten drei Jahren wurden mit 161 Stellen an unseren Hochschulen aus diesem Programm neue Schwerpunkte gesetzt.

(Dr. Posdorf (CDU): Und 165 gestrichen.)

(Retz (SPD))

- (A) Im Bereich der Sozialforschungsstelle Dortmund sollen zu den vorhandenen 8 wissenschaftlichen Planstellen weitere 7 Dauerstellen für den wissenschaftlichen Dienst eingerichtet werden, die durch eine erfolgreiche Drittmittelinwerbung bereits heute voll finanziert werden.

Für den Bereich der Ingenieurwissenschaften in Duisburg werden 1986 Mittel in Höhe von 1 Million DM bereitgestellt, um mit dem Bau der Halle Süd beginnen zu können.

Besonders wichtig erschien uns die auch von Ihnen erwähnte Aufstockung der Vergütung für die Lehrbeauftragten an den Musikhochschulen des Landes. Mit einer Ansatzserhöhung von 1 Million DM gelingt uns eine 20%ige Anhebung der Honorarsätze, die seit 1981 unverändert waren.

(Frau Robels (CDU): Das war auch höchste Zeit!)

Ferner gelingt es uns durch zusätzliche Mittelbereitstellung, in Bochum, Düsseldorf, Siegen und Aachen weitere 38 Ausbildungsplätze für handwerkliche und technische Berufe einzurichten und damit letztlich insgesamt 5 560 berufliche Ausbildungsplätze an unseren Hochschulen zu schaffen, mit denen auch unsere Hochschulen einen beachtlichen Beitrag in diesem Bereich leisten.

- (B) Ein besonderes Anliegen, wenn auch mit einem bescheidenen Ansatz von nur 75 000 DM, war uns die deutsch-israelische Studentenbegegnung, die wir mit diesem Ansatz besonders fördern und unterstützen wollten.

Im Haushalt 1986 werden erstmalig zehn Planstellen der Besoldungsgruppe C 4 ohne Besoldungsaufwand ausgewiesen, mit denen in Nordrhein-Westfalen erstmals Stiftungsprofessuren eingerichtet werden können. Wie wir heute in der Presse lesen konnten, will der Stiftungsverband damit zusätzlich Nachwuchswissenschaftler fördern, und das kommt ja auch Ihrem Wunsch entgegen.

Für die Fachhochschule Niederrhein werden die Neubaumittel des Fachbereichs Textil- und Bekleidungstechnik aufgeteilt. Bei dem derzeitigen Ansatz können wir davon ausgehen, daß die notwendigen Mittel für den Baubeginn der Mensa in Mönchengladbach in diesem Jahr erbracht werden können.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat mit diesen Anträgen ergänzende Schwerpunkte gesetzt, die überwiegend mit der Zustimmung der Opposition beschlossen wurden.

(C) Die CDU-Fraktion hat während der Beratungen im Ausschuß einen einzigen Änderungsantrag mit einem Haushaltsansatz von 10 Millionen DM gestellt,

(Dr. Posdorf (CDU): Den Antrag!)

dem wir in der Sache auch gerne zustimmen würden. Im Rahmen des Fiebiger-Plans erkennen auch wir die Notwendigkeit zusätzlicher Professorenstellen für junge hochqualifizierte Wissenschaftler an, um eine verzerrte Altersstruktur in den nächsten Jahren zu verhindern;

(Dr. Posdorf (CDU): Aber?)

aber für diese Maßnahme fehlt uns leider der Deckungsvorschlag, den Ihr Fraktionsvorsitzender heute morgen schon angesprochen hat. Der ist im Ausschuß nicht erbracht worden.

Nach der großen Übereinstimmung in diesem Bereich könnte man eigentlich davon ausgehen, daß die Opposition dem Haushalt 06 zustimmen würde. Aber dem ist leider nicht so. Wir haben den Antrag 10/818 der CDU vorliegen, mit dem die CDU ihre Ablehnung begründet. Sie beschränkt sich bei Ihrer Begründung - auch das haben Sie hier eben vorgetragen, Herr Dr. Rödding - auf pauschale Kritik; aber es fehlen konkrete Lösungsvorschläge, wie das alles umgesetzt werden soll, was Sie wollen.

(D) Meine Damen und Herren der Opposition, wenn Sie bei einem Haushalt von über 5,5 Milliarden DM einen Änderungsvorschlag über rund 10 Millionen DM vortragen und damit nur auf ein Viertelprozent des gesamten Haushaltsansatzes Einfluß nehmen wollen, dann machen Sie sich mit dieser Ablehnung des Haushaltes 06 unglaublich. Wer sich die Oppositionsarbeit so einfach macht, wie Sie das hier tun, der trägt nicht zur politischen Gestaltung in unserem Land bei.

(Widerspruch bei der CDU - Beifall bei der SPD)

Sie haben hier gerade die zukunftssträchtigen Entscheidungen aus dem Wissenschaftsbereich angesprochen, und von daher wird das zusätzlich unverständlich.

Lassen Sie mich als Neuling in diesem Haus - der aber in der Kommunalpolitik, auch in der Opposition, immer konstruktive Mitarbeit geleistet hat - auch einmal sagen, daß ich von der destruktiven Arbeit, die Sie hier leisten, enttäuscht bin. Sie beschäftigen zwar mit Ihren Anfragen und auch mit den Darstellungen, wie sie hier eben vorgetragen wur-

(Retz (SPD))

- (A) den, einen großen Teil der Ministerien; aber Ihre konstruktiven Vorschläge stehen dazu in keinem Verhältnis.

(Widerspruch bei der CDU)

Trotzdem hoffe ich, daß Sie nach der Bundestagswahl 1987 zu einer sachlichen Mitarbeit und zu einer konstruktiven Opposition finden werden, meine Damen und Herren, damit wir gemeinsam in einem sachlichen Wettstreit für die Bürger in Nordrhein-Westfalen arbeiten können.

(Maedge (SPD): Sehr gut! - Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Dr. Fischer für die Fraktion der CDU das Wort.

Dr. Fischer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Retz, es wäre sehr reizvoll für mich, auf Ihre letzten polemischen Ausführungen einzugehen; aber die vorgerückte Stunde zwingt mich dazu, sogar von meinem Manuskript einiges zu streichen.

Herr Kollege Dr. Rödding hat unsere Ablehnung soeben sehr präzise und ausführlich begründet. Ich möchte noch einmal auf den Antrag der CDU-Fraktion eingehen, den die SPD leider ablehnen will. Als vor wenigen Wochen in einer Pressekonferenz die parlamentarische Initiative der CDU-Fraktion für den wissenschaftlichen Nachwuchs vorgestellt worden war, reagierte die nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin recht unwirsch. "Anke Brunn: Es wird sich bei den parlamentarischen Beratungen zeigen, wie ernst die CDU es mit ihrem Vorschlag gemeint hat." So die "Rheinische Post" vom 5. Februar dieses Jahres.

Nun, Frau Brunn, liegt der Antrag der CDU-Fraktion vor. Jeder in diesem Hause und draußen an den Universitäten weiß, daß unsere Sorge um den wissenschaftlichen Nachwuchs sehr ernst gemeint ist, und es hat sich im Ausschuß schon gezeigt, wie wenig ernst die Sorge der Landesregierung und der SPD-Fraktion ist.

Heute haben Sie die Chance, Frau Minister, Herr Ministerpräsident und Sie, meine Damen und Herren von der SPD, Ihre Versprechungen einzulösen. Der Ministerpräsident dieses Landes hat in seiner Regierungserklärung vom 10. Juni 1985 wörtlich gesagt: "Die Landesregierung wird den wissenschaftlichen Nachwuchs auch in Zukunft fördern und gemeinsam mit den Hochschulen landespolitische

Lösungen erarbeiten." Dieses Versprechen des Ministerpräsidenten wurde zwar von vielen mit Skepsis aufgenommen - und das ist ja bei dieser Landesregierung auch immer angebracht -; dieses Versprechen - das muß man dem Ministerpräsidenten sagen - hat aber auch Erwartungen bei den jungen Nachwuchswissenschaftlern geweckt, von denen die SPD heute nichts mehr wissen will.

Die Universitäten dieses Landes hatten sehr wohl zur Kenntnis genommen, was die Ministerpräsidenten der Länder am 28. Februar dieses Jahres beschlossen hatten.

(Kniola (SPD): Was denn?)

Ich zitiere einmal wörtlich, Herr Kollege Kniola:

Die Regierungschefs der Länder sehen mit Sorge die sehr ungleichgewichtige Altersstruktur und die damit verbundene niedrige Ersatzbedarfsquote bei Neubestellungen an den Hochschulen. Sie halten es deshalb unter Berücksichtigung der Unterschiede in den Ländern bei der Altersstruktur der Hochschullehrer und der bisher erfolgten unterschiedlichen Überlastmaßnahmen nach Maßgabe der jeweiligen finanziellen Möglichkeit für geboten, alles zu tun, um die Leistungsfähigkeit der Hochschulen zu stärken und die damit verbundene Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbessern.

So wörtliches Zitat.

Diesem Beschluß, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat der Ministerpräsident unseres Landes zugestimmt. Die Einlösung dieses Versprechens fordere ich heute für meine Fraktion ein.

Die katastrophale Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses in Nordrhein-Westfalen duldet keinen weiteren Aufschub, wenn dieses Land und seine Hochschulen keinen großen Schaden nehmen sollen.

Die Versprechungen des Ministerpräsidenten sind von seiner neuen Wissenschaftsministerin sogleich fortgesetzt worden.

(Ministerpräsident Dr. Rau betritt den Plenarsaal. - Nagel (CDU): Da ist er ja! - Weitere Zurufe)

In ihrer Antrittsrede vor dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat Frau Minister Brunn von den - wörtlich - "außerordentlich bedrückenden Problemen des wissenschaft-

(C)

(D)

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) lichen Nachwuchses" gesprochen. Sie hat insgesamt das Problem richtig beschrieben und viele - auch unkonventionelle - Lösungsansätze versprochen.

(Dr. Posdorf (CDU): Aber nur versprochen!)

In den Mitteilungen des Hochschulverbandes vom Oktober 1985 greifen Sie, Frau Brunn, das Problem noch einmal auf, und Sie schreiben: Wir müssen dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine Zukunft sichern, und zwar aus forschungs- und sozialpolitischen Gründen.

(Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

Genau das ist richtig, Frau Minister. Ihre Fraktion hatte bereits die Möglichkeit, einem vernünftigen Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen. Das hat sie hier jedoch nicht getan. Nur kurzfristige Wissenschaftspolitiker können sich unserem überaus wichtigen Anliegen versagen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie alle, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, insbesondere der Ministerpräsident und die Wissenschaftsministerin, müssen sich die Frage nach Ihrer Glaubwürdigkeit hier gefallen lassen.

- (B) (Beifall bei der CDU - Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Posdorf (CDU))

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion stellt ihren Antrag auf Schaffung von 50 neuen C 3- und C 4-Stellen, weil wir die Notlage des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht nur erkannt haben, sondern weil wir sie zumindest lindern wollen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hat die CDU-Fraktion durch ihre Große Anfrage zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses ihre Sorge deutlich gemacht. Meine Kollegen Dr. Rödding und Dr. Heimes haben in der Plenardebatte präzise die Wünsche und Vorstellungen der CDU-Fraktion erläutert. Meine Damen und Herren von der SPD, unsere Sorgen haben sich seitdem nicht verringert - im Gegenteil: Fahren Sie einmal hinaus zu den Universitäten, dann merken Sie schnell, wie dieses Problem den Hochschulen auf den Nägeln brennt. Es handelt sich hier nicht nur um persönliche Schicksale oder um sogenannte Sozialfälle - dies anzunehmen wäre ein grundlegender Irrtum -; diese Schwierigkeiten für qualifizierte Nachwuchswissenschaftler führen auch zu einer mittel- und langfristigen Schwächung des Wissenschaftspotentials unseres Landes.

- (C) Die CDU-Fraktion strebt mit ihrem Antrag die folgenden Ziele an.

Erstens: Wir wollen die Entzerrung der Altersstruktur des Lehrkörpers an den Universitäten in Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik insgesamt und damit - zweitens - zugleich eine angemessene Berufs- und Aufstiegsperspektive für den Hochschullehrernachwuchs.

Drittens: Wir wollen für 50 hochqualifizierte Wissenschaftler wegen mangelnder Berufs- und sonstiger Berufungschancen eine Position - wie man es genannt hat - "geachteten Verweilens" sichern, bis sich spätestens Mitte der 90er Jahre die Situation an unseren Hochschulen entspannt hat.

Viertens: Wir wollen die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen erhalten. Unsere Universitäten sollen Anschluß an Spitzenqualität halten, und zwar dadurch, daß zumindest die Besten eines Jahrgangs die Chance einer Hochschullehrerlaufbahn erhalten.

Fünftens: Wir wollen nicht, daß ganze Fakultäten und Abteilungen verkrusten, weil jahre- und sogar jahrzehntelang kein Nachwuchs berufen werden kann.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir wollen Kontinuität in der Forschung und eine ausgewogene Alters- und Erfahrungsstruktur in allen Disziplinen.

(D) Sechstens: Wir wollen das Innovationspotential der Jüngeren, wir wollen die Vitalität der universitären Forschung sichern und weiterentwickeln.

Siebtens und letztens: Wir wollen unter keinen Umständen, daß eine wissenschaftliche Elite "zum Wegwerfen" produziert wird.

(Erneute Zustimmung bei der CDU)

Das ist nicht nur in höchstem Maße unökonomisch, das ist in höchstem Maße unsozial, unmenschlich und durch keinerlei finanzpolitische Überlegungen zu rechtfertigen.

Die CDU-Fraktion, Frau Minister Brunn, ist nicht Nachvollzugsorgan des Ministerpräsidenten. Sie aber, Frau Brunn, sind ein solches Nachvollzugsorgan des Finanzministers, gegen den Sie sich nicht haben durchsetzen können.

(Dr. Posdorf (CDU): Schade!)

Ein kluger Mann hat einmal gesagt, die eigentlichen "Geheimen Räte der Hochschul-

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) politik" säßen im Finanzministerium. Mir scheint, dieser Mann war mit den Verhältnissen in Nordrhein-Westfalen sehr gut vertraut.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD-Fraktion beugt sich dem Diktat des Finanzministers, obwohl sie, wie es der Kollege Retz vor mir zugegeben hat, sehr genau weiß, wie wichtig, wie richtig und wie notwendig die Initiative der CDU-Fraktion ist.

(Zuruf des Abg. Kniola (SPD))

Auf die Anfrage meines Kollegen Dr. Posdorf zur Durchführung des Fiebiger-Plans in Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung geantwortet, sie schenke dem Problem des wissenschaftlichen Nachwuchses besondere Aufmerksamkeit. In der Antwort wurde ebenfalls darauf verwiesen, daß die Beratungsergebnisse einer Arbeitsgruppe bis zum Herbst 1985 vorgelegt würden.

(Kniola (SPD): Sie liegen vor!)

In der Presse war dann zu lesen, diese Arbeitsgruppe schlage zusätzliche 40 Stellen vor. Heute frage ich die Landesregierung: Wo bleiben nun diese Stellen, und wann werden die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe endlich im Ausschuß vorgestellt?

(Kniola (SPD): Das kommt!)

- (B) Meine Damen und Herren, die Nachwuchswissenschaftler dieses Landes - insbesondere in Nordrhein-Westfalen - sind Versprechungen und Vertröstungen leid. Sie wollen, daß die Landesregierung endlich handelt. Was nützen ihnen trostreiche Worte der Landesregierung oder gar das Bewußtsein, daß ihnen große Aufmerksamkeit geschenkt wird, wenn nicht endlich auch Taten folgen und handfeste Notsituationen beseitigt werden!

Sie, Frau Minister Brunn, haben vor kurzem in anderem Zusammenhang gesagt - ich zitiere wörtlich -:

Grundsätzen und Theorien kann man leicht zustimmen. Handeln fällt schon sehr viel schwerer.

Genau damit haben Sie auch das Problem dieser Landesregierung beschrieben: große Worte und Versprechungen, aber keine Taten!

(Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte noch eines an dieser Stelle anmahnen: Es wurden unkonventionelle Lösun-

gen in Aussicht gestellt. Gehört haben wir davon leider noch nichts wieder. (C)

Vielleicht darf ich der Landesregierung den Maßnahmenkatalog vorstellen, den eine unabhängige Wissenschaftlergruppe erarbeitet hat.

Angesichts der Brisanz der Situation müssen alle nur denkbaren Lösungsansätze erwogen und gegebenenfalls miteinander kombiniert werden: Überbrückungsstellen auf Zeit für habilitierte Assistenten, Schaffung und Erhaltung von Dauerstellen entsprechend dem Bedarf in Ausbildung, Weiterbildung und Forschung, Umverteilung von Arbeit, Vorruhestandsregelung, Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitstellen,

(Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Stellenpools zur Zwischenfinanzierung von Mitarbeitern an befristeten Projekten bis zur möglichen Zuordnung zu neuen Projekten.

Wenn auch nur einige dieser Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen zusätzlich durchgeführt würden, zeichnete sich wenigstens ein kleiner Lichtstreif am Horizont ab. Aber nach der Streichung von 165 Stellen droht unseren Hochschulen eher Finsternis als Erleuchtung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Max Weber, der bekannte Soziologe, hat in seinem berühmten Aufsatz "Wissenschaft als Beruf" geschrieben, es sei für einen jungen Gelehrten, der keinerlei Vermögen hat, außerordentlich gewagt, sich den Bedingungen der akademischen Laufbahn auszusetzen, er müsse mindestens eine Anzahl Jahre aushalten können, ohne irgendwie zu wissen, ob er nachher die Chance habe, in eine Stellung einzurücken, die für den Unterhalt ausreiche. (D)

Unser wissenschaftlicher Nachwuchs steht also unter dem ständigen Risiko der Bewährung, der Urteile und Vorurteile anderer und mancher Zufälligkeiten, die eine wissenschaftliche Karriere mit entscheiden können. Darauf hat Theodor Berchem, der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, neulich deutlich hingewiesen, und dies ist ganz gewiß kein bequemes Prinzip. Es ist noch zu ergänzen, daß dieses Risiko heute in den Geisteswissenschaften am größten ist, da es hier nicht einmal mehr den Ausweg Schule gibt.

Der wissenschaftliche Nachwuchs muß ein eigenes Risiko tragen wie jeder andere Beruf auch. Daran kann kein Zweifel bestehen. Aber wir Politiker haben die Aufgabe, dieses Risiko, sofern es zu zu großen und zu uner-

(Dr. Fischer (CDU))

- (A) träglichen sozialen Auswirkungen führt, zu mildern und abzufedern, ganz abgesehen davon, daß auch und besonders geistige Ressourcen verschleudert werden, wenn diese hochqualifizierten Leute nicht angemessen oder schlimmstenfalls überhaupt nicht beschäftigt werden.

Ich appelliere noch einmal an die Landesregierung und an die Mehrheitsfraktion dieses Hauses: Es darf nicht sein, daß Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag zur Durchführung des Fiebiger-Planes verweigert. Wenn wir in Nordrhein-Westfalen in den nächsten fünf Jahren jährlich 50 neue Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs schaffen, dann verbessern wir nicht nur die Lage für ihn materiell spürbar, nein - so Theodor Berchem am Schluß wörtlich -, wir hätten auch ein Zeichen von hohem Symbolwert gesetzt, die akademischen Lehrer könnten mit gutem Gewissen ihren besten Schülern wieder zu reden, an der Hochschule zu bleiben, weil wissenschaftliche Leistung wieder lohnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion beweist, daß wir uns der Dimension dieses Generationenproblems bewußt sind. Unser Antrag will ein Zeichen setzen und den Nachwuchswissenschaftlern jene Hoffnung geben, ohne die auch sie nicht leben und arbeiten können.

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Hochschulpolitik, die nicht dafür sorgt, daß der teuer ausgebildete, fachlich hochspezialisierte wissenschaftliche Nachwuchs seine Qualifikationen sinnvoll und angemessen einbringen kann, sondern als Sozialhilfempfeänger den Steuerzahler erneut belastet, eine solche Hochschulpolitik kann die CDU-Fraktion dieses Hauses nicht verantworten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile der Frau Minister für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn, das Wort.

Frau Brunn, Minister für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir klar, daß es schon fast vermessen ist, um diese Zeit als letzter Redner noch das Wort zu ergreifen.

(Kniola (SPD): Als Rednerin!)

- Ja, das sowieso. - Aber das Thema, das Sie angesprochen haben, Herr Fischer, ist mir zu wichtig, als daß es einfach bei diesen Bemerkungen bleiben könnte. Erlauben Sie mir deshalb einige Anmerkungen!

Sie haben hier in einer sehr sachlichen Debatte eine Reihe von Punkten genannt, bei

denen Sie noch Wünsche an den Haushalt hätten; bei Großgeräten, beim Personal und zuletzt insbesondere beim wissenschaftlichen Nachwuchs. Wenn dies in Zeiten geschähe, in denen man große Zuwächse zu verteilen hätte, dann könnte ich praktisch jeden Antrag unterschreiben, wie ich ihn gegenwärtig auch von der Sache her durchaus unterschreiben kann. (C)

(Zuruf von der CDU: So gut sind unsere Anträge!)

Nur, meine Damen und Herren: Bei Kritik, die Sie an die Landesregierung und speziell an den Finanzminister richten, achten Sie nicht hinreichend darauf, daß dies alles unter bestimmten finanziellen Rahmenbedingungen stattzufinden hat. Insofern ist es zu einfach, wenn man einerseits eine Ausweitung fordert - insgesamt ja diese gut 500 Millionen DM, die heute morgen genannt worden sind -, andererseits die entsprechende Finanzierung nicht anbieten kann.

So müssen auch wir mit unseren Hochschulen und mit der Forschung einfach feststellen, daß wir in der Solidarität der Landesfinanzen insgesamt stehen und daß wir hier nicht für uns einzeln Zuwächse in Anspruch nehmen können, die anderen vorenthalten bleiben. Insofern sind auch die guten Wünsche und die guten Ziele nur dann realisierbar, wenn sie sich in dem entsprechenden materiellen Rahmen halten. Und das geht nicht nach dem Einzelwunsch des einen oder anderen Ministers, sondern das muß insgesamt ausgehandelt werden. (D)

Speziell zum wissenschaftlichen Nachwuchs möchte ich ganz nachdrücklich unterstreichen, daß dies Problem für uns größte Priorität für die nächste Haushaltsrunde hat.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des Wissenschaftsministeriums und des Landesrektorenkonferenz einen Lösungsweg erarbeitet, der der Zielvorstellung der Regierungserklärung entspricht, nämlich eine landesspezifische Regelung für Nordrhein-Westfalen für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Diese Arbeitsgruppe hat ihr Ergebnis nun im Januar festgelegt und es jetzt erst mir und der Landesregierung vorgelegt. Aus diesem Grunde ist es schwierig gewesen, dies noch in die laufenden Haushaltsplanberatungen hineinzubringen. Naheliegender wäre es, da der Haushalt 1986 praktisch abgeschlossen ist, dies für den Haushalt 1987 vorzusehen.

Andererseits ist uns auch - und das war der Wunsch insbesondere auch der Rektoren und